

22/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" (3/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (3/GO) 21. Sitzung/ öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister hat am 2. April 2007 auf Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Martin **Graf**, Kai Jan **Krainer**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Mag. Werner **Kogler** und Josef **Bucher** einstimmig beschlossen, alle Protokolle der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss betreffend

Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister

21. Sitzung/ öffentlicher Teil

Montag, 02. April 2007

Gesamtdauer der 21. Sitzung:

09:06 Uhr – 20:01 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 04 02

Mag. Melitta Trunk

Schriftführerin

Mag. Dr. Martin Graf

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

**Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria
und weitere Finanzdienstleister**



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

21. Sitzung/ öffentlicher Teil

Montag, 2. April 2007

Gesamtdauer der 21. Sitzung:
9.06 Uhr – 20.01 Uhr

Lokal VI

Beginn der Sitzung: 9.06 Uhr

Obmann Mag. Dr. Martin Graf *eröffnet* die Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister und ersucht darum, als erste **Auskunftsperson** Herrn **Mag. Herbert Legradi** in den Saal zu bitten.

*(Die Auskunftsperson **Mag. Herbert Legradi** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann begrüßt Herrn **Mag. Herbert Legradi** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Mag. Herbert Legradi (BAWAG-P.S.K. AG): Mein Name: Herbert Legradi; geboren am 17. September 1959; Adresse: 1190 Wien; Beruf: Banker.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf erkundigt sich, ob Herr Mag. Legradi im Untersuchungszeitraum – 1994 bis dato – allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter gewesen sei. Die Auskunftsperson **verneint** dies.

Der Obmann weist darauf hin, dass das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter gewahrt zu bleiben hätten. Dies gelte auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 BWG unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen seien.

Der Obmann erinnert Mag. Legradi an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung und fragt ihn, ob einer dieser Gründe bei ihm vorliege, was dieser **verneint**.

Der Obmann weist Mag. Legradi weiters auf die nach der Verfahrensordnung bestehende Möglichkeit hin, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben, und fragt ihn, ob er von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wolle.

Mag. Herbert Legradi: Auf Grund der Breite der Fragestellungen und Themen möchte ich darauf verzichten.

Obmann Dr. Martin Graf erteilt als erstem Fragesteller Abg. Bauer das Wort.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Herr Mag. Legradi, Sie sind ja einer, der ganz besonders informiert war und eingebunden war in die Entscheidungen und Vorgänge. Sie sind einer, der seit 1995 schon als Pressesprecher der BAWAG in die Geschäfte und in die Geschäftsgebarung eingeweiht war und auch in Ihrer Laufbahn dann letztlich in dieser Geschäftspolitik mitgewirkt haben, die ja mit 2000 ja einen ganz besonderen Höhepunkt erfahren hat, nämlich dass Sie in den Vorstand berufen werden. Das ist einmal das eine.

Das Zweite ist, dass Sie letztlich genau im Jahr 2000 mit diesem 1,4 Milliarden-€-Verlust aus den Karibik-Geschäften konfrontiert waren.

Daher möchte ich Sie als Erstes einmal fragen, wie Ihre Funktionen abgelaufen sind, welche Zuständigkeiten Sie konkret hatten, wie sich zum Beispiel die Zusammenarbeit

mit Elsner und Zwettler und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Weninger vollzogen hat, also: Ablauf und in welcher Dichte Sie da Informationen bekommen haben.

Mag. Herbert Legradi: Gut. Ich bin von 1991 bis Frühjahr 1995 Mitarbeiter der Generaldirektion unter Walter Flöttl gewesen und war damals zuständig für Aufbereitung, Formalvorschriften in Sachen Sitzungsvorbereitung auf dem Kreditbereich. Und ab dem ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Inklusive Wertpapiergeschäfte auch, oder nur Kredite?

Mag. Herbert Legradi: Mehr Kommerzkredite des Hauses in Aufbereitung für die Vorstandssitzungen und die Aufsichtsratssitzungen. Und ich war damals auch anwesend bei den Kreditsitzungen des Vorstands, nicht anwesend bei den Aufsichtsratssitzungen, und wurde dann mit Bestellung von Elsner zum Generaldirektor Generalsekretär – diese Funktion gab es vorher nicht – und Pressesprecher des Hauses. Ich war damit dann eben verantwortlich weiter für die formalen Abläufe der Gremialsitzungen, also Vorstandssitzungen, Kreditausschusssitzungen und Aufsichtsratssitzungen, und für die Öffentlichkeitsarbeit und Kontakt mit Journalisten. Ich war *nicht* zuständig für den Kontakt mit dem Eigentümer aus der Sicht; das war immer Generaldirektorensache.

Diese Funktion hatte ich inne bis 31. Dezember 1997. Und danach, mit 1. Jänner 1998, bin ich auf meinen Wunsch, auf eigenen Wunsch, in einen operativen Bereich gewechselt, nämlich das Privatkundenmarketing und die Privatkreditabteilung. Dort war ich bis 30. November 2000, und mit 1. Dezember 2000 bin ich dann in die neu erworbene P.S.K. als Privatkundenvorstand gewechselt, wo ich dann auch bis zur Verschmelzung am 1. Oktober 2005 tätig war.

Zu den Funktionen, die ich innehatte in der P.S.K. als Vorstand: Ich war zuständig für den Privatkundenvertrieb über die Postämter, für die Privatkreditabwicklung, für die Gestionierung der Spar- und Girokonten, für den Call-Center-, Communication-Center-Bereich, das heißt für Telefonbanking; das was eine eigene Einheit. Das waren im Wesentlichen die Funktionen, die ich als Vorstand der P.S.K. innehatte.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Auf welcher Basis begründete sich dieser persönliche Wunsch des Wechsels?

Mag. Herbert Legradi: Der Wunsch ist aufgekommen Ende 1996, Anfang 1997, nachdem ich damals sechs Jahre in Assistentenfunktion oder Stabsstellenfunktion tätig war. Mein Wunsch war, eine operative Funktion im Haus einzunehmen, und das ist schlicht und einfach ein Grund der Weiterentwicklung gewesen. Es hat sich eben gerade dieser Bereich aufgetan, der mich auch interessiert hat.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Würden Sie sich selbst als einen intimen Kenner der Geschäftspolitik und der Vorgänge in der BAWAG bezeichnen aufgrund dieser Funktionen, und vielleicht noch ergänzend: aufgrund auch dessen, dass ja auch Ihre Frau eine wichtige Stellung innehatte, nämlich die stellvertretende Leiterin der Beteiligungspolitik war, später Leiterin? Wie würden Sie sich selbst einschätzen? Als intimen Kenner der Geschäftspolitik und voll eingebunden bei den Informationsflüssen?

Mag. Herbert Legradi: Aus meiner damaligen Sicht, muss ich sagen, hatte ich in der Zeit unter Flöttl ausschließlich Einblick in die Kreditengagements, so wie sie formal beantragt wurden oder zur Antragstellung kamen. In der Zeit von Frühjahr 1995 bis Ende 1997, würde ich meinen, war ich in Geschäfte eingebunden, in sämtliche strategischen und operativen Überlegungen des Hauses, ja.

Nach Abgang aus dem Generalsekretariat habe ich ausschließlich den Privatkundenbereich als solches gekannt und war dann auch nicht mehr als jeder andere Bereichsleiter im Hause, also die Information zu Vorstandssitzungen beziehungsweise vorstandsstrategischen Überlegungen war nicht mehr gegeben. Das war auch eine bewusste Entscheidung meinerseits, zu sagen, okay, man hat hier einen operativen Posten ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich komme noch jetzt auf die Karibik-Geschäfte 2 und deren Verluste zu sprechen. Ab welchem Zeitpunkt haben Sie das erfahren, und wie haben Sie das sozusagen als Information aufgenommen? Und: Waren Sie auch über die Verschleierung der Verluste letztlich informiert, mit diesen 1,4 Milliarden, oder waren Sie da nicht weiter eingebunden?

Mag. Herbert Legradi: Um den Ablauf so darzustellen. Ich habe aus zweiter Position die Ereignisse und Aufarbeitung des Jahres 1994, wenn Sie das als Karibik 1 bezeichnen wollen, miterlebt, auch miterlebt, dass sämtliche Geschäfte ohne Verluste rückgeführt wurden, was ja mehrfach extern auch bestätigt wurde, und war auch eingebunden in die Aufbereitung und Informationsvorbereitung des Aufsichtsrates und des Vorstands für die Wiederaufnahme der Geschäfte. Über den Ablauf dieser Geschäfte anlässlich der vierteljährlichen Aufsichtsratsberichte war ich auch informiert bis Ende 1997 – und danach nicht mehr. Was wirklich dann danach passiert ist bis zum Zeitpunkt 2005, 2006, habe ich erfahren am Weltspartag 2005.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Verluste von 2000 haben Sie 2005 sozusagen aus den Medien erfahren?

Mag. Herbert Legradi: Am Weltspartag 2005.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ist Ihnen nicht bekannt geworden, dass zum Beispiel der Eigentümer eine Haftung von 1,4 Milliarden abgeben musste, damit das intern bleiben konnte?

Mag. Herbert Legradi: Das habe ich am – ich glaube, es war der 28. Oktober 2005 – Weltspartag erfahren. Davor habe ich nichts davon gewusst.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das heißt, Sie hatten keinerlei engere Kontakte mit dem Herrn Aufsichtsratsvorsitzenden Weninger und mit den Eigentümern aufgenommen?

Mag. Herbert Legradi: Nein. – Nach meinem Abgang aus dem Generalsekretariat gab es auch keine Kontakte zu Weninger.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ihre Frau hat in der Abteilung für Beteiligungen gearbeitet, ich glaube als stellvertretende Leiterin. Was haben Sie und Ihre Frau über diese Verschleierungen gewusst? Was haben Sie über Ihre Frau über diese Verschleierungen erfahren?

Mag. Herbert Legradi: Ich habe über diese Verschleierungen von meiner Frau nichts erfahren, weil sie das auch nicht wusste und kannte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und wann haben Sie dann von diesen Verschleierungen erfahren?

Mag. Herbert Legradi: Am 28. Oktober 2005.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also damals haben Sie **alles** auf einen Schlag erfahren?

Mag. Herbert Legradi: An dem Tag war in einer Sitzung, einem Treffen, wo alle Vorstandsmitglieder und der Aufsichtsratsvorsitzende Weninger anwesend waren, von

Weninger und Zwettler, ein Bericht über die Geschehnisse der Jahre 2000 bis 2005. Und in welcher Tiefe – diese Sitzung hat in etwa eineinhalb, zwei Stunden gedauert –, kann ich jetzt exakt nicht mehr sagen. Wir haben damals erfahren, dass im Jahr 2000 große Verluste aus Karibikgeschäften entstanden sind und dass damit eine Haftung des Eigentümers notwendig wurde, um bilanzieren zu können. Das war gerafft jetzt die Information. Die Sitzung war deswegen – sage ich jetzt – der Thematik nicht entsprechend lang, weil an diesem Tag Kunden anlässlich des Weltspartags-Empfangs im Kassensaal gewartet haben und wir uns dort mehr oder weniger auch zeigen mussten. Und danach gab es laufend Informationsverdichtung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine andere Frage und ein anderer Komplex: Was können Sie uns über den Fall Atomic berichten?

Mag. Herbert Legradi: Der Fall Atomic war Anfang der neunziger Jahre eine sehr angespannte Situation, wo unsere Linienlimite stark ausgenützt beziehungsweise überfällig und überzogen waren, es laufend Kontakte, Gespräche gab mit der Firma Atomic, mit dem Herrn Rohmoser. Es waren damals von unserer Abteilung Kreditrevision laufend Mitarbeiter in, glaube ich, Wagrain oder St. Johann, also bei der Firma Atomic, um dort die Situation zu beachten. Es gab laufend auch Gespräche einer Sanierung der Situation, und das Ganze hat letztendlich dann in dem Konkursantrag geendet – oder korrekter: Insolvenzantrag.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es hat ja Anfang September 1995, zu dem Zeitpunkt, wo Sie selber gesagt haben, dass Sie informiert wurden über die strategischen Entscheidungen des Vorstandes, einen Wechsel der anwaltlichen Vertretung der BAWAG in dieser Frage gegeben, also von Herrn **Frotz** zu Herrn **Gehmacher**. – Was können Sie uns darüber sagen?

Mag. Herbert Legradi: In diese Entscheidungen war ich nicht eingebunden, was die Hintergründe waren für den Wechsel. Ich nehme an, da Gehmacher eher der Insolvenzexperte oder Insolvenzrechtler ist als Frotz, dass das ein Hintergrund war. Aber genauere Beteiligung oder Information war da nicht gegeben in diese operativen ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, dass es mehrfach Bestätigungen gab auch von außerhalb der BAWAG, dass es bei Karibik 1 keine Verluste gab, sondern alles gewinnbringend zurückgeführt wurde. Welche sind das?

Mag. Herbert Legradi: Das waren damals von den Wirtschaftsprüfern, und soweit ich weiß, waren damals auch zwei Anwälte beziehungsweise Juristen ... – Ich glaube, es war damals auch Christian Nowotny, der ein Gutachten erstellt hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zu der Wiederaufnahme Karibikgeschäfte: Uns wird hier berichtet, dass es Auflagen gab. Dem Aufsichtsrat wurde berichtet, dass die wieder aufgenommen werden, dass ein Deckel eingezogen wurde, dass der einmal erhöht wurde, und dass es hier gewisse Aufträge gab an den Herrn Flöttl, wie er das zu investieren hat. Was können Sie uns dazu sagen?

Mag. Herbert Legradi: Die Auflagen waren in jene Richtung, dass sich für sämtliche Geschäfte, auch wenn sie **nicht** genehmigungspflichtig durch den Aufsichtsrat waren, der Vorstand eine aktive Berichtspflicht auferlegt hat, wenn neue oder Ausweitungen gemacht werden, dass laufende Dokumentation über diese einzelnen Geschäfte erfolgen muss und eine transparente Dokumentation der Abwicklung der Geschäfte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist das auch passiert?

Mag. Herbert Legradi: Das kann ich jetzt im Nachhinein sagen, dass es **nicht** der Fall war. Es war aber damals nicht meine Funktion oder Aufgabe, diese operative

Abwicklungseinhaltung durchzuführen. Nachdem ich als Generalsekretär-Pressesprecher die – sage ich jetzt – Formerfordernisse der Sitzungen einzuhalten hatte, aber nicht Innenrevision oder sonst etwas, war das nicht meine Aufgabe und Funktion, und ich habe auch nicht eine Untersuchung über deren Einhaltung durchgeführt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Mag. Legradi, ich bin der Auffassung, dass an sich das BAWAG-Thema reif ist für die Strafgerichte. Daher möchte ich meine Frage ein bisschen in eine andere Richtung stellen. Sie haben ja langjährige Erfahrung als Banker: Fünf Jahre im Vorstand der PSK, jetzt seit eineinhalb Jahren im Vorstand der BAWAG/P.S.K. Meine Frage lautet: Es gibt hier in diesem Raum viele – das kann man auch öffentlich nachlesen –, die sagen, in Österreich funktioniert die Bankenaufsicht nicht. Wie ist eigentlich Ihre Erfahrung als langjähriger Banker?

Mag. Herbert Legradi: Ich habe in meiner ganzen beruflichen Laufbahn keinen direkten Kontakt mit Mitarbeitern der Finanzmarktaufsicht gehabt. Ich traf die beiden Vorsitzenden der Finanzmarktaufsicht bei einer einzigen Sitzung im Frühjahr 2006 im Büro von Dr. Nowotny. Also, wenn Sie mich jetzt so fragen, habe ich nur die externe Sicht über die Aufgabe der Finanzmarktaufsicht und der Behörden und deren Berichte danach, an deren Qualität und Aussage ich bis zum Jahr 2006 nicht zweifeln sollte und durfte. Das ist meine Aussage dazu.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Mag. Legradi, die längste Zeit Ihrer Tätigkeit als Banker gab es die FMA gar nicht. Die gibt es ja erst seit 01. April 2002. Meine Frage bezieht sich also auch auf Ihre Erfahrungen mit der Bankenaufsicht, wie sie vor dem 01. April 2002 bestanden hat. Wir untersuchen ja den Zeitraum ab 1994, und damals war die Bankenaufsicht im Finanzministerium. Haben Sie da irgendeinen besonderen Eindruck gewonnen?

Mag. Herbert Legradi: Nein. Nachdem ich einen direkten Kontakt mit den Mitarbeitern der Bankenaufsicht oder Finanzmarktaufsicht – oder wie immer sie im Zeitablauf geheißen hat – hatte, kann ich auch nichts über deren Qualität aussagen, weder positiv noch negativ.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Sie sind ja in einer doch verantwortungsvollen Vorstandsposition einer großen Bank. Wie beurteilen Sie eigentlich aus dieser Sicht, der Verantwortung eines Bankenvorstandes, eine Situation, wo ein großer Teil der Parlamentsfraktionen der Auffassung ist, dass die Bankenaufsicht nicht richtig funktioniert. Und dann wird das monatelang öffentlich zelebriert. Ist das für den Finanzplatz Österreich aus Ihrer Sicht klug oder nicht klug?

Mag. Herbert Legradi: Ich würde es begrüßen, wenn diese Diskussion nicht öffentlich geführt und kurz abgehandelt würde.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Würden Sie glauben, dass es eigentlich klüger wäre, wenn man zum Ergebnis kommt, dass die Bankenaufsicht nicht funktioniert, dass da eigentlich alle Alarmglocken läuten müssten und man sagen müsste: Setzen wir uns rasch zusammen! Wie können wir die FMA reformieren?, statt das monatelang zu zelebrieren. Was ist Ihre Meinung?

Mag. Herbert Legradi: Ich bin immer für rasche Entscheidungen.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Ist es Ihnen in der Vorbereitung dieser Aufsichtsratssitzungen irgendwie unangenehm gewesen, dass es nicht wirklich ein Controlling gegeben hat, das in die Aufsichtsratssitzungen eingeflossen ist?

Mag. Herbert Legradi: Ich hätte die Frage gerne präzisiert, was Sie damit meinen, dass kein Controlling stattgefunden hat beziehungsweise ...

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Wir wissen heute ja – wir wissen es; Sie wissen es sicher auch –, dass die Besicherungen, die in Ihrer Zeit für diverse Karibik 2-Geschäfte dargestellt wurden, nicht werthaltig waren beziehungsweise in ihrer Werthaltigkeit nur mangelhaft überprüft waren. – War Ihnen das damals geläufig?

Mag. Herbert Legradi: Nein, das war mir nicht geläufig. Und so weit ich das jetzt auch in der Aufarbeitung nachgelesen habe, waren auch bis 1997, als ich damit direkt zu tun hatte, keinerlei Vorkommnisse eines Verlustes oder einer nicht korrekten Abwicklung gegeben.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Gehen Sie davon aus, dass die damaligen Besicherungen – die Überprüfung der Werthaltigkeit, die Nachfragen über das private Vermögen des Herrn Flöttl, das ja als Besicherung eingebracht wurde, die Berichtspflichten der Offshore-Fonds – , dass das alles dem Bankwesengesetz entsprechend abgewickelt wurde?

Mag. Herbert Legradi: Ich musste im Prinzip davon ausgehen, nachdem mehrere Fachbereiche im Haus für deren Abwicklung zuständig waren, und dass diese Geschäfte dann ja auch über eine eigene Tochtergesellschaft abgewickelt wurden, wo noch einmal eine eigene Buchhaltung und Prüfungsinstanz installiert war.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Aber wenn Sie sozusagen so ein wichtiger Assistent des Geschäftsführers oder des Generaldirektors waren, dann könnte Ihnen ja aufgefallen sein, dass es Teilbereiche der Banktätigkeit gibt, über die es Kontrollberichte gibt, und andere Teilbereiche, über die es keine Kontrollberichte gibt?

Mag. Herbert Legradi: Grundsätzlich gibt es – wenn Sie das ansprechen – für Innenrevision und Innenrevisions-Berichte einen dreijährigen Turnus – so grob sagt man, das ist Benchmark –, wo sämtliche Geschäfte überprüft und durchgeführt werden sollten. – Also, mir ist keiner wirklich bekannt in dem Zeitraum dieser, wenn Sie so wollen, zweieinhalb Jahre, als ich diese Funktion des Generalsekretärs und Pressesprechers innehatte.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): War Ihnen bekannt, dass Teilbereiche der Bankgeschäftstätigkeit in der Innenrevision direkt Herrn Elsner unterstellt waren und er selbst veranlassen konnte, dass Revisionsberichte nicht stattfanden?

Mag. Herbert Legradi: Nein, war mir nicht bekannt.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): War Ihnen nicht bekannt. – Ist Ihnen auch nie sonderbar vorgekommen, dass es eben Teilbereiche gibt, über die die Informationen an den Aufsichtsrat kommen, und andere Geschäfte – von denen Sie ja wissen mussten –, von denen keine Berichte in den Aufsichtsrat gekommen sind?

Mag. Herbert Legradi: Meines Wissens sind damals auch sämtliche Berichte, die aufsichtsratspflichtig waren, berichtet worden. Ich weiß nichts von Geschäften – oder mir war damals nichts bekannt, weil das ja meine Aufgabe gewesen wäre, sie dem Aufsichtsrat als Bericht vorzulegen oder die Berichte einzufordern. Also, mir ist nicht bekannt, dass damals etwas nicht berichtet wurde.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Hat Herr Elsner damals neben Ihnen noch einen zweiten Assistenten gehabt, der ihm Teilbereiche zugearbeitet hat, oder ist im Prinzip alles über Ihren Schreibtisch gegangen?

Mag. Herbert Legradi: De facto ist alles über meinen Schreibtisch gegangen, was für die Sitzungsunterlagen und -vorbereitungen an Unterlagen vorhanden war, beziehungsweise auch Mitarbeitern von mir. Ich hatte damals im Generalsekretariat drei Mitarbeiter, aber de facto war ich Letztverantwortlicher für sämtliche Unterlagen, die an den Aufsichtsrat oder Vorstand berichtet wurden oder vorgelegt wurden.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Und Sie gehen also davon aus, dass für diese kritische Zeit in keinem Fall Fakten auftauchen können, die nicht gesetzeskonform sind oder die der Vorlagepflicht entsprochen hätten, die aber nicht vorgelegt wurden, weil Sie ja ganz sicher sind, dass Sie alles vorgelegt haben, was damals erarbeitet wurde?

Mag. Herbert Legradi: Ja. Soweit mir Dinge bekannt sein konnten, sind sie von mir sicherlich auch vorgelegt worden.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Haben Sie in den Aufsichtsratssitzungen den Eindruck gehabt, dass die Aufsichtsräte oder der Aufsichtsratsvorsitzende wirklich wissen wollten, was so die Umstände der Bankgeschäfte sind und wie sicher die Bankgeschäfte sind? Haben Sie eine intensive Fragetätigkeit im Aufsichtsrat erlebt?

Mag. Herbert Legradi: Es gab spezielle Themen, zu denen es immer wieder Fragen gab. Das waren aber einzelne Kredit-Engagements, das waren einzelne Bilanz-Positionen, und die Fragen kamen sowohl von Mitgliedern des Aufsichtsrates der Bayerischen Landesbank als auch seitens der vom ÖGB delegierten.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Und die besonderen Umstände der Besicherung aus dem Privatvermögen des Herrn Flöttl waren war nie ein Thema im Aufsichtsrat?

Mag. Herbert Legradi: Die persönliche Haftung von Herrn Flöttl? (*Abg. Ing. Schultes: Ja!*) – Die war, soweit ich weiß, in den Berichten angeführt. Aber es war keine Evaluierung der vorhandenen Vermögensgegenstände.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Also, die Aufsichtsratsmitglieder haben davon erfahren, dass Flöttl private Haftungen übernommen hat...

Mag. Herbert Legradi: Soweit ich mich erinnere, ja.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Und die Aufsichtsratsmitglieder haben dazu keine Fragen gehabt, sondern haben angenommen, dass das schon so passen wird und dass Herr Flöttl so wohlhabend ist, dass er dafür auch geradestehen kann. (*Mag. Legradi: Ja!*)

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Herr Mag. Legradi, noch einmal zum Prüfbericht der OeNB 1994. Sie kannten den nicht, haben den auch nie kennen gelernt? (*Mag. Herbert Legradi: Nein.*) Auch später nicht? (*Mag. Legradi: Nein!*) Er ist Ihnen nie untergekommen? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Das gilt auch für den Prüfbericht des Jahres 2001 durch die OeNB?

Mag. Herbert Legradi: Richtig, ja.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Na ja, aber jetzt gehe ich noch einmal zurück in das Jahr 1994. Da waren Sie ja Generalsekretär, nicht? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Nein?

Mag. Herbert Legradi: Nein, da war ich Mitarbeiter der Generaldirektion; in Aufbereitung der Unterlagen zuständig für Sitzungen, aber nicht Generalsekretär. Diese Funktion gab es damals gar nicht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ach so, die gab es nicht. Aber Sie waren schon damals zuständig für die Aufbereitung der Unterlagen für Vorstand, Kredite und Aufsichtsratssitzungen?

Mag. Herbert Legradi: Für Kreditunterlagen, ja.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ja. – Und da ist Ihnen dieser Bericht nicht begegnet? (*Mag. Legradi: Nein!*) Und auch im Vorfeld – ich nehme an, als jemand, der Unterlagen aufbereitet hat, sind Sie doch im Haus der BAWAG weit herumgekommen, in vielen Abteilungen. – Gehe ich da richtig in dieser Annahme?

Mag. Herbert Legradi: In den Kreditbereichen, ja.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Und wie war das? Wie kann man sich das vorstellen? – 1994 hat es doch eine Vor-Ort-Prüfung gegeben durch die OeNB. Da müssen ja eine Menge Leute von der OeNB dort aus- und eingegangen sein. Ist Ihnen da nie etwas aufgefallen?

Mag. Herbert Legradi: Ich wusste, dass die Prüfung stattfindet. Es war damals auch medienbekannt, dass eine Prüfung stattfindet.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Eben, ja.

Mag. Herbert Legradi: Es war nur so, dass ich in diesen Teil der Geschäfte damals auch nicht involviert war, sondern ich war zuständig für eine kritische Würdigung der Kreditanträge, die von den einzelnen Kreditabteilungen für den Vorstand eingereicht werden.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ja, aber Sie sagen, Sie waren auch zuständig für die Vorbereitung der Aufsichtsratssitzungen?

Mag. Herbert Legradi: Der Kreditberichte, ja.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Also nur in Bezug auf die Kreditberichte, sonst nichts? (*Mag. Legradi: Ja!*) Also, inhaltlich darüber hinaus gehend überhaupt nicht?

Mag. Herbert Legradi: Das ist korrekt, ja.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Eine zweite Frage: Wie haben Sie eigentlich in Aufsichtsratssitzungen die Staatskommissäre wahrgenommen? Sind diese Staatskommissäre Ihnen durch häufiges Fragestellen, durch kritische Fragen aufgefallen?

Mag. Herbert Legradi: Nein, eher eine ruhige Position, also wenige Fragen, wenn überhaupt. Ich muss aber auch dazusagen, dass ich in der Zeit, als ich Generalsekretär war, vor den Aufsichtsratssitzungen mit den Kreditanträgen zum Mag. Sutter – er war damals Staatskommissär – gegangen bin und diese Kreditanträge mit ihm vorbesprochen habe – auf seinen Wunsch hin.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Und welche Kommentare hat es dann von ihm dazu gegeben? Sind die alle gebilligt worden in dieser Form, wie Sie sie ihm vorgelegt haben?

Mag. Herbert Legradi: Ja. – Die Berichte hatte er ja vorher schon, die Kreditberichte, wie sie für die Sitzungen verteilt wurden. Diese Gespräche dauerten eine Stunde oder eineinhalb jeweils, wo wir einzelne Engagements, die hinterfragt wurden: Was ist da genauer drinnen? Oder: Wieso dieses oder jenes?, erörterten. Und das war's. Also da war nichts Anstößiges oder Sonstiges.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Und wie war nach Ihrer Erinnerung die Reaktion der Staatskommissäre auf die Karibikgeschäfte 1 beziehungsweise deren Wiederaufnahme?

Mag. Herbert Legradi: Das habe ich in einem Protokoll nachgelesen, daher diese Erinnerung, dass die Staatskommissäre der Wiederaufnahme zugestimmt haben, unter Einhaltung der Auflagen aus dem OeNB-Bericht aus 1994.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aber in der Aufsichtsratssitzung waren Sie damals nicht dabei?

Mag. Herbert Legradi: Ja, aber ich muss sagen, die Erinnerung als solches hätte ich jetzt nicht gehabt, wenn ich es nicht nachgelesen hätte.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Okay, ja.

Mag. Herbert Legradi: Ist doch über zehn Jahre zurückliegend.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ihre Tätigkeit, also sozusagen vorbereitend für Vorstandssitzungen und so weiter tätig zu sein, bezieht sich ja auf die Zeit von Generaldirektor Flöttl, aber auch dann später schon auf Generaldirektor Elsner. – Stimmt das? (*Mag. Legradi: Ja!*)

Was waren denn da eigentlich die Unterschiede zwischen diesen beiden Generaldirektoren? Oder vielleicht etwas präziser gefragt: Hatten Sie den Eindruck, dass Sie von Informationen unter Elsner eher ferngehalten worden sind als unter Flöttl?

Mag. Herbert Legradi: Das Informationsspektrum unter Flöttl war ausschließlich auf den Kreditbereich bezogen. Unter Elsner war es die gesamte Breite des Hauses, und ab dem Zeitpunkt war ich ja auch bei den Vorstandssitzungen zur Gänze dabei. Unter Flöttl war ich nur beim Kreditteil dabei. Und aus der Funktion des Pressesprechers heraus gab es, würde ich jetzt sagen, natürlich eine umfassende Information aller Geschehnisse und Dinge, weil man sonst ja nicht entsprechend nach außen hin Aussagen tätigen kann.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Und haben Sie in dieser Funktion als Pressesprecher jemals Kommentare abgeben müssen über den Zustand der internen Revision des Hauses und über den Zustand des Risiko-Managements? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Sie wurden von niemandem gefragt diesbezüglich?

Mag. Herbert Legradi: Also, ich kann mich nicht daran erinnern.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Und was können Sie uns sonst einerseits über den Zustand der internen Revision aus der Zeit, in der Sie dort tätig gewesen sind, sagen und andererseits in Bezug auf das Risikomanagement? Welche Wahrnehmungen haben Sie da gemacht?

Mag. Herbert Legradi: Ich hatte keinen Grund, irgendwo an der Qualität der Innenrevision oder am Risikomanagement zu zweifeln zu dem Zeitpunkt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Zumal Sie ja, wie Sie sagten, den Prüfbericht des Jahres 1994 nicht kannten.

Eine andere Frage stellt sich im Zusammenhang mit Ihrer heutigen Frau, Mag. Ingrid Pongratz-Legradi, die wir ja heute später auch noch hören werden. Sie ist jetzt Abteilungsleiterin des Beteiligungsmanagements. In welcher Funktion war sie damals tätig, als Sie in der BAWAG tätig gewesen sind?

Mag. Herbert Legradi: Ich glaube, Sie ist 1991 in die Bank eingetreten und wurde 1999 stellvertretende Abteilungsleiterin. Das heißt, sie war Mitarbeiterin im Beteiligungsbereich in der Zeit, in der ich im Generalsekretariat war.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Und haben Sie jemals, privat sozusagen, über den Zustand des Beteiligungsmanagements Gespräche geführt, oder war das nie Gegenstand von Erörterungen?

Mag. Herbert Legradi: Wir haben immer versucht, zu Hause möglichst wenig über Büro und Geschäft zu sprechen, weil sonst trägt man das ewig weiter, und das ist einer Beziehung nicht unbedingt dienlich. Aber natürlich hat man, wenn man sich über dieses oder jenes geärgert hat, darüber gesprochen, und da war es sicherlich ein Punkt, dass sie, vor allem, als sie stellvertretende Leiterin wurde, nicht Gesamteinblick in den Bereich bekommen hat. Ich habe ihr aber damals auch gesagt, dass das immer so war – ich habe ja auch begonnen im Beteiligungsbereich im Jahr 1988 –, dass einzelne Mitarbeiter einzelne Firmen exklusiv betreut haben und die Zweitbetreuung nur von der Bereichsleitung ausgegangen ist. Das war Kultur in diesem Bereich. Ich kannte es auch nicht anders.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Kann man das als eine „Kultur der Verdunkelung“ bezeichnen?

Mag. Herbert Legradi: Das kann man im nachhinein, wenn man es so interpretieren möchte, sagen. Aber grundsätzlich ist das eine Art Führungsstil. Ob man den gutheißt, oder nicht – es war so.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Zu einem anderen Themenkomplex: Hatten Sie jemals Funktionen in irgendwelchen Töchtern der P.S.K. oder der BAWAG?

Mag. Herbert Legradi: Ich hatte vielfach Funktionen. Schon in den ersten Jahren als Mitarbeiter des Beteiligungsbereiches hatte ich in vielen Finanzgesellschaften beziehungsweise Tochtergesellschaften Prokuren beziehungsweise auch Geschäftsführerfunktionen, aber ich nehme an, Sie sprechen an die aus Ostfirmen ...

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Mich würden alle interessieren, ja.

Mag. Herbert Legradi: Die sind sehr vielfach, und die kann ich Ihnen jetzt aus dem Gedächtnis heraus auch nicht aufzählen. Die, die mir ans Herzen gewachsen war damals: Geschäftsführer des Kongresshotel Linz-Errichtungs- und Betriebsgesellschaftskomplexes. Das ist eine 50 : 50-Eigentümergeinschaft mit der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich; die gibt es jetzt noch. Inwieweit ich sonst in Finanzgesellschaften Funktionen hatte, weiß ich nicht mehr. Es waren jedenfalls, die Sie wahrscheinlich interessieren, Austost Anstalt **Schaan, Austinvest, Austost München**, und kurz **Celeste**; die hatte ich von Frühjahr 1995 bis Ende 2000. – Als Verwaltungsrat in diesen Gesellschaften.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das heißt, als Aufsichtsrat sind Sie dort mehr oder weniger tätig gewesen. – Vorerst einmal keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Mag. Legradi, Sie haben Bezug nehmend auf Atomic vorhin gesagt, dass laufend die Kreditlinien überzogen seien.

Ich halte Ihnen vor, dass Herr Dipl.-Ing. Stefan Pierer hier im Ausschuss ausgesagt hat, der jedenfalls von sich behauptet, bis zum Tag der Konkurseröffnung genauen Einblick gehabt zu haben in die Firmenunterlagen, weil es auch die Möglichkeit eines Konsortiums gegeben hätte aus deren Sicht. Er sagt: Zu dem Zeitpunkt, als ich im Unternehmen war, und das war bis zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung, hat sich das Unternehmen im genehmigten Kreditrahmen bewegt. Dazu stehe ich. Ich habe diese

Unterlagen auch noch immer bei mir. – Zitatende. – Und er hat da mit den Unterlagen hantiert.

Halten Sie Ihre Aussage aufrecht?

Mag. Herbert Legradi: Aus meiner Erinnerung – und ich kenne die Situation nur aus den internen Unterlagen und der Erinnerung und der laufenden Diskussion über die Finanzsituation von Rohmoser beziehungsweise der Firma Atomic –: ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie haben Sie diese Gruppe, wo Pierer drinnen war, dann wahrgenommen?

Mag. Herbert Legradi: Ich habe das nicht direkt wahrgenommen, weil ich damit operativ auch nicht zuständig war in der Kreditabwicklung und Betreuung und Führung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie haben doch gesagt: laufend die Linien überzogen? Wie konnten Sie das genau feststellen?

Mag. Herbert Legradi: Aus den Berichten an den Vorstand heraus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Sie aber nicht verfasst haben, sondern selber als Information konsumiert haben? (*Mag. Legradi: Genau!*) – Wer hat diese Berichte verfasst? Wissen Sie das noch?

Mag. Herbert Legradi: Nachdem dieses Engagement damals in der Kreditrevision geführt wurde, also in einer Sondergestion-Stelle im Haus: Ich glaube, dass das von Mag. Spandl damals verfasst wurde; Mitarbeiter der Kreditrevision, die vielfach auch vor Ort war ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sagten zum Komplex Atomic zusätzlich noch, dass Herr Dr. Gehmacher möglicherweise seinen Vorgänger in dieser anwaltlichen Sache abgelöst hat, weil er besser auf Insolvenzrecht spezialisiert gewesen sei. War zu dem Zeitpunkt, als Gehmacher gekommen ist, schon klar, dass es sich hier um einen Insolvenzfall handeln würde beziehungsweise dass ein Konkursantrag der BAWAG unmittelbar bevorstünde?

Mag. Herbert Legradi: Das kann ich nicht sagen, das weiß ich nicht. Nachdem ich in diesen operativen Besprechungen und Sitzungen nicht dabei war oder beteiligt war ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie haben Wahrnehmungen darüber, dass Gehmacher deshalb geholt worden ist, weil er im Insolvenzrecht besondere Vorzüge aufweisen würde. Ist das richtig?

Mag. Herbert Legradi: Das war meine Interpretation auf die Frage hin. Ich habe keine Wahrnehmung aus der damaligen Zeit, sondern schlicht und einfach auf die Frage war das eine plausible Erklärung für mich, warum das erfolgt sein hätte können.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Fragerecht geht über an die FPÖ. Ich habe selbst ein paar Fragen.

Ich bleibe bei dem Komplex. Herr Dr. Gehmacher hat uns sinngemäß mitgeteilt, dass er am Montag vor der Konkurseröffnung die Empfehlung gegeben hat, Wechselklage einzubringen sowie einen Insolvenzantrag zu stellen, und dies gegenüber dem zuständigen Vorstand geäußert hat. Haben Sie darüber Wahrnehmungen? Waren Sie bei dieser Sitzung nicht dabei? (*Mag. Legradi: Nein!*)

In weiterer Folge hat Herr Dr. Gehmacher gesagt, die Entscheidung ist aber nicht am Montag gefallen, sondern man hat das dann im Vorstand besprochen, um eine Entscheidung zu fällen, und diese Sitzung sei dann am Mittwoch vor der Konkurseröffnung, vor dem Stellen des Konkursantrages oder Überreichen bei Gericht gewesen. Haben Sie von **dieser** Vorstandssitzung Kenntnis? Wissen Sie etwas?

Mag. Herbert Legradi: Ich habe keine Erinnerung daran. Ich muss aber auch dazu sagen, dass es durchaus eine Sitzung gewesen sein kann oder höchstwahrscheinlich auch war, die nur dieses Thema beinhaltet hat, und keine formale Vorstandssitzung, in der vorbereitete Kreditunterlagen aufbereitet wurden. Das war im Jahr 1994 auch, glaube ich?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie sind derjenige, der die Sitzungen des Vorstandes koordiniert in Bezug auf die Kreditgestionen oder Kreditakte, sage ich jetzt einmal, im Zeitraum 1994/95. Finden Sie das nicht seltsam, wenn Sie da einer derartigen Vorstandssitzung nicht beigezogen werden?

Ich ergänze dazu: Atomic ist nicht irgendeine kleine „Quetschn“ gewesen, sondern war eine Weltmarke, Platz 2 in der Welt, und war eines der größten privaten Unternehmungen in Österreich.

Waren Sie dabei oder nicht? Und wenn nein, warum nicht?

Mag. Herbert Legradi: Nein, ich war nach meiner Erinnerung nicht dabei. Es war aber für mich auch nicht seltsam, nicht dabei gewesen zu sein, weil das eine Krisensitzung, nehme ich an, war, welche Maßnahmen man setzt, und vor allem unter Beiziehung von externen Juristen und Sonstigem. Für mich war das damals nicht eine verwunderliche Sitzung. Es hätte mich verwundert in meiner späteren Funktion als Generalsekretär unter Elsner, bei so einer Sitzung nicht dabei gewesen zu sein. In der Flöttl-Zeit war das nicht meine Funktion und Aufgabe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es war keine Sitzung mit Externen, die hat ja am Montag stattgefunden. Am Mittwoch war eine Entscheidungssitzung des Vorstandes. Wer ist denn üblicherweise bei solchen Vorstandssitzungen, wo es um griffige Entscheidungen geht, in diesem Zeitraum dabei gewesen? War das nur Elsner mit Flöttl allein? Hat es das auch gegeben?

Mag. Herbert Legradi: Bei Vorstandssitzungen war der Gesamtvorstand anwesend und die Protokollführerin, das war das Fräulein (*phonetisch!*) Osterseher.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, Protokolle sind geführt worden von allen Vorstandssitzungen? Ausnahmslos?

Mag. Herbert Legradi: Nach meinem Wissen ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, über diese besagte Sitzung des Vorstandes, wo die Entscheidung über Stellung des Insolvenzantrages gefallen ist, müsste es ein Protokoll gegeben haben? Wenn es das nicht gegeben hat, schließen Sie sich da meiner Meinung an, dass es keine Vorstandssitzung gegeben hat?

Mag. Herbert Legradi: Möglicherweise gab es keine Vorstandssitzung. Aber wenn es eine Vorstandsentscheidung war, wo die entsprechende Anzahl von Vorständen dabei war, dann kam die Entscheidung zustande.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wurde protokolliert?

Mag. Herbert Legradi: Ich weiß es nicht. Ich kenne diese Sitzung nicht. Da ich nicht dabei war, kann ich das nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat es in Ihrer Zeit, in dieser besagten Zeit, öfters Sitzungen gegeben, wo Sie nicht dabei waren? Wo es um Kredite gegangen ist?

Mag. Herbert Legradi: Nachdem ich immer nur bei einem Teil der Vorstandssitzungen dabei war, kann ich nur über diese Auskunft geben. Und was danach oder außerhalb dieses Teils besprochen oder entschieden oder beschlossen wurde, kann ich

naturgemäß nicht sagen. Und Vorstandsentscheidungen können auch außerhalb von Sitzungen getroffen werden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Selbstverständlich. Die Frage ist, ob es Protokollierungen von Beschlüssen gegeben hat, die dann ihren dienstlichen Weg genommen haben.

Mag. Herbert Legradi: Ich bin überzeugt davon, dass dieser Beschluss der Insolvenz-Antragstellung in einem Protokoll festgehalten wurde. Ob anhand eines Berichtes, der dann gekommen ist aus dem Kreditrevisionsbereich oder wie immer, das kann ich jetzt nicht mehr sagen, das müsste ich nachschauen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn es also einen Bericht gegeben hat, ist er auf jeden Fall nicht über *Ihren* Schreibtisch gegangen, sondern über die Kreditrevision, oder? Habe ich das jetzt richtig verstanden?

Mag. Herbert Legradi: Der ist von dort, nehme ich an, verfasst worden. Nachdem diese Stelle im Haus diese Kreditanträge verfasst hat, sind all die Berichte ja von dort verfasst. Ich habe keine Berichte verfasst in meiner Funktion damals.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was haben Sie dann koordiniert?

Mag. Herbert Legradi: Ich habe die kritische Würdigung der Inhalte und der Sicherheiten, Darstellungen beziehungsweise Formalerfordernisse als Aufgabe gehabt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber in diesem Fall haben Sie das nicht als Aufgabe gehabt oder wurden Sie nicht beigezogen?

Mag. Herbert Legradi: Ich kann mich nicht erinnern, bei so einer Sitzung dabei gewesen zu sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine kritische Würdigung zum Bericht Atomic – haben Sie die vorgenommen oder nicht oder können Sie sich nicht mehr erinnern?

Mag. Herbert Legradi: Ich kann mich auch nicht daran erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt aber nicht, dass Sie es nicht gemacht haben?

Mag. Herbert Legradi: Möglicherweise, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gab dann Aufsichtsratssitzungen, wo die Causa Atomic behandelt wurde. Wie hoch war der Wertberichtigungsbedarf in der Causa Atomic?

Mag. Herbert Legradi: Das weiß ich nicht mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer hat den Wertberichtigungsbedarf berichtsmäßig in dieser Zeit in den Aufsichtsrat gebracht?

Mag. Herbert Legradi: Das war sicherlich die Kreditrevision.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was war dann Ihre Aufgabe? – Ich meine, Sie sind für die Koordinierung im Vorstand, für die Kreditgestionierungen und Ähnliches und auch für das Berichtswesen im Aufsichtsrat zuständig. (*Mag. Legradi: Ja!*)

Atomic – Wertberichtigungsbedarf: Ist Ihnen da irgendetwas in Erinnerung, dass im Aufsichtsrat in den Jahren 1994, 1995 etwas berichtet wurde?

Mag. Herbert Legradi: Ich habe die Zahlen nicht präsent, das müsste ich nachschauen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Mir geht es nicht um eine einzelne Zahl, sondern mir geht es darum: Wurde dem Aufsichtsrat eine Wertberichtigung mitgeteilt, die in der

Causa Atomic vorzunehmen ist oder nicht? Können Sie sich daran noch erinnern? (Mag. **Legradi**: Nein!) – Das heißt aber nicht, dass es nicht gemacht wurde – oder?

Mag. Herbert Legradi: Möglicherweise, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wissen Sie, Herr Koren – Koren ist Ihnen ja bekannt – hat auf meine Frage, warum sehr viele, die seinerzeit, in den Jahren 1994 ff., in Entscheidungsverantwortung waren, nach wie vor noch heute in den Entscheidungsverantwortungen sind, unangetastet geblieben sind, sinngemäß geantwortet: Es war in der schweren Zeit, nachdem alles mehr oder weniger aufgebrochen ist, ganz einfach notwendig, dass man Wissensträger aus der Vergangenheit für die Aufklärung der Umstände benötigt hat. Und das war auch mit ein Grund, warum sehr viele noch an Bord sind: weil sie als Wissensträger an der Aufklärung der Sachverhalte mitgewirkt haben.

Jetzt gehe ich davon aus, dass Sie einer dieser Wissensträger sind. Würden Sie sich dem anschließen? (Mag. **Legradi**: In welcher Sache „Wissensträger“?) – In der Causa BAWAG, Umstände 1994 ff. (Mag. **Legradi**: Meinen Sie den Fall Atomic, weil wir von dem gekommen sind?) Der gehört dazu, das ist ein relativ großer Fall. Man kann einen großen Fall vergessen – ich habe kein Problem damit, das passiert halt –, aber so generell: Würden Sie sich selbst als Wissensträger aus der Vergangenheit bezeichnen, oder kann er Sie damit nicht gemeint haben?

Mag. Herbert Legradi: Ich war ab 1997 sicher kein Wissensträger der Geschäfte der BAWAG war, weil ich in den Bereichen Privatkunden und Marketing tätig war und danach erst die Aufarbeitung miterlebt habe; also ich würde mich nicht als Wissensträger bezeichnen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nationalbank-Berichte sind ja Konvolute, und wir haben schon gehört, die sind nicht über Sie gelaufen in den Jahren 1994, 1995: Können Sie uns den Postweg, den so ein Schriftstück üblicherweise in der BAWAG in dieser Zeit genommen hat, schildern?

Ich stelle jetzt eine Hypothese auf: Kann sein, dass der Bericht dem Vorstandsvorsitzenden persönlich übergeben wird, kann sein, dass er irgendeinem Vorstandsmitglied übergeben wird, kann sein, dass er postalisch einlangt – und wenn er postalisch einlangt, wie funktioniert das üblicherweise? Über welche Schreibtische läuft das, bis es dem Vorstand oder dem Vorstandsvorsitzenden in seine Sphäre gelangt? Können Sie uns darüber etwas erzählen?

Mag. Herbert Legradi: Ja, das geht von der Posteinlaufstelle ins Sekretariat des Vorstandsvorsitzenden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und von dort? Geht es dann zum Generalsekretär? Geht es direkt zum Generaldirektor? – Das würde mich einmal interessieren.

Mag. Herbert Legradi: Wenn Sie die Zeit unter Flöttl meinen, so war es so, dass das Fräulein (*phonetisch!*) Osterseher die Post aufbereitet und mit Herrn Flöttl durchbesprochen hat. Wenn Sie die Zeit von 1995 bis 1997 meinen, als ich bei Elsner Generalsekretär war, so ist diese Post über meinen Schreibtisch an Elsner weitergegangen. Und danach kann ich nicht sagen, inwieweit sich diese Prozesse geändert haben. Bei mir ist es so, dass meine Post in mein Sekretariat kommt, von meiner Sekretärin geöffnet, in Mappen sortiert auf meinen Schreibtisch kommt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Vorstandsvorsitzende zumindest hat den Nationalbank-Bericht – 1994/95 muss das gewesen sein – bekommen. Was macht der dann mit diesen Berichten?

Mag. Herbert Legradi: An die zuständigen Stellen im Haus verteilen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die da wären?

Mag. Herbert Legradi: Ich kann nur annehmen, dass es damals an die Bilanzabteilung gegangen ist – das war damals Herr Ziegler –, dass es an Zwettler gegangen ist und möglicherweise an die Kreditabteilung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und was macht Zwettler damit?

Mag. Herbert Legradi: Dementsprechend schauen, inwieweit seine Aufgabenbereiche, -teile betroffen sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Er war für das Teilnehmungsmanagement zuständig – seine Aufgabenbereiche waren betroffen! Was müsste er normalerweise tun?

Mag. Herbert Legradi: Prozesse und Abläufe analysieren, inwieweit hier Fehlstellungen waren/sind, und eine entsprechende Veränderung herbeiführen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Mit dem Teilnehmungsmanagement? (*Mag. Legradi: Ja!*)

Eine Frage noch. – Sie haben gesagt, es war schon immer so, dass nur einzelne Personen über einzelne Geschäfte oder Bereiche informiert waren. Ist das heute auch noch so?

Mag. Herbert Legradi: Zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Noch ein Punkt zu den Protokollen: Wer hat in Ihrer Zeit als Generalsekretär die Aufsichtsrats- und Vorstandsprotokolle gemacht?

Mag. Herbert Legradi: Eine Sekretärin hat sie geschrieben, und ich habe sie redigiert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, Sie haben sowohl die Vorstands- und Aufsichtsratssitzungen in Ihrer Zeit als Generalsekretär vorbereitet, als auch dann die Protokolle redigiert; Sie waren dafür verantwortlich.

In der Zeit gab es einen Wertberichtigungsbedarf seitens Atomic, frage ich jetzt noch einmal?

Mag. Herbert Legradi: Ich kann mich daran nicht erinnern; ich müsste nachsehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wo würden Sie da nachsehen?

Mag. Herbert Legradi: Ich würde in den einzelnen Kreditberichten, die ja die Grundlage für die Sitzungen sind, nachsehen, inwieweit hier von den befassten Abteilungen Wertberichtigungen vorgeschlagen werden oder nicht, beziehungsweise danach in den Protokollen, welche Entscheidung gefallen ist, da die Protokolle ja vorwiegend Beschluss-Protokolle sind und die eingereichten Unterlagen als Beilagen beziehungsweise Anlagen angeheftet sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Berichte gab es auch.

Mag. Herbert Legradi: Das meinte ich mit „Anlagen“; diese Berichte zum Beschluss-Protokoll sind die Anlagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie je irgendeine Funktion in einer Beteiligung oder Tochterfirma, oder wie auch immer man das nennen mag, in Liechtenstein oder in Irland gehabt?

Mag. Herbert Legradi: Ich hatte in Liechtenstein – ich habe das vorhin schon gesagt – in der Austost Anstalt Schaan, in der Austinvest und in der Austost München als Verwaltungsrat vom Frühjahr 1995 bis Ende 2000 und in der Celeste von Ende 1999 bis Ende 2000 eine Funktion; ich hatte **keine** Funktion in Irland.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sind das Stiftungen?

Mag. Herbert Legradi: Nein, das sind Anstalten, die wurden und werden auch als Beteiligungen ausgewiesen; also keine anonyme Stiftung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sind über diese Firmen auch Teile der Karibik-Gelder geflossen?

Mag. Herbert Legradi: Diese Firmen haben bis 1997 in etwa die Vorläufer der jetzigen Beigeschäfte, die jetzt bekannt wurden, also Reg.S.-, Reg.D.-Geschäfte, zum Teil gemacht. Karibik-Geschäfte – ich weiß jetzt im Nachhinein, dass über Finanzierungen von Gesellschaften beziehungsweise Stiftungen, über die Karibik-Geschäfte gemacht wurden, von diesen Firmen aus gemacht wurden. Direkt darüber gelaufen sind meines Wissens keine Gelder, aber Finanzierungen von anderen Gesellschaften, über die Karibik-Geschäfte gelaufen sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sind über diese Firmen, wo Sie Verwaltungsrat waren, teilweise Finanzierungen gelaufen?

Mag. Herbert Legradi: Finanzierungen für Gesellschaften, über die Karibik-Transaktionen gemacht wurden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist Ihnen da aufgefallen, dass diese Finanzierungen immer an der Schwelle der Aufsichtsratspflicht gewesen sind?

Mag. Herbert Legradi: Nein, nicht bewusst.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was war denn die Grenze für die Aufsichtsratspflicht?

Mag. Herbert Legradi: Das waren 15 Prozent der Eigenmittel.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und wie hoch war das damals?

Mag. Herbert Legradi: Ich weiß es jetzt nicht; da müsste ich nachsehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Größenordnungsmäßig?

Mag. Herbert Legradi: Es waren 1,5 Milliarden, nein, es waren 700 Millionen Schilling, glaube ich. Aber das ist, sage ich einmal, eine ungeprüfte Annahme, eine vage Zahl.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sind in dieser Größenordnung – also darunter – Geschäfte über die Firmen, wo Sie im Verwaltungsrat gesessen sind, geflossen?

Mag. Herbert Legradi: Es gab Finanzierungen anderer Gesellschaften. Diese Finanzierungen oder Geschäfte gab es seit Anfang der neunziger Jahre. Diese Firmen und Geschäfte wurden auch im Jahre 1994 überprüft, und es wurde damals nichts Inkriminierendes an diesen Geschäften gefunden. Daher fand ich auch nichts Außergewöhnliches an diesem Weiterführen der Geschäfte.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie sind Generalsekretär (*Mag. Legradi: Ja!*), haben einen breiten Überblick über die Vorstandssitzungen, die Aufsichtsratssitzungen. Sie kennen aus dieser Zeit, würde ich einmal sagen, den Betrieb fast so gut wie Ihr Vorgesetzter; das ist üblicherweise bei einem Generalsekretär ein umfassendes Wissen. Sie sind in den Verwaltungsräten von Firmen, wo Finanzierungen – wie sich im Nachhinein, zumindest einmal für die Außenwelt im Nachhinein, darstellt – gemacht worden sind über Stiftungen und andere Firmen, die dann in diese Karibik-Geschäfte involviert waren. Koren sagt, zur Aufklärung benötigt man Wissensträger, und daher braucht man diese Leute, und die haben auch alle an der Aufklärung mitgewirkt. – Hier wirken Sie, als ob Sie nirgendwo mitwirken können!?

Mag. Herbert Legradi: Weil ich operativ diese Geschäfte nicht abgewickelt habe und diese Geschäfte – wie ich jetzt weiß – erst 1998 begonnen haben. Damals war ich Aufsichtsrat, also Verwaltungsrat in diesen Gesellschaften, und ich wusste nur, dass

operativ diese Geschäfte aus dem Beteiligungs- und Wertpapierbereich durchgeführt wurden, und das immer in Abstimmung mit dem BAWAG-Vorstand. Ich hatte auch damals keinen Anlass, deren Rechtmäßigkeit zu bezweifeln, wenn zwei Fachbereiche des Hauses in Abstimmung mit dem Vorstand diese Geschäfte operativ führen, noch dazu, wo die Chefin der Beteiligungsverwaltung, die eine operative Führungsfunktion dabei hatte, ebenfalls mit mir im Verwaltungsrat sitzt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, und Ihre Ehefrau dort auch eine Rolle im Beteiligungsmanagement hat.

Mag. Herbert Legradi: Aber nicht für diese Firmen oder diese Geschäftsfelder.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Mag. Legradi, erinnern Sie sich an den Vorgang im Jahr 1994, als es einen Riesenwirbel um eine anonyme Strafanzeige gegen Flöttl & Co gab? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Erinnern Sie sich an einen Bericht der „Wirtschaftswoche“ über diese Strafanzeige und über die Vorgänge in der Karibik und über unklare Geschäfte, die es in diesem Zusammenhang gab? (*Mag. Legradi: Ja!*)

Es gab hausintern eine umfangreiche Mitteilung an die Mitarbeiter der BAWAG, in der man versucht hat, das Ganze in ein positives Licht zu rücken. Erinnern Sie sich an den Vorgang?

Mag. Herbert Legradi: Vage, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Erinnern Sie sich daran, dass der Aufsichtsrat einstimmig – offensichtlich auch in Ihrer Anwesenheit – in der Sitzung vom 6. Mai 1994 einen Persilschein für den Vorstand beschlossen hat?

Mag. Herbert Legradi: Nein, weil ich damals, im Jahr 1994, nicht bei der Sitzung anwesend war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Sie erinnern sich, dass es einen Batzen Wirbel gab wegen dieses Berichtes? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Das heißt also, der ganze Vorgang war bekannt. Und es war bekannt, denn im Bericht der „Wirtschaftswoche“, den alle eifrigst studiert haben, war auch von diesem ominösen Bericht der Nationalbank die Rede. – Erinnern Sie sich daran? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Das heißt, Sie behaupten, Sie haben von einem Bericht nichts gewusst, der aber im ganzen Haus wie in einem Bienenschwarm, wo die Wespen eingedrungen sind, zu Irritationen geführt hat? Erklären Sie mir und dem Ausschuss, bitte, den Widerspruch!

Mag. Herbert Legradi: Ich habe natürlich die Zeitungsberichte gelesen, ich habe aber den Bericht selbst *nicht* zur Verfügung gestellt bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist das Mysterium dieses Bienenschwarms: Alle wissen, surren herum, es gibt einen bösen Bericht, die „Wirtschaftswoche“ berichtet darüber und die Staatsanwaltschaft ermittelt bereits, aber keiner wollte den Bericht lesen! – Wie ist das möglich?

Mag. Herbert Legradi: *Wollen* und *können* sind zweierlei Dinge. Wenn ich den Bericht nicht bekomme, dann kann ich ihn nicht lesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie waren auch im Vorstand tätig. Der Vorstand hat in einem umfangreichen Schriftverkehr an Generaldirektor **Wala** auf diesen Bericht der „Wirtschaftswoche“ reagiert. Dort war bereits auch dieser Prüfbericht der Nationalbank der Anknüpfungspunkt und der Informationsfluss von der Nationalbank oder von der BAWAG an die „Wirtschaftswoche“. – Erinnern Sie sich an den Vorgang? (*Mag. Legradi: Nein!*)

Es liegt mir ein Schreiben vom 24. Mai 1994 vor, in dem das dargestellt und der Verdacht geäußert wird, dass hier undichte Stellen Richtung „Wirtschaftswoche“

vorhanden sind. Sie waren ja damals im Bereich des Vorstandes in entsprechender Funktion tätig. – Erinnern Sie sich jetzt daran?

Mag. Herbert Legradi: Es gab damals große Irritationen, wo undichte Stellen sind, wo Informationen aus dem Haus rausgehen. Das ist eine Situation, die seit den neunziger Jahren bis jetzt unangenehm für das ganze Haus ist. Es sind immer wieder Untersuchungen, Maßnahmen hausinterner Art gesetzt worden, um diese undichten Stellen herauszufinden, man ist aber nie wirklich fündig geworden. Es gab immer wieder Verdächtigungen einzelner Personen, die hätten dieses oder jenes gemacht, aber wirklich gefunden wurde nie etwas.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber es müssen ja intern Recherchen angestellt worden sein, wer aller diesen Bericht hat (*Mag. Legradi: Ja!*), sodass zumindest klar sein musste, dass es einen eingegrenzten Personenkreis gibt, der ermittelt wurde. – Ist das richtig? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Da haben Sie nicht dazugehört? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Dass der Bericht eine Brisanz beinhaltet, war auch jedem klar. – Ist das richtig?

Mag. Herbert Legradi: So hat man es den Medien entnommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So ist es, und so hat man es auch innerhalb der BAWAG kommuniziert, denn ein Bericht, der harmlos oder gar belobigend wäre, wäre ja mit Stolz auch von der BAWAG-Führung öffentlich präsentiert worden.

Mag. Herbert Legradi: Ich kann Ihnen versichern, dass jeder froh war, der den Bericht nicht hatte, weil er so nicht derjenige sein konnte, der ihn nach außen gegeben hat. So gesehen ist das Lesen-Wollen und Nicht-Können ein sehr zwiespältiges Verhältnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir einmal davon aus, dass Sie ihn nicht gelesen haben – Sie wussten zumindest von der Existenz eines hoch brisanten Berichtes? (*Mag. Legradi: Ja!*) Das ist wahr, das wussten Sie? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Was haben Sie mit diesem Wissen gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern getan? Haben Sie Aufsichtsratsmitglieder über die Existenz eines hoch brisanten Berichtes informiert?

Mag. Herbert Legradi: Nachdem die Information aus Zeitungen und Medienberichten stammt, sah ich weder eine Veranlassung noch einen Sinn darin, Aufsichtsräte über Informationen aus Zeitungen zu informieren. Und da ich keinen Zugang zu dem Bericht hatte: Was soll ich einem Aufsichtsrat Zusätzliches sagen zu dem, was in der Zeitung steht?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das macht Sinn, aber der zweite Teil Ihrer Antwort macht keinen Sinn. Der Vorstand hatte den Bericht, und er wurde innerhalb des Vorstandes zwischen allen Vorstandsmitgliedern auch mehrfach kommuniziert. Sie hatten also Zugang zu diesem Bericht in Ihrer Funktion als ...

Mag. Herbert Legradi: Nein, ich habe gesagt, im Jahre 1994 war ich ausschließlich für die Kreditberichte und -organisation zuständig. (*Abg. Mag. Stadler: An den Aufsichtsrat, aber Sie waren ...!*) – Und im Vorstand auch nur für diesen Teil. Ich nahm auch nur bei diesem Teil der Sitzungen an den Vorstandssitzungen teil.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Sie haben ja gerade Herrn Elsner besonders betreut.

Mag. Herbert Legradi: Ab dem Jahr 1995, als Generalsekretär.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch im Jahr 1995 war das Ganze noch Thema, weil das Strafverfahren, das Herr Staatsanwalt Müller geführt hat, immer noch

nicht vom Tisch war. (*Mag. Legradi: Wann war das? Wann 1995?*) – Ich bin gerade am Nachschauen. Erst im Juli 1995 wurde das Strafverfahren nach § 90 Strafprozessordnung zurückgelegt. Das heißt, bis zum Juli 1995, also in der Zeit, als Sie bereits Generalsekretär waren, war das Thema.

Mag. Herbert Legradi: Ich wurde Generalsekretär im Mai 1995, und wenn das im Juli 1995 zurückgelegt wurde, so habe ich sicher nicht die Geschichtsauffrischung oder die ganze Historie gemacht; ich war sicherlich sehr froh, dass das Thema beendet und zurückgelegt ist, denn das war, wenn ich das richtig verstehe, sechs Wochen nach Antritt meiner Funktion als Generalsekretär und Pressesprecher.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Vorstand hat mit 28.7.1994 auch noch einen Bericht, eine Stellungnahme nach § 71 Abs. 6 Bankwesengesetz verfasst. Dieser Bericht ist recht umfangreich, er hat, glaube ich, insgesamt an die 25 Seiten – soweit ich das habe, wir haben ihn hier auszugsweise –, und dieser Bericht wurde im Vorstand beraten und beschlossen. – Erinnern Sie sich an den Vorgang?

Mag. Herbert Legradi: Nein; ich müsste mir das anschauen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lasse Ihnen die Stellungnahme vorlegen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Auskunftsperson wird die Stellungnahme des BAWAG-Vorstandes – ohne Datum – gemäß § 71 Abs. 6 Bankwesengesetz vorgelegt.

Mag. Herbert Legradi: Der Bericht ist vom 28. Juli 1994.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und damals waren Sie für Herrn Elsner tätig.

Mag. Herbert Legradi: Nein! Mai 1995.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Als Generalsekretär. Aber Sie haben ja gesagt, dass Sie auch vorher ...

Mag. Herbert Legradi: Das war, als ich als Mitarbeiter der Generaldirektion für die Kreditantragsaufbereitung zuständig war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, zu dem Zeitpunkt waren Sie für Herrn Elsner nicht tätig? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Jetzt bin ich ein bisschen verwirrt. – Zu dem Zeitpunkt haben Sie was für eine Funktion gehabt?

Mag. Herbert Legradi: Mitarbeiter der Generaldirektion für die Kreditaufbereitung, die Unterlagen und Vorbereitung für Vorstand und Aufsichtsrat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und da waren Sie bei Erstellung dieser Stellungnahme nicht, zuarbeitend zumindest, involviert? (*Mag. Legradi: Nein!*) – In keiner Weise involviert?

Mag. Herbert Legradi: Nein. Daher sage ich immer, Sie müssen immer den Zeitpunkt ab Mai 1995 ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Lässt sich vielleicht aus dem Bericht heute von Ihnen erkennen, wer daran mitgewirkt hat? Ich meine, ich kann mir nicht vorstellen, dass Herr Elsner den Bericht auch noch persönlich getippt hat; da müssen ja ein paar Leute zumindest zusammengearbeitet haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das Bemerkenswerte an den BAWAG-Unterlagen ist, dass nirgendwo Bearbeitungsvermerke hervorgehen. Man hat den

Eindruck, es hat überhaupt alles nur Herr Elsner gemacht; das würde in Wirklichkeit seine Bypässe heute erklären.

Mag. Herbert Legradi: Also ich kenne diese Stellungnahme nicht, und ich kann auch nicht zuordnen, wer das gemacht hat.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Mag. Legradi, war Ihr Büro in Ihrer Zeit als Generalsekretär in der Nähe des Herrn Generaldirektors?

Mag. Herbert Legradi: In der Zeit unter Flöttl disloziert von der Generaldirektion und unter Elsner das erste halbe oder dreiviertel Jahr disloziert und dann nach Umbauarbeiten in einer Flucht drei Zimmer weiter; in einer Flucht, da war es eine Büroeinheit. (*Abg. Bucher: Also im Vorzimmer des Generaldirektors!*) – Ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was heißt „disloziert“?

Mag. Herbert Legradi: Einen Halbstock entfernt, wenn man es so nimmt; auf derselben Ebene in einem anderen Gebäude. Sie müssen sich vorstellen, das Gebäude in der Seitzergasse besteht aus fünf verschiedenen Einheiten, Einzelteilen, die zusammengelegt wurden; also disloziert: an der Rückseite des Hochholzerhofes.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Mag. Legradi, ich möchte noch einmal auf den Prüfbericht 1994 zu sprechen kommen. Das war ja kein Prüfbericht, der so einfach schubladisiert wird, denn über diesen hat halb Österreich gesprochen. Sie sind dann ein Jahr darauf Generalsekretär geworden, und als Generalsekretär ist man ja einer der wichtigsten Berater des Generaldirektors. (*Mag. Legradi nickt zustimmend.*) Also ich nehme an, dass er Sie hin und wieder, nachdem Sie auch in räumlicher Nähe waren, hinzugezogen hat zu Gesprächen, Beratungen, Sie eingeweiht wurden als Kommunikationschef des Unternehmens in alle strategischen Angelegenheiten der BAWAG. (*Mag. Legradi: Mhm!*) Sie haben auch an der Strategie mitgewirkt: Was kommuniziert das Unternehmen nach außen? (*Mag. Legradi: Mhm!*)

Es hat Sie nie interessiert, was in diesem kritischen Prüfbericht gestanden ist, um sich selbst auch einmal eine Meinung zu bilden und nicht darauf angewiesen zu sein, was von Ihrem Vorgesetzten, dem Herrn Generaldirektor, kommt? Ist Ihnen nie in den Sinn gekommen, da einmal hineinzuschauen? Sie hätten natürlich die Möglichkeit gehabt, sich diesen Prüfbericht zu beschaffen – oder liege ich da falsch in meiner Annahme?

Mag. Herbert Legradi: Ja. Nachdem aber von allen Bereichen und überall die Beteuerungen kamen, dass all die Auflagen eingehalten werden, und diese transparente Darstellung war – vermeintlich –, der Bericht an den Aufsichtsrat, die auch öffentlich-mediale Ankündigung, diese Geschäfte wieder aufzunehmen, sah ich es nicht als meine Aufgabe, innenrevisorische Tätigkeiten durchzuführen, ob diese Auflagen wirklich eingehalten werden. Es ist nicht Aufgabe des Generalsekretärs (*Abg. Bucher: Ja, das ist mir schon klar!*) oder Pressesprechers, Prozessorganisationsdinge zu kontrollieren; das wird kein Generalsekretär irgendwo tun.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das ist mir schon klar, nur: Sie werden gemessen an der Plausibilität Ihrer Aussagen gegenüber der Öffentlichkeit. (*Mag. Legradi: Ja!*) Und da machen Sie sich ja im Vorfeld, bevor Sie eine Kommunikationsstrategie aufbauen, ein umfassendes Bild über die Situation. Sie werden sich wahrscheinlich auch gefragt haben: Wie steht es um die Innenrevision des Hauses? Was für Schritte sind eingeleitet worden? Und Sie werden sich wahrscheinlich auch den Prüfbericht angesehen haben, was wirklich drinsteht, damit nicht irgendwelche Vorhaltungen kommen et cetera, auf die Sie nicht entsprechend vorbereitet sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Auskunftsperson hat bereits mehrfach erklärt, dass sie diesen Bericht *nie* gesehen hat. Wir dürfen keine Vorhalte machen aufgrund von Tatsachen, die *keine* Tatsachen sind.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wie oft hatten Sie Kontakt mit Flöttl junior?

Mag. Herbert Legradi: *Direkten* Kontakt nie. Ich habe ihn vielleicht einmal im Jahr gesehen, wenn er, vorwiegend am Abend oder späten Nachmittag, zu Elsner gekommen ist, aber ich habe nie direkt Gespräche mit ihm geführt.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Also die Gespräche zwischen Elsner und Flöttl junior sind immer an Ihnen vorbeigegangen? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Elsner hat Sie nie eingeweiht in die Inhalte dieser Gespräche oder in irgendwelche Strategien, die diese beiden Herren ausgemacht haben? (*Mag. Legradi: Nein!*)

In dieser Zeit, 1995 bis 1997, als Sie Generalsekretär waren: Wie häufig waren da die Gespräche Tumpel und Elsner? Wie kann man sich das vorstellen: Hat es da regelmäßige Treffen gegeben?

Mag. Herbert Legradi: Also ich würde sagen, es waren monatliche Treffen, aber da ging es vorwiegend auch um Aufsichtsratsvorbereitung, generelle Themen, wobei diese auch meist ohne mein Beisein stattgefunden haben. Es gab damals auch eine große Diskussion über einzelne Beteiligungen, sich strategischer Art zu beteiligen oder nicht – da spreche ich jetzt aber vom Privatfernsehen; das weiß ich, dass das strategische Diskussionen waren.

Also ich würde sagen: wöchentliche Telefonate, monatliche Treffen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber ich glaube, einige hier herinnen kennen das operative Geschäft der Geschäftsführung; die wissen, dass es eine Vertrauensperson gibt, die sich für strategische Gespräche und auch Gespräche mit in dem Fall Aufsichtsratsvorsitzenden vorbereiten lässt, damit gewisse Themen nicht unter den Teppich fallen. Diese Themen müssen von jemandem aufbereitet werden. – Hat das Elsner alles allein gemacht oder hat er Sie da hinzugezogen zu diesen vorberatenden Gesprächen mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden et cetera? Hat er das alles selbst gemacht mit seiner persönlichen Sekretärin oder hat er den Generalsekretär hinzugezogen?

Mag. Herbert Legradi: Ich kann jetzt nicht mehr sagen, welche Themen da oder dort Gesprächsgrundlage waren oder sind. Es war sicherlich die Diskussion – das weiß ich, die habe ich auch entsprechend aufbereitet, vorbereitet – über das Privatfernsehen, inwieweit man das machen soll oder nicht, wobei ich sagen muss, dass Tumpel eine sehr reservierte Haltung dem gegenüber hatte, dass sich die Bank derart groß engagiert. Ansonsten waren das verschiedenste, ich sage jetzt, strategische Themen im Hinblick auf Produktentwicklung, Privatkundenbereich, wo ich damals tätig war, vorbereitend mit strategischen Bepreisungen beziehungsweise Produktentwicklung, Servicierung bestimmter Bereiche.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Haben Sie in Ihrer Funktion als Generalsekretär auch an Gesprächen im ÖGB teilgenommen? Haben Sie dort auch Situationen der einzelnen Geschäftsfelder innerhalb der BAWAG erklärt?

Mag. Herbert Legradi: Es gab fallweise auch Vorbereitungsgespräche vor Aufsichtsratssitzungen im ÖGB, wo wir in groben Zügen die Aufsichtsratsunterlagen durchbesprochen haben; da war ich anwesend. Da ging es – ich sage das jetzt einmal – um eine Bilanzvorbereitung, da ging es um einzelne Kreditengagements.

Im Aufsichtsrat wurden eigentlich kaum, sage ich jetzt einmal, geschäftsstrategische Themen besprochen. Da stand eher zur Diskussion – was wir in der Zeit sehr stark

gemacht haben –: eine stärkere Akzentuierung des Kommerzbereiches, also des Kommerzkreditgeschäftes, mit einer Gewerbemilliarden-Aktion, also Klein- und Mittelbetriebe, mit Exportoffensive. Das waren so die Diskussionen, wenn Sie das wollen, strategischer Art, inwieweit das stärkere Engagement zum Haus passt, diese Akzentuierungen, und so weiter.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Also da gibt es unterschiedliche Darstellungen: Die einen sagen, es hat nie Gespräche oder Vorgespräche im ÖGB gegeben, andere wiederum sagen, die hat es gegeben, eben erklärend und erläuternd zu den einzelnen Themen im Aufsichtsrat; war wahrscheinlich wichtig, denn nur dort in den Vorgesprächen hat es für die Aufsichtsratsmitglieder die Möglichkeit gegeben, überhaupt Fragen zu stellen, die dann beantwortet worden sind. Im Aufsichtsrat selbst hat ja dann keine große Diskussion stattgefunden. – Würden Sie das auch so sehen?

Mag. Herbert Legradi: Es gab keine großen Diskussionen, das stimmt. Es gab einzelne Engagements, wo viel diskutiert wurde. Das war ein Engagement einer Bierbrauerei in Deutschland, das vom Vorfeld her schon fraglich war und das dann leider auch nicht erfolgreich abgeschlossen wurde. Es gab einzelne Kommerzkreditengagements, aber ich würde sagen, es waren nicht allzu große Fragestellungen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Haben Sie auch im Fall Atomic, da Sie ja die Unternehmensgenesis ein bisschen kennen, den Herrn Generaldirektor beraten?

Mag. Herbert Legradi: Nein. Das ist erstens ausschließlich über die Anwälte gegangen beziehungsweise war da eine sehr enge Beziehung Schwarzecker und Kreditrevision. Da Dr. Schwarzecker damals Leiter der Kreditrevision war und er sehr intensiv mit dem Fall befasst und beschäftigt war, gab es hier beziehungsweise über die Rechtsabteilung und Anwälte sehr direkte intensive Gespräche.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie haben aber nie Einfluss genommen auf irgendwelche Entscheidungen, was das Unternehmen Atomic anlangt?

Mag. Herbert Legradi: Nein. Ich hatte damals auch keine operative Funktion in diese Richtung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Eine Frage zur Verschmelzungsbilanz 2005, zur Verschmelzung zwischen BAWAG und P.S.K. Kennen Sie die Verschmelzungs- oder Spaltungsbilanz?

Mag. Herbert Legradi: Die Verschmelzungsbilanz haben wir im Jahre 2006 in der Bilanzerstellung für das Jahr 2005 im Detail gesehen und bekommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die haben Sie 2006 erst gesehen? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Sie ist aber im September 2005 erstellt worden, wie ich glaube.

Mag. Herbert Legradi: Diese Grundlage ist per September 2005 erstellt worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, irgendjemand muss sie 2005 auch gesehen haben? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Wer?

Mag. Herbert Legradi: In dem Fall damals waren Zwettler und Nakowitz die für die Bilanz Verantwortlichen, Zuständigen. (*Abg. Krainer: Von Seite der BAWAG!*) Von Seite der BAWAG. (*Abg. Krainer: Und Seite der P.S.K.?*) Von Seite der P.S.K. war – Bilanzrechnungswesen – Dr. Koren der zuständige Verantwortliche.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Dr. Koren muss die Verschmelzungsbilanz im September gekannt haben. – Sie kennen sie seit Frühjahr 2006?

Mag. Herbert Legradi: Ja, in Aufarbeitung. Es war – wie soll ich jetzt sagen? – damals im Oktober 2005 durch den Ausfall des Refco-Kredites durchaus eine Situation, die nicht reguläre Dinge ablaufen ließ, also war genau dieser Prozess damals – würde ich sagen – kein regulärer Ablauf.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, das ist mir schon klar – aber Sie kennen sie seit Frühjahr 2006. Wie beurteilen Sie diese Verschmelzungs- oder Spaltungsbilanz heute?

Mag. Herbert Legradi: Als eine sehr kritische Aufarbeitung vieler vergangener Dinge, um es so zusammenzufassen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Können Sie das ein bisschen näher ausführen?

Mag. Herbert Legradi: Wie beurteile ich sie? – Es ist in dieser Bilanz so viel an Umbewertungen und Veränderungen und Gliederungen vorgenommen worden, dass es einer, sage ich, sehr langen Zeit bedarf, um nachvollziehen zu können, wie es zu diesen einzelnen Dingen gekommen ist; vor allem auch deswegen, weil äußerst intransparent, weil die ursprüngliche Darstellung der Konstruktion von KPMG vom zweiten Prüfer des Jahres 2006, von Deloitte, nämlich anders betrachtet wurde. Daher wurde der Vorgang noch einmal umgeändert, es wurde eine Bilanz für die ersten neun Monate und eine für die letzten drei Monate gemacht, und die Vergleichbarkeit von drei Einzelbilanzen zu einer gesamthaften ist nicht einfach.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich meine jetzt diese Spaltungsbilanz vom September 2005. Wie beurteilen Sie diese heute?

Mag. Herbert Legradi: Als eine sehr kreative Bilanz.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da ist ja meines Wissens die BAWAG-alt zur AVB geworden? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Das ist eine nicht allzu umfangreiche Bilanz. Kennen Sie diese? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Und fällt Ihnen da irgendetwas auf? Ich meine, das ist eine nicht operative Finanzholding – oder? Kann man das so bezeichnen? (*Mag. Legradi: Ich habe Sie jetzt nicht verstanden!*) Die AVB kann man als nicht operative Finanzholding bezeichnen? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Fällt Ihnen da etwas auf, wenn Sie die Bilanz anschauen?

Mag. Herbert Legradi: Sie meinen, dass es darin zwei große Positionen gibt: eine Forderung und eine Verbindlichkeit? – Ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Stimmt es, dass diese Forderung zu dem Zeitpunkt gegenüber der BAWAG-neu bestanden hat? – Das heißt, die AVB hatte ja quasi eine Forderung insofern, als dass sie die Anteile der Tochterfirma, der ehemaligen Kapital und Wert, BAWAG-neu, quasi besessen hat als einen großen Bilanzposten und fast in der gleichen Höhe ein Kredit – ebenfalls genau bei dieser Tochter – angesiedelt war? Sehe ich das richtig? (*Mag. Legradi: Ich habe das jetzt akustisch nicht verstanden!*) – Ich glaube, die Bilanz hat sowieso nicht so viele Positionen, dass Sie jetzt überrascht sind über die Frage.

Die AVB, also die Mutter, die Finanzholding, hatte – Sie haben es selbst gesagt – zwei große Bilanzpositionen: Die eine war der Wert des Tochterunternehmens, und die andere war quasi eine Verbindlichkeit gegenüber dem Tochterunternehmen fast in derselben Höhe. – Wie beurteilen Sie das? Ist das üblich?

Mag. Herbert Legradi: Ich habe ja gesagt, das ist ein durchaus kreativer Ansatz der Bilanzdarstellung gewesen. Das, was hier gemacht wurde, war, eine Vorwegnahme eines Verkaufserlöses bilanziell darstellen des Unternehmenswertes der Bank. Und es war damals, zu dem Zeitpunkt, ja eine Privatisierung, ein Börsegang der Bank – der

verschmolzenen Bank – im Jahr 2008 strategisch angedacht, weil man gesagt hat, man muss hier dann eine dreijährige Abfolge von Bilanzen vorweisen können. Und um da diese Garantien und alle Problembereiche herauszunehmen, war diese Vorwegnahme des Unternehmenswertes in dieser Finanzholding dann dargestellt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine Frage war, ob das üblich ist, dass solch eine Finanzholding bei der Tochter einen Kredit in der Höhe des bilanziellen Wertes dieses Unternehmens hat.

Mag. Herbert Legradi: Ich würde sagen, das ist eine sehr kreative Darstellung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hat die im Jahr 2006 zu Problemen geführt?

Mag. Herbert Legradi: In welche Richtung zielt Ihre Frage?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Na ja, meines Wissens hat das zu Problemen geführt, weil da ja so eine Art Kreislauf mit Wertberichtigungsbedarf entstanden ist, immer hin und her. Also die AVB konnte diesen Kredit nicht bedienen.

Mag. Herbert Legradi: Weil keine Dividende geflossen ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Prinzipiell war Wertberichtigungsbedarf bei der BAWAG gegeben, dadurch war die BAWAG weniger wert, dadurch musste bei der Mutter abgewertet werden. Dadurch konnte der Kredit noch weniger bedient werden, dadurch musste der Kredit bei der Tochter abgewertet werden, dadurch war es wieder weniger wert bei der Mutter, musste abgewertet werden, et cetera. – Das ist so ein kleiner Kreislauf, der sich dann bei 300, 400 Millionen – von 1,4 Milliarden, glaube ich – eingependelt hat; da ist quasi 1 Milliarde weg gewesen, bilanziell zumindest.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist das richtig so?

Mag. Herbert Legradi: So würde ich das auch sehen, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Jetzt konnte man im September nicht wissen, dass wenige Monate später der Refco-Kredit platzt, plus dass man draufkommt, dass vor vielen Jahren etwas anderes passiert ist, nämlich die Karibik 2-Verluste. Aber diese spezielle Konstruktion hat dann schon zu zusätzlichen Problemen geführt?

Mag. Herbert Legradi: Ja. – Darum habe ich ja gesagt: Die Vorwegnahme eines Unternehmenswertes beziehungsweise Verkaufserlöses in dieser AVB-Darstellung hat, so wie Sie sagen, auf Grund der Vorkommnisse, die danach kamen, eben zu diesen Problemen und Bewertungsfragen geführt, weil ja diese Forderung und Verbindlichkeit auf den Wert des Unternehmens unterhalb beziehungsweise den Verkaufspreis, den ich erziele, referenzieren.

Und die Probleme, die durch den Refco-Kredit gekommen sind, die Refco-Klagen und den Vergleich, und die Karibik-Verluste haben den Wert des Unternehmens natürlich beeinträchtigt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Bei Karibik 1, sagen Sie, gab es keine Verluste.

Mag. Herbert Legradi: Ich kann das auch nur aus all den Berichten und Stellungnahmen, die danach gemacht wurden und die jetzt vorliegen, ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Kollege Stummvoll spricht in Presseaussendungen immer von den Verlusten von Karibik 1.

Mag. Herbert Legradi: Ja, aber ich kann auch jetzt nur, wenn ich die nochmalige ... Also aus dem jetzigen Bericht der Finanzmarktaufsicht ergibt sich bei nochmaliger

Überprüfung all der Vorfälle bis 1994, dass keinerlei Verluste irgendwo feststellbar waren und sind und dass all diese Geschäfte ordnungsgemäß zurückgeführt wurden.

Also wenn ich jetzt sage, ich habe damals einen Prüfbericht gehabt aus 1994 – auf den der ja auch referenziert, wo drinsteht, dass das erfolgt ist –, wenn es von damals auch Stellungnahmen von Juristen gibt, wenn die jetzige Nachprüfung der Finanzmarktaufsicht dieses Ergebnis ergibt, so kann ich nur darauf referenzieren und sagen: Es sollte so gewesen sein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen außer den Presseaussendungen der OTS von Kollegem Stummvoll eine Quelle bekannt, die irgendwie Verluste von Karibik 1 attestiert? (*Mag. Legradi: Bitte?*) Ob Ihnen eine Quelle bekannt ist – abgesehen jetzt von den erwähnten Presseaussendungen des Kollegen Stummvoll –, die Verluste von Karibik 1 attestiert? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Keinerlei Quelle bekannt? (*Mag. Legradi: Nein!*)

Wurde diese Verschmelzungsbilanz – um darauf zurückzukommen – schon damals intern kritisiert?

Mag. Herbert Legradi: Nein, weil sie auch nicht wirklich so ... Also mir war sie nicht bekannt. Mir war die Konstruktion, wie es erfolgen soll, bekannt, aber nicht in Zahlen gegossen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ihnen war auch bekannt, dass die AVB dann ...

Mag. Herbert Legradi: ... die AVB als Besitz-Gesellschaft, als Holding-Gesellschaft konstruiert wird.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Mit einer Verbindlichkeit bei der Tochter?

Mag. Herbert Legradi: Nicht in diesem Ausmaß.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber schon eine Verbindlichkeit bei der Tochter? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Das war Ihnen bekannt? – Sie waren in der P.S.K. ja für Kredite zuständig. Waren Sie auch für diesen Kredit zuständig?

Mag. Herbert Legradi: Ich war für die Privatkredite in der P.S.K. zuständig.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nicht für diesen Kredit?

Mag. Herbert Legradi: Ich war für den Privatkundenbereich ... – Also ich habe weder etwas mit der Bilanzerstellung noch mit den ... – Das ist ja, sage ich, keine Kreditabwicklung als solche, sondern eine Bilanzdarstellung. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Bauer.*) – Ja, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war ja quasi ein P.S.K.-Kredit. Da hat die BAWAG-alt bei der P.S.K. einen Kredit aufgenommen. Daher kommt ja diese Verbindlichkeit.

Mag. Herbert Legradi: Das war aus der Ausgliederungsbilanz heraus, als die Treasury abgegeben wurde in die BAWAG und hier der Ertragsausgleich und diese Veranlagung daraus dann in Fonds waren, die als Ertragsposition in der P.S.K.-Bilanz dargestellt wurden, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber Sie als Vorstandsmitglied haben schon die Bilanz mit unterfertigt, oder?

Mag. Herbert Legradi: Ja, natürlich.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Herr Magister, Sie sind als Vorstand in der Funktion gewesen, da kann man sich ja bekannterweise nicht reduzieren auf die

Privatkredite, denn das ist ja die Grundlage der P.S.K. gewesen, diese Position, und daher kann man das nicht nur vom Hörensagen kennen. – Das ist etwas, das ich mir nicht vorstellen kann, sondern sie war sozusagen P.S.K.-begründend, diese ...

Das Zweite, das mich interessieren würde, ist – direkt an Kollegen Stummvoll –, ob er mehr Informationen hat als die bisherigen Prüfungen ergeben haben, dass Karibik 1 sozusagen – hier wird es bestätigt – keine Verluste aufweist und zurückgeführt wurde. Und dem gegenüber gibt es Aussagen, dass es welche geben soll. Vielleicht gibt es noch zusätzliche Informationen, die wir nicht kennen oder die die Prüfstellen noch nicht kennen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Können Sie eine Antwort darauf geben, Herr Mag. Legradi?

Mag. Herbert Legradi: Ich glaube, die Frage war an Abgeordneten Stummvoll gerichtet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, anschließend an Herrn Kollegen Stummvoll hat Kollege Bauer die Frage gestellt, ob Ihnen zusätzliche Informationen bekannt sind, dass Karibik 1 Verluste gemacht hat. (*Mag. Legradi: Nein!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. – Kollege Schultes, bitte.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Sie haben gelegentlich die Aufsichtsräte, die für die Gewerkschaft in der BAWAG tätig waren, bei Vorbesprechungen zu den Aufsichtsratssitzungen informiert? Hat es solche Informationsgespräche nur jeweils vor Aufsichtsratssitzungen gegeben oder auch zwischendurch?

Mag. Herbert Legradi: Vorbesprechungen mit mehreren Aufsichtsräten gab es nur fallweise vor Aufsichtsratssitzungen; dazwischen wüsste ich nicht, dass welche stattgefunden hätten.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Und mit einzelnen Aufsichtsräten haben Sie schon gelegentlich Vorbesprechungen getroffen oder einzelne Themen vorbereitet?

Mag. Herbert Legradi: Einzelne Themenpunkte, aber nicht unbedingt jetzt auch Aufsichtsratsangelegenheiten, sondern auch aus dem Geschäftsbereich heraus, vor allem weil ja in großen Bereichen unserer Kundenschichten Zusammenarbeit über Personalvertreter stark gegeben ist.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Waren das eher Personalvertreter, die Sie da vorbereitend informiert haben, oder andere Gewerkschaftsfunktionäre?

Mag. Herbert Legradi: Die Aufsichtsratsmitglieder des Hauses, also in der Regel, sage ich, Zentralsekretäre, also so, wie sie besetzt waren.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): So, wie sie besetzt waren – das ist interessant.

Haben Sie diese Informationsgespräche auch alleine mit ihnen geführt, oder war da Herr Elsner auch immer dabei?

Mag. Herbert Legradi: Da war immer zumindest Elsner oder auch Zwettler dabei, wenn es um Bilanzfragen ging.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Und wenn es allgemeine geschäftspolitische Fragen waren, hat es auch sein können, dass Sie das gemacht haben?

Mag. Herbert Legradi: In Einzelgesprächen, ja, aber nicht in diesem Gremium; das war immer mit Vorstand.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Und diese Gespräche mit Vorstand, diese Vorbereitungsgespräche für die Aufsichtsratssitzung mit Vorstand – wo haben die stattgefunden?

Mag. Herbert Legradi: Meist in der Hohenstaufengasse, im ÖGB.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Ich gehe davon aus, dass bei diesen Gesprächen auch ab und zu Herr Verzetnitsch anwesend war? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Das können Sie definitiv ausschließen?

Mag. Herbert Legradi: Meiner Erinnerung nach war er nicht dabei.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Sie schließen das definitiv aus?

Mag. Herbert Legradi: Meiner Erinnerung nach war er nicht dabei.

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Als farblose Person nicht aufgefallen?

Mag. Herbert Legradi: Nein, das wollte ich damit nicht gesagt haben. Das ist eine Interpretation, die ich nicht machen möchte, aber Verzetnitsch ist auch in diesen Vorbesprechungen nicht vorgekommen.

Abgeordneter Franz Morak (ÖVP): Ich bin nicht ständiges Mitglied dieses Ausschusses, aber es fällt mir doch einiges auf, und zwar einfach deswegen, weil jedes Mal, wenn ich hier bin, Auskunftspersonen befragt werden, die im Grunde relativ wenig Auskunft geben beziehungsweise sich an nichts erinnern können. Das geht sogar so weit, dass der ehemalige Präsident Verzetnitsch gesagt hat, er weiß nicht einmal, warum er gekündigt worden ist. – Durchaus sympathisch, aber auf der anderen Seite sollte sich dieser Ausschuss, glaube ich, damit befassen, etwas Neues zu erfahren.

Ich bin hier in dem Ausschuss – wann immer ich dabei bin – immer konfrontiert mit Menschen der BAWAG P.S.K., die sagen, sie können sich an nichts erinnern, sie haben keine Wahrnehmung, es ist nicht erinnerlich, sie waren nicht damit befasst, sie haben es nicht gewusst, eine andere Abteilung war dafür verantwortlich. Im Grunde halte ich das, wenn ich nicht nur an die Arbeitsplätze, die dort sind, denke, sondern auch an die Gelder, die dort verwaltet werden... – Was würden Sie einem österreichischen Sparer, einem kleinen Sparer sagen, wenn er zu Ihnen auf die Bank kommt und sagt: Ich möchte mein Geld dieser Bank geben!? Was sind die Gründe dafür, dass Sie nicht sagen, er soll woanders hingehen? – Ich bitte um eine Antwort.

Mag. Herbert Legradi: Das ist eine ganz einfache Sache: Vor Betrug ist niemand gefeit; das kommt da und dort vor. Ich würde jedem Sparer sagen, dass 99,9 Prozent des Hauses ordentlich geführt sind, eine sehr erfolgreiche Entwicklung hinter sich haben und bisher zur Zufriedenheit aller Kunden agiert haben. Dass hier ein ganz, ganz kleiner Teil – und das zeigt auch die Aufarbeitung aller Untersuchungen –, eine Handvoll oder zwei Handvoll von Personen an Regelprozessen vorbei Dinge gemacht haben, sollte kein Bild für die Gesamtsituation eines Hauses sein, das sehr gut gearbeitet und immer zur Zufriedenheit der Kunden da gewesen ist.

Abgeordneter Franz Morak (ÖVP): Entschuldigen Sie, ich habe das sehr allgemein formuliert, dass man sich an nichts erinnern kann. Ich möchte allerdings schon sagen, das, was Sie bisher in diesem Ausschuss gesagt haben, ist im Grunde Anlass zu meiner Frage gewesen, weil ich es mit Ihnen durchaus mit einem zu tun habe, der sich an gar nichts erinnern kann. Wenn Sie sagen, im Grunde sind das 99,9 Prozent der

Bank, die gut gearbeitet haben, dann muss man jetzt einmal festhalten: 0,1 Prozent in einer Bank sind offensichtlich in der Lage, die Bank in einen Kübel zu führen.

Das ist für mich insofern interessant, weil ich sage, es ist ein unglaublicher Apparat mit unglaublich vielen Kontrollen, die in so einer Bank aufgebaut sind, die sich im Endeffekt oder im Grunde um die Verantwortung drücken. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, das Bild, das Sie mir hier geben – und ich glaube, ich weiß mich hier durchaus mit dem einen oder anderen eins –, ist so, dass ich sage: Wofür sind eigentlich diese Gremien, diese Stellen, diese Aufsichtsräte alle bezahlt worden? Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich bin etwas ratlos, was ich meinen Wählerinnen und Wählern sagen soll, wenn sie fragen: Was habt ihr in diesem Ausschuss getan? Dann werde ich sagen: Wir haben nur Leute vernommen, die sich an nichts erinnern können, allerdings hochbezahlt waren.

Ich möchte jetzt nicht den Ausschuss aufhalten, muss aber doch sagen: Es gibt Kundenbindungsprogramme, aber ich habe manchmal das Gefühl, bei der BAWAG gibt es nur Generaldirektorenbindungsprogramme. – Ich möchte jetzt gar nicht viel über die Penthäuser reden. Apropos: Sind Sie auch in einem zu Hause, das die Bank ...? (*Mag. Legradi: Nein!*)

Also ich glaube, dass wir es hier mit etwas zu tun haben, das in seiner Tragweite, in seinen komplexen Zusammenhängen weit über die BAWAG und die P.S.K. hinausgeht. Dass eine Bank, die im Grunde in diesen Bredouillen ist, wie die BAWAG das war, gleichzeitig ein Institut kauft, das im Grunde ziemlich gut dasteht, nämlich die P.S.K., dass man sagt: Wir verschleiern die eine Sache mit der anderen!, all das, dass hier keine Verantwortung innerhalb des Apparates feststellbar ist, dass keiner etwas davon gelesen hat, ist doch schwer erklärbar. Deswegen meine ich schon, Sie sollten darüber hinausgehend einige Aussagen tätigen, die uns in irgendeiner Form weiterbringen. Bisher ist das nicht der Fall gewesen, und ich muss Ihnen ehrlich sagen, es ist schade um die Zeit, die ich hier verbringe. – Danke schön.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Mit „eine oder zwei Handvoll“ haben Sie wahrscheinlich die Frage verbinden wollen, wer diese zwei Handvoll waren, oder? Wir wollen die Namen wissen. Wer waren diese eine bis zwei Handvoll?

Mag. Herbert Legradi: Ich glaube, das muss in den strafrechtlichen Prozessen und aus den Untersuchungen ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ihrer Meinung nach. – Sie sind ein Insider in der Bank, über mehr als zehn Jahre, Sie waren Generalsekretär, Sie machen Karriere, Ihre Frau macht dort Karriere. Das dürfte nicht unbedingt so sein, dass die unter Herrn Elsner – und so weiter. Jetzt sagen Sie, eine bis zwei Handvoll waren das, und uns würde interessieren, wer diese Mitarbeiter aus Ihrer Sicht waren, wie die geheißen haben.

Mag. Herbert Legradi: Ja, das sind die Angeklagten, die in der Anklageschrift stehen; die würde ich als die Handvoll bezeichnen. Sie müssen verstehen, dass ich ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da ist nicht einmal eine Handvoll BAWAG-Mitarbeiter dabei.

Mag. Herbert Legradi: Ja, aber die Verantwortlichen dafür, würde ich meinen, sind dort alle angeführt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ein erfreulicher Ausklang des ÖVP-Fragerechts, weil man hin und wieder dann doch Interesse an der Aufklärung bemerkt.

Ich möchte jetzt, da Kollege Dr. Stummvoll wieder hier ist, eine kurze Bemerkung vorausschicken, weil seine Befragung der Auskunftsperson eindeutig insinuiert hat, dass man am besten diesen Ausschuss nicht braucht – dafür aber wahrscheinlich am

besten eine großkoalitionäre Arbeitsgruppe einsetzt, die sich mit dem beschäftigen soll, wo das Regierungsprogramm über eine Zeile nicht hinausgekommen ist.

Ich möchte hier nur festhalten und bei Gelegenheit die Meinung aller Ausschussmitglieder mit abfragen dürfen – das kann man ja in ein, zwei Sätzen machen –: Dieser Untersuchungsausschuss arbeitet in meinem Verständnis nach einem Prüfauftrag des Nationalrates an die hier angelobten Mitglieder. Der, dem das nicht passt, soll sich „ausgeloben“ lassen.

Wir haben 18 Punkte zu behandeln. Wann diese 18 Punkte abgearbeitet sind, wird entweder der Ausschuss feststellen oder die Mehrheit des Plenums im Nationalrat, wenn es uns vorzeitig abwinkt – dafür, bitte ich, dort einen Antrag zu stellen.

Dass wir jetzt hier auf diese Art und Weise arbeiten und uns mittlerweile nicht schon in der Fragestellung inkludierend damit herumschlagen müssen, dass Dr. Schüssel oder sonst jemand keine Freude hat damit, dass diese Ausschüsse noch lange gehen und dass es hier zu koalitionären Sticheleien kommt ...

Ich bin also der Meinung, wir arbeiten unsere Punkte ab. Und es würde mich freuen, wenn das auch die anderen so sehen würden, und jedenfalls einmal interessieren.

Ich habe überhaupt kein Verständnis mehr dafür, dass sich das Parlament da mit den Windungen und Blähungen des ÖVP-Parteiapparates herumschlagen muss. (*Abg. Dr. Stummvoll: Zur Geschäftsordnung!*) Wenn nämlich bei der Fraktionsführerbesprechung Dr. Stummvoll die Sitzung verlässt, um wieder zu kommen und zu sagen, dass er kein Pouvoir für irgendeinen Termin hat, dann ist das doch der Beweis dafür, dass es irgendwie um kalendarische Fahrpläne oder sonst etwas geht, aber nicht um den Prüfauftrag.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Kogler, stellen Sie bitte eine Frage!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Damit bin ich fertig und stelle jetzt folgende Frage an die Auskunftsperson: Nachdem Sie mit Dr. Elsner in verschiedener Weise zu tun hatten: Haben Sie bemerkt, wie von Dr. Elsner die verschiedene Praxis von Geschenken, respektive Weihnachtsgeschenken, ausgeübt wurde? Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass er eigene Generaldirektoren-Listen fabriziert hat, wer in welcher Geschenkkategorie hier bedacht werden soll. Haben Sie dazu eine Wahrnehmung?

Mag. Herbert Legradi: Keine detaillierte. Ich weiß, dass breitflächig Geschenke verteilt wurden, aber die Führung dieser Geschenkliste und die Abwicklung sind über seine Sekretärin erfolgt und nicht über mich. Also das war nicht ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie haben davon etwas bemerkt, dass mindestens zu Weihnachten die BAWAG Geschenke verschiedenster Art an bestimmte Personen im Naheverhältnis der BAWAG, wenn man so will, abgegeben, verschenkt hat. (*Abg. Dr. Bauer: Wie jedes andere auch!*)

Mag. Herbert Legradi: Wie jedes andere Institut auch.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ob jede Bank Herrn Verzetnitsch 17 000-S-Geschenke zukommen lässt, ist eine andere Frage. Haben Sie davon gewusst, dass Verzetnitsch im Jahr 1997 ein Geschenk im Wert von 17 000 S bekommen hat?

Mag. Herbert Legradi: Nein. (*Abg. Mag. Kogler: Haben Sie nicht gewusst!*) Sah ich aber auch nicht als meine Aufgabe, die Geschenkeliste zu führen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das verstehe ich schon. Aber weil Sie gesagt haben, wie jede andere Bank. Dann sollten wir uns wieder in Erinnerung rufen,

dass etwa Herr Mag. Schlaff anders als die anderen, die alle ihre kleinen Kalender und sonst was gekriegt haben, manche Siemens-Staubsauger, das wird wohl mit Herrn Hochleitner im Aufsichtsrat zu tun haben – dazu frage ich Sie aber nicht ...

Ich schicke voraus, Herr Schlaff hat als Einziger über die vielen Jahre, wir haben uns das alles angeschaut, als einziges Mal Zigarren bekommen von mittlerem Gegenwert; es gibt sicher teurere Zigarren, aber immerhin 2 000 S, und zwar im Jahr 1997.

Welche Beobachtungen des Verhältnisses Schlaff/Elsner haben Sie in Ihrer Zeit gemacht?

Mag. Herbert Legradi: Das war ein sehr enges und vertrautes Verhältnis dieser beiden Personen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Schon in den neunziger Jahren? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Haben Sie, als Sie noch in den kreditrelevanten Abteilungen der BAWAG gearbeitet haben, vorbereitende Handlungen getätigt, die mit der Übernahme der bulgarischen MobilTel zu tun gehabt haben? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Wissen Sie, wann hier erste Handlungen gesetzt wurden, Verhandlungen aufgenommen wurden?

Mag. Herbert Legradi: Ich kann mich nicht erinnern, dass das vor Ende 1997 war. Wann?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War auch nicht vor 1997. (*Mag. Legradi: Nein!*) Aber es hätte ja sein können, dass Sie etwas in Erfahrung gebracht haben. (*Mag. Legradi: Nein!*) Haben Sie nicht?

Mag. Herbert Legradi: Nein. Was wir damals gemacht haben, war die Mobilfunklizenz, als die erste vergeben wurde, **Öcall**, dann **max.mobil**. (*Abg. Mag. Kogler: Genau!*) Das war eine sehr intensive Sache, an der ich beteiligt war, diesen Lizenzerwerb zu bekommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Dann darf ich weitergeben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann stelle ich jetzt eine Frage. Sie haben gesagt, Sie sind im Verwaltungsrat in den diversen Firmen in Liechtenstein mit Kollegin Ingrid Winter-Reumann gesessen? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Sie haben sich darauf verlassen; wenn die Beteiligungsmanagement-Chefin dort sitzt, haben Sie keine Veranlassung gehabt, etwas zu hinterfragen. Kann man das so bezeichnen?

Mag. Herbert Legradi: So kann man es nicht ganz bezeichnen. Es ist einmal zwischen Aufsichtsfunktion beziehungsweise operativer Funktion zu unterscheiden. Dann ist die Frage zu stellen: Wer oder wie sind die operativen Personen und Funktionen? – Und das waren Mitarbeiter des Bankinstitutes. Somit konnte ich einmal grundsätzlich davon ausgehen, dass das im Haus entsprechend bekannt und abgestimmt ist, welche Geschäfte hier gemacht wurden und werden.

Weiters sind uns bei diesen jährlichen Verwaltungsratssitzungen, die jeweils im Februar/März in Liechtenstein stattgefunden haben, die Buchhaltungsunterlagen von der **Trevisa-Treuhandanstalt**, die die Buchführung ja gemacht hat, vorgelegt worden, wodurch wir grundsätzlich die Abwicklung der Geschäfte als ordnungsgemäß bezeichnen konnten und ich auch keinerlei Veranlassung sah, hier irgendwo etwas Inkriminierendes dahinter zu sehen.

Wie gesagt, man muss das Gesamtumfeld betrachten und sehen. Und aus dem heraus war für mich nirgendwo erkennbar, dass da vor allem in diesem Zeitraum aus den Veranlagungen und der Refinanzierung dieser Gesellschaften etwas Unbotmäßiges gewesen wäre.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben selbst vorhin gesagt, dass es damals so war, dass nicht alle alles wussten, sondern dass es einzelne Personen gegeben hat, die alles wussten. Hat da Frau Ingrid Winter-Reumann dazugehört?

Mag. Herbert Legradi: Frau Winter-Reumann war zu dem Zeitpunkt Leiterin des Bereiches Beteiligungen. (*Obmann Dr. Graf: Das wissen wir! Dort wurde die Bank in der Bank ja vorgenommen, nicht?*) Daher war für mich klar, dass sie weiß, was in diesem Bereich passiert, und sie den Überblick in dem Bereich hat.

Der zweite Bereich, worüber das gemacht wurde, war der Wertpapierbereich. Und das waren eben diese Reg.S.-, Reg.D.-Geschäfte, diese Veranlagungen in Amerika bei kleineren und mittleren Unternehmungen. Und da ist eben diese Abstimmung gewesen, wo ich sage: zwei Bereiche, die miteinander diese Geschäfte machen, eine ordnungsgemäße externe Buchführung in Liechtenstein von einer Treuhandanstalt, ... diese Unterlagen durchsieht.

Ich kann grundsätzlich jetzt nicht davon ausgehen, dass da etwas ist, außer ich müsste, aber das war und ist nicht die Funktion eines Aufsichtsrates, mich drei Wochen hinsetzen und Einzelgeschäftsfälle durchprüfen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist mir schon klar. Was war dann der Grund, warum Sie drinnen gesessen sind? Denn wenn Sie sich nur darauf verlassen, was Frau Ingrid Winter-Reumann macht, die offensichtlich den Lead, wie man so schön sagt, im Verwaltungsrat hatte – ist das so richtig?

Mag. Herbert Legradi: Man muss in der Abfolge das Ganze sehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Frau Ingrid Winter-Reumann kommt ja heute. Wir werden es erleben. Ich habe aber die Befürchtung, dass Frau Ingrid Winter-Reumann heute hier sagen wird, wenn wir ihr die gleichen Fragen stellen: Ich habe mich auf den persönlichen Sekretär, Generalsekretär, dann Vorstandsmitglied, von Herrn Elsner, Herrn Mag. Legradi, verlassen, warum hätte ich zweifeln sollen? – Wir erleben es die ganze Zeit, dass die Verantwortung hin- und hergeschoben wird.

Ich möchte wissen: Wer hat den Lead seitens der BAWAG-Mitarbeiter in den Verwaltungsratssitzungen gehabt? Und welche Funktionen hatten die anderen, die dort drinnen gesessen sind?

Mag. Herbert Legradi: Um das präzise darzustellen: Es war im Verwaltungsrat der Austost Anstalt Schaan Herr Dr. Wilhelm Puffler bis zum 25. Jänner 2001 Verwaltungsrat – das war der ehemalige Leiter der Rechtsabteilung der BAWAG –, es war Kuno Frick sen., es war Frau Elfriede Ehn, die war von Juni 1992 bis Jänner 1998 im Verwaltungsrat, das war die stellvertretende Leiterin der Wertpapierabteilung. Ich selbst war von Juni 1995 bis 3. Jänner 2001 Verwaltungsrat, und Frau Winter-Reumann war von Februar 1998 bis September 2006. Das habe ich vergessen, um das dazuzusagen: Dkfm. Zwettler war von Oktober 1988 bis Juni 1995 auch Verwaltungsrat in der Austost Anstalt Schaan.

Das heißt, für mich als Generalsekretär waren damals die involvierten, betroffenen operativen Bereiche des Hauses, die damit befasst waren, mit Autoritätspersonen besetzt, ob das der Wertpapierbereich war, damals mit Frau Ehn, beziehungsweise die Rechtsabteilung, das ist eine historische Sache gewesen, die sich da entwickelt hat, denn die Gesellschaft stammt aus Handelsgesellschaften, wurde zu dem Zweck mit Ungarn gegründet.

Also, die Mandatsbesetzung als solche war schlicht und einfach so: Wo waren operative Geschäfte, die durchgeführt wurden? Und ich wurde deswegen ausgewählt, das war im Prinzip auf der einen Seite, weil ich aus den Sitzungen einen Überblick

haben sollte, Kreditsitzungen, Aufsichtsratssitzungen, dass hier diese Geschäfte, und das waren damals diese Reg.S.-, Reg.D.- oder später PIPE-Geschäfte, gemacht wurden, und es hier auch das entsprechende Vertrauen oder die Basis gegeben hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut, jetzt ist mir klar, wenn der Vorstandsvizevorsitzende seinerzeit, Zwettler, dort auch dabei ist, dann ist der Lead bei dem gelegen.

Mag. Herbert Legradi: Der war vor meiner Zeit, den habe ich quasi abgelöst. Aber nachdem Zwettler, sage ich jetzt, lange Zeit mein Vorgesetzter war, Zwettler im Vorstand des Hauses tätig war – Zwettler war von 1988 bis Frühjahr 1991 mein Vorgesetzter –, also durchaus kein Grund, hier Dinge als inkriminierend zu hinterfragen. Noch dazu, wenn ich eine externe Buchhaltung habe in einer Treuhandanstalt und mit Fachbereichen die Dinge abgestimmt sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Außerdem: Wenn Sie etwas lästiger gefragt hätten, wären Sie ja nicht lange dort gewesen, oder?

Mag. Herbert Legradi: Ja unabhängig davon war für mich auch keine Veranlassung, lästiger etwas zu hinterfragen, weil sich aus den aufbereiteten Unterlagen, die wir in Liechtenstein von der Treuhandanstalt vorgelegt bekommen haben, nichts Entsprechendes ergeben hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Noch eine Frage: Sie sind Mieter einer Wohnung in einem BAWAG-Haus? Ist das so?

Mag. Herbert Legradi: Nein, das stimmt nicht. Ich **war** Mieter einer Wohnung in einem BAWAG-Haus bis zum Sommer des vergangenen Jahres.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. Welchen Mietzins haben Sie dort bezahlt?

Mag. Herbert Legradi: Ich möchte das etwas weiter ausführen. Ich habe diese Wohnung gemietet im Jahr 1994 als Kategorie-D-Wohnung mit dem gesetzlichen Höchstmietzins, der für Kategorie-D-Wohnungen vorgeschrieben ist – man hätte mir gar nicht mehr verrechnen können oder dürfen für diese Wohnung.

Ich habe die Wohnung gemietet mit dem Willen – das waren zwei Wohnungen –, zwei zusammenzulegen. Diese Erlaubnis wurde mir auch im Mietvertrag bereits erteilt, wo auch drinsteht, dass die Investitionen dafür ich selbst zu tragen habe.

Ich habe weiters drei Monatsmieten Vermittlungsprovision für diese Wohnung bezahlt, das ist nachweisbar und belegbar.

Übrigens: Diese ganze Geschichte wurde auf meinen Wunsch und auf Beschluss des Gesamtvorstandes auch von der Innenrevision unseres Hauses dokumentiert, um eine schriftliche Unterlage über diese ganze Genesis zu haben.

Also gut, ich habe diese Wohnungen zusammengelegt. Ich habe dann eine dritte Wohnung beziehungsweise zwei Wohnungen, die Nachbarwohnungen, dazugenommen. Ich habe in Summe nachweisbar 150 000 € in diese Wohnung investiert, habe sie grundsaniert und erneuert. Das ist belegbar mit Fotos und Sonstigem.

Ich habe für diese beiden oder in Summe vier Wohneinheiten, die dann 160 Quadratmeter in Summe gebildet haben, den gesetzlich möglichen Höchstmietzins bezahlt. Es ist gesetzlich vorgeschriebener Höchstmietzins für Kategorie D, und den habe ich bezahlt. (Abg. Mag. **Donnerbauer:** Die Summe ...)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Helfen Sie uns, wir wissen den Höchstmietzinssatz nicht auswendig. (Abg. **Krainer:** So um die 10 S pro Quadratmeter!)

Mag. Herbert Legradi: Das ist derzeit in etwa 1 € Also, wenn man sagt, der Grundmietzins sind es, 160 € plus Betriebskosten, in etwa 360 €. Nur muss ich da wirklich dazusagen: Man muss die Genesis dieser Sache sehen, und ich habe die Wohnung zurückgegeben ohne Investitionskostenersatz nach zehn oder zwölf Jahren, je nachdem, wie man das betrachtet, Abnutzung der durchgeführten Investitionen, und es handelt sich jetzt um eine Kategorie-A-Wohnung. – Ist das präzise genug beantwortet, erläutert?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich bin zufrieden mit der Antwort, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Magister! In welcher Weise waren Sie in Ihrer Eigenschaft zur Bearbeitung der Obligos mit Atomic befasst?

Mag. Herbert Legradi: So wie mit jedem anderen Kreditfall, der zur Entscheidung im Vorstand und Aufsichtsrat gekommen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es hat mich nämlich etwas erstaunt, weil Sie gesagt haben, Herr Kommerzialrat Rohrmoser hätte die genehmigten Kreditrahmen überzogen.

Wir haben Aussagen von Herrn Ilgner und von Herrn Pierer, aber Ähnliches hat auch der Zeuge Masser bestätigt, dass schon viele Monate vor der Konkureröffnung die BAWAG dauernd im Unternehmen war und praktisch keinerlei Bewegungen mehr stattgefunden haben, ohne dass die BAWAG zugestimmt hat.

Das heißt, die BAWAG hat sich selbst den überschrittenen Kreditrahmen dort genehmigt. Ist dieser Eindruck richtig oder falsch?

Mag. Herbert Legradi: Ich kann in diesem Zusammenhang nur sagen: Es ist in einer angespannten, schwierigen Situation eines Unternehmens dann immer eine Abwägung der finanzierenden Bank oder des Instituts, wie weit und wie lange man mit einem Institut mitgeht und wie lange man versucht, Situationen zu einem Besseren hin durchzutragen und hier keine Illiquidität auftreten lässt oder Insolvenz herbeiführt. Und das kann zu solchen – ich sage das jetzt so – Überziehungen, nicht genehmigten Überziehungen, führen, die man bis auf Weiteres oder jederzeitigen Widerruf führt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie noch in Erinnerung, dass Kommerzialrat Rohrmoser zu einer anderen Bank gehen wollte?

Mag. Herbert Legradi: Nein, habe ich nicht in Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es wurde ihm von der BAWAG untersagt, dass er sich eine andere Bank sucht.

Mag. Herbert Legradi: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Erinnerung daran, wer Widerstand gegen die Finanzierung der Firma Atomic for Sport in dieser fraglichen Zeit geleistet hat? Stimmt es, dass Herr Elsner der war, der dagegen war, dass man weiterfinanziert?

Mag. Herbert Legradi: Das kann ich nicht sagen. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wissen Sie nicht mehr. Aber Sie haben noch in Erinnerung, dass damals das Lager voll war, die Auftragsbücher voll waren, die Überziehungen sich durchaus im Rahmen des über lange Jahre Üblichen bewegt haben und es daher ein idealer Zeitpunkt für die Stellung eines Konkursantrages war? Ist das intern beraten worden?

Mag. Herbert Legradi: Nicht in meinem Beisein sind solche Beratungen geführt worden oder besprochen worden. Ich kann auch ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber als Sachbearbeiter hat man doch Ihre Expertise eingeholt.

Mag. Herbert Legradi: Ich habe ja gesagt: Es waren laufend Mitarbeiter der Kreditrevision, soweit ich weiß, auch vor Ort prüfend tätig, um die Situation zu überwachen.

Was ich weiß aus meiner Erinnerung: Es war eine sehr angespannte Situation, es war generell eine sehr angespannte Situation in der Ski-Branche in Österreich. Es gab hier auch Überlegungen, gesamte Branchenlösungen zu suchen und zu finden. (*Abg. Mag. Stadler: Zu der komme ich noch!*) Aber wie und wann welche Detailentscheidungen und Sonstiges gemacht oder beschlossen wurden, kann ich nicht sagen, nachdem ich bei diesen Sitzungen und Gesprächen nicht dabei war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat man seitens des Vorstandes Ihre Expertise vor der Stellung des Konkursantrages eingeholt? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Nicht? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Sie wurden gar nicht gefragt? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Man hat sich sozusagen nicht an Sie als zuständigen Sachbearbeiter erinnert und gesagt: Fragen wir doch Herrn Mag. Legradi, was er davon hält, ob wir wirklich einen Konkursantrag gegen das größte österreichische Ski-Unternehmen stellen sollen oder nicht!?

Mag. Herbert Legradi: Ich war nicht der zuständige Sachbearbeiter – nur um das zu korrigieren! Der zuständige Sachbearbeiter waren ein oder zwei Mitarbeiter in der Kreditrevision. Mir oblag es, eine kritische Würdigung der Kreditanträge, die an den Vorstand und an den Aufsichtsrat eingereicht werden, zu machen. In diesem Fall ist es so gewesen oder üblich in einem, sage ich jetzt, kritischen Engagement, dass die entsprechenden Sachbearbeiter auch selbst zur Informationsweitergabe beigezogen wurden. (*Abg. Mag. Stadler: Wissen Sie noch, wer das war?*) Aber ich weiß nicht, ob das oder wer in diesem Fall dabei war, weil ich bei diesen Sitzungen nicht anwesend war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie noch, wer die damaligen Sachbearbeiter waren?

Mag. Herbert Legradi: Ich glaube, dass es Mag. Spandl war und ein Zweiter, wobei ich aber nicht mehr sicher bin – aber beim Ersten auch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Spandl stimmt, aber wer war der Zweite?

Mag. Herbert Legradi: Ich weiß es nicht, ich kann es nicht sagen. Mitarbeiter der Kreditrevision haben dieses Engagement betreut, sozusagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Als Generalsekretär gefragt: Wie viele Konkurse hat die BAWAG, beantragen Sie pro Jahr etwa?

Mag. Herbert Legradi: Ich war damals nicht Generalsekretär und ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nicht damals, sondern jetzt, heute, so in etwa?

Mag. Herbert Legradi: Nach Möglichkeit keinen. (*Abg. Mag. Stadler: Wir nehmen ja an, dass es ...*) Maximal einen größeren pro Jahr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Maximal einen größeren pro Jahr (*Mag. Legradi: Maximal, ja!*), sodass wir also davon ausgehen könnten, dass seit 1994 in dem Fall fast an die 20 große Konkurse stattgefunden haben. Ist das richtig?

Mag. Herbert Legradi: Noch einmal, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Seit 1994 in etwa 20 große Konkurse. Wäre das eine realistische ...

Mag. Herbert Legradi: Die wir beantragt haben? (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) – Nein, das kann ich mir nicht vorstellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Oder als Gläubigerbank involviert waren.

Mag. Herbert Legradi: Es gab immer wieder ... (*Abg. Mag. Stadler: Ich will nur eine Größenordnung haben!*) – Ich möchte das schon präzisieren.

Es gibt und gab immer wieder sehr schwierige und brenzlige Situationen in großen Unternehmen, wo dann im Regelfall die finanzierenden Banken gemeinsam Lösungen suchen und auffangen. Wir waren damals Exklusivbank bei Rohrmoser, und man hat nach meiner Erinnerung auch lange Zeit versucht, da entsprechende Lösungen zu suchen und zu finden.

Und wenn ich sage, maximal einer, so kann das auch viele Jahre keiner sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mag sein, aber ist es eine realistische Größenordnung, dass seit dem Jahre 1994, seit diesem Atomic-Konkurs, in etwa 20 größere Konkurse stattgefunden haben, wo die BAWAG als Gläubigerbank dabei war? In etwa.

Mag. Herbert Legradi: Ich traue mich nicht, hier eine Schätzung abzugeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber ist das eine realistische oder völlig unrealistische Größenordnung?

Mag. Herbert Legradi: Ich würde es als zu hoch einschätzen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Als zu hoch. Können wir uns bei etwa 15 einigen?

Mag. Herbert Legradi: Ich würde sagen, fünf bis zehn.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir von einem Mittelwert aus: zehn.

Warum taucht in Ihrer Geschenkliste nur ein einziger Konkursrichter auf, der Geschenke von der BAWAG bekommt, aber die anderen Konkursrichter nicht? Haben Sie – als Generalsekretär jetzt gefragt – dafür eine Erklärung?

Mag. Herbert Legradi: In meiner Geschenkliste ist er nicht aufgetaucht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe die Geschenkliste hier: Er taucht auf!

Mag. Herbert Legradi: In *meiner* Geschenkliste ist er nicht aufgetaucht, denn ich habe dem Konkursrichter sicher nichts geschenkt. Wie ich schon gesagt habe: Über die Geschenkliste des Herrn Elsner habe ich keine Befindung oder keine Ahnung gehabt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine Zwischenfrage: In der BAWAG hat jeder eine eigene Geschenkliste? (*Abg. Mag. Stadler: Das wollte ich jetzt gerade fragen, weil dann interessieren mich die anderen Geschenklisten nämlich auch noch!*) Sie haben auch eine eigene Geschenkliste geführt, und Zwettler hat eine eigene geführt und alle anderen auch, oder wie?

Mag. Herbert Legradi: Nein, es gibt eine Koordinationsstelle für Geschenke, diese ist im Bereich Werbung, wo auch eine Vorauswahl für Geschenke getroffen wurde und wird nach Kategorien, und die Ausnahme eines Vorstandsvorsitzenden war hier gegeben, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jetzt gehen wir davon aus: zehn große Konkurse. Von diesen zehn großen Konkursen taucht aber in der Geschenkliste der BAWAG – wollen wir nicht streiten, ob das jetzt Ihre oder die des Herrn Elsner ist, es gibt eine, die von der zuständigen Abteilung bearbeitet wird – nur **ein** Konkursrichter auf, nämlich **Dr. Sieber** aus Salzburg, der Konkursrichter des Atomic-for-Sport-Konkurses. – Haben Sie dafür eine Erklärung?

Mag. Herbert Legradi: Nein, habe ich keine Erklärung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es gewöhnlich, dass Konkursrichter mit Geschenken einer Bank bedient werden?

Mag. Herbert Legradi: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wissen Sie nicht. Hat man vergessen, die anderen Konkursrichter zu beschenken? (*Mag. Legradi: Ich kann dazu ...*) – Aber Sie sind jetzt der Generalsekretär. Sie werden doch wissen, wen Sie beschenken wollen – den Bundespräsidenten, den Gewerkschaftspräsidenten, den Arbeiterkammerpräsidenten und noch den zuständigen Konkursrichter der großen Konkurse. Ist das so?

Mag. Herbert Legradi: Herr Stadler, über die Auswahl dieser Personen hat ausschließlich Elsner entschieden – und nicht meine Person.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also: Auch **das** war Herr Elsner. Das war alles Herr Elsner! (*Mag. Legradi: Seine Geschenke ...*) Ich kann nur sagen: BAWAG sei Dank, es gibt Herrn Elsner! Wirklich, denn alles kann man jetzt auf Herrn Elsner abladen. Keiner wusste etwas, keiner hat etwas getan – es ist nur Herr Elsner immer gewesen.

Sie werden mir auch erklären wollen, dass Herr Elsner auch die Geschenke für Herrn Dr. Sieber festgelegt hat. – Ist das so? (*Mag. Legradi: Ja!*) Bitte? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Herr Elsner hat sich auch noch darum gekümmert, welcher Konkursrichter zunächst auf die Geschenkliste kommt – ist das so?

Mag. Herbert Legradi: Vielleicht hat es ihm jemand geraten oder empfohlen, ich weiß es nicht. Das ging nicht über meinen Schreibtisch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und dann hat Herr Elsner auch noch gesagt, wer was bekommt, wenn er Konkursrichter ist und der BAWAG sozusagen als befreundet, als beschenkenswert gilt. – Ist das so? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Aha. Ich bin über den Umstand, dass Konkursrichter überhaupt Geschenke von Banken, von denen sie Großkonkurse abwickeln, bekommen, schon einmal befremdet. Aber dass das der Herr Generaldirektor selbst macht, ist für mich jetzt die Erkenntnis des Tages.

Eine letzte Frage noch: Wann waren Sie direkt mit dem Konkurs Atomic for Sport befasst?

Mag. Herbert Legradi: Können Sie präzisieren, was Sie mit „direkt“ meinen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gesagt, als der für die Bearbeitung der Kredite Zuständige hat man Sie nicht gefragt, sondern das war die Revision.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Er hat schon gesagt, dass er sich hinsichtlich Aufsichtsratssitzungen und Vorstandssitzungen nicht mehr erinnern kann.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das habe ich schon gehört. Aber wann waren Sie selbst damit befasst, später als Generalsekretär oder vorher noch im

Zusammenhang mit den von Ihnen ja auszubuchenden oder wertzuberichtigenden Obligos? Sie sind nie damit befasst worden?

Mag. Herbert Legradi: Ich habe weder Ausbuchungen noch Wertberichtigungen vorgenommen, denn die Ausbuchungen erfolgen in der Bilanzabteilung und die Vorschläge dazu aus den kreditbetreuenden Stellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Mag. Legradi! Ich will jetzt nicht wissen, was Sie alles nicht vorgenommen haben. Ich will wissen: Sind Sie mit dem Atomic-for-Sport-Konkurs befasst worden? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Überhaupt nie?

Mag. Herbert Legradi: Aktiv nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie versteht man das?

Mag. Herbert Legradi: Passiv anhand der Berichte, die dem Vorstand vorgelegt wurden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. Und bei diesen Berichten, die dem Vorstand ... – Wer hat dem Vorstand Berichte vorgelegt? Vom Vorstand müssen ja Berichte vorgelegt werden, nicht dem Vorstand.

Mag. Herbert Legradi: Die Fachbereiche verfassen Berichte, Situationsdarstellungen, Anträge, die werden dem Vorstand vorgelegt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Und ab wann haben Sie von diesen Berichten Kenntnis erlangt? – Von Beginn an, nehme ich an. (*Mag. Legradi: Ja!*) – Welche Abteilung hat empfohlen, gegen Atomic for Sport und gegen Kommerzialrat Rohmoser als Privatmann einen Konkursantrag einzubringen?

Mag. Herbert Legradi: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie wissen es nicht mehr?

Mag. Herbert Legradi: Ich kann mich auch nicht erinnern, weil das Ganze ja auch ein sehr dynamischer Prozess ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist durchaus glaubhaft, weil es nämlich *keine* Abteilung gab, die das empfohlen hat.

Wir haben hier im Ausschuss rekonstruiert, dass es offensichtlich nur Herr Anwalt Gehmacher war, nicht einmal der frühere Anwalt der BAWAG, der einen Konkurs empfohlen hat.

Jetzt gefragt als Fachmann für die Bearbeitung von Krediten: Hätten Sie einen derartigen Konkursantrag gestellt bei vollen Auftragsbüchern, bei vollem Lager, bei jahrzehntelanger guter Zusammenarbeit mit einem Unternehmen, das zudem die Nummer zwei des Weltmarktes war?

Mag. Herbert Legradi: Es ist immer die Frage: Wer ist der Partner, mit dem man Geschäfte macht? Wie sicher sind seine Entscheidungen? Wie zukunftssicher sind generell die Aussichten eines Betriebes? Wie ist eine Branche? Wie stellt sie sich dar? – Und volle Lager sind meines Erachtens (*Abg. Mag. Stadler: Mit vollen Auftragsbüchern!*) grundsätzlich sehr kritisch zu sehen. Bei vollem Lager würde ich einmal vorsichtig sein. (*Abg. Mag. Stadler: Bei einem Saisonunternehmen?*) Wie schaut es mit dem Absatz aus?

Ich weiß nur aus der damaligen Zeit, dass die Händlerlager voll waren und die Produktionslager voll waren bei der Firma Atomic, und das ist keine sehr erfreuliche Situation.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Ich präzisiere: Volle Auftragsbücher, volle Lager, voller Saisonbeginn – würden Sie dann einen Konkursantrag stellen und eine österreichische Ski-Lösung dezidiert abwürgen, denn das hat die BAWAG auch gemacht?

Mag. Herbert Legradi: Da muss man sich die Details anschauen, die muss man auffrischen, man muss die Situation entsprechend betrachten, man muss auch schauen, wie ein Unternehmen geführt wird, wie stabil es ist, und dementsprechend kann man dann erst eine Entscheidung treffen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das Unternehmen wurde de facto bereits von der BAWAG geführt.

Mag. Herbert Legradi: Das ist eine Interpretation (*Abg. Mag. Stadler: Nicht meine!*), die Sie jetzt machen! Ich sage, es waren Mitarbeiter von uns immer dort, die den Fortgang der Geschäfte entsprechend untersucht und laufend Bericht erstattet haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Magister, wir haben nicht nur Aussagen hier, sondern auch jede Menge Unterlagen, die beweisen, dass praktisch die BAWAG die Atomic for Sport geführt hat. Das können wir anhand der Unterlagen belegen. (*Mag. Legradi: Ich bin mir nicht...*) Es wurde keine einzige wesentliche Entscheidung mehr getroffen, ohne dass die BAWAG zugestimmt hat!

Mag. Herbert Legradi: Es ist mir aber nicht erinnerlich, dass irgendein Mitarbeiter von uns eine Prokura oder Geschäftsführungsfunktion oder Sonstiges bei der Firma Atomic for Sport hatte. (*Abg. Mag. Stadler: Eine letzte Frage noch ...*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Fragen gehen insofern ein bisschen ins Leere: Das, was im Ausschuss hervorgekommen ist, ist, dass **jede** Überweisung von der BAWAG genehmigungspflichtig war und dass, nachdem sie durchgeführt wurden, hier natürlich ein Einfluss gegeben war auf die Geschäftsgestionierung, sage ich jetzt einmal.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich will diesen Punkt beenden. Ich möchte Ihnen noch eine letzte Frage stellen: Wie häufig kommt es vor, dass Sie Konkursrichter in ein Flugzeug verpacken und damit in der Geographie herumfliegen?

Mag. Herbert Legradi: Soweit ich weiß, ist das einmal vorgekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie erinnern sich noch an den Fall?

Mag. Herbert Legradi: Ich habe es jetzt nachgelesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Das war Herr Dr. Sieber. Das heißt also, das kommt so gut wie nie vor. Das war ein ausschließliches Privileg für Herrn Dr. Sieber.

Wie häufig ist es, dass Konkursrichter für die BAWAG Verhandlungen übernehmen, zum Beispiel Zinsverhandlungen? Gibt es einen anderen Fall, wo Ihnen das in Erinnerung ist? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Haben Sie eine Erinnerung oder Wahrnehmung, wie häufig Konkursrichter überhaupt an Verkaufsverhandlungen teilnehmen, die die BAWAG führt? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Auch keine.

Das heißt, auch das ist Ihnen, außer in diesem geschilderten Fall des Herrn Dr. Sieber, noch nie wo untergekommen?

Mag. Herbert Legradi: Ich habe auch keine Konkursverhandlungen operativ geführt, das macht die Rechtsabteilung bei uns. (*Abg. Mag. Stadler: Nein, es geht mir nicht ..., mir geht es um Verkaufsverhandlungen!*) Und wer da welche Rolle spielt – ich war noch nie im Kommerzkundenbereich, im operativen, tätig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In dem Bereich hat ja die Verhandlungen der Masseverwalter geführt, und unterstützt wurde er vom Konkursrichter, und die BAWAG musste natürlich als Mehrheitsgläubiger zustimmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und wenn jetzt die BAWAG in einem laufenden Konkurs- oder Ausgleichsverfahren Verhandlungen mit potentiellen Übernahmepartnern führt, wie häufig sind da Konkursrichter dabei?

Mag. Herbert Legradi: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Waren Sie noch nie bei so etwas dabei? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Haben Sie Wahrnehmungen darüber gehabt, wie häufig bei Ihnen die Konkursrichter aus und ein gehen? (*Mag. Legradi: Nein!*) – Auch nicht.

Obmann Dr. Martin Graf: Ich habe schon auch noch eine Frage, und zwar: Nachdem sich alles zuspitzt, dass die Geschichte BAWAG eine ausschließliche Elsner-, vielleicht auch noch Zwettler-Geschichte ist: Ich kann mir das nicht vorstellen, dass bis hin zur manuellen Durchführung alles Elsner und Zwettler gemeinsam gemacht haben. Wer muss im vertrauensvollen Netzwerk, Boot, drinsitzen, welche Abteilungen, auch in Anbetracht Ihres rückwirkenden Wissens, damit ein derart großer Verschleierungsfall überhaupt über so lange Zeit geheimgehalten werden kann? Jetzt frage ich Sie auf Grund Ihrer Expertise, der Sie damals in zentralen Funktionen gewesen sind und heute nach wie vor im Vorstand sitzen, und nachdem es ja eine große Aufarbeitung der BAWAG durch den neuen Vorstand gegeben hat. Können Sie mir das beantworten?

Mag. Herbert Legradi: Ja. Das sind operative Bereiche, das ist der Wertpapierbereich, das ist im Beteiligungsbereich, soweit operative Tätigkeiten durchgeführt wurden, und im Bilanzbereich müssen operative Handlungen gesetzt werden, beziehungsweise aus der Ausarbeitung heraus zeigt sich, dass aus Einzelgeschäftsfällen beziehungsweise Einzelengagements, woraus **keine** Gesamtübersicht möglich war, einzelne operative Kreditbereiche auch involviert waren, wobei die aber nicht den Gesamtüberblick haben konnten auf Grund der Aufteilung.

Obmann Dr. Martin Graf: Aber irgendwer muss ja den Gesamtüberblick noch haben. Und wer hat den Ihrer Meinung nach gehabt?

Mag. Herbert Legradi: Aus der jetzigen Aufarbeitung des Ganzen ergibt sich für mich, dass das drei Personen beziehungsweise zwei waren: Elsner, Zwettler, Nakowitz.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Noch eine Frage zur Bilanzerstellung 2006, da war ja Nakowitz zuständig, glaube ich, auf Grund der Geschäftsaufteilung innerhalb des Vorstands. (*Mag. Legradi: 2005!*) – 2005, ja, Jahresende 2005/Jahresanfang 2006.

Haben Sie da eine Aufstellung bekommen zum Abzeichnen von Abschreibungen und anderen Fragen, die aus der Bilanz ausgeschieden werden müssen?

Mag. Herbert Legradi: Im Mai, nach dem Ausscheiden von Nakowitz, als wir die Bilanz 2005 erst wirklich abgeschlossen haben, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und vorher nicht, so um Weihnachten 2005?

Mag. Herbert Legradi: Nein, nachdem ja, sage ich jetzt, die Bilanzerstellung ein operativer oder längerer Prozess ist und die Diskussionen mit Wirtschaftsprüfern, was Wertberichtigungen und Sonstiges betrifft, wo ja die verschiedensten Bereiche des Hauses die Engagements vorwiegend mit den Wirtschaftsprüfern machen, ist das ein lebender Prozess, und zu einem Endzeitpunkt, wenn das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt ist, dann kommen die Informationen an mich heran. Aus meinem Ressort sind das die Bereiche Pauschalwertberichtigungen aus dem Privatkreditbestand, und

das ist normalerweise eine unkritische Größe, weil ja das hier nach Wahrscheinlichkeits- und Rückständendimensionen erfolgt, also das ist ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ihr Vorstandskollege Koren hat hier ausgesagt, dass er vor Weihnachten 2005 bereits eine Liste bekommen hätte, Unterlagen zum Abzeichnen bekommen hätte, wo unter anderem auch dringestanden wäre quasi der Verzicht auf die ÖGB-Garantie oder die Entlassung des ÖGB aus seiner Garantie von 2000. Ist Ihnen das bekannt?

Mag. Herbert Legradi: Mir wurde diese Erklärung nicht zum Unterschreiben vorgelegt. Wir haben aber damals darüber diskutiert, und diese Diskussion war dann auch ein langwieriger Prozess, ob wir darauf verzichten können als Vorstand oder nicht. Und das hat ja dann in all diesen Untersuchungen ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer ist „wir“?

Mag. Herbert Legradi: Das waren im Prinzip Nowotny, Koren, Bottermann und ich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann war das?

Mag. Herbert Legradi: Ich sage, das hat begonnen um die Jahreswende 2005 bis Frühjahr 2006 hinein, wo wir gesagt haben, wir können auf die nicht verzichten, ohne überprüft zu haben, ob wir gleichwertige Garantien, Gegenleistungen bekommen können.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie viel waren von den ursprünglich, glaube ich, 1,4 Milliarden € Verlust aus „Karibik 2“ zu diesem Zeitpunkt bereits verdaut?

Mag. Herbert Legradi: Nach den damaligen Aussagen rund 400 Millionen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, es war noch eine Milliarde offen?

Mag. Herbert Legradi: Die über Umbewertungen und Sonstiges beziehungsweise AVB-Konstruktion als werthaltig dargestellt oder verdaut werden konnte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, es war noch eine Milliarde offen? 400 Millionen sind halt durch den Geschäftserfolg in irgendeiner Art und Weise ...

Mag. Herbert Legradi: Sicherheiten, Verwertungen und Sonstiges kompensiert worden. Ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, laut damaligen Zahlen. Haben sich die als richtig herausgestellt?

Mag. Herbert Legradi: Sie wurden dann erhärtet. Ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut. Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Meine erste Frage bezieht sich nochmals auf diese Geschenkelisten-Geschichte.

Herr Nakowitz ist ja schon einige Male angesprochen worden. Der war, zumindest laut Medienberichten, auch einmal Generalsekretär.

Mag. Herbert Legradi: Nach mir, ja.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Unmittelbar nach Ihnen?

Mag. Herbert Legradi: Unmittelbar nach mir, ja.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Ist Ihnen nachgefolgt. – Jetzt gibt es da Berichte im „Format“, wo dann Vernehmungsprotokolle der Sekretärin des Herrn Elsners, Frau Rogatsch, auch abgedruckt sind. Nachdem das bis jetzt so war, gehe ich davon aus, dass da durchaus etwas Wahres dran ist. Frau Rogatsch berichtet dort,

dass Herr Nakowitz nicht nur von Geschenklisten gewusst hat, sondern offensichtlich sogar sich selbst um Geschenke für Freunde, Bekannte, besondere Geschäftspartner, was auch immer, für Herrn Elsner gekümmert hat. Gibt es dafür, dass da unmittelbar nach Ihnen eine völlige Änderung der Zuständigkeit eingetreten ist, einen Grund?

Mag. Herbert Legradi: Ja, weil sich das Gesamtsekretariat von Elsner geändert hat. Als ich ins Sekretariat kam, waren noch zwei Sekretärinnen von Flöttl und eine von Elsner, aber nicht Frau Rogatsch, sondern ihre Vorgängerin. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Ja, das ist das Personelle ...*) Hier war schlicht und einfach ein Wechsel der Personen. Frau Rogatsch kam erst nach meinem Abgang.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Mir geht es nicht um Frau Rogatsch, mir geht es darum, was die Zuständigkeiten des Generalsekretärs waren. Hat es irgendeine schriftliche Aufstellung gegeben, ein Organigramm oder sonst irgendeine Anweisung zu Ihrer Zeit, was der Generalsekretär zu tun hatte, was sein Bereich war? Denn bis jetzt haben wir nicht sehr viel von Ihnen gehört, was ...

Mag. Herbert Legradi: Strategische Koordination der einzelnen Bereiche im Haus, Aufbereitung, Vorbereitung von Organsitzungen und die Öffentlichkeitsarbeit waren die Agenden des Generalsekretärs.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Ist Ihnen schon im Vorfeld der Beendigung dieser Funktion irgendwie aufgefallen, dass man begonnen hat, diese Zuständigkeit zu verändern, dass man die Funktion des Generalsekretärs neu orientiert hat?

Mag. Herbert Legradi: Schauen Sie, das ist auch eine sehr persönliche Sache und Situation, und man kann da durchaus auch entsprechend akzentuieren, wofür man sich mehr interessiert, wo man mehr Kraft hineinsteuert. Mein Hauptinteresse lag schlicht und einfach in den Marketingbereichen, wohin ich mich dann auch entwickelt habe, und nicht im Bereich als persönlicher Assistent.

Ich habe auch schon gesagt, für mich war ja das eigentlich dann der Übergangzeitpunkt, in eine operative Linie zu kommen, nachdem ich schon vier Jahre bei Flöttl war und dann eineinhalb, zwei Jahre bei Elsner, wo ich gesagt habe, ich möchte eine operative Funktion im Haus übernehmen. Daher auch nicht das Interesse, solch persönliche Dinge oder Aufgaben zu übernehmen. Meine Orientierung war woanders hin.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Ich glaube Ihnen schon, dass Sie persönlich eine gewisse Orientierung gehabt haben. Jetzt ist uns aber Herr Elsner aus allen Schilderungen der Auskunftspersonen bisher nicht gerade als jemand bekannt geworden oder sein Bild dargestellt worden, der sich besonders um die persönlichen Interessen seiner Mitarbeiter kümmert, sondern eher als jemand, der ganz klar sagt, was er will, und erwartet, dass das auch umgesetzt und eingehalten wird. Daher verwundert es mich ein bisschen, dass Sie sagen: Ich habe meine persönlichen Marketinginteressen verfolgt, und für die persönlichen Dienste des Herrn Elsner stand ich nicht zur Verfügung!, während das offensichtlich nach diesen Berichten bei Ihrem unmittelbaren Nachfolger ganz anders gehandhabt wurde, der plötzlich dann auch für sehr persönliche Dinge wie eben Geschenklisten und so weiter zuständig war.

Sie bleiben dabei, mit all dem haben Sie nie etwas zu tun gehabt? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Gut.

Dann noch eine Frage zu dieser Wohnung, zu der Sie uns sehr umfangreich die Geschichte dargestellt haben. Wie ist Ihnen diese Wohnung aufgedrängt worden? Wie ist es überhaupt dazu gekommen? Ist es so gewesen, dass die BAWAG gesagt hat: Hier gibt es eine Kategorie-D-Wohnung oder sogar zwei, die auf dem Markt überhaupt

nicht unterbringbar sind, vielleicht opfert sich jemand aus dem Generalsekretariat und mietet sie!? Oder wie ist das eigentlich entstanden?

Mag. Herbert Legradi: Ich habe damals nach der Trennung von meiner ersten Frau in einer 30-Quadratmeter-Wohnung gewohnt. Dieses Haus wurde sockelsaniert, es war ein sehr heißer Sommer und schlicht und einfach die Wohnsituation nicht angenehm. Dementsprechend habe ich mich dann interessiert und habe bei uns in der Immobilienabteilung gefragt, ob es freie Wohnungen gibt.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Ist die inseriert worden?

Mag. Herbert Legradi: Nein, nein, nein. In der Immobilienabteilung des Hauses. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Ja, ja!*) Die gab es. Und da wurden mir zwei gesagt, die leer stünden, die aber adaptierungsbedürftig seien; da war eine im 2. Bezirk und diese eben im 10. Bezirk.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Also, die war nicht öffentlich angeboten, sondern Sie haben sich intern dafür interessiert?

Mag. Herbert Legradi: Ja. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Sie ist noch nicht öffentlich ...*) Nachdem ich wusste, es gibt eine Immobilienabteilung, es gibt ...

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Ja, aber diese Wohnungen waren nicht öffentlich auf dem Markt angeboten nach Ihrem Wissen?

Mag. Herbert Legradi: Meines Wissens nein.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Sondern es ist auf Grund Ihrer Initiative dann dazu gekommen?

Mag. Herbert Legradi: Ja. Das ist eine Immobilienmaklerfirma, die wir im Haus haben. Warum die nicht öffentlich war – ich weiß es nicht. Jedenfalls bin ich dorthin gegangen und habe gefragt: Gibt es Wohnungen, ich suche eine? Und dann wurde mir die angeboten.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Gut. Was denken Sie aus Ihrer Kenntnis und Ihren Funktionen in der BAWAG, was war Aufgabe dieser Immobilienabteilung: Immobilien billig an Mitarbeiter zu vermieten oder ein Geschäft damit zu machen?

Mag. Herbert Legradi: Ich möchte dazu sagen (*Abg. Mag. Donnerbauer: Eine ganz einfache Frage!*), es war Aufgabe, die Wohnungen zu vermieten und ein Geschäft daraus zu machen.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Schon ein Geschäft daraus zu machen? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Glauben Sie, dass es sinnvoll ist, eine unsanierte oder zwei nebeneinander liegende unsanierte Wohnungen zum Kategorie-D-Mietzins, die quasi unkündbar sind, an Mitarbeiter so zu vermieten, ob es nicht geschäftlich sinnvoller wäre, sie zu sanieren und dann auf dem freien Markt entsprechend anzubringen? Haben Sie diese Frage nie gestellt?

Mag. Herbert Legradi: Die Hinterfragung der Geschäftspolitik einer Tochterfirma war damals nicht meine Aufgabe. Das ist schon einmal eines.

Dass ich den gesetzlichen Höchstmietzins bezahlt habe, dass ich bewusst trotz dieser Situation eine Vermittlungsgebühr bezahlt habe, war mir damals wichtig, das ist nachweisbar, und der Zustand dieser Wohnung ist auch mit Fotos dokumentiert.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): 80-Quadratmeter-Wohnungen um 160 € werden Sie, glaube ich, relativ schnell anbringen. Das wird kein großes Problem sein. (*Abg. Dr. Stummvoll: 160 Quadratmeter!*) Ja, das war dann insgesamt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Unter Ausnützung der Notsituation ist das wahrscheinlich passiert, der gesetzlich höchste Mietzins.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Magister, ich möchte noch einmal auf frühere Fragen meines Kollegen zurückkommen. Sie haben davon gesprochen, dass die Besprechungen in der Hohenstaufengasse vor Vorstands- und Aufsichtsratssitzungen, dass die im ÖGB stattgefunden haben. Ich nehme an, das waren informelle Gespräche. (*Mag. Legradi: Ja!*) – Ich habe natürlich großes Verständnis dafür gehabt, dass der oberste Eigentümerversor der BAWAG, Präsident Verzetnitsch, immer gesagt hat: Ich bin weder im Vorstand noch im Aufsichtsrat, ich habe mich da nie um etwas gekümmert! – Wenn es aber informelle Sitzungen gab, haben Sie gesagt, war er Ihrer Erinnerung nach da auch nie dabei. (*Mag. Legradi: Mhm!*) Darf man das so auslegen, dass er seine Funktion als oberster Eigentümerversor offensichtlich nicht sehr ernst genommen hat?

Mag. Herbert Legradi: Das würde ich nicht so auslegen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Wie würden Sie es sonst auslegen?

Mag. Herbert Legradi: Das waren die bestellten Aufsichtsräte.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Aber es war ja eine informelle Sitzung.

Mag. Herbert Legradi: Ja, aber das sind die Vertreter des Eigentümers.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Kollege Franz Morak hat schon darauf hingewiesen, dass dieser Ausschuss darunter leidet – auch Ihre Anhörung hier leidet darunter –, dass Sie immer wieder sagen: Ich kann mich nicht erinnern.

Jetzt meine Frage: Hätten wir eine Chance, dass Sie uns andere Kollegen empfehlen, die vielleicht ein besseres Erinnerungsvermögen haben? – Es kann ja sein, Sie können sich nicht erinnern, okay, nehmen wir zur Kenntnis. Aber glauben Sie, dass es andere Kollegen gibt, die sich vielleicht besser erinnern können?

Mag. Herbert Legradi: Ja, das sind sicherlich die, die jetzt auch in diesem Prozess als Beklagte beziehungsweise dort auch als Zeugen aufgerufen wurden und in den Vorgesprächen sind, die operativ mit der Abwicklung dieser Geschäfte betraut waren.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Aber Sie wissen natürlich schon, dass die, wenn sie bei uns vorgeladen werden, natürlich sagen, dass sie im Hinblick auf genau diese Prozesse bei uns nicht aussagen.

Das heißt, wir haben es mit zwei Kategorien zu tun: Es gibt jene, die nicht aussagen, weil sie vor dem Strafgericht stehen werden, und jene, die sagen, sie können sich nicht erinnern. – Können Sie uns irgendwen empfehlen, von dem Sie glauben, er wird sich weder der Aussage entschlagen noch sagen, er kann sich an nichts erinnern? Gibt es Ihrer Meinung nach solche Personen?

Mag. Herbert Legradi: Das sind auch die Zeugen, die in diesen Prozessen vorgeladen sind beziehungsweise die in den Vorerhebungen waren.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Vielleicht können Sie uns – das muss nicht jetzt sein – da ein paar Namen nennen, wo wir eine Chance haben, ein bisschen mehr zu erfahren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sind Sie als Zeuge ...?

Mag. Herbert Legradi: Nein. Ich wurde auch nie bei den Vorerhebungen oder Sonstigem eingeladen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist schon seltsam.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Herr Mag. Legradi, zu dieser Wohnung noch eine Nachfrage: Hatten Sie zur Sanierung einen Kredit aufgenommen?

Mag. Herbert Legradi: Einen Wohnungssanierungskredit, ja.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Bei der BAWAG?

Mag. Herbert Legradi: Ja, einen von der Stadt Wien geförderten für die Anhebung von Kategorie D auf A, ja, im Jahr 1994. Ich fiel damals auch unter die Einkommens-Richtlinien, sowohl das Objekt als auch das Subjekt, mit dem Einkommen bin ich darunter gefallen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Kann ich das so interpretieren, dass Sie *keine* begünstigten Konditionen gegenüber anderen Privatkunden hatten?

Mag. Herbert Legradi: Nein, hatte ich keine.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Nun zu einem anderen Thema, nämlich zu Austost Schaan und anderen Tochter-Unternehmungen, wo Sie Aufsichtsratsfunktionen hatten, aber vorwiegend zu Austost Schaan.

Der Prüfbericht 2001 hält fest, dass insbesondere die Geschäftsabwicklungen über **Austost Schaan**, aber auch **Austost Guernsey** im Rahmen der Konzernrevision ungeprüft geblieben sind.

Weiters empfiehlt dieser Aufsichtsbericht, dass der Prüfplan grundsätzlich mehr nach dem Risikogehalt der Geschäftsfelder zu erstellen sei. – Und das Schlagwort „Risiko“ führt mich zu meinen Fragen.

Die Geschäfte, die Austost Schaan betrieben hat, das waren ja nichts anderes als Geldmarkt-Geschäfte – Austost Schaan war ja nichts anderes als ein Finanzierungsvehikel, wenn man das so bezeichnen kann. Aber welchen Risikocharakter hatten solche Geschäfte?

Mag. Herbert Legradi: Die waren unterschiedlich gelagert, das waren auch dementsprechend die Konditionierungen beziehungsweise die Gewichtungen. Also, wenn das kurzfristige Arbitrage-Geschäfte waren mit, wie gesagt, anderen Banken beziehungsweise anderen Groß-Institutionen einen niedrigen, was die PIPE-Geschäfte beziehungsweise Reg.S.-, Reg.D.-Geschäfte betroffen hat, waren das durchaus risikoreichere, die ich aber auch damals so betrachtet habe, dass ich hier eine entsprechende Risikostreuung habe, verschiedene Investments, und die waren auch entsprechend anders konditioniert.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Es waren aber durchaus Geschäfte, die sozusagen im Laufe der Zeit entstanden sind und die ja durchaus im Hinblick auf das Risiko damals zumindest riskanter gewesen sind als Geschäfte, die man bislang betrieben hatte.

Mag. Herbert Legradi: Ja, wobei sie mir nicht riskanter vorgekommen sind oder dargestellt wurden bei den Verwaltungsratssitzungen und ich, wie gesagt, die Einzel-, Detailgeschäftsprüfung nicht als Aufgabe eines Aufsichtsrates gesehen habe.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Na ja, aber sehen Sie das heute auch noch so, dass die Geschäfte, die dort betrieben worden sind, wenig risikobehaftet gewesen sind, oder wäre es aus der heutigen Sicht damals notwendig gewesen, in irgendeiner Form zu sagen: Aber so können diese Geschäfte durch dieses Finanzierungsvehikel nicht abgewickelt werden!?

Mag. Herbert Legradi: Ja, das wäre notwendig gewesen, da gebe ich Ihnen Recht. Aber das ist – verzeihen Sie den Spruch – mit der Weisheit des Rückblicks natürlich klar und deutlich so zu sehen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aber schon damals wussten Sie, dass es neuartige Geschäfte waren, die doch einen besonderen Risiko-Charakter hatten – oder nicht? War das damals noch nicht erkennbar?

Sie haben jedenfalls gesagt, aus den Unterlagen, die Ihnen zur Verfügung gestellt wurden, hat sich nie irgendetwas ergeben. – Was stand denn da in den Unterlagen drinnen?

Mag. Herbert Legradi: Die Geschäftspartner, die Art der Geschäfte. – Daraus war das für mich nicht ableitbar.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Können Sie uns etwas näher schildern, was das heißt: die Art der Geschäfte?

Mag. Herbert Legradi: Das waren kurzfristige Terminveranlagungen bei anderen Finanzinstitutionen, das waren, wie gesagt, diese Reg.S.-, Reg.D.-Geschäfte in Form eines Fonds, die von **LH Financial** gemanagt wurden. Ich wusste noch aus dem Haus heraus, aus meiner vorigen Tätigkeit auch, dass das ein Partner ist, der diese Geschäfte sehr erfolgreich mit entsprechender Risikostreuung betreibt, sodass ich daher nicht wirklich einen Anlass hatte, das zu hinterfragen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Warum hat die OeNB das in ihrem Prüfbericht dann hinterfragt?

Mag. Herbert Legradi: Das kann ich nicht sagen, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Offensichtlich wohl deshalb, weil es sich hier um Geschäfte handelt, die einen hohen Risikogehalt aufwiesen.

Mag. Herbert Legradi: Möglicherweise ja.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich würde das zumindest so sehen, sonst sehe ich keinen Grund dafür, warum die OeNB das so prominent in ihren Prüfbericht aufgenommen hat – das zu einer Zeit, wo Sie Aufsichtsrat in jenem Unternehmen, in jener Tochter der BAWAG, nämlich Austost Schaan, gewesen sind. Von Austost Schaan ist in diesem Prüfbericht ausdrücklich die Rede.

Mag. Herbert Legradi: Wobei ich aber diesen Prüfbericht dann nicht mehr zur Kenntnis gebracht bekommen habe, weil ich zu dem Zeitpunkt, als der Bericht vorgelegt wurde, weder eine Organfunktion in Austost Schaan hatte noch entsprechend zuständig in der BAWAG eine Funktion hatte.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ja, aber der Prüfbericht bezog sich auf die Zeit, während der Sie Aufsichtsrat bei Austost Schaan waren, das ist doch entscheidend! (*Mag. Legradi: Ja!*) Na ja, also gibt es hier grundlegend andere Einschätzungen im Hinblick auf die Risikobehaftetheit der Geldmarktgeschäfte zwischen Ihnen auf der einen Seite und den OeNB-Prüfern auf der anderen Seite. (*Mag. Legradi: Ja!*) – Okay, danke.

Ein weiterer Fragenkomplex betrifft die Frage der Verschmelzung, die früher schon angesprochen wurde, nämlich der Verschmelzung von P.S.K. und BAWAG.

Erstmals in diesem Ausschuss hören wir, dass es sich dabei um eine kreative – ja, Sie haben sogar gesagt, um eine sehr kreative – Bilanz handelt. – Können Sie uns das noch einmal näher beschreiben, was das heißen soll: „sehr kreativ“?

Mag. Herbert Legradi: Es wurde in dieser Bilanz als aufnehmende Gesellschaft der P.S.K. die **K & W Bank** vorgesehen und aus dem heraus dann auch die BAWAG als aufnehmende Gesellschaft, also Ausgliederung des operativen Bereichs aus der BAWAG und Überführung der Alt-BAWAG in die AVB – das alles verbunden mit entsprechenden Neubewertungen einzelner Vermögensgegenstände.

Diese Form der Verschmelzung wurde dann – quasi noch, während die Bilanzerstellung für das Jahr 2005 abschließend hätte erfolgen sollen – vom neuen Wirtschaftsprüfer Deloitte als formal **nicht** richtige Vorgangsweise gesehen, und der ganze Prozess wurde so umgedreht, dass die P.S.K. aufnehmende Gesellschaft des operativen Geschäftsteiles der BAWAG war.

Aus all diesen, ich sage, veränderten Prozessen und Einzelbilanzdarstellungen per September 2005, einer Bilanz- und GuV-Darstellung von Oktober bis Dezember 2005, sage ich jetzt: eine durchaus nicht sehr transparente, ja sehr kreative Darstellung. Das meinte ich damit.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich weiß nicht, ob ich Sie jetzt ganz verstanden habe. Aber Sie haben gesagt – auch schon in Ihrer früheren Erklärung –, dass KPMG und Deloitte die Sachen unterschiedlich gesehen hätten. (*Mag. Legradi: Ja!*)

Wie hätte dann eine weniger kreative, eine vielleicht, jetzt unter Anführungszeichen, „saubere“ Lösung ausgesehen?

Mag. Herbert Legradi: Da kann man nicht von sauber oder unsauber sprechen. Es war schlicht und einfach die Meinung der Darstellung, der rein formalen Aufarbeitung, von KPMG eine andere als von Deloitte, und es hat sich dann Deloitte in der Darstellung durchgesetzt.

Der Prozess als solcher dazwischen war natürlich ein sehr schwieriger, nämlich die gesamthaft andere Darstellung. Das war auch ein Grund, warum die Bilanzerstellung relativ lange gedauert hat und erst im Juni 2006 die Gesamtaufarbeitung und Darstellung war.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aber Sie sagen, formal richtig waren beide Vorgänge. Verstehe ich Sie da richtig?

Mag. Herbert Legradi: Das ist jetzt eine Frage, ein Expertenstreit unter Wirtschaftsprüfern. Die KPMG in ihrer Verantwortung hat ihre Darstellung als die richtige gesehen. Mit dem zweiten Wirtschaftsprüfer Deloitte und der gemeinsamen Darstellung kam dann der Konsens auf die andere Darstellung. Aber ich glaube nicht, dass eine unkorrekt als solches gewesen wäre.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Also doch: beide sind formal richtig. (*Mag. Legradi: Ja!*) Aber die eine würden Sie als die kreative und die andere als die – na ja, da weiß ich jetzt nicht, wie ich es sagen soll. „Saubere“ haben Sie nicht akzeptiert. Haben Sie sie als die richtigere, oder wie auch immer, gesehen? (*Mag. Legradi: Ja!*) – Das waren vorerst meine Fragen, danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Noch Fragen? – Das ist nicht der Fall.

Dann sind wir mit Ihrer Befragung zu Ende. Ich danke für Ihr Erscheinen!

(*Die Auskunftsperson Mag. Legradi verlässt den Sitzungssaal.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf ersucht nun darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Erich Müller** von der Staatsanwaltschaft Wien in den Sitzungssaal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Dr. Müller** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Saal geleitet.)

12.04

Obmann Mag. Dr. Martin Graf begrüßt Herrn Staatsanwalt **Dr. Erich Müller** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Dr. Erich Müller (Staatsanwaltschaft Wien): Erich Müller; Geburtsdatum: 15. Oktober 1942; Pensionist seit Mai 2004; Anschrift: Wien 19.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Müller, Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei der Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für erforderlich hält.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor? (**Dr. Müller: Nein!**)

Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsache. Wollen Sie diese Möglichkeit annehmen oder sofort in die Befragung einschreiten?

Dr. Erich Müller: Wenn ich vielleicht kurz erzählen kann; ich war nur 1994 mit dem BAWAG-Verfahren befasst. (**Obmann Dr. Graf: Bitte!**)

1994 war folgende Situation: Ich war damals Leiter dieser Wirtschaftsgruppe, habe aber am Samstag Journal gemacht, und da habe ich eine anonyme Anzeige bekommen, wonach Flöttl senior, Walter Flöttl, seinem Sohn Wolfgang Flöttl mehrere Milliarden als Spielkapital gegeben hätte, um in Amerika irgendwelche Spekulationsgeschäfte zu machen.

Ich habe damals das Gefühl gehabt, dass man das sofort machen sollte, sonst werden die Erhebungen abgedreht – wie sich später auch herausgestellt hat –, und habe die Wirtschaftspolizei ersucht, den Sachverhalt zu erheben und insbesondere auch einen Bericht der Nationalbank einzuholen; von der Nationalbank deswegen, weil damals, in diesem Zeitraum, eine eigene Prüfgruppe für solche Fälle, eine so genannte schnelle Eingreiftruppe oder wie sie geheißen hat, gegründet worden war.

Am Montag gab es dann den erwarteten Wirbel. Herr **Sektionschef Mayerhofer** hat mich angerufen und gefragt, wieso ich solche Erhebungen nicht vertraulich mache und nicht einfach von der Nationalbank telefonisch einen Bericht abfordere, sondern die

Wirtschaftspolizei beauftrage, wodurch das ganze öffentlich wird. Es war in der Folge überhaupt ein größerer Wirbel, und ich habe ihm gesagt: Na ja, sollen wir jetzt diese Erhebungen abdrehen? Oder sollen wir zumindest den Bericht der Nationalbank abwarten? – Das wurde bejaht.

Es hat mich dann von der Wirtschaftspolizei der seinerzeitige Referent **Roland Horngacher** angerufen und mir erzählt, dass unabhängig von uns, von der Staatsanwaltschaft, schon Ministerialrat Gancz von der Finanzmarktaufsicht einen Bericht der Nationalbank abgefordert hätte; ob mir das genügen würde. – Daraufhin sagte ich: Da muss man den Bericht sehen, ob der genügen würde.

Horngacher hat mir dann diesen Zwischenbericht geschickt, und in diesem Zwischenbericht war nur erkennbar, dass die BAWAG Kredite im Ausmaß von rund 23 Milliarden ihren Tochterfirmen – das waren Briefkastelfirmen in der Karibik – gewährt hätte. Diese Kredite seien schon zurückgeflossen. Was mit diesen Geldern in Amerika geschehen war, wurde nicht gesagt.

Ich habe mir damals gedacht: Wenn **so viele Milliarden undokumentiert** auf Geisterfahrt geschickt werden, fallen sicher einige Millionchen irgendwo ab, und da sollte man den Sachverhalt doch erheben.

Daraufhin habe ich Roland Horngacher gesagt: Es genügt nicht, wir erwarten weitere Erhebungen von der Nationalbank. Es wurde dann ...

Das muss ich sagen: Es wird seitens der Nationalbankprüfer seitdem bestritten. Diese Prüfer sind dann überraschend zu mir gekommen und haben erzählt, dass sie die Vorgänge, also was mit diesem Geld in Amerika passiert ist, nicht aufklären könnten, weil sie von den Personen der BAWAG keine Hilfe bekämen. Wortwörtlich haben sie mir gesagt – ich kann mich heute noch daran erinnern –: Sie werden dort ja fast ausgelacht.

Sektionschef Mayerhofer hat dann eine Dienstbesprechung angeordnet; das war schon im Juni. Bei dieser Dienstbesprechung waren Teilnehmer von der Wirtschaftspolizei – der seinerzeitige Chef und auch der Referent Horngacher waren dabei –, von der Oberstaatsanwaltschaft natürlich, und auch der Chef der Staatsanwaltschaft Wien. Bei dieser Dienstbesprechung – ich habe später das Protokoll bekommen – wurde sehr vornehm protokolliert, dass Einvernehmen erzielt worden sei, dass man die Erhebungen darauf einschränken sollte, ob ein Schaden entstanden ist oder ob es keinen Schaden gibt.

Das war insoweit unrichtig, als ich gemeint habe: Ob ein Schaden entstanden ist, ja oder nein, darauf kommt es nicht an, das ist nur die Unterscheidung, ob Vollendung oder Versuch vorliegt. Es kommt darauf an: Wurde von den Flöttls eigenmächtig spekuliert? Oder waren die Eigentümer – das waren damals der Gewerkschaftsbund als Mehrheitseigentümer und der „Konsum“ – damit einverstanden?

Drittens sollte Folgendes erhoben werden. Wenn das so schlecht dokumentiert ist – und laut Bericht der Nationalbank waren nicht einmal die Kreditverträge schriftlich, es war nichts dokumentiert –, wäre zu erheben: Was ist wirklich mit dem Geld passiert?

Gut, die Erhebungen waren also darauf einzuschränken, ob ein Schaden entstanden war. Es ist dann der Schlussbericht gekommen, und Sektionschef Mayerhofer muss gewusst haben, dass ich den Schlussbericht bekomme. Ich weiß nicht mehr, an welchem Tag es war, aber dieses Telefonat werde ich nie vergessen. Ich habe den Schlussbericht bekommen, der Sektionschef ruft mich an und sagt mir: Na, Müller, wo haben S' den Schaden?

In dem Schlussbericht – er war ziemlich dick – ist natürlich viel darüber gestanden, dass etliche Meldevorschriften und so weiter und so fort nicht beachtet wurden. Alles kein Straftatbestand. Aber als Sukkus für mich relevant war: Ein Schaden ist nicht eingetreten, weil die angeblichen Kredite zurückgeflossen sind. – Damit war das Verfahren für mich damals erledigt.

In der heutigen Anklage von Georg Krakow, der ja mein Lieblingsschüler war, steht drin, dass damals die BAWAG Gewinn gehabt hätte. Das ist vielleicht das Unglück, dass sie dort noch Gewinn gemacht haben. Denn hätten sie damals keinen Gewinn gemacht, dann hätte man sich dieses spätere Desaster erspart.

So ist die Sache für mich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke, wir kommen nunmehr zur Befragung. – Herr Kollege Krainer, bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, Herr Krakow war Ihr Lieblingsschüler? (*Dr. Müller: Ja!*) – Was heißt das?

Dr. Erich Müller: Er war damals schon als Richteramtsanwärter bei mir. (*Abg. Krainer: Als Sie ...?*) Und wäre nicht bei der Justiz geblieben. Es war der erste Posten, der ihm gefallen hat. So war das.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, als Sie Leiter der Wirtschaftsgruppe innerhalb der Staatsanwaltschaft waren, war Herr Krakow Ihr „Untergebener“, unter Anführungszeichen?

Dr. Erich Müller: Ja. (*Abg. Krainer: Okay!*) Er war damals als Referent dem Dr. Schön zugeteilt, hat aber bei mir im Zimmer gewerkt. So war das.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, im Zwischenbericht der OeNB wäre gestanden, dass die Kreditverträge nicht schriftlich vorliegen? (*Dr. Müller: Ja!*) – Das ist im Zwischenbericht gestanden?

Dr. Erich Müller: Ja. (*Abg. Krainer: Okay!*) Es ist auch im Zwischenbericht gestanden, dass das sehr schlecht dokumentiert ist und dass sie angewiesen waren auf globale Mitteilungen, damals von Direktor Ziegler. Mit der technischen Durchführung der „Karibik-Geschäfte“ war damals der spätere und jetzige Angeklagte Dr. Zwettler, der damals noch nicht Vorstand war, betraut.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie sind jetzt als Anwalt tätig?

Dr. Erich Müller: Nein. Ich bin seit Jahrzehnten in der Verteidigerliste eingetragen und habe das Mandat von Herrn Büttner übernommen, weil er in einer ähnlichen Situation wie ich ist. Ich habe mich damals nicht durchsetzen können; Herr Büttner war auch gegen diese „Karibik-Geschäfte“, und er hat sich auch nicht durchsetzen können.

Herr Büttner ist jetzt angeklagt, weil er geschwiegen hat und die Meinung besteht, er hätte das Desaster verhindern können, wenn er diese Verluste dem Aufsichtsrat oder anderen Personen ... Wenn er das praktisch in die Öffentlichkeit getragen hätte. Da bin ich aber der Meinung, dann wäre die Bank damals gleich in den Ruin getrieben worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie vertreten jetzt Herrn Dr. Büttner gegen die Anklage gegen ihn? (*Dr. Müller: Ja!*) Die von Ihrem „Lieblingsschüler“ verfasst wurde? (*Dr. Müller: Ja!*) – Sehen Sie da irgendein Problem?

Dr. Erich Müller: Na, nur in dem Punkt: Das ist eine akademische Auseinandersetzung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da sehen Sie überhaupt kein Problem?

Dr. Erich Müller: Ich sehe da kein Problem. Krakow offensichtlich auch nicht. (*Abg. Krainer: Bitte?*) – Mag. Krakow auch nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, war nur so eine Frage. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist ja auch kein Problem! – Dr. Müller: Ist ja auch kein Problem! – Abg. Mag. Stadler: Warum nicht die beste Verteidigung ...?*)

Ja, ja – nur, weil wir vor allem in der Frage Atomic immer wieder über Bekanntschaften und so weiter reden. (*Abg. Mag. Stadler: Zum Anwalt! Sieber war der Richter!*)

Dr. Erich Müller: Diese Bekanntschaften bei Atomic sind aber anderer Natur und sind **sehr merkwürdig!** (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie haben 1994 Vorerhebungen auf Grund der anonymen Anzeige eingeleitet?

Dr. Erich Müller: Ja. Da war auch eine Einvernahme: Herr Walter Flöttl wurde vom Untersuchungsrichter vernommen. Dieses Protokoll können Sie sich ja beschaffen. Ich habe den Akt nicht mehr, aber ich kann mich auch an eine Aussage erinnern, und die hätte man am Personaleingang aufhängen sollen! Auf die Frage, wieso in der Bank, in der Devisenabteilung, Wertpapierabteilung, Rechtsabteilung, angeblich niemand informiert war, hat er gesagt: Diese Leute sind ja dafür auch nicht geeignet, die sind nur für das Tagesgeschäft zu brauchen!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Fanden noch weitere Einvernahmen statt? (*Dr. Müller: Bitte?*) Fanden noch weitere Einvernahmen statt, außer jener des Generaldirektors Flöttl?

Dr. Erich Müller: Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten. Das weiß ich nicht mehr. Aber diese Passage dieser Einvernahme ist mir in Erinnerung.

Ich habe damals eine Einladung des ORF zu einem Streitgespräch mit Herrn Walter Flöttl bekommen. Das war eine Sendung von Nora Frey, und ich wollte auch hingehen, habe aber die Genehmigung nicht bekommen. Sie können sich dieses Protokoll von Nora Frey auch beschaffen. Ich kann mich nämlich erinnern, da wurde Flöttl senior gefragt: Was für Geschäfte hat man wirklich gemacht? – Wenn Sie sich das Gespräch anhören, werden Sie merken, dass er mehrfach stottert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, mag sein. Das war jetzt nicht ganz meine Frage. Meine Frage war eigentlich, ob noch weitere Einvernahmen stattgefunden haben.

Dr. Erich Müller: Das weiß ich jetzt nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Sache ist nur die: Es dauert irrsinnig lang, wenn ich eine Frage stelle und Sie über etwas ganz anderes reden. (*Dr. Müller: Aha, gut!*) Es ist leichter, wenn Sie sich auf die Frage ... Außer Sie wollen noch etwas sagen, dann können Sie bei ihrer ...

Dr. Erich Müller: Die **Zentralfigur** war Flöttl senior! Auf den ist es angekommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, das ist schon klar. Die Frage war nur, ob weitere Einvernahmen stattgefunden haben.

Dr. Erich Müller: Weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie nicht mehr, okay.

Sie haben gesagt, die vier Prüfer der OeNB standen plötzlich überraschend bei Ihnen im Büro?

Dr. Erich Müller: Nein, nein, so überraschend nicht, sondern sie haben angerufen – wer angerufen hat, weiß ich auch nicht –, ob sie vorbeikommen könnten. Die waren dann da, es war ein sehr nettes Gespräch. Sie haben natürlich gesagt, dass das sehr vertraulich sein soll. Sie waren da und waren informiert, dass der Zwischenbericht und diese Erhebungen nicht genügen. Es ist darum gegangen, ob sie aufklären könnten, welche konkreten Spekulationsgeschäfte gemacht wurden.

Die Situation war nämlich die: Herr Flöttl senior hat behauptet – soweit ich mich erinnere –, dass in diesen sechs Jahren bei diesen Geschäften kein Verlust eingetreten sei. Ich habe damals eine Quelle gehabt, noch bei der Creditanstalt, die damals noch eine Kommerzbank war. Die haben mehrere Computermodelle gehabt, und sie haben gesagt: Das ist unmöglich! Wenn man sechs Jahre keinen Verlust hat, dann müssen das Insidergeschäfte oder irgend so etwas gewesen sein.

Mit diesen Modellen war ich auch bei dieser Dienstbesprechung. Da wurde von Sektionschef Mayerhofer nur gefragt: Woher haben Sie das? – Das habe ich natürlich auch nicht gesagt. Darum ist es gegangen: Man hat sich auf jeden Fall taub gestellt gegen weitere Untersuchungen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, ein Herr von diesen vieren hat Sie angerufen, von sich aus, und er hat gesagt (*Dr. Müller: Ja!*): wir würden uns gerne mit Ihnen treffen?

Dr. Erich Müller: Nein, nicht treffen: besuchen, vorbeikommen. Die waren dann da und haben sogar einen Kaffee getrunken, ja. Was ist da eigenartig? – Das ist öfter passiert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Woher haben die Herren überhaupt gewusst, dass Sie ermitteln?

Dr. Erich Müller: Das ist damals in jeder Zeitung gestanden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie ein Protokoll angefertigt?

Dr. Erich Müller: Da waren Fernsehdiskussionen! Es ist ganz interessant: Bei diesen Fernsehdiskussionen hat Herr Elsner ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung! Meine Frage war, ob Sie ein Protokoll angefertigt haben.

Dr. Erich Müller: Nein, wozu? (*Abg. Krainer: Wenn jemand zu Ihnen ...*)

Als Staatsanwalt kann ich keine Erhebungen führen; die sind nichtig, wenn ich sie führe. Und die Mitteilung war für mich sehr traurig, dass sie das nicht aufklären können. Ich soll diese traurige Mitteilung auch noch mit einem Trauerrand oder mit Zierleiste festhalten, oder was?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, die Herren Prüfer von der OeNB haben sich bei Ihnen gemeldet und Ihnen gegenüber gesagt: Wir würden gerne bei Ihnen vorbeikommen? Also einer von den vieren?

Dr. Erich Müller: Das war 1994! Sie fragen mich jetzt im Detail, wie das war; das weiß ich nicht mehr. (*Abg. Krainer: Weil Sie vorhin gesagt haben ...!*)

Aber da waren sie! Die Mitteilung ist mir gemacht worden, und ich habe gewusst, dass ich von dem Schlussbericht natürlich nichts mehr zu erwarten habe. Für meinen Standpunkt, meine ich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie noch, mit wem von den vier Prüfern Sie gesprochen haben?

Dr. Erich Müller: Nein. Da war auch ein Prozess. (*Abg. Mag. Trunk: Das kann eigentlich jeder gewesen sein!*) Ich kann mich an die Herren nicht erinnern; die Gesichter, das alles ist untergegangen. Aber dass es eine Besprechung war, das war eine Tatsache.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie die irgendwo schriftlich vermerkt? Gibt es irgendeine schriftliche Aufzeichnung über dieses Gespräch?

Dr. Erich Müller: Nein. Das ist vielleicht ein Grundfehler, aber ich wäre sonst nicht dazugekommen. Ich habe im Monat oft 40 Anklagen gemacht. Ich habe solche Gespräche, die ich mit diesen Leuten geführt habe, nicht aufgezeichnet.

Ich habe aber mit Schwerkriminellen oft mündliche Vereinbarungen getroffen – oder „Vereinbarungen“ kann man nicht sagen –, die haben sich daran gehalten. Ich habe mich gewundert, dass das bestritten wird.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die nächste Frage ist: Haben Sie das in einen Terminkalender eingetragen?

Dr. Erich Müller: Ja, in einen Terminkalender. Den habe ich nicht mehr. Im Terminkalender war es sicher drinnen. Aber es tut mir Leid, dass man sich solche Sachen natürlich nicht aufhebt. Wie lange soll man sich das aufheben?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, es war nur eine Frage. (*Dr. Müller: Ja!*) Es hätte ja sein können. Es gibt ja Leute, die sich so etwas ewig aufheben.

Es hat auch einen Prozess gegeben. (*Dr. Müller – in Richtung Obmann Dr. Graf –: Ich habe damit nicht gerechnet, muss ich ehrlich sagen!*) Es hat ja ein Medienrechtsverfahren der Oesterreichischen Nationalbank gegen **Wimmer Medien GmbH & Co KG** in dieser Sache gegeben, da haben Sie als Zeuge ausgesagt. Sind Sie da vereidigt worden?

Dr. Erich Müller: Ich? Nein. Ich bin mein Leben lang nicht vereidigt worden. Mein Leben lang habe ich keinen Eid geleistet. – Bei Eintritt in die Justiz, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie haben dort unbeeidet als Zeuge ausgesagt? (*Dr. Müller: Ja!*) – Okay. – Weil das nämlich ganz spannend ist: Im Vernehmungsprotokoll steht drin, dass Sie unbeeidet vernommen werden. (*Dr. Müller: Ja! Das steht immer ...!*) Ja, ja. Im Urteil steht nämlich drin, dass Sie unter Eid ausgesagt hätten.

Dr. Erich Müller: Ach so? – Das kenne ich nicht. Das muss ein Fehler sein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut, ich glaube, die ganze Verhandlung hat schon mit einem Fehler begonnen, weil der Falsche geklagt wurde.

Dr. Erich Müller: Das alles weiß ich nicht. Es war mir lästig, dass ich da als Zeuge erscheinen musste.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Stimmt es, dass Sie die vier Herren dort nicht erkannt haben?

Dr. Erich Müller: Nein, kenne ich nicht mehr, nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dass Sie keinen Einzigen der vier erkannt haben?

Dr. Erich Müller: Keinen Einzigen, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Stimmt das? (*Dr. Müller: Ja!*) – Obwohl alle vier anwesend waren?

Dr. Erich Müller: Sehr eindrucksvoll waren die Gesichter für mich nicht, das sage ich Ihnen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich gebe einmal weiter.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Dr. Müller, ich komme noch einmal auf diese anonyme Anzeige vom April 1994 zurück. Mir hat man gesagt, dass angeblich damals schon auf die Gefährdung des Streikfonds des ÖGB hingewiesen wurde. – Stimmt das?

Dr. Erich Müller: Die Anzeige muss im Tagebuch ... Die Zahl (*in schriftlichen Unterlagen blätternd*) kann ich Ihnen geben. Haben Sie die? (*Abg. Dr. Stummvoll: Nein, habe ich nicht!*)

Das war 27 St 25923/94. In diesem Tagebuch muss die Anzeige drinnen liegen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Sie können sich nicht daran erinnern?

Dr. Erich Müller: Das kann schon drinnen gewesen sein. Es war teilweise auch polemisch, das ist schon richtig.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Und dass Ex-Präsident Verzetnitsch auch namentlich genannt wurde, im Zusammenhang mit Verschleierungen: Ist Ihnen das in Erinnerung?

Dr. Erich Müller: Konkret kann ich das nicht sagen. (*Abg. Dr. Stummvoll: Okay!*) Aber es ist so etwas dringestanden. (*Abg. Krainer: Wird er auch nicht! Falscher Vorhalt!*)

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Eine andere Frage: Sie haben vorhin die „Karibik-1-Geschäfte“ angesprochen. (*Dr. Müller: Ja!*) – Hatten Sie damals eine Wahrnehmung, ob es bei „Karibik 1“ Verluste oder Gewinne gegeben hat?

Dr. Erich Müller: Eben nicht! Es steht jetzt in der Anklage drin, dass sie Gewinne gemacht haben. Wie weit das jetzt dokumentiert ist ... – Das ist ja mehr oder weniger eine Behauptung. Es wird schon so sein, dass sie Gewinne gemacht haben, darum haben sie es ja weitergemacht.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Sagen Sie, hatten Sie bei dem, was Sie bis jetzt geschildert hatten, den Verdacht, dass da irgendein Zusammenspiel sein muss, wenn Mayerhofer die Ermittlungen einstellt und, und, und?

Bei Horngacher, dessen Name heute schillernder ist, als er es damals war (*Dr. Müller: Ja!*): Hatten Sie damals den Verdacht, dass da ein Zusammenspiel von Kräften sein muss, die verhindern wollen, dass Sie da Ermittlungen durchführen?

Dr. Erich Müller: Mit Horngacher habe ich damals ein sehr gutes Verhältnis gehabt. Er hat bei dieser Sitzung nur auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich bei diesen Erhebungen ergeben würden, in Amerika und so weiter; dass das schwierig ist.

So, dass er das direkt verhindern wollte, war es nicht. Ganz im Gegenteil, die Wirtschaftspolizei hat gesagt, man sollte doch ein bisschen etwas erheben. Der Sektionschef wollte ja gar nichts erheben.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das heißt, der Schlüssel war offensichtlich Dr. Mayerhofer? (*Dr. Müller: Ja!*) – Und den Eindruck hatten Sie: Mayerhofer will verhindern, dass Sie da sozusagen weiter nachbohren?

Dr. Erich Müller: Mayerhofer wollte erstens, dass das nicht so öffentlich erhoben wird und nicht über die Polizei, sondern dass das hätte vertraulich geschehen sollen.

Das Zweite war, dass er gesagt hat: Man ruiniert den Finanzplatz Wien, da ist überhaupt nichts, es gibt keinen Schaden, es ist ohnehin alles in Ordnung.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Aus Ihrer Wahrnehmung war also Mayerhofer der, der dieses Interesse signalisiert hat (*Dr. Müller: Ja!*): Bitte beendet das möglichst ruhig und möglichst rasch!?

Dr. Erich Müller: Ja. (*Abg. Dr. Stummvoll: Danke! – Abg. Mag. Stadler – in Richtung des Abg. Dr. Stummvoll –: Die gleiche Weisung wie deine heutige Presseaussendung!*)

Obmann Dr. Martin Graf: Die Argumentation mit dem „Ruiniere des Finanzplatzes“ geht seit 1994, die erlebe ich immer noch.

Jetzt kommt Herr Abg. Kößl dran.

Abgeordneter Günter Kößl (ÖVP): Herr Dr. Müller, ich habe eine spezielle Frage. Sie haben an und für sich zwei Ermittlungsergebnisse auf dem Tisch gehabt, das eine von der Wirtschaftspolizei und das andere von der Nationalbank. Habe ich das richtig verstanden? (*Dr. Müller: Na ja ...!*)

Hat es zwei unterschiedliche Ermittlungen gegeben, die eine von der Nationalbank, die Ihnen vorgelegt worden ist, und eine von der Wirtschaftspolizei?

Dr. Erich Müller: Na, dieser Nationalbankbericht war ein Teil der Erhebungen der Wirtschaftspolizei, weil ich diese Erhebungen über die Wirtschaftspolizei beantragt habe, den Bericht der Nationalbank. (*Abg. Kößl: Ach so, das waren ...?*)

Da ist vielleicht ein Missverständnis entstanden. Denn unabhängig davon wurde von Ministerialrat Gancz ein Bericht der Nationalbank abgefordert. Und dieser Bericht war der Zwischenbericht, der mir von der Wirtschaftspolizei übermittelt wurde. Dieser Zwischenbericht ist ergangen über Ersuchen von Ministerialrat Gancz von der Finanzmarktaufsicht. Wir haben dann eine Kopie oder den Endbericht bekommen. Das war der gleiche Endbericht, den die Finanzmarktaufsicht bekommen hat.

Abgeordneter Günter Kößl (ÖVP): Die Erhebungen sind bei der Wirtschaftspolizei von Mag. Horngacher geführt worden? (*Dr. Müller: Ja!*) – Wer wurde von Mag. Horngacher – wenn Sie das vielleicht noch wissen würden – bei der Nationalbank speziell befragt beziehungsweise einvernommen über diese Sache?

Dr. Erich Müller: Ich glaube, einvernommen hat er niemanden von der Nationalbank. Die Erhebungen wurden von Horngacher und von Chefinspektor Koch geführt. Aber von der Nationalbank wurde als Zeuge niemand gehört.

Abgeordneter Günter Kößl (ÖVP): Sie haben da nur einen Bericht angefordert?

Dr. Erich Müller: Die haben nur schriftliche Berichte erstattet.

Abgeordneter Günter Kößl (ÖVP): Wer wurde von der Wirtschaftspolizei zu dieser anonymen Anzeige befragt?

Dr. Erich Müller: Das kann ich Ihnen konkret gar nicht sagen. Die Wirtschaftspolizei hat mir eben diesen Zwischenbericht übermittelt und hat gemeint, damit ist die Sache vielleicht ohnehin erledigt, weil da drinsteht, dass kein Schaden entstanden ist. Dann war diese Besprechung bei Mayerhofer und der Schlussbericht.

In der Zwischenzeit ist Generaldirektor Flöttl senior noch vom Untersuchungsrichter oder von der Untersuchungsrichterin befragt worden. Mehr hat die Wirtschaftspolizei in dieser Sache nicht gemacht. Da ist eben nicht viel an Erhebungen gemacht worden, leider!

Abgeordneter Günter Kößl (ÖVP): Weil es untersagt worden ist? Oder weil es ...?

Dr. Erich Müller: Weil ein Einvernehmen erzielt wurde – wie es protokolliert wurde –, dass man nur feststellen soll: Ist ein Schaden entstanden, ja oder nein?

Laut Nationalbank ist kein Schaden entstanden. Dann war es aus.

Abgeordneter Günter Kößl (ÖVP): Das ist sehr verwunderlich.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Nur zur Klarstellung und fürs Protokoll, und auch für mich ist das nicht ganz klar: Es hat ja zwei Herren namens Mayerhofer gegeben?

Dr. Erich Müller: Die sind nicht verwandt oder verschwägert.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Das ist schon klar. Aber es ist jetzt mehrmals immer nur von „Mayerhofer“ die Rede gewesen.

Dr. Erich Müller: Ja, das ist Dr. Christoph Mayerhofer.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Der war Ihr Vorgesetzter. Und es hat dann den Leiter der Bankenprüfung gegeben, Herrn Mayerhofer Peter, glaube ich.

Dr. Erich Müller: Ja, aber der war 1994 nicht damit befasst. Mit dem Herrn Mayerhofer habe ich nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Der war nicht befasst? (*Dr. Müller: Nein!*) – Das wollte ich nur klarstellen. Er war auch nicht bei dieser Besprechung?

Dr. Erich Müller: Nein, nein, da waren andere Herren.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Wenn Sie „Mayerhofer“ sagen, ist es immer Herr Generalanwalt Mayerhofer?

Dr. Erich Müller: Ja. Vom Justizsektor. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Okay, danke!*)

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Herr Dr. Müller, Sie haben gesagt, die Prüfer der OeNB seien bei Ihnen gewesen (*Dr. Müller: Ja!*), und sie hätten Ihnen gesagt, dass die BAWAG bei der Klärung der gegenständlichen Fragen keine Hilfestellung geleistet hätte. (*Dr. Müller: Ja!*)

Können Sie uns noch etwas näher schildern, wie sie das begründet haben?

Dr. Erich Müller: Schauen Sie, ich habe da eine anonyme Anzeige gehabt. Dann habe ich mir gedacht, so eine Information muss ja von der BAWAG kommen, von irgendeinem Insider, und habe gemeint, dass sie Kontakt zu diesem Insider gefunden haben. Da haben sie gesagt: nein!, und die anderen geben ihnen keine Auskunft.

Da waren ja ganz köstliche Auskünfte. Da wollte man wissen, wie diese Kredite einzeln zurückbezahlt worden sind, dass man die Geldflüsse zuordnen kann. Da kann ich mich erinnern, das war Dr. Ziegler – er muss das gewesen sein –, der gesagt hat: Das können sie nicht sagen, weil diese Geldbewegungen im täglichen Geldmarktverkehr untergehen.

Wenn Sie sich den Akt beschaffen: das muss drinstehen. Ich habe ihn nicht mehr, aber diese Äußerung war so köstlich, die habe ich mir – im Gegensatz zu den Gesichtern von der Nationalbank – gemerkt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie haben auch von Ihrem Schlussbericht gesprochen und haben gesagt, dass Sie da alles Mögliche festgestellt hätten – Verletzung von Meldepflichten haben Sie als Beispiel genannt –, aber eben keinen Schaden. (*Dr. Müller: Ja!*)

Welche anderen Feststellungen, die vielleicht hier für die Untersuchung relevant sein können, haben Sie da Ihrer Erinnerung nach noch gemacht?

Dr. Erich Müller: Viele nicht. Ich muss Ihnen auch sagen, an dem Tag, an dem ich den Schlussbericht bekommen habe – der hatte, glaube ich, über hundert Seiten, oder wie oder was –, hat eben Sektionschef Christoph Mayerhofer – vom Justizministerium, damit kein Missverständnis entsteht – angerufen und auch gewünscht, dass der Bericht durch Boten hinaufgeschickt wird.

Ich habe das Verfahren am selben Tag eingestellt. Das war ja ... Don Quichotte bin ich nicht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ja, aber was da noch alles drinstand, haben Sie ...

Dr. Erich Müller: Ja, das habe ich schon gelesen. Es war strafrechtlich nichts Relevantes. Es ist schon viel zu beanstanden gewesen, das war klar. Die haben ja auch geschrieben, es ist nicht dokumentiert, und die sind ja ...

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das interessiert mich ja jetzt!

Dr. Erich Müller: Ja, das steht im Schlussbericht drin.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie haben aus Ihrer Sicht natürlich primär den strafrechtlichen Aspekt betrachtet. (*Dr. Müller: Ja!*) Uns interessieren aber natürlich auch die anderen Dinge. Was können Sie uns da, aus Ihrer Erinnerung heraus, noch erzählen?

Dr. Erich Müller: Ja, dass diese Geschäfte, diese Spekulationsgeschäfte, nicht näher dokumentiert wurden. Das ist auch recht eigenartig. Damals, 1993, wurde ja ein eigener Tatbestand für Geldwäscherei geschaffen, es wurden Dokumentationspflichten gefordert, die Anonymität des Sparbuchs aufgehoben et cetera, et cetera.

Es ist dann schon interessant, wenn da eine Bank in der Karibik Briefkastelfirmen oder Stiftungen hat und dort die Transaktionen **nicht** transparent sind. Das war insoweit schon interessant. Es war ein gewisser Widerspruch. (*Abg. Mag. Rossmann: Natürlich!*) So habe ich es empfunden.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie haben auch von einem Modell der CA gesprochen. Da haben Sie gemeint: Wenn man sechs Jahre keine Verluste macht, dann könne man wohl die Schlussfolgerungen ziehen, dass es sich hier um Insidergeschäfte handelt. (*Dr. Müller: Ja, ja, das war nicht möglich!*)

Können Sie uns dieses Modell noch ein bisschen näher schildern? – Das habe ich nicht ganz ...

Dr. Erich Müller: Das kann ich heute leider nicht schildern. Das waren mehrere Modelle, es war recht kompliziert und für mich damals sehr interessant. Aber das kann ich jetzt nicht mehr nachvollziehen. (*Abg. Mag. Rossmann: Okay, danke sehr!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bevor ich eine Frage an Sie stelle, Herr Doktor, eine Klarstellung:

Im Urteil des Landesgerichtes Linz, das Kollege Krainer zitiert hat, ist nicht davon die Rede, dass Sie beeidet vernommen wurden, sondern es heißt hier nur, dass Ihnen erhöhte Glaubwürdigkeit zukommt im Vergleich zu anderen Zeugen, nämlich den Herren Maier, Fuchs, Hölzl und Stoiber. (*Dr. Müller: Ja, das waren die Prüfer!*) Das waren jene von der Nationalbank, die bei Ihnen waren, die sich alle an dieses Treffen bei Ihnen nicht mehr erinnern konnten. (*Dr. Müller: Ja!*) Ihnen wurde nur erhöhte Glaubwürdigkeit zugebilligt, und da wurde erwähnt, dass Sie unter Wahrheitspflicht

ausgesagt haben. No na! Die anderen haben auch unter Wahrheitspflicht ausgesagt, konnten sich nur eigenartigerweise nicht mehr an den Besuch bei Ihnen erinnern. Das ist der ganze Unterschied. Sie sind nicht beeidet vernommen worden – nur, damit das im Protokoll berichtigt ist.

Nun aber zu den Fragen, die ich habe.

Sie haben gesagt, Herr Sektionsleiter Dr. Mayerhofer hat das Ganze abgedreht. Das steht auch in dieser Aussage, die mir vorliegt, in der Hauptverhandlung beim Landesgericht Linz am 14. 9. 2006, wo Sie einvernommen wurden.

Es ist sehr drastisch, was Sie hier schildern: Sie seien stark brüskiert worden, Sie hätten Redeverbot bekommen, Sie hätten eine Weisung bekommen – so, wie Sie sie schon geschildert haben –, das Ganze auf einen Schaden ...

Dr. Erich Müller: Die wurde nicht als Weisung formuliert (*Abg. Mag. Stadler: In Ihrer Aussage steht ...!*), sondern als Einvernehmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hier im Protokoll steht „Weisung“. (*Dr. Müller: Aha!*)

... das Ganze auf einen Schaden zu reduzieren, und es sei auf Sie ungeheurer Druck ausgeübt worden.

Hatten Sie den Eindruck – vor dem Hintergrund dessen, was ich Ihnen jetzt vorgelesen habe –, dass dieser Druck von Sektionsleiter Mayerhofer ausging? Oder hatten Sie den Eindruck, dass hier politischer Druck vorhanden war?

Dr. Erich Müller: Das kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wussten Sie, dass der damalige Bundesminister Michalek sich diesen ganzen Vorgang laufend hat vorlegen lassen?

Dr. Erich Müller: Das habe ich mir nur denken können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben sich also denken können, dass das Ganze sozusagen von der politischen ...

Dr. Erich Müller: Ja. Aber gewusst habe ich es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben sich also denken können, dass das Ganze von der politischen Ebene ausging. Es hat sich auch der Ministersekretär Veith laufend über Ihre Tätigkeit berichten lassen. Haben Sie das gewusst? (*Dr. Müller: Nein!*) – Der Herr Ministersekretär hat das alles für den Herrn Bundesminister jeweils berichten müssen, was Sie getan haben. (*Dr. Müller: Aha!*)

Ist die Annahme richtig, dass Herr Sektionsleiter Mayerhofer sozusagen Weisung von seinem Minister hatte, dafür zu sorgen, dass das möglichst auf kleinster Flamme gekocht wird?

Dr. Erich Müller: Weiß ich nicht. Aber ich habe mir natürlich schon gedacht, dass da alle wichtigen Leute eingebunden sind. (*Abg. Mag. Stadler: Zusammenspielen?*) Ja, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. – Sie haben einen Bericht verfasst. Nein, bleiben wir noch bei der Rolle des Herrn Mayerhofer.

Hätten Sie die Möglichkeit gehabt, gegen die Weisung des Herrn Mayerhofer hier weiterhin tätig zu sein? (*Dr. Müller: Nein!*) – Diese Möglichkeit war Ihnen komplett verbaut?

Dr. Erich Müller: Der Standpunkt, dass es auf den Schaden ankommt, ist irgendwie rechtlich vertretbar. Irgendwann findet man immer eine Entscheidung, die dazu passt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist wahr! Aber es hätte durchaus Indizien gegeben, davon auszugehen, dass hier mehr vorliegt als nur Schaden – den man übrigens kaschiert hat.

Sie haben nämlich selbst in Ihrem Bericht vom 31. Mai 1994 etwas sehr Interessantes zu den damaligen „Karibik-Geschäften“ ausgeführt. Ich darf zitieren:

„Die Behauptungen des Verteidigers Dr. SPORN, gestützt auf die Berichte der KPMG Austria Wirtschaftsprüfungsges.m.b.H., wonach die inkriminierten Transaktionen nicht aufsichtsratpflichtig gewesen wären, ist durch die bisherigen Erhebungen eindeutig widerlegt. Da sämtliche ‚direkten Kreditnehmer‘ der BAWAG in deren indirektem Eigentum standen ..., keine schriftlichen Kreditverträge mit den ‚amerikanischen Partnern‘ bestehen und die Geschäfte ausschließlich telefonisch abgewickelt wurden ... und die Geldtransaktionen nicht bloß insgesamt einen exorbitanten Umfang erreichten, sondern auch Einzeltransaktionen“ – und so weiter stattgefunden haben.

Dann wird erwähnt, dass nicht einmal der Staatskommissär Einblick hatte. Und der Absatz davor ist noch aufschlussreicher; ich zitiere wörtlich:

„Es muß jedoch hervorgehoben werden, dass die Gelder sofort in einer nicht verifizierten Form wiederveranlagt wurden, sodaß nicht ausgeschlossen werden kann, daß die erstaunliche prompte und exakte Kreditrückzahlung im Ergebnis nur aus Mitteln der BAWAG stammte, die die Gelder sofort wieder zu Firmen des Wolfgang FLÖTTL zurückpumpte.“ – Zitatende.

Sie wissen heute, dass Sie da eine fast hellseherische Funktion hatten.

Dr. Erich Müller: Das sind rollende Kredite gewesen, das ist ja aufgefallen. Da kann ich mich erinnern, da ist zum Beispiel ein Kredit am 24. Dezember zurückbezahlt worden, und am 25. Dezember ist gleich wieder ein höherer Kredit gewährt worden. Es ist also immer gerollt worden. Dann ist der Kredit im März wieder zurückbezahlt worden und wieder ein höherer Kredit gewährt worden – immer diese Ross Capital, diese RCM-Firma von Wolfgang Flöttl.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, es war in Wirklichkeit dieses ganze System im Jahre 1994, von Ihnen zumindest, erkannt worden!

Und das haben Sie an das Ministerium einberichtet?

Dr. Erich Müller: Also man hätte es damals stoppen können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Man hätte das damals stoppen können, und Sie haben das Ganze an das Ministerium einberichtet. Dieser Bericht wurde offensichtlich auch dem Justizminister vorgelegt. (*Dr. Müller: Ja!*)

Haben Sie eine Reaktion darauf bekommen? – Denn das ist ja, jetzt vom Tatbild her, ein Aliud zu der Frage, ob ein Schaden eingetreten ist oder nicht.

Dr. Erich Müller: Ja. Aber Sie müssen später auch das Protokoll über diese Schlussbesprechung haben. Das war im Juni, Mitte Juni.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): 8. Juni, ja. Ich komme darauf noch zu sprechen.

Dr. Erich Müller: Da war ein Sitzung, und da ist eben eingeschränkt worden. Was soll ich machen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darauf komme ich dann zu sprechen. Aber bleiben wir zuerst noch bei diesem Bericht fürs Justizministerium.

Das heißt – um es jetzt auf das Tatbild zu konzentrieren –, es war zu dem Zeitpunkt bereits klar, dass das in Wirklichkeit ein einziges Rundherum-Kreditieren war?

Dr. Erich Müller: Ja. So hat es sich für mich dargestellt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So ist es ja heute auch aufgedeckt worden, dass diese so genannten Gewinne in Wirklichkeit gar nicht vorhanden waren, sondern das, was hier zurückgeflossen ist, wiederum Darlehensmittel der BAWAG selbst waren. (*Dr. Müller: Ja!*) – Hat irgendjemand sich zu einem späteren Zeitpunkt einmal bei Ihnen gemeldet und gesagt: Sie, Herr Dr. Müller, ist das wirklich so? Was ist da los?

Dr. Erich Müller: Leider nein.

Ich habe ja erwartet – weil so große öffentliche Aufregung entstanden ist und es auch Fernsehdiskussionen gegeben hat –, dass sich irgendeiner der Eigentümer bei mir rührt oder Rückendeckung gibt. Das war eben nicht der Fall!

Ganz im Gegenteil: Elsner, der ja massiv diese „Karibik-Geschäfte“ verteidigt hat, wurde Generaldirektor, und der mit der technischen Durchführung befasste Zwettler wurde auch Vorstand.

Wenn der Eigentümer diese Geschäfte nicht gewollt hat, dann macht er nicht diesen Herrn zum Chef! So sehe ich das.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich fürs Protokoll festhalten, dass der von Herrn Staatsanwalt Dr. Müller verfasste Bericht an die Oberstaatsanwaltschaft ging und von der Oberstaatsanwaltschaft dem Justizminister vorgelegt wurde, dem damaligen **Justizminister Dr. Michalek!** Es war daher an höchster politischer Stelle bekannt, dass das Ganze längst ein **Zirkelspiel** war, das in der Karibik veranstaltet wurde. An höchster politisch verantwortlicher Stelle war das **bekannt!**

Nun komme ich zu dieser Besprechung am 8. Juni 1994. Das habe ich auch aus dem Akt heraus, da heißt es zu dieser Besprechung:

„Zu den einliegenden Berichten der OStA“ – Oberstaatsanwaltschaft – „Wien vom 25. 5. 1994 und 27. 5. 1994 hat SL GA“ – Sektionsleiter Generalanwalt – „Dr. Mayerhofer für den 15. 6. 1994, 11.00 Uhr, in seinem Amtsraum eine Dienstbesprechung anberaumt, an der der Leiter der OStA Wien, LOStA“ – Leitender Oberstaatsanwalt – „Dr. Schindler, sowie OStA Dr. Seidl, der Leiter der StA Wien, Hofrat Dr. Korsche, der Referent der StA Wien, StA Dr. Erich Müller sowie zwei Sachbearbeiter der Wirtschaftspolizei teilnehmen werden. Eine Erledigung der einliegenden Berichte sowie eine Besprechung der im Dienstzettel des Ministersekretariates vom 31. 5. 1994 angesprochenen Strafanzeige wegen unzulässiger Weitergabe eines Prüfungsberichtes über die BAWAG bleibt dieser Dienstbesprechung vorbehalten.“ – Zitatende.

Ist es richtig, dass man in der Hauptsache gar nichts ermitteln wollte, sondern sich nur mehr darum kümmern wollte, wer irgendwelche Informationen nach außen hat dringen lassen?

Dr. Erich Müller: Ja. Richtig, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das Hauptanliegen des Ministerbüros war nicht mehr die Aufklärung des Sachverhaltes selbst (*Dr. Müller: Ja!*), das heißt des Hauptdeliktes, das Sie untersucht haben, sondern nur mehr die Frage, ob irgendjemand etwas hat hinausgehen lassen? (*Dr. Müller: Ja!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich ganz kurz unterbrechen, weil die Fragezeit an sich überschritten ist.

Kollege Bucher, Sie sind als Nächster an der Reihe. Wir machen dann einen zweiten Durchgang.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Nur eine kurze Frage, Herr Dr. Müller: Sie haben also mit Hilfe des Herrn Mayerhofer dieses Kreditkarussell der BAWAG offengelegt?

Dr. Erich Müller: *Mit Hilfe* des Herrn Mayerhofer? – Das habe ich jetzt nicht verstanden. (*Zwischenrufe.*)

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Nein, Sie haben das selbst offengelegt, das Kreditkarussell (*Dr. Müller: Ja!*), wie das die BAWAG mit den Karibikgeschäften gehandhabt hat.

Dr. Erich Müller: Hilfe war von keiner Seite.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wer hat Ihnen dabei geholfen? (*Dr. Müller: Niemand!*) – Aber Sie müssen doch Recherchen durchgeführt haben und Hinweise erhalten haben. Wo sind Sie fündig geworden?

Dr. Erich Müller: Na, der Hinweis war nur diese anonyme Anzeige. Dann die aufliegenden Berichte, und dann die Schlussfolgerungen von mir. Es war keine Hilfe. Es wollte da niemand erheben.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Die Darstellung dieser Kreditgeschäfte müsste eigentlich dem ÖGB zum damaligen Zeitpunkt schon bekannt gewesen sein? Also vollinhaltlich bekannt?

Dr. Erich Müller: Das war damals jedem interessierten Wiener oder Österreicher bekannt. Das wurde ja ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das schon. Aber die gesamte Technik, die dahintergestanden ist?

Dr. Erich Müller: Nehme ich an. Ich weiß es nicht, aber ich nehme es an. Jeder Zurechnungsfähige, wenn er interessiert gewesen wäre, hätte das ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Es müsste also dem Justizministerium und dem Finanzministerium bekannt gewesen sein? Davon gehen Sie auch aus?

Dr. Erich Müller: Ja. Das ist aber nur eine Schlussfolgerung. (*Abg. Bucher: Gut!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): In der Hauptverhandlung am 14. September haben Sie angegeben, dass die OeNB **über Vermittlung** zu Ihnen gekommen wäre.

Dr. Erich Müller: In welcher Hauptverhandlung?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Am 14. September 2006 im Landesgericht Linz haben Sie gesagt, dass die OeNB über Vermittlung zu Ihnen gekommen wäre:

Dr. Erich Müller: Über Vermittlung? (*Abg. Krainer: Ja!*) Das verstehe ich jetzt nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer hat das vermittelt?

Dr. Erich Müller: Ach so, über Vermittlung. Na ja, das Gespräch war da mit Roland Horngacher. Ich habe mir das dann so zusammengereimt: Horngacher hat mich angerufen und gesagt, da gibt es ja einen Zwischenbericht, der genügt eh! – Da habe ich gesagt: Na, das muss man lesen.

Dann habe ich mit ihm darüber gesprochen – mit ihm habe ich ja fast täglich zu tun gehabt –, dass der **nicht** genügt. Ich habe dann angenommen, von ihm hat die Nationalbank erfahren, dass das nicht genügt und dass man weitere Erhebungen braucht. Deswegen hat mich einer der Herren angerufen, und die waren dann da.

So stelle ich mir das vor. Das ist teilweise auch Vermutung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie vermuten, dass Herr Horngacher die Herren von der Nationalbank angerufen hat und gesagt hat: Der Staatsanwalt würde gerne etwas wissen, kommt ...

Dr. Erich Müller: Ob das Horngacher war oder Koch oder irgendwer, das weiß ich nicht. Das sind nur Vermutungen.

Das war auch bedeutungslos für mich. Sie legen jetzt großes Gewicht darauf, aber das wir mir damals Wurscht, wie die kommen. Die waren da!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es waren also vier Herren da ...

Dr. Erich Müller: Sie fragen da konkret. Das weiß ich heute nicht mehr, es ist 2007.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): ... und Sie wissen nicht genau, woher die gekommen sind, wer die waren, wie die heißen, wie die ausschauen?

Dr. Erich Müller: Weiß ich nicht, nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und Sie haben es auch nirgends aufgeschrieben? (*Dr. Müller: Nein!*) – Na ja, ist eben so.

Dr. Erich Müller: Ich habe die Herren ein einziges Mal gesehen. Ich habe mit denen sonst nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und die vier Herren erinnern sich an Sie nicht? (*Dr. Müller: Nein!*) – Keiner der vier Herren hat Sie erkannt?

Dr. Erich Müller: Aber ich würde sie – ich habe sie im September gesehen – jetzt wieder nicht erkennen. Sie sind für mich keine Offenbarung. (*Heiterkeit des Abg. Mag. Stadler.*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie für die anderen offensichtlich auch nicht!

Dr. Erich Müller: Na ja, ich weiß nicht. (*Abg. Krainer: Weil das schon ...!*) – Irgendwie habe ich den Eindruck gehabt, dass es ihnen sehr unangenehm ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Mir ist es nicht unangenehm, mir ist ziemlich egal.

Dr. Erich Müller: Nein, Ihnen nicht! Aber denen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie vermuten, dass Herr Horngacher diesen Kontakt hergestellt hat. Wissen Sie ...

Dr. Erich Müller: Das weiß ich nicht. Aber irgendwer muss ja einen Kontakt hergestellt haben. Warum ruft sonst einer an, sie kommen dann zu mir und sind recht freundlich?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Frage habe ich ja vorhin gestellt! Da haben Sie gesagt ...

Dr. Erich Müller: Sie haben gesagt, sie können nicht mehr machen, als in diesem Zwischenbericht steht. Der Endbericht wird natürlich sehr schön und ausgemalt, aber er ist im Ergebnis das Gleiche. (*Abg. Krainer: Ja!*) Ist ja bis heute nicht dokumentiert!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben dann die Erhebungen eingestellt? (*Dr. Müller: Ja!*) – Und Sie haben im Prinzip als Unterlage für diese Einstellung nur das gehabt, was Ihnen die Wirtschaftspolizei zur Verfügung gestellt hat? (*Dr. Müller: Ja!*) Als Rechercheergebnisse auf Grund ...

Dr. Erich Müller: Die Grundlage war, dass die Nationalbank gesagt hat: Die Kredite sind zurückbezahlt, und damit gibt es keinen Schaden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wem hat das die Nationalbank gesagt?

Dr. Erich Müller: Im Bericht. Sowohl im Zwischenbericht als auch im Endbericht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Den Bericht hat die Nationalbank Ihnen übersandt? (*Dr. Müller: Ja!*) – Der Staatsanwaltschaft übersandt?

Dr. Erich Müller: Den hat sie mir übersandt, und durch Boten ist er zum Sektionschef – unter Umgehung, glaube ich, der Oberstaatsanwaltschaft – hinaufgeschickt worden. Aber das weiß ich jetzt nicht mehr. Ich weiß nur, dass er mit Boten hinaufgeschickt wurde. Die haben auf das ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das haben Sie auch schon beantwortet. (*Abg. Mag. Stadler: ... schon im Protokoll!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber das war etwas anderes. Sie haben gesagt, Sie haben den Auftrag bekommen, dass Sie per Boten den Akt hinaufschicken sollen.

Dr. Erich Müller: Soweit ich mich erinnere. Das kann auch ein Irrtum sein. Sie fragen viele Nebensächlichkeiten ab, die eigentlich Wurscht sind.

Tatsache ist, dass im Endbericht dasselbe gestanden ist – kein Schaden – und dass man im Ministerium offenbar schon gewusst hat, dass der Endbericht zu mir kommt. Denn sonst ruft man mich nicht ausgerechnet an dem Tag an! Dieses Telefonat mit dem Herrn Sektionschef habe ich im Übrigen auch nicht vermerkt, aber ich kann mich daran erinnern, dass es so war.

Da ist dann der Bericht hinaufgeschickt worden, und der Herr Sektionschef hat gewusst, dass ich es einstelle. Die Einstellung ist ja – wenn Sie es haben – im Tagebuch auch sehr kurz. Da habe ich ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, die OeNB hat *Ihnen* den Bericht zugeschickt?

Dr. Erich Müller: Die Sache war verloren. – Bitte?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, die OeNB hat Ihnen den Bericht zugeschickt?

Dr. Erich Müller: Ja. Einen Endbericht haben wir bekommen; ich glaube, direkt von der Nationalbank. Ich wüsste nicht ... Möglicherweise auch über die Wirtschaftspolizei. Diese technischen Details kann ich ihnen jetzt gar nicht sagen.

Auf jeden Fall: Ich habe einen bekommen!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay. Und Sie wissen nicht genau, woher Sie den bekommen haben? (*Dr. Müller: Nein!*) – Weil die OeNB sagt, sie hat Ihnen *nie* einen Bericht geschickt. Und auch der Wirtschaftspolizei *nie* einen Bericht geschickt.

Dr. Erich Müller: Wieso habe ich dann einen gehabt? (*Abg. Krainer: Wahrscheinlich ...!*) – Der muss ja im Tagebuch sein! Der ist ja da. (*Abg. Krainer: Ja, der ist drinnen! – Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*) Der ist drinnen. Von Geisterhand ist der gekommen?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, das glaube ich nicht, nur: Da gibt es ja von der Hauptverhandlung die Protokolle, und die OeNB sagt, sie hat Ihnen nie irgendetwas geschickt, nie mit Ihnen geredet, Ihnen nie irgendetwas übergeben. (*Abg. Mag. Stadler: Und das Gericht sagt, es lügen aber alle vier! Das kann man gleich dazusagen!*)

Hatten Sie irgendeinen Grund, daran zu zweifeln, dass kein Schaden entstanden ist?

Dr. Erich Müller: Ich war schon so lange Staatsanwalt. Wenn so viele Milliarden auf undokumentierte Fahrt gehen, kann ich mir nicht vorstellen, dass da nicht ein bisschen was abgezweigt wird. – Manche sind ja wirklich Milliardär geworden. (*Abg. Krainer: Bitte?*) – Na, das bleibt ... (*Abg. Krainer: Ich habe Sie akustisch nicht verstanden!*) – Manche sind ja wirklich Milliardär geworden mit solchen Geschäften.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann haben Sie das eingestellt. Sie hätten aber gerne weiterermittelt, und Sie haben es nur eingestellt, weil Herr Mayerhofer gesagt hat, Sie sollen es einstellen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer, bitte eine Frage! Es dreht sich jetzt im Kreis. (*Abg. Krainer: Ja, ja!*) Das haben wir alles schon gehabt. Wir sollen ja beschleunigen.

Dr. Erich Müller: Die Staatsanwaltschaft ist eine hierarchisch organisierte Behörde, und gewisse Disziplin ist notwendig. (*Abg. Krainer: Okay!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gibt welche, die neue Fragen haben. Sie haben auf Grund der verlustig gegangenen Redezeit keine Möglichkeit mehr dazu, sie zu stellen.

Wer hat noch neue Fragen? – Das ist das Thema. Bitte eine neue Frage, und nicht eine alte anders gestellt! – Kollege Krainer.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Vorsitzender, ich weiß, dass Sie besonders gerne bei mir sagen, dass ich irgendwelche Fragen stelle, die schon gestellt wurden, wobei sich dann immer auf Grund der Lektüre ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In dem Punkt war es schon so.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Darf ich ausreden? – Wobei sich dann immer auf Grund der Lektüre des Protokolls ergibt, dass dem **nicht** so war!

Ich darf Sie aber daran erinnern, dass heute bei der vorhergehenden Befragungsperson **permanent** Fragen gestellt wurden, die schon beantwortet waren!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, ich weiß es. Ich habe es mir genau notiert: Die ÖVP ist bis jetzt der Fragekönig mit 14 Minuten 40 Sekunden, vor den Grünen mit 13:45 und der SPÖ mit 12:05, dann kommen die Freiheitlichen mit 10:30 und das BZÖ mit 4:55. Das war bei Mag. Legradi.

Jetzt läuft die Zeit nicht gegen Sie, ich habe es gestoppt. Aber ich sage bei dem Ganzen schon dazu, dass diejenigen, die am meisten fragen, dann immer wollen, dass es schneller zu Ende ist. Das ist ein Widerspruch, bitte! Das möchte ich dazu auch einmal sagen.

Kollege Bauer kommt jetzt dran.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich habe noch eine Ergänzungsfrage, weil eines für mich einfach nicht ableitbar ist. Sie haben gesagt, da sind vier Herren aufgetaucht, die mit Ihnen sprechen wollten, und Sie wissen, dass sie von der Nationalbank waren. Aber wie haben Sie festgestellt, dass diese vier von der Nationalbank waren? Nur weil jemand anruft: ich bin von der Nationalbank, ich komme vorbei?

Sie können sich nicht an das Gesicht erinnern, Sie können sich nicht daran erinnern, was gesprochen wurde, aber Sie wissen, dass die vier von der Nationalbank waren. Haben sie sich wenigstens durch Einsicht in eine Visitenkarte oder irgendetwas ausgewiesen?

Denn da könnte ja auch jemand anderer vorbeikommen und sagen: Jetzt rede ich einmal mit dem Staatsanwalt und führe ihn auf eine falsche Fährte! (*Dr. Müller: Ja!*)

Aber Sie waren sich sicher, dass sie von der Nationalbank waren? Obwohl Sie sie weder vorher noch nachher erkennen, wissen Sie, dass sie von der Nationalbank sind?

Diese Frage ist für mich ein bisschen offen geblieben, wie Sie so genau gewusst haben, dass sie von der Nationalbank sind. – Das ist einmal das eine.

Das Zweite ist: Es wurde wiederholt gefragt, ob Sie überhaupt Zweifel aufkommen ließen oder ob diese aufgekommen sind, was die Verluste betrifft. Denn nur zu sagen: wenn jemand in größerem Umfang Geld irgendwohin transferiert, wird schon etwas davon für jemanden abfallen!, das ist eine zweite Aussage von Ihnen, offensichtlich einer Annahme folgend.

Jetzt ist dies dazu meine Frage: Gehen Sie auch heute noch davon aus, dass, wann immer Geld herumgeschickt wird, einer mitschneiden wird? Oder wie ist dazu Ihre Lebenseinstellung?

Dr. Erich Müller: Gut. – Also zur Frage A: Ich bin seit 1965 bei der Justiz. Ich habe von niemandem einen Ausweis verlangt; es hat sich sofort herausgestellt, ob der das ist. Diese Schwierigkeiten habe ich nie gehabt.

Wenn einer anruft, wenn angerufen wird, dass jemand von der Nationalbank kommt, wissen Sie nach den ersten drei, vier Worten, ob er das ist oder nicht. Ich weiß nicht – ich habe keine Zweifel –, wie Sie sich das vorstellen. Ich habe die nie gehabt.

Im Punkt B haben Sie etwas ganz Wichtiges vergessen! Nicht: „Wenn große Beträge herumgeschickt werden, fällt etwas ab“, sondern: Wenn große Beträge **undokumentiert** herumgeschickt werden, **dann** kann etwas abfallen!

Das ist ein wesentlicher Unterschied, ein ganz wesentlicher Unterschied!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Seit wann vertreten Sie Dr. Büttner anwaltlich?

Dr. Erich Müller: Konkret weiß ich das gar nicht. Es hat sich so ergeben. Denn ich wollte ja überhaupt nicht vertreten. Dann habe ich Herrn Büttner kennen gelernt und habe mir gedacht ...

Ich war ja mit Vorurteilen gegen diese ganzen Bankmanager befasst. Er ist dann einmal mit einem Moped gekommen – das war nicht unsympathisch –, als wir uns getroffen haben. Er hat gesagt, er fährt in Wien immer mit einem Moped herum. Dann habe ich mit meinen Enkeln auf einem Bauernhof Urlaub gemacht, da war er schon auf dem Nachbar-Bauernhof.

Er war mir sympathisch, und er war in derselben Situation wie damals ich bei dieser Besprechung im Ministerium, als ich mich nicht durchsetzen konnte. Und so war er es, der damals ... – Im Gegensatz zum Ministerium, wo keine Mehrheitsbeschlüsse gefasst werden, sondern der Ranghöhere entscheidet, gibt es dort Mehrheitsbeschlüsse; dort waren vier gegen eins. Er hat mir die Situation geschildert, und da habe ich mir gedacht: Aha, so ist er da hineingekommen!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich weiß, aber ich wiederhole meine Frage ...

Dr. Erich Müller: Seitdem habe ich ihn vertreten. Den Zeitpunkt chronologisch ... Das waren mehrere Besprechungen, und dann habe ich für ihn einmal einen Anklageeinspruch gemacht. So hat sich das ergeben. Es war gar nicht ausgemacht, dass ich ihn vertrete.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann haben diese ersten Gespräche stattgefunden?

Dr. Erich Müller: Ich glaube, voriges Jahr im Frühling oder voriges Jahr im Sommer, 2006. (Abg. **Krainer:** Bitte?)

Sommer oder Frühling 2006. Das weiß ich jetzt gar nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay, das reicht ja. Es ist ja nur das, woran Sie sich eben erinnern können. Das heißt, Frühjahr/Sommer 2006. *(Dr. Müller: Ja!)*

Wann haben Sie dann quasi wirklich als seine anwaltliche Vertretung zu arbeiten begonnen?

Dr. Erich Müller: Nach der Veröffentlichung der Anklage in „NEWS“.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also des Anklagenentwurfs. *(Dr. Müller: Ja!)* Der ist ja anders als die Anklage selbst.

Dr. Erich Müller: Ja, ich habe von Anfang an zu Georg Krakow gesagt, dass Büttner kommt und ich ihn vertreten will, es wird eben Zeit, dass er mir nichts mehr aus dem Akt erzählt. Das war ziemlich am Anfang. *(Abg. Krainer: Der wird ja sonst auch nichts aus dem Akt ...!)* Da habe ich ihm das gesagt: Büttner kommt dann vorbei, ich muss mir das überlegen. Und er hat nur gesagt: Das tust du dir an?

So ungefähr war das.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber ich gehe davon aus, dass Staatsanwalt Krakow Ihnen auch sonst nichts aus dem Akt erzählt, auch wenn Sie nicht gerade jemanden vertreten, der dort ist, oder?

Dr. Erich Müller: Na ja, wenn ich keinen vertrete, dann kann er ja um Rat kommen, nicht! Den bekommt er gerne.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Ausschussobmann, da wir keinen Wert darauf legen, in Ihrer Statistik den Spitzenplatz zu haben, was die Fragen betrifft, haben wir **keine** Fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Müller, in Ihrer Einvernahme vor dem Landesgericht Linz sagen Sie, es sei **ungeheurer Druck** auf Sie ausgeübt worden. – Wie muss man sich das vorstellen? Wie hat sich das geäußert?

Dr. Erich Müller: Das war damals nach dem „Lucona“-Verfahren. Dann redet schon wieder einmal ein Sektionschef laut mit einem, und er ruft dauernd an. Das ist schon irgendwie eigenartig. Ich habe mir gedacht: Die lernen nicht um!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, aus dem Umstand, dass der Sektionschef Sie praktisch zu einer Besprechung vorgeladen hat ...

Dr. Erich Müller: Es waren ja **vorher** schon Anrufe! Das ist ja ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ah, es gab vorher schon Anrufe? Von wem?

Dr. Erich Müller: Ja, der hat wiederholt angerufen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer? Mayerhofer? *(Dr. Müller: Ja!)* – Also Sektionsleiter Mayerhofer? *(Dr. Müller: Ja!)* – Aha, das ist bemerkenswert! Das heißt also, man hat gezielt einen Druck auf Sie aufgebaut?

Dr. Erich Müller: Ja. „Wann ist denn das schon“, und so weiter. Es war also klar, meine ich, dass das möglichst rasch beendet werden sollte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Rasch ist es ja auch beendet worden: Das war innerhalb weniger Wochen! *(Dr. Müller: Ja!)* Die Strafanzeige ist am 30. April 1994 bei Ihnen eingelangt, und man hat schon am 15. Juni praktisch *(Dr. Müller: Ja!)* diese fast schon abschließende Besprechung stattfinden lassen. *(Dr. Müller: Ja!)*

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Erklärung des Aufsichtsrates, die Ihnen vorgelegt wurde: Erinnern Sie sich an die?

Es wurde Ihnen eine Erklärung des Aufsichtsrates der BAWAG vorgelegt, die vom damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden (*Dr. Müller: Tumpel war das!*) Herbert Tumpel unterfertigt war. Erinnern Sie sich an diese Erklärung?

Dr. Erich Müller: Nein, daran erinnere ich mich nicht. Aber ich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie wollen, kann ich sie Ihnen auch vorhalten. (*Dr. Müller: Ja!*) – Diese Erklärung ist am 6. Mai 1994 im Aufsichtsrat einstimmig verabschiedet worden, und Sie haben dazu im Tagebuch Folgendes ausgeführt. Ich habe nur leider die Seite danach nicht mehr hier bei meinen kopierten Unterlagen, aber ich zitiere es Ihnen einmal:

„Seitens des Aufsichtsrates wurde der Vorstand am 6. 5. 94 einstimmig ohne Stimmenthaltung entlastet. Es darf wohl angenommen werden, daß echte Kontrollhandlungen nicht durchgeführt wurden, sondern dieser Beschluss nur gefasst wurde, um die BAWAG aus dem ‚Gerede‘ zu bringen.“ – (*Dr. Müller: Ja!*)

Dann führen Sie auch aus, was Sie von der KPMG halten – was ja auch sehr bemerkenswert ist und angesichts der ...

Dr. Erich Müller: Daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Was habe ich da geschrieben?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das kann ich Ihnen auch noch vorlesen:

„Der Hinweis auf Prüfungshandlungen der Austria“

– gemeint ist hier KPMG Austria (*Dr. Müller: Ja!*) –,

„die keine Verluste festgestellt habe, genügt nicht. Es darf erinnert werden, daß seitens des Branchenleaders Auxilia Treuhand im Fall Europapier nicht festgestellt wurde, daß Lettmüller 10 Jahre lang die Gewinne in der Gesamthöhe von 300 Mio weggetragen hat. Die BAWAG war in diesen ...“ –

und dann fehlt mir der restliche Text dieses Eintrages im Tagebuch.

Bleiben wir aber zunächst noch bei diesem Aufsichtsratsbeschluss. Weshalb hatten Sie einen so starken – und wie ich meine, richtigen – Indikator, dass es da keine echte Kontrolle gegeben hat? (*Dr. Müller: Indikator?*) Wie Sie selbst ausführen: dass es keine echte Kontrollhandlung war?

Dr. Erich Müller: Die habe ich jetzt immer noch: Die Leute dort haben ja gar keine Ahnung!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben damals schon gewusst ...

Dr. Erich Müller: Die haben sich nicht dafür interessiert. – Es war ja auch die Situation für Büttner so – so sehe ich das –: Büttner hat im Aufsichtsrat keinen Ansprechpartner gehabt, weil ein Aufsichtsrat ja keine unternehmerischen Entscheidungen fällen kann. Er kann nur **eine** unternehmerische Entscheidung fällen, indem er das Mandat des Vorstandes nicht verlängert.

Wenn er im Aufsichtsrat auch sich in die Geschäftspolitik des Vorstandes nicht einmischen kann – wenn er Fragen in dieser Richtung stellt, dann sieht man, der will das **nicht**, der wird meinen Vertrag nicht verlängern! Das wären ja dann die Ansprechpartner von Herrn Büttner gewesen, dass er sieht: Der ist mit diesen Geschäften nicht einverstanden! – Und den hat es nicht gegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben damals, im Jahre 1994 ... Damals haben Sie ja Herrn Büttner noch nicht vertreten und auch nicht gekannt.

Dr. Erich Müller: Nein. Aber da habe ich mir auch gedacht, das ist so.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Na ja, aber damals hatten Sie bereits einen so starken Indikator, dass Sie im Tagebuch festhalten konnten, dass dieser Aufsichtsrat seinen Kontrollaufgaben nicht nachgekommen ist. (*Dr. Müller: Ja!*) Worauf hat sich da Ihre Ausführung gegründet?

Dr. Erich Müller: Zu dieser Frage vielleicht: Es sind dann doch Aufsichtsräte vernommen worden. Die haben so ausgesagt, dass ich mir gedacht habe: Wie schützt man eine Gesellschaft vor solchen Aufsichtsräten? (*Heiterkeit bei ÖVP und FPÖ.*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der zweite Hinweis war, dass Sie offensichtlich auch kein Vertrauen zu den Wirtschaftsprüfern hatten, in dem Fall zur KPMG. (*Dr. Müller: Nein!*) Sie stützen das sozusagen auf eine negative Erfahrung, die Sie in einem anderen Strafverfahren ... Ich nehme an, es war ein anderes Strafverfahren, um das es hier ging?

Dr. Erich Müller: Das war ein anderes Strafverfahren, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hatten Sie mit der KPMG schon ähnliche Erfahrungen gemacht, dass dieser Bestätigungsvermerk in Wirklichkeit das Papier nicht wert war?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: So kann man die Frage nicht stellen. Die KPMG sind Tausende Leute ...

Dr. Erich Müller: Das ist schwer. Jetzt bin ich drei Jahre lang in Pension. Aber von diesen gibt es mehrere.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ganz ehrlich glaube ich auch nicht, dass da eine Antwort möglich ist (*Dr. Müller: Nein, ist nicht möglich!*), weil es ja ganz unterschiedliche, selbstständige Prüfer sind, die unter einem Dach sind. (*Dr. Müller: Ja, das sind andere Fälle!*) Ich nehme nicht an, dass der Herr Staatsanwalt Tausende KPMG-Prüfer ... (*Abg. Mag. Stadler: Nein, Herr Staatsanwalt, aber haben Sie ...*)

Dr. Erich Müller: Das ist ein grundsätzliches Problem. Wenn eine Wirtschaftsprüfergesellschaft ein so lukratives Beratungshonorar bekommt, dann ist sie ja in einer gewissen Zwangslage, wenn sie das Geschäft behalten will, nicht? Das ist bei allen so.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da bitte ich Sie, uns durchaus weiterhin als Gesetzgeber behilflich zu sein, denn wir wollen ja hier etwas ändern. Wir haben mittlerweile erkannt, dass dieser Bestätigungsvermerk ein Problem darstellt, mit dem aber ein Eindruck erweckt werden soll: dass mit diesem Bestätigungsvermerk und mit diesen Prüfberichten ohnehin alles in Ordnung ist.

Das heißt – wenn ich jetzt diese Passage im Tagebuch noch einmal kritisch durchlese –, Sie hatten kein Vertrauen zu diesen Bestätigungsvermerken des Wirtschaftsprüfers?

Dr. Erich Müller: Kein Vertrauen, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Worauf gründet sich das, außer dass Sie schon eine ähnliche Erfahrung gemacht hatten?

Dr. Erich Müller: Das kann ich Ihnen jetzt nicht konkret sagen, welche ähnlichen Erfahrungen ... Die eine habe ich ja da hingeschrieben (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*), wie das zum Beispiel bei der Auxilia war. Aber es ist ja auch ...

Schauen Sie, Sie können diese Geschäfte nicht nachvollziehen, überhaupt **nicht nachvollziehen!** Und da gibt einer einen Bestätigungsvermerk her? – Das ist ja, ich meine ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. – Ein anderer Fragenkomplex bezieht sich auf die Statistik oder auf diese Durchrechnung, die Sie haben durchführen lassen. Handelt es sich um diese Durchrechnung, die Sie haben durchführen lassen, bei der ...? (*Der Redner hält ein Schriftstück in die Höhe.*)

Dr. Erich Müller: Solche Rechnungen waren das, ja! Ah, sind die da drinnen? – Das ist schön.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe mit diesen Dingen nämlich nichts anfangen können. Das heißt, die sind von Ihnen in Auftrag gegeben worden? Als Modellrechnungen?

Dr. Erich Müller: Nein, in Auftrag nicht. Das war auf amikaler Basis. (*Abg. Mag. Stadler: Ja?*) So hat man das gemacht. Ich habe mich für diese Besprechung vorbereitet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich würde es Ihnen gerne vorlegen lassen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Können wir das vielleicht der Auskunftsperson zeigen? – So weit weg, glaube ich, sieht man das gar nicht. (*Dr. Müller: Kommt auch nicht heraus ...!*)

Die Frage lautet, ob das, was Aktenbestandteil ist und uns in dieser Form zugegangen ist, die von Ihnen gemachten Aufzeichnungen sind.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Dr. Erich Müller: Ja, ja, das sind diese! Schön, dass die noch da sind. Aha, nicht verschwunden!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Soweit wir es bekommen, Herr Dr. Müller, verschwindet gar nichts! Die Schwierigkeit liegt darin, dass wir bestimmte Dinge nicht bekommen.

Dr. Erich Müller: Ja, manches fehlt, hat mir Krakow gesagt. Manches fehlt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ist wahr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das gerät in Verstoß.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da wären wir auch dankbar dafür, zu erfahren, **was** Ihrer Vermutung nach fehlt! Der Ausschuss kann nur ahnen, aber solange wir nicht wissen, was uns nicht vorgelegt wurde, können wir damit nichts anfangen. Das heißt, wenn wir wissen, **was** uns nicht vorgelegt wurde, ist dem Ausschuss schon sehr geholfen.

Nun zu diesen Modellrechnungen: Diese Modellrechnungen haben Sie auch Herrn Sektionsleiter Mayerhofer? (*Dr. Müller: Ja!*) – Und der hat sich nur dafür interessiert, wo Sie das her haben (*Dr. Müller: Ja!*), aber dafür, dass das in Wirklichkeit eine strafbare Handlung indizieren könnte im Vergleich zu den Vorgängen bei der BAWAG, hat er sich nicht interessiert? (*Dr. Müller: Nein!*) – Das hat Mayerhofer **nicht interessiert?**

Dr. Erich Müller: Hat ihn nicht interessiert. Auch die Wirtschaftspolizei nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Wirtschaftspolizei hat das auch nicht interessiert? (*Dr. Müller: Nein!*) – Hätte die Wirtschaftspolizei von sich aus weiterhin tätig werden können? Oder hätte die auf Ihren Auftrag warten müssen?

Dr. Erich Müller: Na ja, wenn eine Besprechung stattgefunden hat, können sie nicht mehr selbstständig ... Nach der damaligen Rechtslage hat die Polizei erheben können, nach der neuen StPO nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eben: Damals hatte die Wirtschaftspolizei also die Möglichkeit, selbstständig, wenn sie den Verdacht einer strafbaren Handlung hatte, weiterhin Recherchen zu tätigen? (*Dr. Müller: Ja!*) – Haben Sie Erkenntnisse ...

Dr. Erich Müller: Das muss aber nicht böser Wille gewesen sein, sondern die waren in dieser Richtung auch zu inferior, dass das irgendwo ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Na ja, wir wissen heute, wie eng Herr Horngacher mit Herrn Elsner war!

Dr. Erich Müller: Ja. Damals vielleicht ... – Ich weiß nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Na ja, schon. Leider! (*Dr. Müller: Aha!*) Er hat sich ja sogar Expertisen über Geschäftspartner in Bulgarien über Herrn Horngacher besorgt, wie wir mittlerweile wissen. (*Dr. Müller: Aha!*) – Aber das ist ein anderes Kapitel, das ist eine „andere Baustelle“.

Nun noch eine Frage zu dem Besuch dieser vier Herren von der Nationalbank: Diese vier Herren waren ja die vier befassten Prüfer? (*Dr. Müller: Ja!*) – Ich habe Ihnen die Namen ...

Dr. Erich Müller: Das war eindeutig! Die Prüfer haben sich ausgekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Natürlich, ja! Es war eindeutig, dass ...

Dr. Erich Müller: Wenn Sie mich fragen, ob ich glaube, dass das Gespenster sind – na ja!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie noch in etwa, wann dieser Besuch bei Ihnen war?

Dr. Erich Müller: Nein. (*Abg. Dr. Bauer: Wenn er sich nicht einmal erinnern kann, wie sie geheißen haben, ist das eigenartig!*) Der war nach dem Zwischenbericht, vor dem ... – Zwischen dem Zwischenbericht und dem Schlussbericht, also dazwischen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, vermutlich vor dem 15. Juni? – Nein, der Schlussbericht ist erst viel später gekommen. Die Besprechung hat am 15. Juni stattgefunden.

Dr. Erich Müller: Ja. In der Gegend war das.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist nämlich so: Ich halte Ihnen das vor, damit wir das vielleicht ...

Dr. Erich Müller: Vielleicht ist es im Tagebuch! Vielleicht habe ich sogar einen Vermerk gemacht. Sie haben das Tagebuch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, habe ich nicht gesehen. Leider nein.

Dr. Erich Müller: Habe ich nicht gemacht?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein. Dann hätte ich Sie nicht danach gefragt, dann hätte ich es im Tagebuch ... Zumindest habe ich nichts gefunden. (*Dr. Müller: Aha!*) Dann hätten Sie aber auch einen Vorsprachezettel veraktet, wenn Sie es im Tagebuch vermerkt hätten.

Die BAWAG ist an die Nationalbank herangetreten. Ist es denkbar, dass die Initiative von der BAWAG über die Nationalbank dazu geführt hat, dass man sich bei Ihnen gemeldet hat, um Ihre Nerven zu beruhigen? (*Dr. Müller: Möglich!*) – Na ja, um Sie sozusagen davon zu überzeugen, dass eh nichts dran ist. Ist das denkbar? Hatten Sie den Eindruck aus diesem Gespräch?

Schauen Sie, es ist ja völlig ungewöhnlich, dass die Nationalbank zu irgendeinem Staatsanwalt – bitte, das nicht als despektierlich zu betrachten – vier Leute hinschickt! Es kreuzt sozusagen eine kleine Delegation der Nationalbank bei einem Staatsanwalt auf, der bei seinen Ermittlungen noch nicht einmal ins Stadium der Voruntersuchungen gekommen ist! Das Verfahren war ja zu keinem Zeitpunkt im Stadium der Voruntersuchung, das war immer noch im Stadium der Vorerhebungen.

Und da schickt die Nationalbank **vier** Prüfer, eine ganze Delegation, zu einem Staatsanwalt hin, um dafür zu sorgen, dass der nichts mehr tut?!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na, die waren am Überzeugungs-Trip; das ist, glaube ich, mittlerweile ohnehin schon herausgekommen. – Haben wir dazu noch eine Frage?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Frage ist, ob Ihnen das nicht irgendwie verdächtig vorgekommen ist, dass hier die Nationalbank dermaßen offensiv bemüht ist, bei Ihnen dafür zu sorgen, dass Sie nicht weiterermitteln?

Dr. Erich Müller: Dunkle Gefühle habe ich damals viele gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja? (*Dr. Müller: Ja!*) – Die Nationalbank hat nämlich nicht nur beim Finanzministerium, bei der Finanzmarktaufsicht aktiv dafür gesorgt – das ergibt sich jetzt aus diesem Vorgang, darauf möchte ich hinaus –, dass der Prüfbericht oder die Prüfberichte nicht bekannt wurden und ein Thema wurden, sondern sie schickt auch noch eine Kohorte von vier Leuten zu einem Staatsanwalt, um dafür zu sorgen, dass der auch nichts tut! Das ist ja qualitativ etwas ganz anderes, als dafür zu sorgen, dass ein Bericht nicht in der Finanzmarktaufsicht diskutiert wird.

Herr Fuchs hat dann behauptet, er hätte erstens mit Ihnen keinen Kontakt gehabt – das ist auch die Grundlage für diese Klage gegen eine Zeitung gewesen –, und er hat auch gesagt, von niemandem sei ein derartiger Auftrag gekommen. Ist das dort ein Thema gewesen?

Dr. Erich Müller: Nein, das war kein Thema – zumindest weiß ich davon nichts. In meiner Zeugenaussage war das kein Thema.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): erinnern Sie sich noch daran, wer bei Ihnen oder bei Ihrem Sekretariat um den Termin ersucht hat?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das haben wir jetzt alles schon gehört.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, wir wissen es nicht namentlich: ob das irgendeiner von den vier Herren oder welcher von diesen vier Herren das war.

Dr. Erich Müller: Wir haben nicht so ein nobles Sekretariat. Es war direkt bei mir.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es war direkt bei Ihnen? (*Dr. Müller: Ja!*) – Und Sie haben keine Erinnerung mehr daran, wer das war?

Dr. Erich Müller: Nein. Leider!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist wirklich sehr schade.

Dr. Erich Müller: Wenn ich gewusst hätte, dass das solche Bedeutung erlangt ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist deswegen sehr schade, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass vier Herren nächstens einen Geistesblitz haben und

sagen: morgen gehen wir alle miteinander zu Dr. Müller!, sondern das muss ja verabredet worden sein.

Dr. Erich Müller: Ja. Es hat einer angerufen, ob das möglich ist. (*Abg. Dr. Bauer: Die Nationalbank behauptet ...!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber das haben wir; ich glaube, das können wir in der Beweiswürdigung bei der Sachverhaltsdarstellung auch selbst schließen. (*Abg. Dr. Bauer: Nur ein Zwischenruf: Die Nationalbank selbst behauptet ja, es hätte nie ein Gespräch stattgefunden! – Dr. Müller: Ja! – Abg. Dr. Bauer: Also bei Ihnen sind da vier, von denen Sie nicht wissen, wie sie ausschauen! Und die Nationalbank sagt, es hat nie ein Gespräch stattgefunden ...!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Nationalbank hat es daher wohlweislich unterlassen, eine Berufung gegen das Urteil einzubringen! Dieses Urteil des Landesgerichtes Linz ist nämlich rechtskräftig geworden.

Darf ich meine Befragung, bitte, unbeeinflusst von anderen Fraktionen weiterführen?

Nur diesen letzten Punkt noch: Das heißt, vier Leute von der Nationalbank kreuzen bei Ihnen auf, alle vier Leute können sich am Schluss nicht mehr an dieses Gespräch erinnern, alle vier leugnen dieses Gespräch (*Dr. Müller: Ja!*) – und alle vier tun so, als ob sie keinen Auftrag dazu hatten, sondern einfach selbst intuitiv einmal zu Dr. Müller gegangen seien: Das ist doch in Wirklichkeit vollkommen unglaubwürdig!

Das Gericht in Linz hat rechtskräftig festgestellt, dass den Aussagen dieser vier Herren keine Glaubwürdigkeit zukommt. Auf deutsch: **Sie lügen!**

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Genau, das ist rechtskräftig und daher unumkehrbar.

Aber jetzt gibt es keine Fragen mehr, von den anderen Fraktionen auch nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Ich habe noch eine!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gesagt, in Bezug auf Atomic würde Ihnen noch ganz anderes zu einzelnen Personen einfallen. Welche haben Sie zu diesem Atomic-Fall im Besonderen gemeint? – Das haben Sie in einer Nebenbemerkung ...

Dr. Erich Müller: Fast alle, weil das sehr eigenartig ist. Ich habe das nie erlebt in meinen langen, fast vierzig Jahren bei der Justiz, dass sich ein Richter so darum bemüht, einen großen Konkurs zu bekommen. Das ist schon sehr merkwürdig, dass man dort hinfährt und einen Prokuristen sozusagen bespricht, dass er damit einverstanden ist ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kürzen wir es vielleicht ab. (*Dr. Müller: Der Eingang ...!*) Haben Sie eigene Wahrnehmungen zur Causa Atomic?

Dr. Erich Müller: Nein. Wir waren dienstlich damit nicht befasst, sondern wir haben ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist nicht ganz wahr.

Dr. Erich Müller: Wir haben aber ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eigene Wahrnehmungen interessieren uns; Interpretationen von Zeitungsmeldungen weniger.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich meine Befragung fortsetzen, Herr Vorsitzender? (*Dr. Müller: Eigene Wahrnehmungen ...!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, selbstverständlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist tatsächlich im Tagebuch ein Eintrag drinnen – ich sage es gleich dazu –, in dem es um Atomic geht. In irgendeiner Form ist

nämlich Atomic auch bei Ihnen in den Akt hineingekommen. Ich habe es gleich. *(Der Redner sucht in seinen Unterlagen. – Abg. Krainer: Darf ich eine Frage stellen, während Kollege Stadler sucht?)*

Dr. Erich Müller: Wahrscheinlich, weil der Verkauf so günstig war. 700 Millionen, nicht! Ob da nicht vielleicht mehr bezahlt wurde?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ist durchaus möglich. – Ich finde es jetzt in der Eile nicht.

Um noch einmal darauf zurückzukommen: Das ist Ihnen also noch nie untergekommen, dass ein Richter sich so verhält, wie Dr. Sieber sich verhalten hat? *(Dr. Müller: Ja!)* – Woher haben Sie Kenntnis darüber bekommen, welche Rolle Herr Dr. Sieber da gespielt hat?

Dr. Erich Müller: Das ist allgemein besprochen worden bei uns im Grauen Haus.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Entschuldigung, das hab ich phonetisch nicht verstanden.

Dr. Erich Müller: Das ist allgemein besprochen worden, und ich habe das sogar mit Pürstl ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Im Grauen Haus, meinen Sie jetzt?

Dr. Erich Müller: Mit Sektionschef Pürstl, mit dem ich einmal Rad fahren gegangen bin, habe ich das auch besprochen. Er hat gesagt, er hat auch ein ungutes Gefühl gehabt, hat aber gesagt: Du, da ist nichts dran! *(Abg. Dr. Bauer: Der Konkursrichter brauchte sich ja nicht zu bemühen!)*

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wann war das in etwa?

Dr. Erich Müller: Weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber ist schon einige Jahre her?

Dr. Erich Müller: Es ist schon viele Jahre her, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, man hatte im Justizministerium schon frühzeitig ein ungutes Gefühl bei der Rolle, die Herr Dr. Sieber gespielt hat?

Dr. Erich Müller: Wir haben auch Erhebungen gemacht, soweit ich mich erinnere. *(Abg. Mag. Stadler: Ja?)* Das weiß ich konkret nicht, aber ich habe gehört, dass Erhebungen gemacht wurden. Auf disziplinärer Ebene.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es war sogar ein Thema im Grauen Haus, die Rolle des Dr. Sieber?

Dr. Erich Müller: Also bei uns in der Wirtschaftsgruppe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): In der Wirtschaftsgruppe, die Rolle des Dr. Sieber in diesem Konkurs?

Dr. Erich Müller: Es gab deswegen Erhebungen. Wir haben zum Beispiel das Verfahren beim „Konsum“ gehabt, der ja nie in den schwarzen Zahlen war, und andererseits, wie schnell man diesen Rohmoser umbringt. Das haben wir schon besprochen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha, das ist eine gute Gegenüberstellung: die „Konsum“-Pleite mit dem Atomic-Konkurs! *(Dr. Müller: Das war ungefähr zu der Zeit!)*

Ich habe noch eine Frage im Zusammenhang mit den Geschenken des Dr. Sieber. Ist es Ihnen in Ihrer 40-jährigen Tätigkeit als Staatsanwalt beziehungsweise in der Justiz jemals untergekommen, dass Konkursrichter auf Geschenklisten von Banken sind?

Dr. Erich Müller: Das ist mir nicht untergekommen. Ich war in keiner Konkursabteilung. Aber ich kann mir das vorstellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Oder ist Ihnen Ähnliches ...

Dr. Erich Müller: Das ist so, wie ein Notar der Grundbuchsabteilung etwas bringt. (*Abg. Mag. Stadler: Bitte?*) Notare beschenken ja üblicherweise auch die Grundbuchsabteilungen, nicht? (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Früher!*)

Früher; heute nicht mehr! (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Jetzt gibt es eine EDV-Abfrage!*) Jetzt geht es über EDV, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir sind ja auch bemüht, diesen Unfug abzustellen, dass Konkursrichter von Hauptgläubigern oder Fast-Alleingläubigern beschenkt werden – und das über Jahre hinweg!

Dr. Erich Müller: Aber die wahren Geschenke sind da ja nicht dokumentiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da haben Sie wohl auch Recht! Aber es indiziert doch wohl schon, dass man auf einer Geschenkliste ist, dass man auch wahrer Geschenkkempfänger sein kann?

Dr. Erich Müller: Ja, möglich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Möglich, ja. – Ich finde jetzt in der Eile diesen Atomic-Eintrag im Tagebuch nicht. Wenn der Vorsitzende noch einmal weitergibt ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es hat sich ja Kollege Krainer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich stelle die Überbrückungsfrage, solange Kollege Stadler sucht.

Sie haben gesagt, der Richter Sieber hat sich so bemüht, diesen Konkursfall zu bekommen. Habe ich das richtig verstanden?

Dr. Erich Müller: Ja, irgendwie schon. Bitte, der Vorhalt ist richtig, dass das eine Interpretation der Zeitungsmeldungen ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist falsch. Denn das war der einzige Konkursrichter in Salzburg, es hätte gar kein anderer getroffen werden können.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, eben, deswegen ...

Dr. Erich Müller: Es hätte kein anderer getroffen werden können. Aber den Konkurs hätte man *formell* erledigen können!

Die hohe Quote spricht ja dafür, dass das nur eine Zahlungsstockung war. So sehe ich das. Da hätte man nie einen Konkurs einleiten müssen! Ein normaler Konkursrichter schaut, dass er das loskriegt, bitte.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ach, so meinen Sie das! Dass er sagt: Ich eröffne ihn gar nicht.

Dr. Erich Müller: Er eröffnet das ja nicht! So einen Konkurs gibt es ja gar nicht! Noch dazu, wo Rohmoser mit dem Vermögen haftet – also bitte!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine nächste Frage wäre gewesen: Was hätte Kollege Sieber machen müssen, damit er diesen Fall nicht bekommt, da er der einzige Konkursrichter in Salzburg war? (*Obmann Dr. Graf: Einfach nicht eröffnen!*)

Dr. Erich Müller: Nicht eröffnen! Dieser Konkurs – da wäre eine Beschwerde schlecht durchgegangen, wenn man den *nicht* eröffnet hätte!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Kennen Sie den Atomic-Akt?

Dr. Erich Müller: Ich habe sogar mit Dr. Gehmacher darüber gesprochen. Er ist Masseverwalter in anderen Sachen, Philips und so weiter, da habe ich gut mit ihm zusammengearbeitet. Da habe ich ihm sogar Vorwürfe gemacht, und da haben wir über diese Sache gesprochen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Kennen Sie den Akt?

Dr. Erich Müller: Dr. Masser kenne ich als Privatbeteiligtenvertreter seit der Lucona-Geschichte. Da haben wir auch wiederholt über diese Sache gesprochen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine Frage war: Kennen Sie den Akt?

Dr. Erich Müller: Den Rohrmoser-Akt?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, den Atomic-Konkursakt.

Dr. Erich Müller: Nein, kenne ich nicht. (Abg. **Krainer:** Okay, danke!) Aber die Quoten kenne ich! (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ja, die Quoten kennen alle, die Zeitung lesen können.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist ja wie im Wettbüro.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es war nur meine Frage, ob sie den Akt kennen.

Dr. Erich Müller: Na, die Quoten sind ja verrückt!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Quoten sind so, wie sie sind. – Aber was hat Ihnen Dr. Gehmacher erzählt?

Dr. Erich Müller: Aber jetzt kommen noch die Kosten dazu. Dann sind Sie über 100 Prozent, bitte schön!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, schon. – Herr Staatsanwalt, bitte die Fragen zu beantworten, die gestellt werden!

Dr. Erich Müller: Was mir Gehmacher konkret erzählt hat? – Also als Anwalt, aus seiner Sicht als Anwalt, ist das sehr erfolgreich! Wenn Sie einen Konkursantrag stellen und so eine Quote bekommen, kann man Ihnen nur gratulieren. Ist ja toll, nicht?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat er Ihnen erzählt, dass das seine Idee war und er den Rat gegeben hat, einen Konkursantrag zu stellen? Hat er Ihnen darüber etwas erzählt?

Dr. Erich Müller: Wir haben darüber gesprochen. Das kann ich aber jetzt konkret nicht sagen, wessen Idee es war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Weil Sie es vergessen haben?

Dr. Erich Müller: Weil ich es vergessen habe, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat er Ihnen etwas darüber erzählt, wie es dazu kam, dass die BAWAG gerade ihn beauftragte, obwohl er doch zu dem Zeitpunkt noch gar kein BAWAG-Anwalt war?

Dr. Erich Müller: Dass er sich mit der Geschichte eingekauft hat? – Ja, das kann schon sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was heißt „eingekauft“?

Dr. Erich Müller: Ich weiß es nicht! Konkret: Da fragen Sie mich etwas, an das ich mich nicht erinnern kann.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, immer, wenn es interessant wird, haben alle Erinnerungsschwächen, egal, wer hier sitzt! Jetzt Sie auch noch, das verwundert mich. (Abg. **Krainer:** *Vielleicht ist ja Kollege Stadler in der Zwischenzeit fündig geworden!*)

Kollege Stadler, ist es wesentlich, dass wir noch warten? Oder können wir die Anhörungsperson ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich nur fragen: Haben Sie selbst dann in der Sache Atomic Ermittlungen angestellt?

Dr. Erich Müller: Nein. Konnte ich ja nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das haben Sie nicht. – Dann bezieht sich dieser Atomic-Eintrag wahrscheinlich auch nur auf ein Blatt, das eingelegt wurde. So habe ich das zumindest in Erinnerung. – Danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke. – Nachdem ich in die Runde geblickt und gesehen habe, dass keine weiteren Fragen mehr vorliegen, beenden wir die Befragung. Ich bedanke mich für Ihr Erscheinen.

(Die Auskunftsperson Dr. **Müller** verlässt den Sitzungssaal.)

13.21

Der Obmann **unterbricht** die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 13.22 Uhr **unterbrochen** und um 13.43 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit **wieder aufgenommen**. – Fortsetzung: 13.43 Uhr bis 13.49 Uhr **nichtöffentlich**; s. dazu **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil**.)

13.50

Obmann Mag. Dr. Martin Graf leitet – um 13.50 Uhr – wieder zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Frau **Mag. Ingrid Winter-Reumann** sowie deren Vertrauensperson in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Mag. Ingrid Winter-Reumann** und deren **Vertrauensperson Dr. Michael Winischhofer** werden von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt Frau **Mag. Ingrid Winter-Reumann** als **Auskunftsperson**, dankt für deren Erscheinen, erinnert diese an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Mag. Ingrid Winter-Reumann; geboren am 27. 1. 1951; wohnhaft 1090 Wien; derzeit ohne Beschäftigung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bedienstete? (*Mag. Winter-Reumann: Nein!*)

Ich darf nun auch die Vertrauensperson um Angabe ihrer Personaldaten ersuchen.

Vertrauensperson Dr. Michael Winischhofer: Dr. Michael Winischhofer; Rechtsanwalt; 1010 Wien; geboren 25. November 1943.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Winischhofer als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte.

Gibt es dazu eine Wortmeldung? – Das ist nicht der Fall. Ich setze die Belehrung der Vertrauensperson fort.

Ich habe auch Sie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer allenfalls vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört; diese Belehrung wird auch so im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die Beratung der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Frau Mag. Winter-Reumann, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. (*Mag. Winter-Reumann: Ja!*) Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich bin an das Bankgeheimnis beziehungsweise an das Geschäftsgeheimnis gebunden. Ich bin nicht entbunden worden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Frau Mag. Winter-Reumann, vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. Wollen Sie davon Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf erteilt als erster Fragestellerin Abg. Trunk das Wort.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Frau Mag. Winter-Reumann, wenn Sie so freundlich wären, uns zu sagen, seit wann Sie in der BAWAG beschäftigt sind, welcher Aufgabenbereich Ihnen zugeordnet wurde und mit welchen Personen Sie es in Ihrem operativen Geschäft besonders zu tun hatten.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich bin 1976 in die BAWAG eingetreten, in das damalige Konzernbüro, das schon damals von Dkfm. Zwettler geleitet wurde, und habe dort bis zu meinem Ausscheiden aus der Bank gearbeitet. Dieses hat letztlich nicht mehr „Konzernbüro“ geheißen, sondern „Beteiligungen“.

Ich habe dort sozusagen meine bankmäßige Ausbildung gemacht und bin meinem Chef als Abteilungsleiterin nachgefolgt, als er in den Vorstand gekommen ist; er war aber vom Vorstand immer noch für mich zuständig. Das heißt, ich habe hauptsächlich mit Herrn Dkfm. Zwettler zu tun gehabt, aber natürlich auch mit den anderen Vorstandsmitgliedern. Ich habe mit vielen Kollegen in der Bank zu tun gehabt, ich habe mit meinen Mitarbeitern zu tun gehabt.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Das heißt, Sie waren und sind Abteilungsleiterin im Beteiligungsmanagement. Wie war, vom klimatischen und auch operativen Ablauf her, die Zusammenarbeit mit Ihrem Chef, dem Sie nachgefolgt sind, beziehungsweise mit Generaldirektor Elsner und mit Herrn Weninger? War das, auch wenn Sie jetzt Abteilungsleiterin waren, eher ein Arbeitsverhältnis, in dem man klimatisch durchgespürt hat, dass Zwettler eben Ihr Chef war – das gibt es ja auch in anderen Berufsfeldern, dass man das so mit sich trägt –, oder waren Sie da völlig eigenständig in Ihren Entscheidungen und Ihrer Tätigkeit?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Prinzipiell ist man als Bankangestellte in seinen Entscheidungen *nicht* eigenständig. Es werden die Entscheidungen, zumindest ab einer gewissen Größenordnung, immer vom Vorstand getroffen. Bei den Beteiligungen sind sie *immer* vom Vorstand getroffen worden, weil wir – also unter meiner Führung – keine Beteiligungen eingegangen sind, die nicht vom Vorstand abgesegnet waren, auch wenn sie noch so klein waren. Der Vorstand war immer informiert und hat *immer* seine Zustimmung gegeben.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Frau Magister, wissen Sie, wann Sie ganz konkret über die Verluste und die daraus folgenden Konsequenzen von „Karibik 2“ das erste Mal informiert wurden?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich kann den genauen Zeitpunkt nicht sagen, aber ich kann es eingrenzen. Es war 2001, es war nach der Nationalbankprüfung. Ich habe das auch bei der Vernehmung vor der Staatsanwaltschaft ausgesagt. Es war Herr Dkfm. Zwettler, der mir das gesagt hat, und das war ein ziemlich traumatisches Erlebnis.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Frau Magister, wurde Ihnen der OeNB-Bericht übermittelt? Das heißt: Konnten Sie den ausführlich studieren und lesen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Daran kann ich mich nicht genau erinnern. Wir haben den sicher zur Stellungnahme bekommen. Also ganz sicher habe ich den in der Hand gehabt.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Erinnern Sie sich in diesem Zusammenhang an Ihre Stellungnahme oder daran, was Ihr Eindruck war? Es wird hier oft gesagt, Alarmglocken hätten schrillen müssen in der gesamten Republik. Ist Ihnen so etwas noch in Erinnerung?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Ist Ihnen im Nachhinein oder auch damals jemals bewusst geworden, dass Sie eventuell bei Verschleierungen und Machenschaften nach Karibik 2 irgendwo mit beteiligt waren, involviert wurden oder nicht? (*Vertrauensperson Dr. Winischhofer: Verzeihung, ich möchte meine Mandantin zur Beantwortung dieser Frage beraten! – Abg. Mag. Trunk: Gerne! – Auskunft- und Vertrauensperson sprechen kurze Zeit miteinander.*)

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich verweigere die Antwort auf diese Frage.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Verweigerung einer Aussage muss **begründet** werden. Sie müssen es gegenüber dem Ausschuss glaubhaft haben, dass wir es nachvollziehen können, warum Sie diese Antwort verweigern.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Beantwortung dieser Aussage könnte eine strafgerichtliche Verfolgung zur Folge haben, und daher verweigere ich diese Aussage.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Nicht um böse zu sein, aber ich frage Sie konsequenterweise, ob Ihnen in dem Zusammenhang die Vorgänge betreffend die Stiftung in Liechtenstein bekannt waren.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Stiftungen in Liechtenstein waren mir bekannt, ja.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Fällt Ihnen im Nachhinein ein Zusammenhang auf zwischen Karibik 2 und Stiftungen in Liechtenstein?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Frau Abgeordnete, ich nehme an, Sie gehen von den Stiftungen Biamo, Bensor und Treval aus. Diese Stiftungen wurden 1998 offensichtlich gegründet ohne mein Zutun und waren dann sozusagen involviert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben vorher gesagt, Ihnen hat Ihr Vorgesetzter Dkfm. Zwettler irgendwann einmal offenbart, dass es diese Verluste gab, und das war ein sehr traumatischer Tag.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das war für mich traumatisch, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): An welchem Tag war das? Wissen Sie das noch?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Können Sie das irgendwie zeitlich eingrenzen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich habe gesagt, es war nach der Nationalbankprüfung. Er hat genau gewusst, warum er mir das nicht vorher sagt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nach der Nationalbankprüfung 2001?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ja. – Er hat genau gewusst, warum er mir das nicht vorher sagt, denn ich hätte diese Prüfung ganz sicher nicht durchgestanden, wenn mir das bewusst gewesen wäre.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zu diesem Zeitpunkt waren aber in Wahrheit schon in diesen Beteiligungen, in diesen Stiftungen nicht werthaltige Forderungen geparkt. Stimmt das?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Aus heutiger Sicht gesehen wird es so gewesen sein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und aus der damaligen Sicht war Ihnen nicht klar, dass die nicht werthaltig sind?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Aus der damaligen Sicht hat mir der Herr Zwettler gesagt, er kann auch nichts dafür, dass das Geld nicht mehr da ist, und ich habe das bezogen auf die Gelder in den Stiftungen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht grenzen wir noch ein bisschen den Zeitraum ein, wann Sie es erfahren haben. War das zu dem Zeitpunkt, wo Generaldirektor Elsner noch im Hause war?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: 2001 war er jedenfalls noch Generaldirektor.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nach 2001 kann ja auch 2005 bedeuten.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, nein, nein, im Jahr 2001 war das! Ganz eindeutig. Also im Jahr 2001, aber nach der Nationalbankprüfung. Irgendwann danach und sicher vor Herbst 2001.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich versuche, das jetzt nur zeitlich einzuordnen: Im Mai ist der Bericht ergangen. Stellungnahme war dann, glaube ich, im Juni. Und Juli war dann quasi der Vermerk der OeNB, nachdem es keine ... (*Abg. Mag. Kogler: Die war im Jänner/Februar schon fertig!*) – Mit der Prüfung, ja!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn Sie dem Ausschuss vielleicht sagen: Was war denn die Motivation vom Herrn Zwettler, Ihnen das jetzt offenzulegen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Geschichte war folgende: Ich war bei ihm, er war mein unmittelbarer Chef, und natürlich gab es immer wieder Sachen zu besprechen. Während ich bei ihm war, hat der Herr Elsner über die Gegensprechanlage den Herrn Zwettler gerufen, und der hat ihm gesagt, ich wäre bei ihm, und da ist dann entgegen seinen sonstigen Gewohnheiten der Herr Elsner zum Herrn Zwettler gekommen und hat mir den Auftrag gegeben, ich möge Sicherheiten suchen. Es muss doch noch Sicherheiten, also Stille Reserven in der BAWAG geben. Zum Beispiel, hätte er gemeint, wäre die BAWAG-Foundation doch einiges wert. In Amerika wäre sie bekannter als in Österreich und als die BAWAG selber in Amerika bekannt wäre.

Ich habe mir das aufgeschrieben, Elsner ist gegangen, und als Elsner weg war, hat mir der Zwettler gesagt: Lass es bleiben! Ich kann auch nichts dafür, dass das Geld nicht mehr da ist! – Ich meine, Sie können sich vorstellen, wie einem da zumute ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich verstehe die Zusammenhänge nicht. – Was sollen Sie bleiben lassen? Sicherheiten suchen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ja, Sicherheiten suchen, ja. Das kann ich mir ersparen sozusagen, weil so viele Sicherheiten ... (*Abg. Mag. Kogler: Wir verstehen Sie da hinten sehr schlecht!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Letzte war: Sie soll das Sicherheiten-Suchen bleiben lassen, weil so viele Sicherheiten gibt es nicht.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das ist nicht ausgesprochen worden, aber das war konkludent. (*Abg. Mag. Kogler: Elsner oder Zwettler hätte das gesagt?*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zwettler!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nachdem der Elsner gegangen ist, hat Zwettler gesagt: Geh, lassen Sie das bleiben! Ich kann auch nichts dafür, dass das ganze Geld weg ist.

Nur um das zeitlich einzugrenzen: Die OeNB hat geprüft im Dezember 2000/Jänner 2001, und vor dem Herbst 2001 hat Ihnen das Zwettler gesagt. Das heißt, es könnte auch Februar oder März gewesen sein?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich nehme fast an, es war eher so April. Ich weiß es nicht genau.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Suche nach Stillen Reserven und dergleichen macht man ja normalerweise bei Bilanzierungsarbeiten.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Natürlich, ja, aber das, was Elsner gemeint hat, war ja offensichtlich etwas anderes. Nur er hat mir nicht gesagt, was er gemeint hat, wofür er das braucht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was hat er gesagt, wofür er das braucht?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, er hat es eben *nicht* gesagt, wofür er das braucht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie wussten ja zu dem Zeitpunkt schon, dass es so etwas wie Karibik-2-Geschäfte gab, also was wir jetzt im Nachhinein als Karibik 2 bezeichnen, das heißt die Geschäfte mit Flöttl junior ab 1995. Das war Ihnen schon klar, dass es da ein Engagement der BAWAG mittels Herrn Flöttl junior gibt, so genannte Karibikgeschäfte? Das wussten Sie?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das wusste ich, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ab wann, bitte?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das kann ich nicht eingrenzen, ab wann ich das wusste. Nicht von Anfang an!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und wann ist denn aufgehört worden, diese Geschäfte zu tätigen? Wann ist aufgehört worden, dort frisches Geld quasi den Flöttl-Firmen zur Verfügung zu stellen für Spekulationen und Termingeschäfte und dergleichen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich muss vorausschicken, dass ich nicht über alles informiert war, dass ja auch über andere Abteilungen offensichtlich Gelder an Flöttl geflossen sind. Aus meiner heutigen Sicht würde ich sagen, das war 2000 oder 2001, aber das kann ich nicht genau sagen, es tut mir leid.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, Zwettler hat gemeint, er kann auch nichts dafür, dass das Geld weg ist. Und dann haben Sie sofort gewusst, was er meint, oder hat er das nicht detaillierter irgendwie anführen müssen? Weil wenn Sie mir jetzt sagen, ich kann auch nichts dafür, dass das Geld weg ist, weiß ich aus heutiger Sicht, was gemeint ist. Aber aus damaliger Sicht hätte mir das wahrscheinlich nicht gereicht, um zu wissen, was jetzt gemeint ist.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich kann Ihnen auch nicht sagen, woraus ich geschlossen habe, dass es darum ging. Ich meine, an diese Worte kann ich mich erinnern: Ich kann auch nichts dafür, dass das Geld nicht mehr da ist! Aber ich kann mich nicht an die Gespräche erinnern, die da waren. Das ist ja schon einige Zeit lang her.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie groß war denn dieses Engagement der so genannten Karibik-2-Geschäfte Ihres Wissens nach?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Schauen Sie, auch das ist eine Sache, nicht? Ich meine, ich habe damals an die Stiftungen gedacht. Das waren so, weiß ich nicht, ungefähr 900 Millionen. Aber jetzt aus retrograder Sicht weiß man ja, dass es ja viel mehr war. Das waren dort und da noch kleine Beträge – nicht kleine, sondern *kleinere* Beträge. Es hat dann ja auch diese Unibonds gegeben, wo ich lange nicht gewusst habe, was Unibonds sind, weil sie ja, bevor sie mir bekannt wurden, in den Liquid Opportunity eingebracht wurden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Waren Sie informiert darüber, dass diese Geschäfte aufsichtsratspflichtig waren?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das war meine Rechtsmeinung, die der Vorstand abgestritten hat. Ich bin auch bei der Prüfung 2001 gefragt worden, ob der Aufsichtsrat über die Geschäfte, die diese Offshore-Firmen machen, informiert ist. Und ich habe damals gesagt, er ist *nicht* informiert. – Das war das Ende der Prüfung für mich. Das war meine letzte Aussage dort.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer hat Sie gefragt?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Jemand von der Nationalbank, aber ich weiß nicht, da waren zwei Mitarbeiter: ein Herr Fuchs und eine Frau Schöffel, Schöttel, was weiß ich, und einer von den beiden muss mich gefragt haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie, dass der Vorstand den Aufsichtsrat öfters informiert hat über diese Geschäfte?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das kann ich nicht sagen. Ich war nie dabei bei Aufsichtsratssitzungen. Ich weiß es nicht, ob er ihn informiert hat oder nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie Kontakt mit den Wirtschaftsprüfern gehabt in Ihrer Tätigkeit vom Beteiligungsmanagement? (*Mag. Winter-Reumann: Ja!*) – Bei Bilanzerstellung und dergleichen und bei den Prüfungen, nehme ich an.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Natürlich. Wir haben über Beteiligungsansätze gesprochen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann haben Sie erfahren von der Garantie des ÖGB für diese nicht werthaltigen Forderungen gegenüber den ...?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das muss auch 2001 gewesen sein. Also ich würde sagen, das muss gewesen sein zwischen März und April 2001.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also gleichzeitig, als Sie von den Verlusten erfahren haben?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Mehr oder weniger, ja. Es war offensichtlich nicht mehr vor mir geheim zu halten. Darum ist mir das dann offensichtlich auch gesagt worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und zuerst werden Sie von den Verlusten und dann von der Garantie erfahren haben? Umgekehrt würde es ja wenig Sinn machen.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Also damals, wie ich das von den Verlusten gehört habe, habe ich von der Garantie noch nichts gehört.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was ist Ihnen noch darüber gesagt worden? Ich meine, die werden nicht gesagt haben, gehen Sie es plakatieren am Schwarzen Brett vom Betriebsrat oder so. Was haben Sie da für Aufträge bekommen, dann weiter damit umzugehen?

Also der Generaldirektor hat Ihnen den Auftrag gegeben, Sicherheiten zu suchen. Und ein anderes Vorstandsmitglied, das für Sie zuständige, hat gesagt: Lassen Sie das bleiben! – Das ist ja auch ein gewisser Loyalitätskonflikt, in dem man sich dann plötzlich befindet. Aber es war für Sie klar, weil der Herr Zwettler war für Sie jahrzehntelang die Ansprechperson. Das heißt, das, was er gesagt hat, hatte mehr Gewicht für Sie?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Durch die nachfolgende Aussage war mir auch klar, warum ich nicht suchen soll, dass es einfach nichts bringt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, der Herr Zwettler war besser informiert als der Herr Elsner über die Verluste und über die Tragweite, weil er wusste, dass es nichts bringt nachzuschauen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Da bin ich überfragt. Dazu kann ich nichts sagen. Ich weiß nicht, wer besser informiert war oder schlechter informiert war oder wer wie informiert war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, nur das ergibt sich aus dem. Wenn Ihnen der Herr Elsner sagt: Suchen Sie nach Sicherheiten!, dann muss er ja wohl annehmen, es gibt irgendwas Nennenswertes. Und wenn dann der Herr Zwettler 5 Minuten später

sagt: Lassen Sie das bleiben!, dann hat man den Eindruck, dass der Herr Zwettler mehr weiß als der Herr Elsner.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Der Herr Zwettler war damals für die Bilanz zuständig. Aus meiner Sicht hat er über die Bilanzen, über die Vermögenslage der Bank die bessere Einsicht gehabt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ganz kurz, damit es auch klar ist: Sie haben jetzt gesagt, von der Garantie haben Sie auch 2001 erfahren. Bislang haben wir nur Kenntnis davon, dass von der Garantie der Herr Elsner, der Herr Zwettler, der Herr Verzetnitsch, der Herr Weninger und der Prüfer der KPMG, der Dr. Reiter, wussten. Bis jetzt haben wir nur fünf Leute gehabt. Das heißt, Sie waren dann praktisch die sechste, die davon gewusst hat? (*Abg. Krainer: Und der Herr Büttner!*) – Von der Garantie? (*Abg. Krainer: Der ganze Vorstand hat davon gewusst!*) – Gut.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Wie das war mit der Garantie, weiß ich nicht, aber für mich war das schon notwendig, weil ich ja Bilanzen von Tochterfirmen unterschrieben habe. Also ich nehme an, Zwettler oder Reiter oder Zöchling hat mir das gesagt, also einer von den Wirtschaftsprüfern sicher. Gesehen habe ich sie nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur kurz, um das zu ordnen, wir haben hier hinten auch akustische Probleme zunächst gehabt: Sie sagen, dass Sie bei der Prüfung der Notenbank, also bei der Vor-Ort-Prüfung, eine letzte Aussage getätigt hätten, also ein letztes Mal gefragt worden wären hinsichtlich der Information des Aufsichtsrates. (*Ingrid Winter-Reumann: Ja!*) Und Sie haben auf diese Frage den Prüfern dort geantwortet, dass Ihres Wissens der Aufsichtsrat nicht informiert ist? (*Mag. Winter-Reumann: Richtig!*) – Warum betonen Sie das so, dass das Ihre letzte Aussage dort war? Weil das der letzte Teil der Prüfhandlung war? Erklären Sie das bitte!

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Weil dann die Prüfung für mich zu Ende war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Auch für die Prüfer zu Ende war, oder wie ...? Es war die letzte Frage, die Sie gestellt bekommen haben, ohne dass das eine weitere Bedeutung hat? Weil Sie das jetzt so betont haben.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Vielleicht deshalb, weil das eben das Ende der Prüfung war für mich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich weiß nicht, ob wir hier das überhört haben. Sie haben gesagt, wann Sie eingetreten sind, aber wann sind Sie denn ausgeschieden aus dieser Funktion und aus der BAWAG?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich bin am 30.9.2006 ausgeschieden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und mit welcher Begründung?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Es war eine einvernehmliche Beendigung des Dienstverhältnisses.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was hat dieses Einvernehmen alles beinhaltet?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Bank hat mir angeboten, dass ich gehen kann, und ich habe es angenommen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine einvernehmliche Auflösung mit einem Wort.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Eine einvernehmliche Auflösung war es, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, schon, das ist das Wesen des einvernehmlichen Vorgangs, dass er einvernehmlich ist. Aber über welche Punkte haben Sie gesprochen mit der BAWAG-Seite, um dieses Einvernehmen herzustellen? Welche Punkte waren davon tangiert? (*Vertrauensperson Dr. **Winischhofer:** Verzeihen Sie! – Herr Verfahrensanwalt, ich stelle fest, dass diese Frage ...!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Entschuldigung, Sie können nicht ins Mikro sprechen, denn das wird sonst alles aufgezeichnet, sondern Sie können den Verfahrensanwalt direkt fragen. Das ist leider Gottes so. (*Vertrauensperson Dr. **Winischhofer:** Ich frage ihn nicht, sondern ich stelle fest, dass ...!*)

Darf ich Sie daran erinnern: Sie sind belehrt worden, dass Sie keine Aussagen gegenüber dem Ausschuss machen können. – Das ist leider so. (*Vertrauensperson Dr. **Winischhofer:** Das mache ich auch nicht, sondern ich spreche den Verfahrensanwalt an!*) Ja, aber da führt man alles ad absurdum, wenn wir so vorgehen.

Ich darf Sie bitten, dass Sie sich an den Verfahrensanwalt wenden. Wir können dazu von mir aus auch die Sitzung kurz unterbrechen, das ist kein Problem. Aber wenn es de facto dazu führt, dass Sie gegenüber dem Ausschuss Erklärungen abgeben, das ist leider geschäftsordnungsmäßig unzulässig. (*Vertrauensperson Dr. **Winischhofer:** Ich gebe gegenüber dem Ausschuss keinerlei Erklärungen ab, ich spreche den Herrn Verfahrensanwalt an mit Ihrer Erlaubnis!*)

Dann werde ich jetzt die Sitzung unterbrechen, dann dürfen Sie den Verfahrensanwalt ansprechen.

Die Sitzung **unterbrochen**.

(Die Sitzung wird um 14.21 Uhr **unterbrochen** und um 14.24 Uhr **wieder aufgenommen**.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Soweit ich jetzt informiert wurde, wird uns Frau Winter-Reumann zu ihren Beendigungsansprüchen etwas sagen, und das nehmen wir dann zur Kenntnis.

Ich bitte auch die Abgeordneten, direkte Fragen zu stellen, weil man sehr oft glaubt, es steht ein anderes Motiv dahinter. Auf direkte Fragen werden wir auch direkte Antworten bekommen.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Herr Abgeordneter, können Sie mir Ihre Frage bitte noch einmal stellen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Bezüglich der einvernehmlichen Beendigung Ihres Dienstverhältnisses: Wie hoch waren Ihre Abfertigungsansprüche?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich habe 30 Jahre lang in der Bank gearbeitet. Das heißt, das war der gesetzliche Anspruch, und es ist – ich bin nicht darauf vorbereitet, ich weiß nicht – zusätzlich noch etwas gezahlt worden, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und die Differenz zu dem gesetzlichen Anspruch, die Sie zusätzlich bekommen haben?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, das weiß ich eben nicht, weil ich auf die Frage nicht vorbereitet war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, aber Sie werden ja Ihre eigenen Ansprüche selbst mitgestaltet oder verhandelt haben, nehme ich an.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht nähern wir uns an, dass man nicht glaubt, eine falsche Aussage machen zu müssen, wenn man sich um ein paar Euro irrt – größenordnungsmäßig?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich weiß es nicht! Ich meine, ich kann Ihnen jetzt eine Zahl sagen, aber ich weiß nicht, ob sie stimmt. Ich weiß es nicht!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann halt ungefähr.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: 260 000 €?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich weiß es nicht, ich frage Sie. – 260 000 €.

Und damit war Ihr Abfertigungsanspruch plus einer Zuzahlung abgedeckt? (*Mag. Winter-Reumann: Ja!*) – Hat es über diese Einigung hinaus noch geldwerte Leistungen gegeben in dieser Abfertigung?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein. – Welche hätten das sein sollen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es hätte ja auch Pensionsansprüche geben können. – Sind die da drinnen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich habe als Bankangestellte Pensionsansprüche gegenüber der Bank!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau. – Aber ist da über das, was Ihnen ohnehin zugestanden wurde ... (*Ingrid Winter-Reumann: Nein!*) Dort ist nichts hinzuverhandelt worden?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Dort ist nichts dazugekommen, nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie waren mindestens seit 2001 Wissensträgerin in dieser ganzen Angelegenheit. Wie hat sich das bis zum Jahr 2006 dann abgespielt? – Immerhin war das ja einerseits ein belastendes Wissen. Das ist aber nicht die Frage, die Frage ist: Haben Sie dann in der Folge mit irgendjemandem, außer mit den vorher Genannten, noch einmal Gespräche geführt über diese Umstände, die Ihnen da vermutlich im April 2001 überbracht wurden?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich habe mit niemandem, von dem ich nicht gewusst habe, dass er informiert ist, darüber gesprochen – mit keiner Menschenseele!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wenn wir das jetzt noch einmal abschließend eingrenzen: Wer war dann aller informiert? – Es hat schon den Versuch einer Aufzählung gegeben, aber damit wir das endgültig haben.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Also der BAWAG-Vorstand, ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sämtliche Mitglieder?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Informiert waren sie alle, der BAWAG-Vorstand. Dann die ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Aufsichtsratsvorsitzende anzunehmenderweise.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Der Aufsichtsratsvorsitzende, dann die Kollegen Schatzer und Schmidt, die Kolleginnen Valenta und Zartler.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wer sind die letzten beiden Genannten?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das sind Mitarbeiterinnen in untergeordneten Positionen. – Und dann die Wirtschaftsprüfer

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wo sind diese Mitarbeiterinnen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Frau Mag. Zartler hat bei mir gearbeitet; Frau Valenta im Controlling.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und die beiden Wirtschaftsprüfer.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Und die Wirtschaftsprüfer, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist jetzt der Kreis, der Ihrer Meinung nach davon gewusst haben muss?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich hoffe, er ist vollständig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben auf die Frage der Kollegin Trunk bezüglich der Stiftungen gesagt, dass sie 1998 gegründet wurden, und auf eine Nachfrage geantwortet, dass diese Stiftungen involviert seien. Mein Frage ist: Wo involviert?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das Problem bei dem Ganzen ist, ich bin von der Bank darauf aufmerksam gemacht worden, dass Finanzgeschäfte Bankgeschäfte sind, die dem Bankgeheimnis unterliegen. (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Die Stiftungen nicht!*) Sollten Stiftungen von der Bank oder über die Bank finanziert worden sein, so war die Aussage, sind Kreditgeschäfte Bankgeschäfte, die dem Bankgeheimnis unterliegen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, solange es um Stiftungen geht, die die BAWAG selber ins Leben ruft. Das wird ja wohl von den Begünstigten und von den Stiftenden abhängen, ob da im herkömmlichen Sinn das Bankgeheimnis gilt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zur Erklärung: Wir haben diesbezüglich auch ein Gutachten eingeholt, und da wurde festgestellt, dass genau diese Geschäfte nicht dem Bankgeheimnis unterliegen. Es ist auch so, dass der Herr Generaldirektor Nowotny auch ausgesagt hat zu diesem Thema. Nur hat er natürlich keine eigenen Wahrnehmungen in dem Punkt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Koren hat auch etwas gesagt, soweit er konnte.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Herr Abgeordneter, wären Sie bitte so freundlich und würden mir die Frage konkret noch einmal stellen. Ich werde dann entscheiden, ob sie meiner Meinung nach dem Bankgeheimnis unterliegt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe damit eingeleitet, dass Sie vorhin geantwortet haben, dass 1998 Stiftungen gegründet worden seien, und auf Nachfrage sagten Sie dann, dass die Stiftungen involviert gewesen seien. Und ich frage Sie: Worin sind Stiftungen involviert gewesen?, weil die Antwort vorher unvollständig war.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: In die Geschäfte mit Flöttl.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Welche Stiftungen sind 1998 gegründet worden?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nachdem ich sie nicht selbst gegründet habe, nehme ich an, dass es die Stiftungen Biamo, Bensor, Treval waren und eine Stiftung Glen Star.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also das wären jetzt vier gewesen.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ja. Die Glen Star ist in der ersten ... – Wie soll man sagen? – Ich weiß auch nicht, ob sie 1998 gegründet wurde, und ich kann auch nicht mehr genau sagen, wozu sie verwendet wurde, ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber es war immer die BAWAG der Stifter? Wer waren die Stifter dieser Stiftungen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich kann mich nicht erinnern. Ich nehme an, dass diese Stiftungen ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann müssen Sie das sagen, Sie können sich nicht erinnern.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, moment, lassen Sie mich kurz überlegen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Überlegen lassen, ausreden lassen!

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Begünstigte waren BAWAG-Konzernfirmen, und darum nehme ich auch an, aber ich kann es nicht mit hundertprozentiger Sicherheit sagen, dass das auch die Stifter waren.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und in welcher Weise waren die jetzt in die Flöttl-Geschäfte involviert?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Stiftungen haben Bonds gezeichnet, vom Flöttl, also von Firmen, die wir dem Flöttl, die im Nahebereich vom Flöttl waren; so würde ich das formulieren.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sind andere Stiftungen involviert gewesen in die Flöttl-Geschäfte, außer den 1998 gegründeten, die allesamt in Liechtenstein residieren? Ist das richtig, die vier, die Sie genannt haben?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die vier residieren in Liechtenstein, das stimmt. Andere Stiftungen – glaube ich nicht, aber ich kann mich nicht genau erinnern. Ich wüsste nicht, welche.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist Ihnen etwas bekannt geworden von Flöttl-Zahlungen an Stiftungen, nicht nur an die vier, sondern überhaupt?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Es sind einmal Eingänge gekommen, und das ist vom Vorstand argumentiert worden, dass das Erlöse aus dem Verkauf von Sicherheiten sind. Die sind schon gekommen, soviel ich weiß, über einen begrenzten Zeitraum, aber ich kann es auch nicht mehr sagen, in welchem Jahr das war. Aber es sind Gelder geflossen, und nachdem wir ja nur den Eingang gesehen haben am Konto, ist vom Vorstand die Erklärung gekommen, das sind Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war also offensichtlich auch schon zu einem Zeitpunkt, nachdem 2001 die Malversationen einem kleineren Kreis bekannt wurden?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das weiß ich nicht. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie wissen nicht, ob diese Zahlungen vor 2001 oder nach 2001 eingetroffen sind?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Tut mir leid, ich kann mich nicht erinnern, nein, beim besten Willen nicht, ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, aber nach der Formulierung, dass es hier um Erlöse aus Sicherheiten geht, wäre ja naheliegend, dass das nach 2001

gewesen wäre, weil wenn es vor 2001 gewesen wäre, wäre ja die Frage gewesen: Warum überweist der Flöttl überhaupt was für Sicherstellungen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Bei was?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Vor 2001 hätte sich die Frage ja anders gestellt bei Eintreffen dieser Zahlungen. Hätten Sie das nicht so gesehen? (*Mag. Winter-Reumann: Warum?*) – Wieso soll Flöttl aus dem Auflösen von Sicherheiten vor 2001, wo Sie noch gar nicht über die Malversationen informiert waren, hier besondere Zahlungen tätigen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich glaube, Sie ziehen da nicht die richtigen Schlüsse. Es war so, 1998 wurde vom Vorstand gesagt, das Flöttl-Engagement wird umstrukturiert, und das hat die Sicherheiten beinhaltet. Und ich kann wirklich nicht sagen, ob jetzt so ein Rückfluss vor 2001 oder nach 2001 erfolgt ist. Es tut mir leid, beim besten Willen nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt habe ich das auch verstanden, was Sie eigentlich zum Ausdruck bringen wollten.

Sagen Sie, sind Sie ob Ihres Wissens in diesen fünf Jahren unter Druck gesetzt worden innerhalb der BAWAG?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Der Druck durch das Geheimnis war groß genug. Ich hätte einen zusätzlichen Druck, glaube ich, nicht mehr ausgehalten. Ich meine, ich weiß nicht, ob Sie sich vorstellen können, wie man mit so etwas lebt. Da müssen Sie sich eine Strategie zurechtlegen, dass Sie überhaupt überleben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das hätte ich mir so vorgestellt, deshalb war vorher auch die Frage, mit wem Sie dann gesprochen haben. Die Frage haben wir geklärt. Die Frage jetzt war eigentlich des Inhalts, ob, vermutlich ja nur aus dem Kreis der Wissenden, Druck auf Sie ausgeübt wurde, dass Sie dorthalten, um es salopp zu formulieren. War das so?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich bin keinem Druck unterzogen worden. Ich habe mir selber überlegt, was passiert, wenn das an die Öffentlichkeit kommt. Und wir haben es ja dann gesehen! Mir war klar, es folgt ein Run auf die Bank, und die Bank stellt's auf, ganz volkstümlich gesagt.

Ich meine, wenn Sie das auf Ihre Kappe nehmen sollen, da brauchen Sie wahrscheinlich jemanden, der ein bisschen breitere Schultern hat als ich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie bei liechtensteinischen Stiftungen auch irgendwelche Funktionen gehabt?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein. Das waren Liechtensteiner, die die Funktionen gehabt haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aufsichtsrat zum Beispiel?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: In den Stiftungen hat es keinen Aufsichtsrat gegeben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Verwaltungsrat?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich war nicht drinnen, es waren die Liechtensteiner.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer war Ihre Stellvertreterin in der Zeit?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Meine Stellvertreterin war, ich weiß jetzt nicht genau, von wann an, die Frau Mag. Pongratz. Die Frau Mag. Pongratz war nicht involviert und hat nichts gewusst, von mir zumindest nicht. Ich kann Ihnen immer nur meinen Teil der Wahrheit erzählen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist das Einzige, was uns interessiert, Ihr Teil der Wahrheit, den anderen Teil erzählen die anderen.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Also von mir hat sie ganz sicher nichts gewusst und niemand anderer, der nicht sozusagen in diesem Kreis der Wissenden war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie beschreiben sehr nachvollziehbar den Druck, unter dem Sie gestanden sind. Aber was ist denn der Druck, unter dem Sie stehen? Der Druck kann ja nur dann entstanden sein meines Erachtens – jetzt muss ich ein bisschen ausholen, bevor ich die Frage stelle –, weil Sie offensichtlich wussten, dass hier werthaltige Dinge testiert und vorgetragen werden, die nicht werthaltig sind. Ist das so?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Durch die Garantie waren wir der Meinung, dass die Werthaltigkeit dargestellt ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Warum sind Sie dann noch unter Druck gestanden? Weil wenn ein Wert da ist, ist der Druck doch weg.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Weil versucht wurde, diese Verluste aufzuholen, und wir sind immer wieder damit konfrontiert worden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bankengeschäfte sind Risikogeschäfte, da kann man auch einmal einen Verlust machen, wenn dem entsprechende Werte gegenüberstehen, sage ich jetzt einmal. Da hat man noch nicht das große Problem. Aber wenn diese Sicherheiten nicht werthaltig sind, wie zum Beispiel Stiftungen, die ausgewiesen wurden, dass sie Werte haben ...

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich war bis zum Schluss, und zwar bis 2005, überzeugt, dass die Sicherheiten werthaltig sind. Ich habe das auch bei der Staatsanwaltschaft ausgesagt, dass ich mich 2005 dann anweisungswidrig geweigert habe, diese Stiftungen zu löschen. Es hat eine Anweisung gegeben, diese Stiftungen zu löschen. Ich bin zu Zwettler gegangen und habe ihm gesagt, ich will diese Stiftungen nicht löschen, weil es muss noch etwas da sein vom Flöttl. Das war bitte meine wirkliche Überzeugung.

Dann bin ich gerufen worden zu Zwettler und Nakowitz, und die haben mir dann gesagt, in den Stiftungen ist nichts mehr. Das haben sie mir gesagt, obwohl immer wieder gesagt wurde, dass diese eine Halbinsel auf den Bermudas sozusagen nicht verkäuflich wäre. Aber das heißt ja noch nicht, dass nichts mehr da ist. Auch wenn ich sie nicht verkaufen kann, war ich der Meinung, gehört sie einer von den Stiftungen. Und ich war mir nicht darüber im Klaren, was passiert, wenn die Stiftung gelöscht wird, an wen dann ihr Anspruch übergeht, und darum wollte ich damals die Stiftungen nicht löschen. Ich war von der Werthaltigkeit der Sicherheiten überzeugt. Und ich war auch der Meinung, dass nicht genug gekommen ist. Möglicherweise war ich sehr blauäugig, das kann sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was waren denn die Erklärungen, wo die Gelder hin sind? Ich meine, es geht ja um mehr als 1 Milliarde € in diesem besagten Fall.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Erklärung war, dass das Geld sozusagen verspekuliert worden ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auf null? Das ist tatsächlich von Elsner und Zwettler oder Zwettler Ihnen gegenüber gesagt worden, dass hier verspekuliert wurde auf null?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Daran kann ich mich im Einzelnen nicht erinnern, aber davon bin ich ausgegangen, dass nichts mehr da ist. Das Geld ist weg, ja, er kann nichts dafür, dass das Geld weg ist.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie waren also immer überzeugt davon, dass die Stiftungen werthaltig sind oder dass Vermögensbestandteile irgendwo da waren einerseits, und andererseits haben Sie auch gewusst, dass der ÖGB eine Haftung übernommen hat? Und trotzdem hat Ihnen das schlaflose Nächte bereitet, jetzt einmal überspitzt formuliert?

Wissen Sie, ich kann mir vorstellen, Sie können gar nichts dafür in dieser ganzen Angelegenheit (*Ingrid Winter-Reumann: So ist es!*), weil Sie ausführende Mitarbeiterin waren. Aber Sie haben trotzdem die ganze Zeit mit sich selber gekämpft?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Habe ich schon, ja.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Also seit (*Ingrid Winter-Reumann: 2001!*) 2001, also vier, fünf Jahre hindurch? (*Mag. Winter-Reumann: Ja!*) – Und haben sich niemandem anvertraut?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein. Ich habe es mir ja überlegt. Ich habe mir überlegt, zu einem Pfarrer zu gehen. Es geht nicht! Jeder hat irgendeinen Freund, der ein Sparbuch bei der Bank hat, dem sagt er es, und dann fängt es an. Ich kann es auch keinem Therapeuten sagen, weil der hat möglicherweise selbst ein Sparbuch bei der Bank und sagt es dann seinen Freunden. Es geht nicht! Und da arbeiten 6 000 Leute in dem Konzern und tun ihr Bestes.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber mit Zwettler haben Sie immer wieder Rücksprache gehalten, weil Sie haben ja auch diskutiert mit ihm darüber: Was passiert jetzt?, oder: Wohin ist das ganze Geld gegangen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, nein, nein! (*Abg. Bucher: Nie?*) – Nein, ich habe ihn nicht gefragt.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Zwettler ist ja Ihr direkter Vorgesetzter gewesen, und Sie haben doch sicher ein menschliches Vertrauensverhältnis zueinander gehabt über all diese Jahre.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: In gewissem Sinne ja, aber wenn Herr Zwettler etwas nicht hören wollte, dann hat er einfach nicht darauf reagiert. Und ich habe genau gewusst, wenn ich zum Beispiel eine komplizierte Geschichte habe, und ich gehe zu ihm, und ich habe ihn angeschaut, ich habe genau gewusst, heute kann ich es lassen, ich brauche ihn gar nicht zu fragen. Wenn er nicht wollte, hat er aus dem Fenster rausgeschaut und hat mir irgendetwas anderes erzählt. Das war so.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ich nehme ja nicht an, dass Sie jeden Tag den Herrn Zwettler mit der Frage konfrontiert haben (*Mag. Winter-Reumann: Nein!*): Was ist mit 1,3 Milliarden Dollar passiert? Das ist mir schon klar. Aber Sie werden sicher hin und wieder mit ihm geredet haben, wie er die ganze Geschichte sieht und vor allem die Zukunft der Bank als Generaldirektor sieht.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das war ganz eindeutig: Er war davon überzeugt, dass die Bank das mit der Hilfe des ÖGB verkraften kann.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, aber wenn er es so sieht als Ihr direkter Vorgesetzter, müsste Sie das eigentlich beruhigt haben. Deshalb verstehe ich Ihre Reaktion nicht, auch körperliche Reaktion nicht.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Herr Zwettler hat aus meiner Sicht sehr positiv gedacht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, aber Sie haben selber vorhin gesagt, der Herr Zwettler war der Einzige, der am besten, und zwar besser Bescheid wusste als Elsner über die ganzen Transaktionen, über die einzelnen Geschäftsfelder, über die

Beteiligungen et cetera. Sie haben, wenn ich mich richtig erinnere, gesagt, dass Zwettler derjenige war, auf den am meisten Verlass war, was die Bewertung der Bank betrifft.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich habe gesagt, dass der Herr Zwettler über die Bilanz und über die Vermögensverhältnisse der Bank am besten Bescheid wusste, ja.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das ist doch ein Vertrauensbeweis, wenn er Ihnen sagt: Machen Sie sich keine Sorgen, die 1,3 Milliarden Dollar werden wir verkraften, die haben wir jetzt zwar verspekuliert, aber es gibt Haftungen, es gibt Sicherheiten, da wird schon irgendetwas hereinkommen! Und das hat Sie trotzdem nicht beruhigt? Weil Sie es besser wussten?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich kann nicht sagen, dass ich es besser wusste, aber ich habe es halt bezweifelt, dass es so leicht geht. Ich meine, wenn dann sozusagen Rechnungen angestellt wurden mit Zinssätzen, die aus meiner Sicht fern von gut und böse waren, dann kann es sein, dass er daran geglaubt hat, aber ich habe halt nicht an solche Zinssätze für Veranlagungen geglaubt.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wer hat denn das operative Handling der Stiftungen gemacht in Liechtenstein? Das musste ja alles eigentlich in Ihrer Zeit gewesen sein.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das operative Handling der Stiftungen – da waren eben Leute in Liechtenstein. Die Anweisungen hat der Herr Nakowitz gegeben. Sie sind schon über unseren Bereich weitergegeben worden, aber es war ja auch so, dass wir eben nicht alles gewusst haben und darum auch immer wieder fragen gehen mussten. Aber die Anweisungen sind vom Vorstand oder über Nakowitz gekommen, wie er noch verlängerter Arm von Elsner war.

„Vom Vorstand“ ist jetzt einzuschränken, also vom Vorstand, würde ich sagen, Zwettler. Ich kann mich nicht erinnern, dass mir Elsner einen direkten Auftrag gegeben hätte. Weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Herr Vorsitzender! Frau Magistra! Meine Frage ist, ob hier eine Stellenbeschreibung Ihrer Funktion sozusagen überhaupt gegeben wurde oder vorliegt, denn ich habe so den Eindruck, dass das normalerweise eine sehr eigenständige Funktion ist, die damit verbunden ist, wenn man eine Leiterfunktion gerade im Beteiligungsbereich hat. Ich habe aus Ihren Ausführungen doch irgendwo den Eindruck gewonnen, dass das nicht so eigenständig wahrgenommen wurde.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Beteiligungspolitik ist eine Geschichte, wo man sehr viel eingreifen kann in die Bilanz und natürlich auch in den Konzern. Und es wurde, das habe ich ja schon gesagt, über jede kleinste Beteiligung der Vorstand informiert, beziehungsweise gibt es Genehmigungen vom Vorstand, weil ich mir das nicht sagen lasse, dass ich eine Firma gründe für die Bank, von der der Vorstand nichts weiß. Das ist schon anders zu ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Entschuldigung, das ist mir klar, die Frage ist, in welcher Eigenständigkeit man sich hier selbst versteht oder diese Funktion definiert ist. Natürlich ist eine Beteiligung, wenn man eine Beteiligung eingeht, vorstandspflichtig, das ist mir schon klar. Die Frage ist: Gibt es hier diese Stellenbeschreibung, oder war das halt eine Übung, wo im Vorhinein Ihr unmittelbarer Vorgesetzter in Wahrheit mehr oder weniger die Abteilung gleich mit führt? Das ist eine sehr konkrete Frage.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich hoffe, ich habe Ihre Frage jetzt richtig verstanden. Es war so, dass es ja schon unter Flöttl Geschäfte des Vorstandes gab, die natürlich irgendwo gesteuert werden mussten, und das war dann eben Zwettler, der die gesteuert hat, und so war das eben, das war ein Verhalten, das nicht außerhalb der Norm war. Es gab sozusagen Geschäfte des Vorstandes, und wir haben sie gesteuert, aber der Vorstand hat aus meiner damaligen Sicht gewusst, was er macht. Und der hat mir einfach nur eine Weisung gegeben und hat gesagt: Das ist zu tun!

Bei den anderen Beteiligungen, also wenn ich zum Beispiel denke an die Leasing, das ist ein sehr großer Teilkonzern der Bank, da ist es einfach so, dass man ein laufendes Geschäft hat, wo man weiß, worum es geht, und da gibt es eben verschiedene Kennzahlen, die man beachtet. Aber bei den Geschäften des Vorstandes war das nicht ganz so, also das war nicht so.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Frau Magistra, mein Problem ist, wenn man so eine Funktion innehat, ist die Frage: Führt man das Beteiligungsmanagement oder administriert man das Beteiligungsmanagement? Ich sage das vielleicht noch etwas deutlicher. Es leitet sich ja viel davon ab, ob man eher die Administration ist oder ob man das Beteiligungsmanagement, wie im üblichen Sinne definiert, auch tatsächlich führt. Das ist einmal die erste Frage.

Meine zweite Frage ist das, was die ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Lassen wir sie diese einmal beantworten, sonst vergessen wir die Fragen: Wie haben Sie Ihre Position gesehen beziehungsweise Ihre Vorgesetzten gesehen? Haben Sie administriert oder geführt? Was wurde von Ihnen erwartet?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Erwartet wurde von mir, wenn ich einen Auftrag bekomme, eine Beteiligung zu kaufen, dass ich das dann selbständig mache, dass ich mich darum kümmere, dass sämtliche gesellschaftsrechtlichen Pflichten eingehalten werden, dass die Meldeerfordernisse eingehalten werden, dass die Beteiligung in die Bilanz und in die Datenbank aufgenommen wird, dass nach Genehmigung des Vorstandes die Beteiligung finanziert wird.

Es ist nicht so, dass ich eine eigenständige Beteiligungspolitik betreiben hätte können, und das war auch nicht das, als was ich mich gesehen habe, sondern wir haben sozusagen die Vorgaben vom Vorstand ausgeführt. Wenn ich an Stiefelkönig denke, dann ist gesagt worden, okay, Stiefelkönig wird jetzt übernommen, und dann haben wir uns darum gekümmert, dass es eben einen Kaufvertrag gibt und, wie wir dann die Firma gehabt haben, dass die eben in den Konzern eingegliedert wird und dass die ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Okay. Ich glaube, das klarzustellen war sehr wichtig, dass das eine administrative und rechtliche Angelegenheit war, aber nicht die Disposition, die Entscheidung oder die Empfehlung und so weiter. Das ist eine sehr wichtige Feststellung.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das war vollkommen unmöglich, bitte!

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das Zweite ist, was ich auch noch nicht ganz durchschaue, das Handhaben der so genannten Stiftungen. Wie wurde das im Beteiligungsmanagement sozusagen überhaupt eingebucht, nur der Name oder das, was dort geschieht? Ich habe den Eindruck, was diese Beteiligungen betrifft, haben alle nur bestenfalls den Namen gekannt, aber nichts davon gewusst, was dort vorgeht. Und das ist ja auch ein sehr eigenartiger Ansatz, dass man nicht weiß, wie viel da drauf ist, wie viel disponiert wird und so weiter.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich möchte mich nur wegen des Bankgeheimnisses mit meiner Vertrauensperson kurz absprechen.

(Auskunfts- und Vertrauensperson sprechen kurze Zeit miteinander.)

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Herr Abgeordneter, bitte wären Sie so lieb und würden Sie mir die Frage noch einmal stellen?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich wiederhole die Frage gerne noch einmal, was die Stiftungen betrifft, wie Sie beteiligungsmäßig – und eine Stiftung ist ja auch eine Administration einer Beteiligung – darüber Bescheid wissen. Nur über den Namen, habe ich gesagt, dass man weiß, da gibt es sie, oder wurde es konkret mitverwaltet und damit bekannt? Was wurde dort abgebucht, eingebucht, wer hat sozusagen verfügt? Denn in den Zeitungen habe ich zum Beispiel auch gelesen, dass so manches nicht einmal, was die Verfügbarkeit betrifft, allzu klar festgestellt werden konnte. Da muss ja irgendwo von Beteiligungen klar sein: Wer macht was?, wenn ich so etwas in meinem „Portefeuille“ habe.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Wenn sozusagen die Stiftungen tätig geworden sind, dann haben wir vom Vorstand oder von Nakowitz darüber eine Anweisung bekommen, und die ist dann abgezeichnet worden mit einem Code-Wort, und das ist nach Liechtenstein geschickt worden, wenn Sie das meinen. Die Stiftungen selbst sind in den Bilanzen der BAWAG **nicht** aufgeschienen. Eine Stiftung ist ein eigentümerloses Konstrukt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ja, das weiß ich schon, warum man das macht. Aber die Frage ist: Einer müsste es ja wissen, wie viel da drauf ist oder ob es ausgeräumt ist zum Beispiel, oder ob eine Stiftung nur mehr eine Hülse ist, ein Name in einer Bilanz oder noch einen Wert hat?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Wenn ich sozusagen die Refinanzierungsseite anschau, dann weiß ich, ob Gelder der Bank direkt oder indirekt da hineingeflossen sind, aber die Aktiv-Seite hat bestanden in Bonds, und wie die werthaltig waren, das weiß ich nicht. Ich habe das damals nicht gewusst. Ich bin davon ausgegangen, sie sind werthaltig.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das ist fast ein bisschen eigenartig. Das heißt, ich zahle in etwas hinein, ohne dass ich überhaupt weiß, was der Gegenwert ist oder was damit geschieht?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das ist Problem ist folgendes: Das hat der Vorstand gemacht, und es war ja gar nicht gewünscht, dass wir sozusagen da weiter hineinsteigen. Ich habe zum Beispiel **nie** genau gewusst, was die Sicherheiten sind. Ich war immer der Meinung, wir hätten die Sicherheiten viel besser verwaltet, aber im Nachhinein jetzt sehe ich natürlich, dass das Methode gehabt hat, dass die Sicherheiten nicht uns gegeben wurden.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das heißt also, Sie hatten keine Kenntnis – das ist die Frage gewesen –, was den Wert der so genannten unterschiedlichen Stiftungen betrifft, weil Sie eigentlich nur per Anweisung etwas gemacht haben oder etwas gemacht wurde oder abgeleitet wurde. Aber Sie wussten nicht: Ist die Stiftung 100 Millionen wert, steckt das wirklich noch drinnen oder ist es schon weg? Das wussten Sie nicht.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das wusste ich nicht, bis dann 2001 der Chef mir gesagt hat: Ich kann auch nichts dafür!

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Dass eh nichts drinnen ist. (*Mag. Winter-Reumann: Ja!*) Ihr habt nur mehr die Namen verwaltet.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Auch damals, auch als er mir das gesagt hat, konnte ich mir nicht vorstellen, dass die Sicherheiten nicht werthaltig sind, wenn ich es noch 2005 geglaubt habe. Ich war der Meinung, dass sozusagen das Geld, das in diesen Bonds oder was immer das waren investiert war, dass das weg ist. Aber dass die Sicherheiten nicht werthaltig sind, oder dass es Absprachen gibt über Sicherheiten – ich weiß es nicht, und ich habe das wirklich ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das war einfach ein Glaube, aber kein Wissen. (*Mag. Winter-Reumann: Nein!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Von welchen Sicherheiten sprechen Sie?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das sind Sicherheiten, die von Flöttl 1998 gegeben wurden. Da waren Liegenschaften dabei und Bilder.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und wieso hat er diese Sicherheiten hergegeben?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das müssen Sie den Vorstand fragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wo wurden sie verwaltet, die Sicherheiten?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Vom Nakowitz wurden sie verwaltet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und wer war das?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Herr Nakowitz war damals noch nicht im Vorstand, der ist 2003 in den Vorstand gekommen, aber Nakowitz war die rechte Hand vom Elsner. Früher war der Nakowitz bei mir. Zwettler hat ihn aufgenommen in die Beteiligungen, und dann ist Zwettler in den Vorstand gekommen. Ich habe die Leitung der Beteiligungen übernommen, und es war halt nicht so, dass der Herr Nakowitz sehr loyal zu mir war, um nicht zu sagen, er war ganz und gar nicht loyal. Es hat mir auch Herr Zwettler gesagt, Herr Nakowitz ist viel zu schade, um sein Leben als mein **Stellvertreter** zu fristen. Es war auch so, dass in den ersten beiden Jahren, wo ich die Beteiligungsleitung gehabt habe, der Herr Nakowitz diese Geschäfte mit dem Vorstand ja allein gemacht hat. Das war gar nicht gewünscht, dass ich sozusagen da Einsicht habe, von wem auch immer. Aber der Herr Nakowitz war sicher gedeckt vom Vorstand. So hat er sich jedenfalls mir gegenüber benommen. (*Abg. Dr. Bauer: Aber nicht zeichnungs-berechtigt?*)

Herr Nakowitz war sicher auch zeichnungs-berechtigt. Die ersten Anträge bezüglich der Flöttl-Sachen tragen **nicht** meine Unterschrift, obwohl ich Abteilungsleiterin war. Das hat er mit dem Vorstand allein gemacht. Das ist alles nachweisbar, das liegt in der Bank auf.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Wenn Sie da sind, kann nur jemand unterschreiben als Stellvertreter, wenn Sie das ausdrücklich genehmigen.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Im Prinzip stimmt das. Damals ist das **nicht** so gehandhabt worden – es wird seinen Sinn gehabt haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, von dieser OeNB-Prüfung 2000/2001 war die letzte Frage an Sie, ob der Aufsichtsrat über diese Geschäfte informiert ist, und Sie hätten gesagt: nein. Was gab es noch für Fragen davor, nachdem das die letzte war?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich kann mich nur ungenau erinnern. Ich weiß, dass diese Prüfung um die Offshores gegangen ist, die Offshore-Gesellschaften der Bank. Wir haben die Übersichten gemacht, wir haben die Organigramme hergegeben, aber an andere konkrete Fragen kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie haben Sie diese Prüfung überhaupt erlebt, außer dass es erlösend war, dass sie vorbei ist?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Prüfung hat mich zusätzlich belastet, weil das die Zeit war, wo wir die P.S.K. gekauft haben und angefangen haben, sie zu integrieren. Da hat es ein Team gegeben, und da war ich auch sozusagen in leitender Funktion dabei, wo es um die Integration der P.S.K. gegangen ist, und da haben wir sehr, sehr viel dafür gearbeitet. Und die Prüfung war für mich eigentlich eine zusätzliche Belastung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War die Prüfung selbst belastend oder war es einfach nur was die Zeit angeht belastend? Waren die besonders streng, oder sind die ohnehin nicht aufgefallen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nachdem es meine einzige Prüfung war, kann ich nicht sagen, ob die anders war als andere Prüfungen. Ich habe keine Vergleichsmöglichkeiten. Für mich war das halt die Prüfung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hatten Sie nach dem Zeitpunkt jemals wieder Kontakt zu Prüfern von der OeNB oder der FMA?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich habe dann 2005 oder 2006 den Herrn Fuchs wieder gesehen. Als die letzten Prüfung war, ist er wieder im Haus gewesen. Die Dame habe ich bewusst nicht wieder gesehen, und der Herr Mayerhofer war ja dann bei uns im Haus. Den kenne ich natürlich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und bei der Prüfung? – Sie meinen ja die Prüfung 2005 nach der Refco-Geschichte?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: 2005 oder Anfang 2006. Es waren zwei verschiedene Prüfungen. Ich kann jetzt nicht mehr sagen, bei welcher. Das ist ziemlich emotional gewesen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind Sie da direkt befragt worden, bei dieser Prüfung 2005/2006?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ja, natürlich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War das ein Unterschied zur Prüfung 2001?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das war schon einmal vom Forum her ein Unterschied: Da sind Unmengen von Leuten gesessen, die sich das alles angehört haben. Ich meine, es war für mich eine ganz andere Situation, weil dann war klar, dass sozusagen die ganzen alten Geschichten aufgearbeitet werden. Ob das anders war? – Außer dass es eben ein anderes Forum war, kann ich Ihnen nichts dazu sagen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich habe noch eine Frage betreffend den Auftrag von Elsner, den Sie bekommen haben: Reserven zu suchen. Habe ich Sie da richtig verstanden: Elsner hat Sie beauftragt, nach Reserven zu suchen. Zwettler hat aber dann gemeint, Sie sollen diese Reserven **nicht** suchen. Hat sich das jetzt bezogen auf die Stiftungen? Was waren sozusagen die Motive des einen, und was waren die Motive des anderen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Damals habe ich es nicht gewusst. Ich weiß es nicht – vielleicht hat Elsner einen Auftrag sozusagen vom Eigentümer gehabt. Aber das ist nur eine Mutmaßung. Ich kann es nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Ich kann Ihnen sagen, wie es war. Er hat gesagt: Suchen Sie noch stille Reserven! Die BAWAG-Foundation ist in Amerika so bekannt, viel bekannter als die BAWAG, die muss doch was wert sein! Dann ist er gegangen. Und dann hat mich Herr Zwettler traurig angeschaut und hat gesagt: Lass' es bleiben, ich kann auch nichts dafür, dass das Geld nicht mehr da ist. – Ich weiß nicht, ob ich da mit ihm schon per du war, aber ich glaube schon. Ich glaube, er hat gesagt: Lass es bleiben – und nicht: Lassen Sie's bleiben!

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das scheint wohl zu bestätigen, dass sich Zwettler mit der Werthaltigkeit von Forderungen offensichtlich besser ausgekannt haben dürfte als der Vorstandsvorsitzende selbst. Können Sie das bestätigen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das kann ich nicht beantworten, das weiß ich nicht. Man darf nicht den Fehler machen, Elsner zu unterschätzen. Aber ich kann es nicht beantworten.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ja, aber entweder hat Elsner gespielt und hat gesagt: Suchen Sie was!, oder er ist davon ausgegangen, dass es tatsächlich stille Reserven im Unternehmen gibt.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ganz, ganz stille Reserven, meinen Sie? Ich meine, die stillen Reserven muss man ja normalerweise angeben. Und dann gibt es sozusagen noch die ganz, ganz stillen. – Ich kann es nicht sagen. Ich weiß nicht, was der Hintergrund von Elsner war.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Und hat es zu diesem Zeitpunkt ganz, ganz stille Reserven gegeben?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ganz, ganz stille Reserven? – Die BAWAG-Foundation zum Beispiel war keine Beteiligung, und ich konnte über die Werthaltigkeit der BAWAG-Foundation natürlich überhaupt nichts sagen. Die BAWAG Foundation ist eigentlich eine Abteilung der Bank. Und wenn man mir sagt, die ist viel wert, dann kann ich nur anfangen, nachzuprüfen. Aber das ist ganz sicher nicht mein Metier, zu überprüfen, ob die Bilder, die die BAWAG-Foundation hat, einen Wert darstellen, der groß ist.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Und bei Zwettler, zu dem Sie offensichtlich ein engeres oder zumindest freundliches Verhältnis hatten – Sie waren per du, haben Sie gerade gesagt –, haben Sie nicht nachgefragt, warum er Ihnen den Auftrag gegeben hat, *nicht* nach Reserven zu suchen? (*Mag. Winter-Reumann: Nein!*) – Warum eigentlich nicht?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich kann es Ihnen wirklich nicht sagen. Mir fällt einfach ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bevor wir uns da in einen „Wirbel“ reden: Es ist beantwortet worden. Er hat gesagt: weil nichts da ist. Sie braucht nicht suchen, weil nichts da ist. – Das ist meiner Meinung nach Begründung genug. Die Frage, die man jetzt stellen kann, ist, ob sie es geglaubt hat, aber auch das ist beantwortet.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Herr Vorsitzender, ich habe mir hier die Aussage notiert: Sie soll es bleiben lassen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie soll es bleiben lassen, weil nichts da ist.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ja, was immer das heißt. Damit ist noch nicht gesagt, dass es keine mehr gibt, wenn sie es bleiben lassen soll.

Gut. Zu einer anderen Frage. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie bei dieser einvernehmlichen Lösung eine Abfertigung in Höhe von 260 000 € erhalten. Ist das richtig?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ja. Es war eine Schätzung. Ich kann es jetzt nicht auf den Euro genau sagen, aber ungefähr in dieser Größenordnung. Ich habe 30 Jahre in diesem Institut gearbeitet.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ja schon, aber wenn ich richtig informiert bin, sind die rechtlichen Voraussetzungen so, dass nach 25-jähriger Zugehörigkeit zum Unternehmen ein Jahresgehalt als Abfertigung zusteht. Jetzt kommen mir die 260 000 € für ein Jahresgehalt relativ viel vor. War das Ihr Jahresgehalt?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein: zuzüglich freiwilliger Abfindung. – Hat sie auch schon gesagt!

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ist bei uns nicht angekommen. Herr Vorsitzender, wir verstehen hier manches sehr, sehr viel schlechter als Sie da drüben. Das ist so.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann darf ich bitten, wenn man etwas nicht versteht, dass man es gleich bekannt gibt. Dann wird es nämlich wiederholt.

Die Frage, die wir in diesem Zusammenhang noch nicht erörtert haben, ist sicher: Wie hoch war Ihr Monatsgehalt? – Da lässt es sich nämlich rückrechnen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Nein, das ist dann die nächste Frage. Danke.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Erstens einmal gibt es bei uns 14 Gehälter laut Kollektivvertrag. (*Abg. Dr. Bauer: Das gehört aber wirklich nicht da her!*) Ich weiß, bitte, mein Gehalt nicht! Schon der Herr Staatsanwalt hat mich ausgelacht, aber das Problem ist folgendes: Ich habe ein sehr schlechtes Zahlengedächtnis. Ich habe mich über die ganzen 30 Jahre mit verschiedenen Hilfsmitteln darüber hinweg... – nicht geschwindelt, sondern ich habe mir damit geholfen. Ich habe immer verschiedene Statistiken bei der Hand gehabt, und da konnte ich immer nachschauen. Es tut mir leid. Möglicherweise ist das atypisch, aber ich kann es Ihnen nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Damit man die Begründung dazu auch sagt: Der tiefere Sinn solcher Fragen ist, um einschätzen zu können, in welcher Art leitender Stellung Sie waren. Waren Sie bloß Abteilungsleiterin mit einem Gehalt von 3 800 € brutto oder waren Sie Bereichsleiterin mit 9 000, 10 000 € brutto im Monat? Und dazwischen ist dann die Beweiswürdigung dessen anzusetzen, was Sie sagen. Wir haben ja den Eindruck, Sie sind rein administrative Anordnungsempfängerin gewesen, und das müsste sich im Gehalt auch niederschlagen. Oder man kriegt – und jetzt sage ich es ganz brutal – für Schweigen auch Geld. Das gibt es ja auch in Österreich für manche Dinge. Das ist nicht einmal noch böseartig. Und genau deswegen gibt es diese Motivenlage, warum wir gerne auch diesbezüglich Antworten hören würden.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Mein Gehalt war sicher eher in der zweiten Größenordnung, die Sie dargelegt haben, als in der ersten. Genau kann ich es Ihnen leider nicht sagen, ich weiß es nicht. Und ich habe schon sehr viel gearbeitet für dieses Haus, denn auch die Administration von unserem Konzern hat einiges an Energie gefordert. Allein der Leasingkonzern hat über 30 Firmen gehabt. Wir haben Tochterbanken gehabt, wo – zunächst nur im Inland, dann auch im Ausland – einfach

zu überprüfen war, dass die sämtliche Regeln einhalten. Wir haben die Beteiligungen von der Wiege bis zur Bahre betreut, das heißt: von der Gründung bis zur Liquidation, und wir haben sie auch finanziert. Das heißt, auch die Finanzierung ist über unser Haus gelaufen. Das war eine Menge Arbeit, und es ist ... (*Abg. Dr. Bauer: Sie braucht jetzt nicht rechtfertigen, was sie verdient hat!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie braucht sich nicht zu rechtfertigen. Nein, nein, dass Sie gearbeitet haben, wird ja außer Zweifel gestellt. Die Frage ist ja nur: Hatten Sie Prokura zum Beispiel? Solche Fragen.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Selbstverständlich hatte ich die Prokura.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich will ja nur die Höhe des Gehaltes wissen. Das war meine letzte Frage, die ich gestellt habe.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann gehe ich davon aus, dass das Gehalt nicht 4 000 € war pro Monat, denn sonst hätten Sie ja 80 Monate Abfertigung bekommen. Das wäre ein bisschen viel.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): War Ihnen Ihr schlechtes Zahlengedächtnis nie ein Hindernis bei der Ausübung Ihrer Tätigkeit? Diese Frage muss ich Ihnen jetzt doch stellen. Erlauben Sie mir diese Frage!

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich habe dargelegt, dass ich natürlich Mittel gefunden habe, das sozusagen zu bewerkstelligen. Wenn ich im Büro bin und ich habe meine Statistiken neben mir, dann kann ich, während ich telefoniere, den Ordner herausnehmen und nachschauen. Und wenn ich in eine Besprechung gehe, habe ich mich vorbereitet oder habe die Unterlagen mitgenommen. Ich meine, so ein Zahlengedächtnis, wie es Zwettler hat, wäre ein „Traum“. Aber ich habe es nicht gehabt, aber ich habe damit leben müssen. Folglich habe ich halt versucht, mir Hilfsmittel zu schaffen, mit denen ich das gemacht habe.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Na gut, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie uns das nicht sagen können oder wollen; ich weiß es nicht.

Aber eine andere Frage noch in diesem Zusammenhang. Als Sie in die Geheimnisse eingeweiht worden sind im Jahr 2001, haben Sie in diesem Jahr irgendeine Form einer Gehaltserhöhung bekommen, außertourlich?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Außertourlich ganz sicher nicht. Ich kann mich nicht erinnern, was ich damals bekommen habe. Aber wir haben bitte Ende 2000 die P.S.K. gekauft, und da hat es wahrscheinlich schon ein Bilanzgeld gegeben. Ich meine, der Kauf der P.S.K. war für die BAWAG ein Riesenschritt, und da habe ich auch mitgearbeitet, und zwar sehr fleißig.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das habe ich nie in Abrede gestellt. Ich wollte nur wissen, ob Sie im Zuge der Einweihung ins Geheimnis und nicht im Zuge des Kaufes der P.S.K. oder der Übertragung der P.S.K. eine außertourliche Remuneration erhalten haben. Also: Ob Sie im Zuge der Einweihung in ein Geheimnis, das ja für die Bank nicht ganz unwesentlich gewesen ist, eine Remuneration erhalten haben.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, habe ich nicht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Auch in einem späteren Zeitpunkt nicht? (*Mag. Winter-Reumann: Nein!*) – Offensichtlich also erst mit der Abfertigung selbst bei der einvernehmlichen Lösung im vergangenen Jahr?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Also das ist eine Unterstellung! Das kann ich so nicht hinnehmen!

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das war eine Frage!

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Warum sollte der neue Vorstand mich für etwas zahlen, was der alte verbockt hat? Das verstehe ich nicht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Dann verstehe ich den Sinn der einvernehmlichen Lösung nicht mehr. Seien Sie mir nicht böse.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Bank hat es angeboten – ich habe es angenommen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Na gut. Kommen wir zu einer anderen Frage. Die Verschmelzung BAWAG-P.S.K.: Was können Sie uns darüber erzählen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Verschmelzung BAWAG-P.S.K. – was genau wollen Sie da hören?

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wie war der Verschmelzungsvorgang? Was haben Sie zur Spaltungsbilanz zu sagen, und wie beurteilen Sie diese?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht kann man es im Sinne der Auskunftsperson ein bisschen präzisieren, denn wir wollen jetzt nicht den ganzen Verschmelzungsvorgang, der fünfeinhalb Jahre gedauert hat, sozusagen von der Pike auf hier geschildert bekommen. Das würde im Minimalfall wahrscheinlich ein Referat von viereinhalb Stunden werden.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Moment, Herr Vorsitzender! Ich habe nur zur Spaltungsbilanz als solcher gefragt. Aber ich werde meine Frage präzisieren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann fragen wir zur Spaltungsbilanz, bitte. Das ist ein Thema, keine Frage. Konkrete Fragen, die man auch beantworten kann mit wenigen Sätzen!

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich werde meine Frage noch präzisieren. In der Spaltungsbilanz ist die Beteiligung an der P.S.K. zurückgelassen worden in Form einer Verrechnungsverbindlichkeit in der Größenordnung von 1,4 Milliarden €. Ist das ein Vorgang, den Sie als kreativ oder als durchaus üblich ansehen? Oder wie würden Sie diesen Vorgang qualifizieren?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Also: Meiner Meinung nach war das nicht der Beteiligungsansatz, weil der Beteiligungsansatz ist untergegangen, sondern das war eine Verrechnungsverbindlichkeit, die aus der P.S.K. resultiert hat. Ich habe das nicht hinterfragt, ich bin nicht für die Bilanz zuständig.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Nicht für die Bilanz zuständig. Es war eine Verrechnungsverbindlichkeit, die sozusagen bei der AVB, sprich der BAWAG-alt, verblieben ist in der Größenordnung von 1,4 Milliarden €. Und auf der Gegenseite, auf der Aktivseite, waren eben die entsprechenden Anteile an den verbundenen Unternehmen in ähnlicher Größenordnung verbucht. Aber Sie hatten mit diesen Vorgängen nichts zu tun?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich meine, es war mir bekannt, dass die Verrechnungsverbindlichkeit zurückgeblieben ist, aber es hat nicht zu meinem Aufgabenbereich gehört.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Na ja, das wollte ich von Ihnen nur wissen. Wenn es nicht Ihre Aufgabe ist – okay, dann ist es nicht Ihre Aufgabe. – Danke sehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben „Stiefelkönig“ erwähnt. – Waren Sie auch mit dem Beteiligungsmanagement Bösendorfer befasst? (*Mag. Winter-Reumann: Ja!*) – Wie hat sich das in den Jahren 2000 bis 2002 dargestellt? Ich muss vorausschicken, ich weiß nicht genau, wann hier welche Beteiligungen vorgelegen haben. Wann ist denn das überhaupt im Eigentum der BAWAG gestanden?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Bösendorfer? – Ich würde sagen, aber das ist jetzt so ein Schuss aus der Hüfte, 2001 oder 2002. Das war ganz sicher noch unter Elsner, weil ich kann mich genau an den Auftrag von Elsner erinnern. Da hat er mich gerufen und hat mir gesagt: Frau Winter, wir kaufen Bösendorfer – das ist der Kaufpreis, und machen Sie es nicht zu kompliziert!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aha. Elsner ruft Sie und sagt ... – Welche Vorgaben hat er da gemacht, außer dass es nicht zu kompliziert sein soll? Den Kaufpreis hat er genannt?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Den Kaufpreis, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie hoch war der, bitte?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das waren 21 Millionen €, und dann sind aber noch die Markenrechte dazugekommen. Das muss in Summe ungefähr 23 Millionen € gewesen sein. Wie gesagt, ich verweise auf mein schlechtes Zahlengedächtnis, aber ungefähr in dieser Größenordnung muss es gewesen sein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat Elsner irgendetwas zum Ausdruck gebracht, woraus zu schließen wäre, wer mit ihm darüber gesprochen hat, dass es sinnvoll sei, dass die BAWAG sich jetzt bei Bösendorfer – ich nehme an, zu 100 Prozent, wenn ich das richtig im Kopf habe (*Mag. Ingrid Winter-Reumann: Zu 100 Prozent!*) – engagiert? – Sagen wir es einmal so.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Darin war ich nicht involviert. Ich habe dann den Auftrag bekommen, es durchzuführen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie den Herrn Generaldirektor gefragt, wieso gerade die BAWAG, Bank für Arbeit und Wirtschaft, sich jetzt der „Klaviererei“ annimmt?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Es war nicht opportun, Elsner solche Sachen zu fragen. Da ist er relativ leicht wütend geworden. Aber zu seiner Ehrenrettung muss ich sagen, dass uns das sehr viel Goodwill gebracht hat. Es haben mich dann Leute angesprochen, von denen ich nie erwartet hätte, dass sie sagen: Das war aber eine gute Geschichte, dass die BAWAG das gemacht hat!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich will das ohnehin gar nicht weiter werten, aber Sie haben jedenfalls keine Wahrnehmungen dazu, welche Motive oder Anlassgründe Generaldirektor Elsner gehabt hätte? (*Mag. Winter-Reumann: Nein!*) – Das ist auch noch ein Nebenaspekt, der sich wieder bestätigt: Das Arbeitsklima und das Verhältnis zum Herrn Generaldirektor war so, dass es auch nicht besonders opportun oder dem Gesprächsklima förderlich gewesen wäre, solche Fragen zu stellen. Können wir das so festhalten?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das kann man so festhalten. Er war etwas aufbrausend.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie kennen ja den Prüfbericht 2001. Zumindest, haben Sie gesagt, dürften Sie ihn irgendwann einmal gelesen haben, weil Sie ihn zur Stellungnahme bekommen haben.

Ich habe jetzt ein paar Fragen an Sie. Gleich auf Seite 3 dieses Prüfberichtes hält der Nationalbankprüfer fest – und jetzt zitiere ich den vorletzten Absatz –:

Im Bereich Beteiligungsmanagement –

dem Sie vorgestanden haben –

konnten durch die Prüfer auf Grund eines eingeschränkten Informationsflusses keine materiellen Prüfungshandlungen vorgenommen werden.

Und weiter heißt es: Wesentliche Fragen wurden im Hinblick auf die hohe Sensibilität der diesbezüglichen Engagements im Rahmen einer Informationsweitergabe seitens Direktor Mag. Schatzer an Amtsleiter Direktionsrat Peter Mayerhofer – das war der Prüfer – behandelt.

Warum haben Sie den Prüfern keine Unterlagen zur Verfügung gestellt?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Wir haben den Prüfern Unterlagen zur Verfügung gestellt. Ich habe die Frage von den Prüfern entgegengenommen, habe sie ausgearbeitet, bin damit zu meinem Chef gegangen, und der hat sie angeschaut.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer ist der Chef gewesen in diesem Punkt?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Zwettler. Und er hat gegebenenfalls Änderungen vorgeschlagen, aber ich kann Ihnen nicht sagen, welche. – Nicht vorgeschlagen, sondern gesagt: Das machen wir so und so. Und dann habe ich das aufgetragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, in der Form, wie es hier steht, vom Nationalbankprüfer festgehalten, konnten von den Prüfern auf Grund eines eingeschränkten Informationsflusses keine materiellen Prüfungshandlungen – das ist ja ein Vorwurf: keine materiellen Prüfungshandlungen – vorgenommen werden. Der stimmt so nicht?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: So kann ich das nicht sagen, weil ich das nicht weiß, weil ich da offensichtlich manipuliert wurde.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Moment: Von wem wurde manipuliert?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Na ja, ich nehme an, von meinem Chef, weil mein Chef hat mir über die Investments gesagt, das soll ich an den Vorstand verweisen. Mein Aufgabengebiet war sozusagen, die Offshores zu erläutern, aber die Investments sozusagen soll ich an den Vorstand verweisen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, es stimmt doch, was drinnen steht: Dass das Beteiligungsmanagement keine materiellen Prüfungshandlungen zugelassen hat infolge nicht übermittelter Unterlagen?

Oder ein anderer Satz, auf Seite 16, der auch sehr bezeichnet ist vielleicht in diesem Zusammenhang; da wird es nämlich jetzt noch griffiger in dem Punkt. Da schreibt der Prüfer – sprich: das ist der Bericht der Nationalbank, erster Satz auf Seite 16 des Prüfberichtes 2001 –: Die zu Prüfbeginn angeforderten Auflistungen der Geschäfte mit Offshore-Gesellschaften blieb die BAWAG bis Prüfungsende schuldig. – Zitatende.

Sind bei Ihnen Unterlagen angefordert worden?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich kann mich nicht erinnern. Aber wenn sie drinnen stehen, werden sie angefordert worden sein. Und wenn ich sie nicht hergegeben habe, dann habe ich sie auf Weisung von Zwettler nicht hergegeben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. Es ist mehrfach bei Ihnen urgiert worden?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das kann ich mich auch nicht erinnern. Weiß ich nicht mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es tritt wieder das Vergessen sein, die Erinnerungslücken immer dann, wenn es spannend wird.

Gut. In dem Zusammenhang haben Sie keine Erinnerungen mehr im Detail. Aber Sie können sich erinnern, dass Sie keine direkten Informationen oder Unterlagen weitergegeben haben, sondern immer alles Zwettler gegeben haben. Und was der damit gemacht hat, wissen Sie nicht.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, nein, so war das nicht! Das stimmt nicht, das habe ich nicht gesagt, sondern der Herr Zwettler hat sich die Sachen angeschaut.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und was ist dann passiert mit den Sachen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich habe sie hinaufgetragen zu den Prüfern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also haben die Prüfer Unterlagen bekommen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Prüfer haben Unterlagen bekommen, aber möglicherweise nicht alle, die sie wollten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hier steht: sind schuldig geblieben. Und: keine materiellen Prüfungshandlungen. Wir überprüfen hier in diesem Ausschuss: Wie hat denn die Finanzmarktaufsicht – und Prüfer sind Teil der Finanzmarktaufsicht – funktioniert? Das ist für mich schon sehr entscheidend, und daher bitte ich Sie, sich zu konzentrieren und sich daran zu erinnern: Haben Sie Unterlagen übergeben, dass materielle Prüfungshandlungen vorgenommen werden konnten, oder haben Sie keine Unterlagen übergeben?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Was sind materielle Prüfungshandlungen zum Beispiel?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Materielle Prüfungshandlungen – ich bin nie dabei gewesen bei einer Bankprüfung, das sage ich auch dazu – sind eher solche Handlungen, würde ich einmal definieren, wo man den Prüfern Einblick gewährt in die Unterlagen, sprich: Wenn die sagen: Zeigen Sie mir die Unterlagen im Beteiligungsmanagement zu den Offshore-Geschäften oder zu sonst irgendetwas!, dass Sie sagen: Schauen Sie, da sind die Akte, da können Sie sich bedienen. Wenn Sie Hilfestellung brauchen, weil Sie irgendwo was nicht verstehen, stehen wir Ihnen mit der gesamten Abteilung zur Verfügung.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: So war das sicher nicht, sondern ich bin gerufen worden und habe die Fragen entgegengenommen. Dann habe ich sie eben, wie gesagt, ausgearbeitet, so wie ich mir das halt vorgestellt habe, und dann sind sie zu Zwettler gekommen, ich habe sie mit ihm besprochen. Und wenn etwas nicht weitergegeben wurde, was die Prüfer verlangt haben, dann ist das auf Weisung von Zwettler passiert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt noch einmal, weil hier steht, im Bereich Beteiligungsmanagement konnten durch die Prüfer keine materiellen Prüfungshandlungen vorgenommen werden, und ein paar Seiten später steht, weil ihnen Unterlagen vorenthalten wurden. Ist das so richtig, oder kann es auch sein, dass sie schon hätten können, oder? Wenn der Prüfer vor Ihnen steht und sagt: Lassen Sie mich einschauen? Sie kennen das Bankwesengesetz in diesen Belangen, was man alles der Aufsicht gegenüber tun muss, nehme ich an, oder? Haben Sie sich das je angeschaut? Ich meine, da geht es nicht um viele Zahlen, sondern da geht es um Texte.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Da geht es um Texte. – Also prinzipiell, glaube ich, muss man ihnen alles geben, was sie verlangen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Richtig. Das steht sinngemäß so drinnen im Bankwesengesetz: Man muss ihnen alles geben. Und jetzt ist das entscheidende Merkmal – und daher bitte ich Sie wirklich, auch genau nachzudenken –: Haben die Unterlagen verlangt, die Sie ihnen nicht gegeben haben, und schreiben die deshalb hinein: Wir konnten keine materiellen Prüfungshandlungen machen!, weil ihnen Unterlagen, obwohl sie verlangt wurden, bis zuletzt nicht vorgelegt wurden? So steht es im Prüfungsbericht drinnen. Und daher: Ist es richtig, was das steht, oder ist das falsch? Haben die vielleicht nie etwas verlangt?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann mich beim besten Willen nicht erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Waren die jemals in Ihren Räumlichkeiten des Beteiligungsmanagements?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Auch das kann ich Ihnen nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben gesagt, Sie haben nur **eine** Prüfung je erlebt. Und da haben Sie sich nicht gemerkt, ob die bei Ihnen im Zimmer gesessen sind?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Also prinzipiell haben sie ein Prüferzimmer gehabt. Das war im Stock darüber. Aber ob da jetzt jemand einmal bei mir gewesen ist oder nicht, kann ich Ihnen nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es geht mir nicht darum, ob jemand 10 Minuten auf einen Kaffee vorbeischaute, sondern ob materiell Prüfungshandlungen **vor Ort** durchgeführt wurden, so wie es im Bankwesengesetz drinnensteht. Um eine Vor-Ort-Prüfung zu machen, muss ich vor Ort, sprich dort hingehen, wo die Akten stehen. Waren die je bei Ihnen und haben dort tagelang geprüft? Das ist ja ein Bericht – das muss Ihnen ja auffallen!

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich glaube nicht, dass sie bei mir waren. Aber ich kann es nicht mit 100-prozentiger Sicherheit sagen. Ich meine, sie können sich ja natürlich auch die Akten bringen lassen, oder?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Freilich können sie sich die Akten bringen lassen. Aber ich bin überzeugt, wenn die die ganzen Offshore-Geschäfte, Beteiligungsmanagement haben wollen, dass Ihnen das erinnerlich geblieben wäre, wenn Sie die Unterlagen in ein anderes Haus oder gar in ganz andere Stockwerke oder sonst etwas tragen. Oder? Da hätten Sie sicher zum Hörer gegriffen und hätten gesagt: Hören Sie, das ist eigentlich so viel, kommen Sie lieber her, bevor wir das dorthin tragen, weil wer weiß, ob sie dann wieder dort stehen, wo sie hingehören?!

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Es tut mir leid!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Im Prinzip ist es egal. Sie könnten alle Unterlagen nehmen und dort hintragen, wo der Prüfer sitzt. Und wenn der fünf Häuser weiter sitzt, ist das egal.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, nein. Der ist einen Stock darüber gesessen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Oder einen Stock darüber. – Ist das passiert, dass Sie die Unterlagen genommen haben, Offshore-Geschäfte, Beteiligungsgeschäfte, und zu den Prüfern getragen haben? (*Mag. Winter-Reumann: Welche?*) – Aus dem Beteiligungsmanagement. Der Prüfer sagt, es sind **keine Unterlagen** zur Verfügung gestellt worden. Und Sie sagen, Sie können sich nicht erinnern, ob Sie Unterlagen hingetragen haben.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich kann mich wirklich nicht erinnern. Es tut mir leid. Organigramme haben wir gemacht, die habe ich hingetragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das sind ja keine Unterlagen! Die stehen auch im Internet.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, im Internet steht das nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bei einer guten Firma schon, aber egal. Ich will mich da nicht verzetteln. Es geht um materielle Prüfungshandlungen – genau darum geht es! Die OeNB geht heute her und sagt: Uns ist deswegen dieses Ganze – diese Malversationen und Ähnliches – nicht aufgefallen, weil man uns die Unterlagen zur Prüfung nicht übergeben hat. Und daher ist das entscheidend!

Für mich ist das so: Wenn Sie die Unterlagen hingegeben haben – wenn auch nur teilweise –, und die schreiben dann das Falsche hinein, und Sie bekommen den Bericht zur Stellungnahme, so wäre Ihnen das doch damals, im Jahr 2001, aufgefallen, wenn da steht: Keine materielle Prüfungshandlungen konnten vorgenommen werden, weil uns die Unterlagen vorenthalten wurden, trotz Urgenz.

Wäre Ihnen das aufgefallen, wenn Sie es damals gelesen hätten? – Ich meine, da wird ja Ihre Abteilung oder Ihr Bereich angeschüttet!

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ja, ja, ist mir schon klar! Ja, mittlerweile ist mir das klar.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das fällt einem doch auf! Da ist man elektrisiert! – Wenn schon sonst nicht die Alarmglocken der Republik läuten – wenn ich Bereichsleiter bin und ich lese, ich werde da mit allen Leuten „hinausgehängt“, dass wir keine Unterlagen zur Verfügung gestellt haben, und ich habe aber Unterlagen zur Verfügung gestellt, dann läuten wenigstens *meine* Alarmglocken!

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Wie gesagt, ich kann Ihnen nicht genau sagen, wie das war mit den Investments. Dass Zwettler gesagt hat, wenn die mich nach den Investments fragen, soll ich an den Vorstand verweisen, aber ich meine ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und ob Unterlagen herausgegeben oder geprüft wurden, wissen Sie eben nicht mehr?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, es tut mir leid. – Ich bemühe mich, aber ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben gesagt, Zwettler hat sich enorme Zinssätze erwartet. (*Mag. Winter-Reumann: Ja!*) – In welcher Größenordnung hat er sich die erwartet, an die Sie selbst nicht geglaubt haben?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: 8 bis 10 Prozent bei den Alternative Investments.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und was war so branchenüblich, was man da einstellt?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich kann auch nicht sagen, was branchenüblich war, ich kann nur sagen, was ich gesehen habe – und das war weit davon entfernt. Weil Alternative Investments sind meiner Meinung nach hochspekulative Papiere – das habe ich dann auch 2006 erstmals laut sagen dürfen. Ich bin dafür auch gerügt worden, aber ich habe es vorher mit Treasury abgestimmt.

Also, von der Eingliederung von Investments her sind Alternative Investments sicher Hochrisiko-Investments.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Vier-Augen-Prinzip gilt ja auch im Beteiligungsbereich, weil es ja zur Bank zugehörig ist, steht im Bankwesengesetz. –

Wie ist denn das in Ihrem Bereich gehandhabt worden? Mit wem haben Sie im Vier-Augen-Prinzip gefertigt: mit Zwettler oder auch mit Stellvertretern oder anderen in Ihrer Abteilung? Wie war denn da die Regelung?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Prinzipiell einmal mit dem Mitarbeiter, der mit dieser Gesellschaft befasst war, also mit dem zuständigen Sachbearbeiter, aber natürlich zum Teil auch mit Mitgliedern des Vorstandes. – Hauptsache, es waren zwei Unterschriften drauf.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, das wäre zu wenig, nicht? – Nach dem Bankwesengesetz ist es nicht Hauptsache, es sind zwei Unterschriften drauf, sondern Hauptsache ist, dass die zwei, die unterschreiben, auch wissen, was sie unterschreiben. – Dass es anders gelebt wird, mag ja so sein. – Gut, da brauchen wir keine Bewertung, weil das ist ohnehin hinlänglich bekannt.

Welche Rolle hat die Innenrevision gespielt? Ist das Beteiligungs-Management zu Ihrer Zeit, als Sie Bereichsleiterin waren, jemals von der Innenrevision angeschaut worden?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die CPDs sind sicher angeschaut worden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Entschuldigung, das habe ich nicht verstanden.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: CPDs. Das sind Hilfskonten, über die es offensichtlich relativ leicht ist, Sachen zu ziehen: Also, wenn jemand böswillig ist, fällt es bei einem CPD vielleicht am wenigsten auf. – Die sind regelmäßig angeschaut worden, aber ansonsten ... – Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Ich glaube schon, dass wir einmal geprüft worden sind, aber was da geprüft wurde, weiß ich jetzt nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sind die Offshore-Geschäfte im Beteiligungs-Management angeschaut worden?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Offshore-Geschäfte sind nicht angeschaut worden, nein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sind nicht angeschaut worden?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Meines Wissens nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In der Zeit, als Sie Bereichsleiterin waren – von wann bis wann war das; helfen Sie mir noch einmal, weil das habe ich mir jetzt nicht gemerkt?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: 1995 bis 2006.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, im Jahr 2006 ist es dann schon angeschaut worden, nicht?, nachdem die „Partie“ aufgefliegen ist, aber in den zehn Jahren, in denen Sie Bereichsleiterin waren, hat sich die Innenrevision diese Beteiligungsgeschäfte nie angeschaut. – Ist das richtig?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich will jetzt niemandem Unrecht tun, aber ich glaube nicht, dass es so war. Ich kann mich nicht ... – Nein, ich glaube nicht, dass es so war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat es eigentlich einen Prüfplan der Innenrevision gegeben, wo man so turnusmäßig einmal draufsteht, oder ist die nur anlassbezogen vom Vorstand eingesetzt worden?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das kann ich nicht sagen, weil das ist ein anderer Bereich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, aber üblicherweise ist es ja so: Wenn man in einer Bank ist, man ist selbst Prokuristin, man ist Bereichsleiterin, man hat einen

gewichtigen Posten – viele sagen, das war die „Bank in der Bank“, dort wurde alles zugedeckt, sagen wir das jetzt einmal so –, dann interessiert mich das schon, wann ich routinemäßig bei der Innenrevision am Prüfplan stehe. Wenn man sich ein bisschen interessiert: Da gibt es eine Innenrevision ... – Oder gab es so etwas nicht: einen Prüfplan, wo man routinemäßig draufsteht? Und darüber hinaus gibt es noch Risiko-Prüfung, Malversations-Prüfung, anlassbezogene Prüfung und ähnliches mehr.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Also, ich weiß es nicht. Es tut mir leid.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das stellt der Nationalbankbericht ja auch fest: dass die Innenrevision nicht bis gar nicht vorhanden war, zumindest nicht State of the Art, wie es in einer Bank üblich ist. – Aber das war schon 1994 so.

Können Sie sich daran erinnern, dass die Innenrevision im Bericht 2001 sehr massiv kritisiert wird – oder die Revision generell, auch die Konzernrevision und Ähnliches?

Im Wesentlichen gibt es zwei große Bereiche, die im OeNB-Bericht kritisiert werden, wo insgesamt 19 Verstöße nach dem Bankwesengesetz festgestellt werden: das ist das Beteiligungsmanagement und das ist die Innenrevision.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich habe es sicher gelesen, aber es tut mir leid, ich kann dazu nichts sagen. Es ist auch nicht ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gehen wir ein anderes Thema an: Refco ist ja auch eine Beteiligung gewesen. (*Mag. Winter-Reumann: Ja!*) Über wen ist denn das gelaufen, die Überweisungen von Refco?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Überweisungen von Refco? In der Bank?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Oder schränken wir es ein auf ...

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Im Treasury kommen die herein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja schon, aber jetzt bleiben wir bei der besagten 438 Millionen Sonntag- oder Montag-Überweisung. (*Mag. Winter-Reumann: Die 350?*) – Oder 350 Millionen, ja. Dieser Riesen-Betrag: Ist das über das Beteiligungs-Management gelaufen? (*Mag. Winter-Reumann: Nein!*) – Haben Sie davon gewusst, dass das überwiesen wird – im Vorfeld?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Also, „im Vorfeld“ ist gut gesagt. – Es war so, dass ich Zwettler am 10. Oktober getroffen habe, und wir sind nach Genf geflogen. – Und siehe da!, er hat mir am Flughafen gesagt, er kommt praktisch mehr oder weniger direkt aus der Bank, weil sie einen Kredit an Refco über 350 Millionen genehmigt hätten. Und da hätten eigentlich schon alle Alarmglocken läuten müssen – sie haben aber nicht geläutet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bei wem?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Bei mir! Weil 350 Millionen an Refco? – Das ist meiner Meinung nach sehr viel gewesen, und ich war mir auch nicht sicher, ob das in den vorhandenen Linien gedeckt war.

Aber am nächsten Tag war es dann so, dass ein Anruf für Zwettler gekommen ist, dass **Phil Bennett** als **CEO** hinausgeflogen ist, und da hat Zwettler mir gesagt: Frag die Frau Zartler, was sozusagen – wir haben ja gleichzeitig auch Geld über Refco geschickt – mit unserem Geld ist, sozusagen mit dem Geld, das wir in der Hand gehabt haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also das Beteiligungsmanagement, oder?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ja, 670 Millionen aus ... – Also es waren Buchungen im Gefolge der Fusion. Und ich rufe die Frau Zartler an und frage sie: Sind unsere Zahlungen schon durch? Und sie sagt: Nein, Frau Winter, der Vorstand hat ja den Auftrag gegeben, 350 an Refco zu überweisen, und das geht vor, sagen mir die im Treasury! Und da habe ich mir gedacht – entschuldigen Sie, das ist nicht druckreif –: Nein, so deppert darf man nicht sein!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, 650 (*Mag. Winter-Reumann: 670!!*) wollte man darüber hinaus auch noch überweisen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, nein, die 670 sind im Kreis gelaufen. Das war sozusagen, um die Aufwertungen darzustellen und dann die Wertberichtigungen daraus sozusagen abschreiben zu können. Diese Buchungen von den 670 Millionen sind ja wieder in der Bank gelandet, nur sind sie auch über Refco gezogen worden. Ich meine, die ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das waren die Zahlungen, oder das waren die Buchungen über die Bank in der Slowakei, oder? Die Tochter in der Slowakei?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ja, auch.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, da hat man Buchungen, die man ziehen wollte, auf verschiedene Tochterfirmen aufgeteilt? Oder wie war das? Erzählen Sie uns das!

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Die Buchungen sind deshalb über die Slowakei erfolgt, weil das gebührenrechtlich opportun war. Das heißt, der Platz der Überweisung sollte nicht Österreich sein, wenn ich mich richtig erinnere.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Weil damit man auch der Aufsichtsratspflicht letztlich entgeht, oder?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das hat meiner Meinung nach nichts mit der Aufsichtsratspflicht zu tun gehabt, sondern allein mit dem Gebührengesetz.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, kann ich mir auch gut vorstellen. Aber damit kann man auch aufsichtsratspflichtige Geschäfte vielleicht leichter darstellen – oder gar nicht darstellen –, wenn man sie über Tochterfirmen sieht.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Dazu kann ich nichts sagen. – Ich war der Meinung, das ist wegen dem Gebührengesetz.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist auch immer ein Grund.

Sie waren ja auch Verwaltungsrat von einigen Firmen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ja, in der Austost.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, und? Ist das dort entlohnt gewesen? (*Mag. Winter-Reumann: Nein!*) – War mit umfasst mit dem Gehalt, das man hatte?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich hab viele Funktionen gehabt. Eine zeitlang war ich, weiß ich nicht, von 50 Firmen Geschäftsführer. Das ist alles nicht entlohnt worden. Das war alles sozusagen im Rahmen der Funktion inkludiert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Flöttl hat gesagt, dass man ihm gegenüber immer betont hat, dass die Bank eine über die Funktion einer Bank hinausgehende politische Funktion auch vollzieht, und damit auch Flöttl, weil der ja indirekt für die Bank etwas getan hat. Man muss halt, meinte er halt, Parteienfinanzierungen oder anderes auch mittragen. Ist Ihnen da je was aufgefallen, dass da Parteien, parteinahe Organisationen, sag ich jetzt, finanziert wurden, besser behandelt wurden

(Mag. **Winter-Reumann**: *Nein, weiß ich überhaupt nicht!*) – oder angewiesen wurden, dass Inserate zu schalten sind, oder dass das Donauinsselfest zu finanzieren ist? Wissen Sie etwas darüber?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, das ist alles nicht mein Bereich. Wenn, dann sind das ganz andere Bereiche, Werbung oder sonst etwas. Nein, absolut nicht! Ich bin auch nicht für Kredite sozusagen an Nicht-Konzernmitglieder zuständig gewesen. Ich weiß darüber absolut nichts. Ich kann nichts sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, es gibt ja auch Plaudereien und Tratsch in manchen Firmen.

Sie haben gesagt, es war der Herr Schatz natürlich auch in Kenntnis von diesen Verlusten, sowie Herr Schmidt, der hat die Bilanzen gemacht. Ist das richtig? Er war Buchhaltungs- und Bilanz ...?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das stimmt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und darüber hinaus noch Herr Schatzer, der war der Chef vom Controlling? (Mag. **Winter-Reumann**: *Ja!*) – Und Sie? (Mag. **Winter-Reumann**: *Ja!*) – Das heißt, das waren alles Bereiche, die dem Zwettler zugeordnet waren. Ist das richtig? (Mag. **Winter-Reumann**: *Ja!*) Hat es über diesen Bereich außerhalb des Zwettler-Bereiches noch andere Bereiche gegeben, wo es jemanden gegeben hat, der das wusste?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Von *mir* nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nicht von Ihnen, aber Sie wussten ja, dass der im Controlling das weiß und so weiter. Haben Sie mit denen einmal darüber geredet, unter vier Augen, sechs Augen, acht Augen? Ich meine, wenn das drückt – ganz wenige Mitwisser –, kann man ja mit den Mitwissern vielleicht reden. Haben Sie da je gesprochen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Sicher haben wir immer wieder gesprochen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also in dem Verhältnis ist schon gesprochen worden?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: In dem Verhältnis ist schon gesprochen worden. Aber von mir aus *nie* außerhalb dieses Kreises.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, aber die, die davon wussten, haben sich schon darüber unterhalten? (Mag. **Winter-Reumann**: *Unterhalten?*) – Hinter vorgehaltener Hand vielleicht?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Na ja, ich nehme nicht an, dass es meinen Kollegen besser gegangen ist als mir.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, es gab ja auch im Vorfeld anonyme Anzeigen gegen die Führung der BAWAG. Offensichtlich haben das leitende Angestellte gemacht, aber die sind bis heute namentlich nie erschienen. Das heißt, ein paar mutige, zumindest anonym, hat es ja gegeben.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich habe keine Ahnung, wer das gewesen sein könnte.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist Ihnen aber diese Anzeige bekannt, oder?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Natürlich, *jetzt* ist sie mir aus den Medien bekannt. Damals war sie mir nicht bekannt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Damals nicht? Ist damals nicht darüber gesprochen worden in der Bank? (Mag. **Winter-Reumann**: *Nein!*) – Welche Funktion hat Herr Legradi gehabt?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Herr Legradi ist zuerst in die Beteiligungen gekommen und hat dort gearbeitet, und von den Beteiligungen ist er ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, er war bei Ihnen Mitarbeiter?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Mitarbeiter – nein, nein, nicht bei mir, da war Zwettler noch.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da war er ein Kollege von Ihnen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Da war er ein Kollege von mir. Dann ist er Generalsekretär vom Generaldirektor Elsner geworden, und dann hat er (*phonetisch!*) Pick beerbt; das war Marketing und so, für das war er dann zuständig. Und als wir dann die P.S.K. gekauft haben, ist er dort Vorstand geworden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War er in der Zeit, zumindest bis er zu Werbung, Marketing und Ähnlichem und dann in die P.S.K. gegangen ist, auch einer von den Wissenden, so wie Nakowitz? Ich meine, der wurde auch ziemlich protegiert – stimmen Sie mir da zu? – von Elsner und Zwetter, hat eine Klasse Bilderbuch-Karriere gemacht, war der Vorgänger als Generalsekretär von Nakowitz (**Mag. Winter-Reumann: Richtig!**), der Ihnen gegenüber illoyal war (**Mag. Winter-Reumann: Ja!**), aber den anderen gegenüber loyal.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Also, wenn der Sinn der Frage sein soll, ob der Legradi was gewusst hat: Ich weiß es nicht. Also von mir hat er sicher nichts gewusst, und ich kann es mir auch nicht vorstellen, dass er es gewusst hat. Ich kann dazu nur sagen: Ich weiß es nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie sind übergegangen worden bei vielen Entscheidungen, haben Sie uns heute ja auch schon verdeutlicht.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: 1995 bis 1997.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: 1995 bis 1997. Sie wurden zum Teil nur rudimentär informiert. Warum haben Sie sich nicht gewehrt dagegen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Sind Sie jemals Nachfolgerin Ihres eigenen Chefs geworden? (**Obmann Dr. Graf: Ja!**) – Das war heftig!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn Sie mir die Frage zurückstellen, sage ich Ihnen: ja. Ich habe ja auch meine Schwierigkeiten.

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das war sehr, sehr heftig. Es war so, dass der Herr Zwettler die Abteilung noch eine geraume Zeit mitgeleitet hat. Das war sehr, sehr mühsam für mich. Es hat in meinem Freundeskreis Leute gegeben, die gesagt haben: Hör' auf damit, lass das, du stehst das nicht durch. – Er hat natürlich immer alles besser gewusst als ich in dieser Zeit, bis er dann keine Zeit mehr gehabt hat, sich um jedes Detail zu kümmern. Aber er hat mich zum Beispiel auch gerufen, um mir zu sagen, dass eine Kontokondition zu ändern wäre. Und ich habe ihm dann gesagt: Das mache ich nicht, das hat der Kunde nicht verlangt! Er hat sich um solche Sachen gekümmert, wirklich um winzige Kleinigkeiten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, die Frage ist ja auch: Wer ist de facto der Mastermind gewesen in dieser Geschichte? Heute ist es so, dass alle auf den Elsner abladen; wird sicher auch einer sein. Was würden Sie sagen? War es Zwettler oder war es Elsner?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das kann ich Ihnen nicht sagen; das kann ich Ihnen wirklich nicht sagen. Ich warne nur, Herrn Elsner zu unterschätzen. Wir haben immer gesagt, das ist ein „Schnellgneißer“, aber wer wirklich der Mastermind war, kann ich

Ihnen nicht sagen. – Wirklich, bitte, ich meine, man hat ihm etwas erklärt, und er hat sofort den Kern gewusst.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das wissen wir schon, dass er durchaus Potential gehabt hat. Wir können uns auch vorstellen, dass er irrsinnige Energie aufwenden musste, um all dies niederzuhalten, damit es nicht früher aufbricht. Dazu braucht man aber auch Leute, die oft nichts hinterfragen. Darum geht es ja. Dass er alles allein gemacht hat, kann ich mir fast nicht vorstellen. Und die Befragung zeigt jetzt auch: Das ist alles im Bereich Zwettler passiert, und das Zudecken ab 2001 ist auch im Bereich Zwettler passiert. (Mag. **Winter-Reumann:** Ja!)

Es gibt ja zwei Handlungen: Das eine sind die Malversationen bis 2000, das andere ist dann das Zudecken über Jahre hinweg. Bei den Malversationen kann man noch anderer Meinung sein, aber beim Zudecken mussten schon mehrere mitwirken. Und das haben Sie ja bestätigt, denn für uns war das neu, dass eigentlich sehr viele Leute ab 2001 wussten, dass dieser Schaden eingetreten ist. Das war für uns zumindest neu.

Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Machen wir kurz diese Bösendorfer-Geschichte fertig! – Sind Sie bei dieser Reise mit dem Herrn Generaldirektor und dem Herrn Bundeskanzler nach Bulgarien dabei gewesen? (Mag. **Winter-Reumann:** Nein!)

Herr Staatsanwalt Krakow hat hier zum Ausdruck gebracht, dass diese MobilTel-Transaktionen unter anderem dazu genutzt wurden, Verschleierungshandlungen bezüglich zuvor eingetretener Verluste aus den Sondergeschäften durchzuführen. Ist Ihnen zu diesen Vorgängen etwas bekannt?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: MobilTel war nicht in meiner Gestion, MobilTel war ein Fall der Großkunden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage Sie nur nach Ihren Wahrnehmungen, nicht, ob Sie damit befasst waren. Also es war einmal eine Angelegenheit bei den Großkunden, Kreditwesen offensichtlich? (Mag. **Winter-Reumann:** Ja!) – Sie waren nicht unmittelbar damit befasst. Haben Sie zu diesen Vorgängen etwas wahrgenommen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Was hätte ich Ihrer Meinung nach wahrnehmen sollen, was wollen Sie wissen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ob das ein Thema war in der Kollegenschaft oder bei den Vorstandsmitgliedern, dass die angepeilten Rückflüsse aus dem Geschäft zum Beispiel dazu dienen, dass sie in Stiftungen eingeschleust werden, die ihrerseits Schuldner bei der BAWAG waren, um mit diesem Geld wieder sozusagen schuldmindernd oder tilgend die Aktivseite der BAWAG zu verbessern?

Mag. Ingrid Winter-Reumann (nach Rücksprache mit ihrer Vertrauensperson):

Wir sind der Meinung, dass das dem Bankgeheimnis unterliegt. Ich kann darüber nichts aussagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das kommt alles hinten nach. – Aber die erste Frage ist: Haben Sie dazu Wahrnehmungen?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich kann es nicht sagen. Es kann sein ja, aber es kann auch ... – Ich weiß es nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn Sie keine Wahrnehmungen haben, dann, daran möchte ich schon erinnern, brauchen wir keinen Verweis auf das Bankgeheimnis.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber sie sagte gleichzeitig, es kann ja sein, und es kann alternativ offensichtlich nein sein. Also wie jetzt?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich kann mich nicht erinnern. Es tut mir leid.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie sich daran erinnern – nein, das ist falsch begonnen. In diesem Zusammenhang hat offensichtlich Herr Flöttl Überweisungen an Stiftungen getätigt, die Konten bei der BAWAG geführt haben. Ist Ihnen von Flöttl-Überweisungen etwas bekannt, die im politischen Auftrag der Bank erfolgt seien? Unter „politischem Auftrag“ verstehen wir hier, der Herr Vorsitzende hat es kurz angesprochen, dass Herr Flöttl die Aussage getätigt hat, manche Dinge hätte er deshalb machen sollen oder wollen, weil er ja vom Management der BAWAG, namentlich Nakowitz, darauf aufmerksam gemacht worden wäre, er solle jetzt dies oder jenes ruhig so machen, weil – und jetzt das wörtliche Zitat; quasi ein Vorhalt – die Bank ja auch einen politischen Auftrag hat. – Zitatende.

Haben Sie Wahrnehmungen darüber, dass aus dem Vorstand der BAWAG Flöttl sozusagen Aufträge – ja, nennen wir es Aufträge – bekommen hat, bestimmte Überweisungen zu tätigen, die dann wieder an die Stiftungen gegangen sind?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Ich habe darüber keine Wahrnehmungen, und ich habe auch mit Herrn Flöttl keinen persönlichen Kontakt gehabt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und Sie haben auch nie etwas davon gehört? (*Mag. Winter-Reumann: Nein!*) – Sie haben auch nie etwas davon gehört, dass Flöttl unter einem bestimmten Titel Herrn Altkanzler Vranitzky 1 Million – damals noch in Schilling – anzuweisen gehabt hätte?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Das habe ich aus Medien im Zuge der Aufarbeitung entnommen, damals habe ich nichts davon gewusst.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also außer das, was in den Medien stand, wissen Sie nichts. (*Mag. Winter-Reumann: Nein!*) – Dann kann man das natürlich auch lassen.

Ist Ihnen bekannt, dass eine Stiftung mit dem Namen **Galonia Etablissement** ein Konto bei der BAWAG hat?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Bei mir ganz sicher nicht; Galonia sagt mir gar nichts.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut – oder wie auch immer, das muss man nicht werten.

Dann habe ich noch abschließend eine Frage: Wer hat denn auf der anderen Seite im Jahr 2006 vermutlich verhandelt, als es um die einvernehmliche Auflösung Ihres Dienstverhältnisses ging? Wer war Ihr Gegenüber?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Unser Personalchef Dr. Müller.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe noch eine Frage: Herr Taus hat selbst gesagt, er hat in der Mobiltel-Geschichte nur treuhändig gehalten. Wissen Sie aus eigener Wahrnehmung oder aus Erzählungen, die man innerhalb der Bank führt, ob das vielleicht für Herrn Elsner oder für jemanden anderen aus der Bank gewesen ist, für den er treuhändig gehalten hat?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, das kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen. Keine Ahnung!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: **Können** Sie nicht oder **wollen** Sie nicht?

Mag. Ingrid Winter-Reumann: Nein, ich **kann** es nicht, weil ich es nicht weiß.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da es keine weiteren Fragen mehr gibt, ist Ihre Befragung zu Ende. Ich danke für Ihr Erscheinen!

*(Die Auskunftsperson **Mag. Ingrid Winter-Reumann** verlässt mit ihrer Vertrauensperson den Sitzungssaal.)*

16.09

Der Obmann **unterbricht** die Sitzung.

*(Die Sitzung wird um 16.09 Uhr **unterbrochen** und um 16.23 Uhr **wieder aufgenommen**.)*

16.23

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 16.23 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als nächste **Auskunftsperson** Herrn **Dr. Anton Stanzel** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Dr. Anton Stanzel** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann dankt Herrn **Dr. Anton Stanzel** für sein Erscheinen als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzlich gemachte falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Dr. Anton Stanzel: Mein Name: Dr. Anton Stanzel; geboren am 10.3.1939; wohnhaft in 1100 Wien, von Beruf: Pensionist, sofern man das als „Beruf“ bezeichnen kann.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf weist Dr. Stanzel als öffentlich Bediensteten darauf hin, dass er sich gemäß § 6 Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheit berufen dürfe, seine vorgesetzte Dienstbehörde von seiner Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden sei und keine Meldung gemacht habe, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit seiner Aussage für erforderlich halte. Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gelte auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 BWG unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen seien.

Der Obmann erinnert Dr. Stanzel an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung und fragt ihn, ob einer dieser Gründe bei ihm vorliege, was dieser **verneint**.

Der Obmann weist Dr. Stanzel auf die Möglichkeit hin, vor Eingang in die Befragung eine zusammenhängende Erklärung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen abzugeben, fragt ihn, ob er davon Gebrauch machen wolle, was Dr. Stanzel ebenfalls **verneint**.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Herr Dr. Stanzel, Sie waren Leiter der Sektion V im Finanzministerium. Ist es richtig, dass zu Ihrem Aufgabenbereich die Banken- und Versicherungsaufsicht, Exportförderung und Glücksspielaufsicht gehört

haben, und in welchem Zeitrahmen waren Sie während Ihrer beruflichen Tätigkeit mit diesen Agenden betraut?

Dr. Anton Stanzel: Das ist relativ schwierig abzuschätzen, Frau Abgeordnete, weil das natürlich sehr unterschiedlich war. Es hat Jahre gegeben, wo ich mich diesen Bereichen etwas mehr widmen musste, und Jahre, wo im Bankwesen weniger passiert ist. Ich würde generell meinen, dass ich etwa ein Drittel bis 40 Prozent meiner Tätigkeit für die Bankenaufsicht und Versicherungsaufsicht verwendet habe.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Welchen Umfang hat denn da etwa – da es sich bei der BAWAG nicht um eine in Österreich-Vergleichen „kleine“ Bank gehandelt hat – der Arbeitsaufwand Ihrer Einschätzung nach; vielleicht dann auch materiell-inhaltlich?

Dr. Anton Stanzel: Frau Abgeordnete, die BAWAG war im Jahr 1994 sicher sehr stark im Zentrum meiner damaligen Tätigkeit, vor allem in den Monaten März und April – ich glaube, es war April, wenn ich mich richtig erinnere –, als diese ganze Angelegenheit mit der so genannten Karibik 1 begonnen hat, wenn man das so sagen darf. Das war sicher ein ziemlich hoher Anteil, das ist keine Frage, weil ich damals auch die Funktion eines Vorsitzenden der Expertenkommission und gleichzeitig eben die Funktion des Sektionsleiters innehatte.

Sie wissen aber wahrscheinlich, Frau Abgeordnete, dass mich der Herr Bundesminister Ende Mai, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, von der weiteren Untersuchung der BAWAG entbunden hat, weil ich bis Ende 1993 Staatskommissär der BAWAG war und er die Auffassung vertreten hat, dass ich nicht die Prüfung von mir selbst, also die Prüfung in mir selbst durchführen sollte. Als dann der Prüfbericht abgeschlossen war und die entsprechenden Empfehlungen und Maßnahmen gesetzt wurden, hat mich der Herr Bundesminister irgendwann in der ersten Dezemberhälfte wieder eingesetzt, weil ja kein wie immer gearteter Vorwurf mir gegenüber bestanden hat. Aber bis zur Erteilung des Prüfungsauftrages an die Oesterreichische Nationalbank – das war eben, soweit ich weiß, bis gegen Ende Mai oder so –, bis dorthin war das ein Aufwand, der über der Hälfte meiner damaligen Tätigkeit lag.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Sie kennen sicher ganz bestimmte Vorhaltungen, dass Sie eine Nebenbeschäftigung als Non-Executive Director der Casinos Austria in Australien hatten.

Erste Frage: Wurde diese Nebentätigkeit genehmigt, und wenn ja, von wem?

Zweitens: Wie sehen Sie heute, quasi im Blick zurück, diese Beschäftigung, Tätigkeit?

Dr. Anton Stanzel: Das war eine Nebenbeschäftigung, Frau Abgeordnete, zwischen 1. November 1995 und etwa Ende Mai 1997, und diese Nebenbeschäftigung war genehmigt vom Bundesministerium für Finanzen, also von der zuständigen Präsidialsektion, nach § 56 Beamten-Dienstrechtsgesetz. Ich bin jetzt nicht ganz sicher, ich nehme an, dass Klima schon Minister war – oder auch nicht. Ich kann Ihnen offen gestanden jetzt nicht sagen, wer damals Bundesminister war, als mir das genehmigt wurde.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Hatten Sie in Ihren Tätigkeiten in irgendeiner Form auch Berührungspunkte mit der BAWAG? (*Dr. Stanzel: Verzeihen Sie?*) – Ob es in der Ausübung dieser Tätigkeit Berührungspunkte mit der BAWAG gegeben hat?

Dr. Anton Stanzel: In der Ausübung dieser Tätigkeit hat es überhaupt keine Berührungspunkte mit der BAWAG gegeben, weil die – ich kann das gerne noch dazusagen –, weil die Gestion Palästina, wenn Sie so wollen, also der Plan, in

Palästina ein Casino zu errichten, immer von Wien aus durchgeführt wurde und nicht von der australischen Tochter.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Herr Dr. Stanzel, ich nehme an, dass Sie auch damit befasst waren und es Ihnen wahrscheinlich noch erinnerlich ist, weil das ja nicht so häufig passiert; das geht allerdings auf den 24. November 1998 zurück, damals haben die Kollegen der grünen Fraktion, namentlich Van der Bellen und Petrovic, eine Anfrage an den Minister gestellt, in der es das erste Mal meines Wissens, glaube ich, unter dem Titel „Pannen der Kontrolleure“ um Versagen der Bankenaufsicht ging: In der Frage 9 – wir haben gute Mitarbeiter – wurde quasi Ihre Kompetenz als Leiter der Bankenaufsicht angezweifelt. Ist Ihnen das erinnerlich, und in welcher Form haben Sie sich an dieser Anfragebeantwortung beteiligt?

Dr. Anton Stanzel: Ich muss Ihnen offen gestehen, dass ich mich an diese konkrete Anfrage seitens der Grünen nicht mehr erinnern kann. Dass es generell immer wieder natürlich Angriffe gegen eine Behörde gibt, gehört bis zu einem gewissen Grad zum Geschäft, um es so zu sagen. Ich persönlich habe nie ein Problem mit diesen Angriffen gehabt, weil ich der Meinung war, dass wir eine sehr gute und sehr ordentliche Arbeit gemacht haben, und weil Bankenaufsicht nie darin bestehen kann, bis zum letzten Moment zu verhindern, dass irgendwo etwas geschieht. Das ist unmöglich, das ist dasselbe wie bei der Verkehrspolizei: Man kann einen Unfall nicht verhindern.

Bankenaufsicht ist – aber ich will hier keinen Vortrag halten – im Grunde genommen eine Systemaufsicht. Das heißt, wenn das Finanzsystem als solches zusammenbrechen würde, dann hätte die Bankenaufsicht versagt. Einzelfälle wird man auch mit einer noch so schönen Bankenaufsicht, auch wenn sie 2 000 Leute anstellen, nie verhindern können. – Wenn man einen Systemzusammenbruch nicht verhindern kann, dann müsste man sich wirklich Vorwürfe machen.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Ich denke, Sie werden aus Interesse auch die letzten Jahre – also auch im Ruhestand – beobachtet haben. Was da auffällt, ist schon eine Zunahme der Häufigkeit von – ich will den Begriff „Skandal“ nicht strapazieren – „Vorgängen“ innerhalb von Banken und im Versicherungswesen. Hat sich das aus Ihrer Sicht zufällig gehäuft, oder gibt es da Systemfehler?

Dr. Anton Stanzel: Frau Abgeordnete, das ist, wenn man in Pension ist, sehr, sehr schwer zu beurteilen, weil ich ja im Grunde genommen nur die Möglichkeit habe, mich medial zu informieren. Mich – ich sage es Ihnen ganz offen – interessiert zum Beispiel außerordentlich, welche Ergebnisse dieser Ausschuss haben wird, und mich interessiert auch, welche Ergebnisse die Gerichtsverfahren haben werden. Und erst wenn diese Ergebnisse vorliegen, wird man wirklich sagen können, wo die Ursachen dafür liegen und ob etwas Derartiges zu verhindern gewesen wäre, nicht zu verhindern gewesen wäre. Aber ich von außen kann beim besten Willen kein Urteil abgeben, wofür Sie doch letztendlich monatelang hier sitzen und sich darum bemühen.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Ich weiß natürlich nicht, wie sehr Sie das medial verfolgen, aber: Gibt es bei Ihnen manchmal Assoziationen, dass Sie sagen, zur Zeit meiner Tätigkeit wäre ich auf diese Variante nie gekommen, daher wäre es jetzt gescheit, dieses Sicherungssystem einzuziehen? Das heißt, haben Sie sich im Nachhinein persönlich Gedanken über Veränderungen – um dieses mittlerweile mit negativer Bedeutung ausgestattete Wort „Reform“ nicht zu strapazieren – des Systems gemacht?

Dr. Anton Stanzel: Frau Abgeordnete, ich bin persönlich immer der Meinung gewesen, dass man zu diesen Dingen nur so lange etwas sagen soll, solange man eine Funktion hat. Ich mag das auch bei Politikern oft nicht, wenn ich irgendwann einmal höre, dass sie im Nachhinein gute Ratschläge für die Hausfrau geben. Ich habe

die Funktion seit vielen Jahren nicht mehr und möchte daher auch zu diesen Sachen, Organisation und so weiter, ob das heute optimal, nicht optimal ist, und so weiter, verständlicherweise nichts mehr sagen. Meine Zeit war damals, ich habe damals eine Meinung vertreten, die kann ich Ihnen gerne sagen, wenn Sie interessiert sind, aber zur heutigen Situation würde ich nichts sagen.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Ja, Ihre Meinung von damals zu einzelnen Vorgängen würde uns interessieren; vielleicht auch über Minister, Ihre Einschätzung, Ihr Umgang.

Dr. Anton Stanzel: Die Meinung von damals, Frau Abgeordnete, die ich natürlich auch nur im kleinen Kreise äußern konnte, war immer die, dass wir eine Neugestaltung der Bankenaufsicht brauchen. Der erste Schritt damals war ja auch der, dass der österreichische Nationalrat die sogenannte Wertpapieraufsicht beschlossen hat. Und meine Meinung damals war – aber das war ja alles nach meiner Zeit, als man dann die Finanzmarktaufsicht gemacht hat –, dass man die Kräfte bündeln sollte. Wir vom Bundesministerium für Finanzen haben mit der Oesterreichischen Nationalbank eine sehr gute und sehr enge Zusammenarbeit gehabt, die beteiligten Personen haben sich auch sehr gut vertragen. Das hat ganz gut funktioniert. Aber im Grunde genommen war meine damalige Meinung – ich weise noch einmal darauf hin, dass ich keine heutige dazu habe, ganz bewusst – die, dass man das möglichst an einer Stelle bündeln soll.

Wo man das bündelt, ist nahezu Geschmacksache, wenn Sie sich die internationale Entwicklung anschauen. Das kann man in einer FMA zentral bündeln, das kann man in einer Nationalbank zentral bündeln; das halte ich nahezu für Geschmacksache. Wenn man eine getrennte Organisation macht – was ich damals auch immer vertreten habe –, wenn man also nicht die Nationalbank zur Gänze damit betraut, dann muss man, was ja heute auch der Fall ist, die Datenbasis für beide Institutionen gemeinsam haben, sonst müssen die Banken und Unternehmungen doppelte Meldesysteme und so weiter ausfüllen. Die Notenbank kommt nie ganz darum herum, dass sie auch Datenmaterial braucht, weil sie der **Lender of Last Resort** ist, und so weiter; also die kann man nie zur Gänze ausschließen.

Aber das war meine damalige Meinung, und es bleibt Ihnen unbenommen, welche Sie mir heute zurechnen wollen. Ich sage Ihnen nicht, was meine Meinung heute ist.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Professor Stanzel, ich kann mich jetzt nicht mehr genau erinnern: Wann, wie lange, in welchem Zeitraum waren Sie Staatskommissär bei der BAWAG?

Dr. Anton Stanzel: Ich war Staatskommissär bei der BAWAG von – ich weiß nicht, ab wann im Jahr 1986 – 1986 bis Ende 1993. Ich bin Ende 1993 als Staatskommissär in der BAWAG abberufen worden, weil damals der Zusammenschluss – wenn ich mich richtig erinnere, es waren so viele Zusammenschlüsse im Bankwesen – zur **GiroCredit** erfolgte und der Herr Bundesminister der Meinung war, dass es ganz gut wäre, wenn ich mich als Staatskommissär um diese fusionierte Bank kümmern würde. Das war der Grund dafür, dass ich aus der BAWAG ausgeschieden bin.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das heißt, dass Sie in dem Untersuchungszeitraum, den wir untersuchen, nämlich ab 1994, diese Aufgabe eigentlich nicht mehr hatten? (*Dr. Stanzel: Richtig!*) – Wie war das zu Ihrer Zeit: Sind Ihnen damals auch schon Tendenzen bekannt geworden, dass in der BAWAG so eine Art Vorstand im Vorstand existiert? Wie waren damals Aufsichtsratssitzungen? Ich meine, wenn man sich anschaut, wer da im Aufsichtsrat war, so war das die Crème de la Crème der Fachgewerkschaften, meistens die Obleute. Wie waren so Aufsichtsratssitzungen? Wurde da viel gefragt, viel diskutiert, oder war das eher alles ein Formalvorgang – zu Ihrer Zeit?

Dr. Anton Stanzel: Zu meiner Zeit waren die Sitzungen im Aufsichtsrat so, dass – Sie kennen ja die Situation – Flöttl, der eine sehr starke Persönlichkeit war, ein sehr starker Generaldirektor war, ein sehr stark bestimmender Generaldirektor war, Aufsichtsratssitzungen in hohem Maße, ich würde nicht sagen, beherrscht, aber doch in hohem Maße dominiert hat, ich mich aber nie – und das kann man aus den Protokollen der Jahre auch erkennen – davon habe abhalten lassen, Fragen zu stellen, wenn ich sie für opportun gehalten habe. Sie wissen, der Staatskommissär hat ein Fragerecht, und ich habe mich nie davon abhalten lassen, aber eine gewisse Dominanz durch den Generaldirektor war ohne Zweifel gegeben. Das ist aber etwas, das in vielen Wirtschaftsunternehmungen der Fall ist; das war bestimmt nicht nur in der BAWAG so.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Stanzel, ich kenne Sie schon sehr lange und mir ist bewusst, dass Sie sich nicht haben abhalten lassen, Fragen zu stellen. Meine Frage bezog sich eher auf die anderen Aufsichtsratsmitglieder. Wurden da viele Fragen gestellt, oder war die Dominanz so stark, dass alles nur abgesehen wurde und eigentlich kaum Fragen gestellt wurden – außer von Staatskommissär Professor Stanzel?

Dr. Anton Stanzel: Da wäre jetzt ins andere Extrem; also so war es auch nicht, dass die anderen keine Fragen gestellt hätten. Sie kennen den Zusammenhang, damals ist viel über die „Konsum“-Geschichte diskutiert worden, und so weiter. Es ist schon diskutiert worden. Ich habe nur meine allgemeine Einschätzung zum Ausdruck gebracht, dass er ein relativ stark dominierender Generaldirektor war, was bis zu einem gewissen Grad, wenn Sie sich die damaligen Ergebnisse der BAWAG ansehen, auch verständlich ist. Ein Generaldirektor, der jährlich entsprechende Zuwächse beim Ertrag und so weiter erzielt, wird in der Regel eher stärker sein als ein anderer.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Jetzt noch eine Frage, die natürlich gerade für unseren Ausschuss natürlich wirklich essentiell ist. Ich habe in den letzten Monaten manchmal den Eindruck gehabt, dass es Gruppierungen gibt, die im Hinblick auf den BAWAG-Skandal so ein bisschen die Argumentationslinie vertreten – sagen wir jetzt einmal –: Schuld ist nicht der Dieb, Schuld ist der Polizist, er hätte den Diebstahl verhindern müssen.

Jetzt haben Sie zu Recht gesagt – das ist auch meine Meinung –, egal wie die Bankenaufsicht konstruiert ist, egal ob im Ministerium, wie das früher war, ob in der Notenbank oder in einer eigenen weisungsfreien Behörde, das kann immer nur eine Systemaufsicht sein. Daher meine konkrete Frage: Glauben Sie, dass eine effizientere Bankenaufsicht, egal wie sie strukturiert und wo sie angesiedelt ist, so etwas hätte verhindern können, was da passiert ist?

Dr. Anton Stanzel: Das ist für mich nicht einzuschätzen, Herr Abgeordneter, denn es muss sich aufgrund Ihrer Arbeit hier im Ausschuss und auf Grund der Gerichtsverfahren erst herausstellen, wie das Ganze eigentlich abgelaufen ist. Ich kann ja heute nicht behaupten, dass der Vorstand oder Herr Elsner oder wer auch immer irgendwelche Betrugs- oder sonstige, untreue Handlungen gesetzt haben. – Ich weiß es einfach nicht! Und solange man das nicht weiß, kann man das sehr schwer sagen.

Was die Zukunft betrifft, bin ich absolut der Meinung, dass Sie eine beliebige Bankenaufsicht konstruieren können – Sie werden **nie** einen konkreten Fall verhindern können! Es kann aber sein, dass aufgrund Ihrer Arbeiten oder der gerichtlichen Arbeiten in jedem beliebigen Fall auch ein Fehler einer Bankenaufsicht feststellbar ist. Das ist denkmöglich. Das würde ich nicht völlig ausschließen, das kann schon sein. Ich habe mit dem Systemaufsichts-Argument nicht gemeint, dass die Bankenaufsicht **immer** aus dem Schneider ist, sondern es kann sehr wohl anders sein. Es ist nicht

auszuschließen, dass ein Fehler gemacht wurde, aber es ist, glaube ich, der Kern Ihrer Arbeit, wenn ich Sie richtig verstehe, auch das zu überprüfen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Weil zum Beispiel auch der Bundeskanzler gesagt hat, die BAWAG ist ein Kriminalfall, meine Frage: Trauen Sie einer Bankenaufsicht zu, dass sie Kriminalfälle verhindern kann? Ich meine solche Situationen, die da waren: Vorstand im Vorstand, Aufsichtsrat nicht informiert, nur der Vorsitzende und, und, und. Können wir Ihrer Meinung nach eine Bankenaufsicht oder Finanzmarktaufsicht konstruieren, sage ich jetzt einmal, die so etwas verhindern kann? Das ist ja eigentlich unsere Kernaufgabe: Wie verhindern wir, dass so etwas in Zukunft passiert?

Dr. Anton Stanzel: Ich möchte – weil das vor allem auch im Protokoll ist – noch einmal festhalten, dass ich das gerne mit Ihnen allgemein diskutiere, aber nicht ein direktes Wort in die Richtung sage, dass die BAWAG vielleicht ein Kriminalfall ist. – Das wird sich herausstellen. (*Abg. Dr. Stummvoll: Nicht Sie, der Bundeskanzler hat das gesagt!*) Ich weiß schon, aber ich möchte nicht, dass man mir unterstellt, ich hätte hier eine Vorverurteilung in irgendeine Richtung getroffen; dafür sind die zuständigen Organe da.

Wenn Sie es allgemein mit mir diskutieren wollen: Rein theoretisch besteht natürlich die Möglichkeit, dass ein funktionierendes Bankenaufsichtssystem das auch feststellen könnte. Wenn alle Kontrollorgane funktionieren, kann man unter Umständen natürlich sehr wohl auch auf eine kriminelle Handlung draufkommen. Also wenn die interne Kontrolle und der Aufsichtsrat und die externen Prüfer und so weiter ... Rein theoretisch ist das möglich. Das ist genauso wie bei der Polizei, die Verkehrsdelikte aufdeckt: Es ist keine Sicherheit von vornherein gegeben, dass man draufkommt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Noch eine letzte Frage, wenn dem so ist, wie Sie sagen – und ich stimme Ihnen da weitestgehend zu –: Ist es Ihrer Meinung nach – es war ohnehin nach Ihrer Zeit, Sie sind also völlig unbelastet – eigentlich klug gewesen, dass, etwa als die Bankenaufsicht noch im Finanzministerium angesiedelt war, von 1994 bis 2000 überhaupt keine BAWAG-Prüfung veranlasst wurde? Hätten Sie in Ihrer Zeit den Finanzminister auch so beraten, dass diese Großbank jahrelang nicht geprüft wird?

Dr. Anton Stanzel: Das ist die berühmte Geschichte mit: Wie schaut es heute aus, und wie hat es damals ausgesehen? Ich kann nur für meine Zeit bis zum März 1999 sprechen, und Sie wissen ja, dass die Vor-Ort-Prüfungen durch die Nationalbank erst – wenn ich mich richtig erinnere – Anfang 1994 eingeführt wurden und das Ganze gegenüber der heutigen Situation ja in einem sehr geringfügigen Rahmen stattgefunden hat. Soweit ich mich noch erinnern kann, hatten wir die Notwendigkeit damals, in den Jahren, als ich noch dort war, die geringen Ressourcen, die neu geschaffenen geringen Ressourcen, die wir damals noch hatten, entsprechend aufzuteilen. Und unter den damaligen – immer nur für die Jahre, die ich zu verantworten habe; über die Zeit nach April 1999 möchte ich dazu, wie Sie verstehen werden, nichts sagen ...

In der Zeit, als ich das zu verantworten hatte, hat sich die Situation natürlich so dargestellt, dass die BAWAG diese Geschäfte wieder aufgenommen hat unter der Zusicherung eben, einen entsprechend viel geringfügigeren Betrag zu haben, als das vorher passiert ist, und dass die internen Kontrollprüfungen und so weiter auch über die Jahre dann funktioniert haben. Ich weiß erst aus den Medien, dass das ab 1999 angeblich nicht mehr der Fall war. Aufgrund des damaligen Wissensstandes und der damaligen Ressourcenknappheit kann ich bis zu einem gewissen Grad auch vertreten – und das war ich nicht allein, sondern das war die Expertenkommission, wie

Sie wahrscheinlich wissen –, dass man das nicht unbedingt so dringend notwendig hat; aber man muss immer den damaligen Wissensstand sehen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Eine letzte Frage, unmittelbar im Anschluss daran, was ich gerade gesagt habe: Wie erklären Sie sich folgende Aussage, die der langjährige Pressesprecher von Lacina, Dietmar Ecker, im Vorjahr in einem Interview mit dem „Standard“ getätigt hat: Wenn das, was Minister Lacina nach der Notenbank-Prüfung 1994 der BAWAG an Auflagen gegeben hat, eingehalten worden wäre, wäre das, was nachher passiert ist, gar nicht passiert!? – Das sagte der langjährige Kabinettsmitarbeiter, Pressesprecher, heute erfolgreicher Unternehmer Dietmar Ecker vorigen Sommer in einem „Standard“-Interview.

Dr. Anton Stanzel: Wenn das alles so stimmt, wie die Medien es berichtet haben – das kann ich aber nicht beurteilen; ich weiß nicht, was stimmt und was nicht stimmt, ich habe nur mediale Berichte; das ist keine Abwertung der Medien, nur mein Informationsstand ist eben der –, wenn das so stimmt, dann hat man diese Grenzen in der BAWAG sichtlich nicht eingehalten. Aber ich möchte diese Verurteilung nicht vornehmen, dazu sind die entsprechenden Gremien da und nicht ich. Das ist ganz klar. Ich kann mich so schwach erinnern – zumal an die Beträge nicht mehr wirklich –, die Beträge waren ein geringfügiger Teil jener, die man im Jahr 1994 rückgeführt hat. Die Grenzen, die die BAWAG in den Karibik-Geschäften durchführen wollte, waren ein geringfügiger Teil dessen, was 1994 von Flöttl zurückgeführt wurde.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Noch eine Frage aus Ihrer Zeit. – Wir haben hier Auskunftspersonen nach Ihrer Zeit gehabt, und da haben wir folgenden Eindruck gewonnen, der aber kein subjektiver, sondern eigentlich ein allgemeiner Eindruck war: Der Sektionsleiter sagt: Ich habe das meinem Abteilungsleiter gegeben!, und der sagt: Ich habe es meinem Referenten gegeben! Als wir den Referenten gefragt haben, hat der gesagt: So genau habe ich das auch nicht gelesen!

Damals habe *ich* gesagt – das gebe ich zu –, dass sich jeder Finanzminister, der solche Mitarbeiter hat, erschießen kann. – Wie war das zu Ihrer Zeit? Haben Sie einfach gesagt: Ich habe da einen kritischen Bericht über eine Bank, den gebe ich dem Abteilungsleiter weiter, der gibt ihn dem Referenten weiter, und was der damit macht, interessiert mich nicht!? – Sie tun sich schwer, ich weiß. (*Abg. Mag. Trunk: Kein Minister hat sich erschossen! – Obmann Dr. Graf: Aber Bankdirektoren!*)

Dr. Anton Stanzel: Ich tu' mich schwer, nicht, weil ich mich fürchte, irgendetwas darüber zu sagen, sondern deswegen, weil ich nicht weiß, ob das wirklich so abgelaufen ist. Ich war nicht dabei, das ist keine Frage, aber wenn es ein anderer kritischer Bericht gewesen wäre, also ein abstrakt kritischer Bericht, der besonders kritisch gewesen wäre, hätte ich mich bis zu einem gewissen Grad erkundigt, was weiter damit geschieht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wo setze ich an? – Vielleicht dort, wo Kollege Stummvoll aufgehört hat.

Du hattest den Bericht 2001 der OeNB nicht mehr zu verantworten, aber Kollege Stummvoll hat schon angedeutet, dass sich damals die Abteilungen des Hauses dadurch ausgezeichnet haben, dass diesen doch sehr kritischen Bericht, als er vorgelegen ist, niemand gelesen hat, niemand wirklich gelesen hat – die einen durchgeblättert, mehr oder weniger intensiv, die anderen gar nicht –, sodass dieser Prüfbericht nicht zum Minister vordringen konnte.

Das wirft die Frage auf: Wie schätzt du diese Mitarbeiter ein? Heilingsetzer, Gancz, Lejsek wird es zu deiner Zeit auch schon gegeben haben? Waren das Mitarbeiter, auf

die man sich verlassen konnte? Wie war die Qualität der Mitarbeiter in dieser Abteilung, wie siehst du das?

Dr. Anton Stanzel: Herr Abgeordneter, die Antwort ist relativ einfach: Solange ich die Verantwortung getragen habe und solange das meine Mitarbeiter waren, habe ich sie als durchaus korrekte und einwandfreie Mitarbeiter kennengelernt. Ich kann und will das Jahr 2001 nicht beurteilen, weil ich einfach die Unterlagen nicht habe. Ich habe mit keinem der Herren gesprochen. Du musst verzeihen, aber ich kann dazu nichts sagen, ob die sich damals korrekt oder inkorrekt verhalten haben. Das ist eine Sache, die andere beurteilen müssen; das kann ich nicht. Ich habe jedenfalls mit keinem der Herren in meinen Jahren ernste Probleme oder irgendwelche Schwierigkeiten gehabt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Jetzt springe ich zurück ins Jahr 1994, da hat es auch einen Vor-Ort-Bericht zur BAWAG gegeben, den ersten überhaupt: Wie war das dann? Das war ja auch ein kritischer Bericht. Wie war das dann, als dieser Bericht fertig war? Er ist, nehme ich an, auch ans Finanzministerium herangetragen worden? Wie war dann sozusagen der Aktenlauf in diesem Fall? Kannst du uns das einmal schildern?

Dr. Anton Stanzel: Ich kann das gerne schildern: Dieser Bericht ist im Finanzministerium selbstverständlich den normalen Aktenlauf gegangen, wie sich das gehört. Die zuständige Abteilung hat ihn natürlich genauso gehabt, wie der Sektionschef ihn gehabt hat und andere. Nur muss man dazu sagen, dass dieser Bericht im Grunde genommen aufgrund eines Wunsches der Expertenkommission zustande gekommen ist, die ... (*Abg. Mag. Rossmann: Dessen Vorsitzender du ja gewesen bist!*) – Nicht in diesem Fall, weil ich auf Grund der Staatskommissär-Tätigkeit die Funktion nicht ausüben durfte. Aber ich will mich jetzt nicht darauf zurückziehen, sonst können wir das nicht weiterdiskutieren.

Ich durfte natürlich wissen, wie das abgelaufen ist; ich war ja nicht ausgeschaltet in dem Sinn, ich hätte nur keine Stimme gehabt, etwas zu entscheiden. Ich durfte das also wissen und kann dir daher gerne die Frage beantworten: Dieser Bericht hat dazu geführt, dass in Zusammenarbeit der zuständigen Abteilung im Ministerium mit Herrn Ministerialrat Gancz mit der Oesterreichischen Nationalbank, Kollege Spranz, eine lange Empfehlungsliste für den Herrn Bundesminister gemacht wurde, und das hat auch zu beträchtlichen – ich habe es nicht mehr im Detail im Kopf – Veränderungen geführt. Eines der wichtigsten Dinge war, dass der Nationalrat ein Amendment, also eine Novelle zum Bankwesengesetz beschlossen hat, in dem das erste Mal der Risikogleichlauf als wichtiger Punkt der Betrachtung erwähnt wurde. Andere Punkte waren, dass es ein langes Schreiben an den damaligen Generaldirektor Flöttl gegeben hat, woran sich die BAWAG entsprechend halten muss.

Es hat eine ganze Reihe von, wie ich glaube, sehr guten und sehr vernünftigen Maßnahmen gegeben, die ja auch im Nachhinein gesehen einige Jahre funktioniert haben, zumindest in der Zeit, solange ich selbst die Verantwortung gehabt habe.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das deutet darauf hin, dass dieser Bericht im Gegensatz zum 2001-er Bericht durchaus gelesen und dann nicht eingelegt und hinterlegt wurde, sondern auch den Weg zum Minister gefunden hat – zunächst durchaus kritisch kommentiert durch die Sachbearbeiter, auch mit dir diskutiert, nehme ich an –, und dann durch Zusammenstellung einiger Punkte und Berichte an den Minister auch Folgen gehabt hat, in der Art, wie du sie geschildert hast. – Ist das richtig so?

Dr. Anton Stanzel: Eindeutig. Ich persönlich bin der Meinung, dass das damals ... Ich möchte nichts vergleichen, das sage ich noch einmal für das Protokoll dazu: Ich vergleiche nichts mit dem Bericht 2001, ich kann nur über den Bericht 1994 sprechen.

1994, habe ich den Eindruck, hätte man eigentlich nicht viel mehr machen können, als dem Nationalrat vorzuschlagen, eine Gesetzesänderung in der Richtung zu machen. Ich will hier keine Vorlesung über Großkredite und Risikogleichlauf halten, aber der Risikogleichlauf sollte im Grunde genommen genau das erfassen: wenn eine Person im Ausland – wie Wolfgang Flöttl – alles macht, dass man das als gemeinsames Risiko sieht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aber das Risiko-Management, das du ansprichst, ist schon einer der zentralen Punkte gewesen, der ja auch kritisiert worden ist; ebenso wie die Innenrevision damals, die sozusagen nicht den besten Zustand aufgewiesen hat.

Aber ich möchte noch einmal zurückkommen auf den Aktenlauf selbst. Wie ist das? Der Bericht ist zunächst bei dir als Sektionschef gelandet – und wie ist das dann sozusagen genau in der Folge weitergegangen?

Dr. Anton Stanzel: Herr Abgeordneter, ich muss leider immer wieder darauf hinweisen, dass ich in dieser Zeit formell nicht mit der Angelegenheit befasst war, daher ist der Bericht mit Sicherheit bei dem dann dafür zuständigen Ministerialrat Dr. Gancz gelandet. Da der Minister aber keinerlei Misstrauen mir gegenüber hatte – ich war ja auch kein Gegenstand der Untersuchung, er war ja nur der Meinung, dass ich, weil ich eine Staatskommissär-Funktion hatte, nicht mich selbst prüfen soll, aber er hat ja nichts dagegen gehabt, dass ich einen Bericht gelesen habe. Also: Der Bericht ist bei Ministerialrat Gancz gelandet – ich habe ihn aber sicher gekannt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aber Staatskommissär warst du ja, wenn ich das jetzt richtig mitgekriegt habe, zum damaligen Zeitpunkt nicht mehr, nicht? Du hast gesagt, Ende 1993 endete deine Staatskommissär-Tätigkeit.

Dr. Anton Stanzel: Nein. Bundesminister Lacina war nur der Meinung, weil ich bis Ende 1993 Staatskommissär war, könne die Prüfung ... – Also, ich habe ja die ganze Funktion ausgeübt, bis der Prüfauftrag erteilt wurde, nicht? Bis zu dem Zeitpunkt. Einen Tag später hat er mich für einige Monate von dieser Aufgabe entbunden, was ich auch für richtig gefunden habe, weil natürlich die Nationalbank-Prüfung nicht nur das Jahr 1994 betroffen hat, sondern auch das Jahr 1993 und vorher.

Rein theoretisch hätte es ja sein können, dass die Herren auch zu irgendetwas kommen, was ich zu verantworten gehabt hätte, und dann hätte ich mich selbst geprüft, nicht?

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich komme aber noch einmal auf diesen Aktenlauf zurück, weil es hier doch wesentliche Unterschiede zwischen 2001 und offensichtlich der Situation 1994 gegeben hat.

Also: Gancz hat diesen Bericht jetzt bearbeitet – und was ist dann passiert?

Dr. Anton Stanzel: Wie schon erwähnt, gab es eine entsprechende Zusammenarbeit – Gancz war ja Mitglied dieser Expertenkommission – in der Expertenkommission zwischen Notenbank und Bundesministerium für Finanzen. Und dort wurde dieser Empfehlungskatalog beschlossen für den Herrn Bundesminister und natürlich in weiterer Folge für den Nationalrat und was man tun kann, damit das in Zukunft vermieden wird.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich Ihnen jetzt einen Akt geben, der zwar nicht in Ihrer Zeit angefertigt worden ist, aber wozu ich gerne Ihre fachliche Expertise haben möchte, weil Sie ja jahrelang mit diesen Mitarbeitern gearbeitet haben, sprich Heilingsetzer, Gancz?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Das ist der Akt betreffend den OeNB-Bericht 2001. Und zwar ist das das Deckblatt des Aktes plus dann die Korrespondenz, das, was nicht ganz vollständig drinnen ist, sondern nur die erste Seite, ist der Bericht selbst, der ja wesentlich mehr Seiten hat.

Was fällt Ihnen auf, wenn Sie sich den Akt mit einer gewissen Expertise anschauen?

Dr. Anton Stanzel: Dasselbe, was Ihnen auffällt, Herr Vorsitzender, da steht drauf: vor Hinterlegung. – So, schauen wir, was weiter passiert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hinterlegung 12.12. – wer hat das paraphiert?

Dr. Anton Stanzel: Die Paraphe ist mir nicht mehr geläufig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn Sie es nicht mehr wissen, ist es kein Beinbruch. Aber es ist nur eine Paraphe drauf – es ist der Abteilungsleiter in dem Fall, und das war Herr Gancz.

Dr. Anton Stanzel: Würden Sie nicht meinen – das ist jetzt graphologisch –, dass unten noch eine weitere Paraphe ist?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das haben wir ursprünglich auch geglaubt, deswegen haben wir ihn uns im Original vorlegen lassen, weil wir geglaubt haben, bei der Kopie ist da etwas verschwunden und da ist noch so eine Schlaufe drauf. Aber nein, dem ist nicht so, das Original schaut genauso aus. Wir alle im Ausschuss haben das verifiziert, da ist nur eine Unterschrift drauf.

Dr. Anton Stanzel: Dazu kann Ihnen dann mit Sicherheit nur Herr Ministerialrat Gancz etwas sagen, aber nicht ich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber vom Sektionsleiter ist keine Unterschrift mehr drauf.

Dr. Anton Stanzel: Es tut mir leid, aber ich kann Ihnen dazu nichts sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber ist das üblich, dass so ein Akt, der einen relativ kritischen Prüfbericht beinhaltet, der da mit wenigen Seiten in der Korrespondenz behandelt wird zwischen OeNB, BAWAG und Finanzministerium damals noch, dass der praktisch auf Grund einer Verfügung – wenn Sie ihn aufschlagen – vom 10.12. von Herrn Dr. Heilingsetzer nur vom Abteilungsleiter offensichtlich am 12.12. oder zwei Tage später abgezeichnet und dann eingelegt wird? „Eingelegt“ heißt was?

Dr. Anton Stanzel: Hinterlegt, „eingelegt“ heißt abgelegt. In der Wirtschaft heißt es abgelegt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir haben ja jetzt wirklich schon Hunderte Akten aus dem Ministerium angesehen, aber wir haben noch nie einen so dürftig beschriebenen Aktendeckel auf irgendeinem Akt gesehen. Haben Sie schon einmal so etwas gesehen, dass mehr oder weniger nur eine Unterschrift auf dem Aktenlaufdeckel ist, also der ganze „Aktenapparat“ fehlt?

Dr. Anton Stanzel: Herr Vorsitzender, eines ist selbstverständlich: dass, wenn „vor Hinterlegung“ steht „Abteilung V/13“ und „Sektion V“, dann darf ein derartiger Akt von der Kanzlei nur dann eingelegt werden, wenn sämtliche Unterschriften drauf sind. Ich brauche dazu gar nicht diesen Akt, sondern das kann ich Ihnen als allgemeine Regel sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Welche Unterschriften fehlen dann drauf?

Dr. Anton Stanzel: Das weiß ich nicht mehr, denn bei mir ist es acht Jahre her, ich kann mich an Paraphen nicht ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ohne Paraphen, jetzt allgemein geblieben: Wie viele müssten mindestens drauf sein?

Dr. Anton Stanzel: Das hängt davon ab, wie die Organisation im Ministerium zu dem Zeitpunkt war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zu Ihrer Zeit. Wie viele hätten es zu Ihrer Zeit sein müssen?

Dr. Anton Stanzel: Das ist die gleiche Antwort, Herr Vorsitzender, das hängt davon ab, wie gerade zu dem Zeitpunkt, als diese Unterschrift erfolgt ist, die Organisation war. Aber es hat immer wieder Situationen gegeben – und das könnte, **könnte**, auch hier der Fall sein, ich habe keine Ahnung, ob das hier der Fall ist –, dass der Sektionsleiter durch einen Abteilungsleiter vertreten wurde, zum Beispiel wenn er auf Urlaub war oder sonst wo. In diesem Fall ist es durchaus denk möglich, dass der betreffende Abteilungsleiter das mit einer einzigen Paraphe gemacht hat.

Sie müssten also – das kann ich ja nicht, das können nur Sie – die Organisation klären. Wenn der Leiter der Abteilung V/13 zu dem Zeitpunkt **nicht** die Vertretung der Sektion V gehabt hat, dann müssen zwei Unterschriften sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut, also das müssen wir klären, das ist ein offener Punkt.

Wenn Sie dann bitte die Seite umschlagen, da ist eine Verfügung drinnen, könnten Sie sich die einmal kurz durchlesen? – Und zwar ist das, fürs Protokoll, die Verfügung vom 10.12.2001. (*Dr. Stanzel: Ja, danke!*)

Wenn ein Beamter dieser Republik, in dem Fall Dr. Heilingsetzer, hineinschreibt, dass größtenteils die organisatorischen Mängel schon behoben sind, darf er das dann normalerweise hineinschreiben, wenn er sich nicht vergewissert hat, ob es wirklich so ist?

Dr. Anton Stanzel: Ich kann das, wie gesagt, nicht beurteilen, auf Grund wessen er das geschrieben hat, das ist für mich undenkbar. Aber er ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Er sagt, die BAWAG hat zurückgeschrieben – das Schreiben ist ja dann auch drinnen –, dass sie eh schon alles umgesetzt oder größtenteils umgesetzt hat. Er hat dann hier gesagt: Wenn eine so große, honorige Bank so etwas schreibt, dann gehe ich davon aus, dass das stimmt, und daher kann ich so etwas schreiben!

Dr. Anton Stanzel: Das ist seine Einschätzung, Herr Vorsitzender, die er vertreten muss.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War das zu Ihrer Zeit auch so?

Dr. Anton Stanzel: Das würde ich nicht ausschließen, dass jemand ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dass man dem, wenn eine große Bank schreibt: Wir haben das schon gemacht!, glaubt, ohne dass man es sich anschaut, in dem Wissen, dass 1994 die gleichen Rügen waren? Es hat sich ja vom Bericht 1994 zum Bericht 2001 alles nur noch verschlechtert, nicht verbessert!

Dr. Anton Stanzel: Es tut mir leid, Herr Vorsitzender, aber das ist eine Sache, die eigentlich Sie einschätzen müssen, nicht? Ich kann das unmöglich jetzt von mir aus einschätzen, denn da müsste ich mich mit dem ... Ich habe nicht die gleiche Möglichkeit, Dr. Heilingsetzer zu hören. Sie haben die Möglichkeit, ihn zu hören, und Sie haben seine Meinung zu hören. Grundsätzlich ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Warum, glauben Sie, steht dort der 10. Dezember handschriftlich dazugeschrieben? Warum hat der nicht gleich mit der Maschine „10“ hingeschrieben? Ist es üblich, dass man „10“ auslässt, „Dezember 2004“ schreibt und dann handschriftlich das Datum einsetzt?

Dr. Anton Stanzel: Ich kann mich an handschriftliche Daten erinnern, aber warum das so war ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: So etwas macht man in der Regel, wenn man alles fertig macht und es im Nachhinein unterschreibt, wenn man weiß, dass man es noch im Dezember unterschreibt, aber noch nicht weiß, an welchem Tag. – Auch seltsam!

Diese Paraphe, die da steht, Dr. Heilingsetzer, erkennen Sie die wieder? Ist das Dr. Heilingsetzer?

Dr. Anton Stanzel: Ich habe darüber nachgedacht, weil wir das im Kurzen besprochen haben, ich kann mich aber nicht mehr an seine Paraphe erinnern. Ich kann mich, ehrlich gesagt, an keine dieser Paraphen mehr erinnern, aber ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir haben zusammenkopiert, und ich lege Ihnen insgesamt fünf Einlegeverfügungen von Dr. Heilingsetzer vor – vier Mal schaut die Paraphe anders aus als hier. Die Paraphe von Dr. Heilingsetzer ist relativ prägnant, denn er hat ja bis dorthin das Ganze immer mit „Heil“ paraphiert. Am 10. Dezember 2001 hat er das nicht mehr gemacht. Würden Sie meinen – Ihre Expertise –, erkennen Sie diese „Heil“-Paraphe?

Dr. Anton Stanzel: Ich erkenne, ehrlich gesagt, gar keine mehr, aber ich habe von ihm natürlich ... Nein, es ist acht Jahre her, nein, ich erkenne sie nicht mehr, Herr Vorsitzender. Es tut mir leid. – Warum lassen Sie das nicht graphologisch überprüfen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, das ist die Frage. Wird man vielleicht noch machen, ich weiß es aber nicht.

Wir gehen immer davon aus, dass, wenn jemand mit „Heil“ paraphiert, man sich das merkt. In der Republik Österreich merkt man sich so etwas in der Regel.

Dr. Anton Stanzel: Ich wollte diesen Scherz nicht machen, um nicht die Würde dieses Hohen Ausschusses zu verletzen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich den Akt wieder haben? – Das haben wir jetzt ausführlich besprochen, in dem Punkt.

Expertenkommission. – Bis 1999 sind Sie dieser vorgestanden? (*Dr. Stanzel: Ja!*) – Haben Sie je mit Frau Dr. Tumpel-Gugerell in der Expertenkommission zu tun gehabt?

Dr. Anton Stanzel: Ja, ich hatte mit Frau Tumpel-Gugerell zu tun, und zwar ab dem Zweitpunkt, wo Direktor **Spranz** aus der Expertenkommission ausgeschieden ist. Direktor Spranz war der stellvertretende Vorsitzende in der Expertenkommission. Es war, soweit ich mich erinnere, in der zweiten Jahreshälfte 1997, als er ausgeschieden ist. Seine Nachfolgerin, von der Notenbank entsandt, wurde Frau Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell. Sie wurde dann auch von der Expertenkommission – ich glaube, das hat sie selbst gemacht – zur Vizepräsidentin der Expertenkommission gewählt. Ich hatte dann mit ihr zu tun bis 31. März 1999.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sagen Sie, von Ihrem Amtsverständnis her: Würden Sie meinen, dass Frau Dr. Tumpel-Gugerell, wenn es sich um den Berichtszeitraum bis 1997 handelt, wo ihr Ehemann Aufsichtsratspräsident der BAWAG war, in Causen BAWAG befangen ist?

Dr. Anton Stanzel: Das würde ich nicht annehmen, weil ich Frau Dr. Tumpel-Gugerell seit sehr langer Zeit kenne. Sie war ja schon in den achtziger Jahren einmal Beraterin – ich weiß nicht mehr, welches Bundesministers. Ich habe sie also in der beruflichen Zeit über fast 15 Jahre, oder was immer, kennengelernt als eine sehr, sehr korrekte und einwandfreie Persönlichkeit. Ich hätte nie einen Anlass gehabt, dass sie sich befangen fühlt oder dass sie in irgendeiner Weise sich beeinflussen lässt in ihrer Tätigkeit davon, dass ihr Mann Präsident der Arbeiterkammer ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der ist ja nicht Präsident der Arbeiterkammer (*Dr. Stanzel: Nein, damals nicht! Entschuldigung!*), sondern Aufsichtsratspräsident! (*Dr. Stanzel: Ich glaube, das hat sie ...*)

Für mich gibt es wenige ganz, ganz klassische Befangenheitsgründe, ein Eheverhältnis ist für mich der „klassischste“. Ich sage, wenn die Frau den Mann prüft, dann ist eine Befangenheit da, wenn eine Richterin zu Gericht über den Mann in einer Causa sitzt, dann ist eine Befangenheit da, da brauche ich meines Erachtens nicht einmal zu prüfen: Bin ich mir selbst überlegen, bin ich befangen oder nicht?, sondern das nehme ich von Haus aus wahr und lasse mich durch einen Stellvertreter vertreten.

Das ist ja bei Ihnen, obwohl Sie nicht verwandt waren, in einer Zeit, wo Sie Tätigkeiten im Finanzministerium gemacht haben, auch gemacht worden.

Dr. Anton Stanzel: Soweit ich weiß, Herr Vorsitzender – aber ich bin hier nicht dazu da, die Befangenheit der Frau Dr. Gugerell zu beurteilen. Ich habe sie nur in ihrer Persönlichkeitsstruktur beurteilt, nicht? Wieweit sie sich korrekt verhält aus meiner persönlichen Sicht heraus. Aber soweit ich weiß, ist Frau Dr. Gugerell ja erst zu einem Zeitpunkt Mitglied der Expertenkommission und Vizepräsidentin der Expertenkommission geworden, als ihr Mann schon nicht mehr Aufsichtsratsvorsitzender der BAWAG war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es geht ja nicht darum, ob er es noch war, sondern ob man diesen Zeitraum, wo er es war, prüft! Darum geht es ja.

Dr. Anton Stanzel: Das ist wieder Ihre Sache, Herr Vorsitzender, und die Sache des Hohen Ausschusses, wie man eine Befangenheit beurteilt oder nicht. Ich kann nur ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was hätten Sie gemacht, wenn Sie Sektionschef sind und einen Abteilungsleiter haben, der dann für die Aufsicht einer Bank zuständig ist, wo dessen Frau Präsidentin des Aufsichtsrates ist und man gerade diesen Zeitraum prüft? Was hätten Sie da gemacht?

Dr. Anton Stanzel: Das müsste ich mir im konkreten Fall überlegen, ich möchte keine Schnellschussantwort geben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber es ist schon wichtig, dass Sie sagen, man müsste es sich überlegen.

Dr. Anton Stanzel: Befangenheit muss man sich immer überlegen, Herr Vorsitzender, nicht? (*Obmann Dr. Graf: Meine ich auch, ja!*) Ohne jetzt die Schlussfolgerung zu ziehen, ich hätte gesagt, dass sie es sich hätte überlegen müssen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Man überlegt es sich immer. Wenn der äußere Verdacht sein könnte, muss man auf jeden Fall zu überlegen beginnen. Wenn der äußere Augenschein sogar ein eheähnliches Verhältnis hat, muss man wahrscheinlich ein bisschen genauer überlegen. – Sie nicken, kann ich das als Ja verstehen?

Dr. Anton Stanzel: Ich nicke immer außer Protokoll – nur, was ich sage ... (*Heiterkeit.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber wir haben ein Protokoll, das nur auf Grund der phonetischen Wiedergabe funktioniert.

Dr. Anton Stanzel: In das Protokoll gehört nur das, was ich **sage**, nicht?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt noch die Frage betreffend Prüfer in der Nationalbank. Wenn Sie als Prüfer in der Expertenkommission sitzen – wir haben da so das Verständnis, dass die OeNB-Prüfer in weiterer Folge gesagt haben: Mit der Prüfung und mit Ablieferung des Berichtes, damals noch Finanzministerium, später Finanzmarktaufsicht, ist unser Job erledigt, und wir nehmen dann null Einfluss auf irgendeine Weiterung, die passiert! Welchen Sinn hat dann die Expertenkommission? Was hat das dann für einen Sinn? Oder ist das in Ihrer Zeit nicht so gewesen?

Dr. Anton Stanzel: Das ist in meiner Zeit nicht so gewesen, weil die Zusammenarbeit vor allem mit Dietmar Spranz in dieser Zeit, aber dann auch mit Frau Dr. Gugerell die letzte Zeit eine sehr, sehr gute und ausgezeichnete war. Ich durfte Ihnen ja das Beispiel schildern, dass wir auf Grund des Prüfungsberichtes 1994 gemeinsam diese Empfehlungsliste und so weiter ausgearbeitet haben, weil, wie man so Neudeutsch gerne sagt, die Chemie zwischen den Leuten gestimmt hat.

Sie kommen aber wieder auf das zurück, was ich nur für die damalige Zeit gesagt habe: Die Parallelläufe in der Bankenaufsicht sind problematisch, weil dann solche Dinge entstehen können, dass eine Seite sagt: Ich bin eigentlich dafür nicht verantwortlich!, und die andere sagt: Ich habe das nicht gemacht, das hat jemand anderer gemacht! Und so entstehen dann gewisse Dinge.

Ich kann das für meine Zeit ausschließen, weil wir tatsächlich – Kollege Spranz wird Ihnen das auch sicher hier versichern – eine ausgezeichnete Zusammenarbeit gehabt haben.

Wenn die Beteiligten – das ist wie bei zwei Geheimdiensten, die es oft in manchen Ländern gibt –, wenn die Beteiligten miteinander können, dann funktioniert das. (*Obmann Dr. Graf: Na ja, aber jetzt ist es ja grosso modo so ...!*) Wenn sie nicht können, dann ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das verstehe ich schon, Herr Dr. Stanzel. Mit Ausnahme, dass Sie ausgeschieden sind und ein anderer Sie ersetzt hat, waren die Beteiligten die gleichen bis zum Jahr 2002, solange es diese Kommission gegeben hat. Das heißt, mit Ihrem Ausscheiden ist ja die Chemie nicht auf einmal zusammengebrochen, oder?

Dr. Anton Stanzel: Na ja, ich habe von der Chemie gesprochen, die zwischen dem Kollegen Spranz, Frau Dr. Gugerell und mir bestanden hat. Und in dem Moment, wo ich ausscheide, ist einmal diese Chemie weg.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber die Chemie auf den unteren Ebenen, die ja auch alle drinsitzen, auch in der Expertenkommission zum Teil, dürfte sich ja kaum geändert haben, oder?

Dr. Anton Stanzel: Vorsichtig ausgedrückt weiß ich nicht, wie gut die Chemie zwischen den anderen dann war. Sie war jedenfalls bei den zwei Spitzenpersönlichkeiten gegeben, so lange ich da war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist in Ihrer Zeit noch in der Expertenkommission der Beschluss gefasst worden, dass, wenn die OeNB-Prüfer auf irgendetwas stoßen, was bemerkenswert ist, sie einen Zwischenbericht machen sollen, sprich – das sage ich jetzt einmal salopp – Alarm schreien?

Dr. Anton Stanzel: Ich kann mich an diesen Beschluss jetzt nicht erinnern. Das müssten Sie aber den Protokollen der Expertenkommission ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, das war noch unter Ihrer Zeit, 1999, aber das weiß ich jetzt auch nicht mehr, wann das war, es kann durchaus auch später gewesen sein.

Aber in Ihrer Zeit war es so, dass sich die OeNB-Prüfer mit den Bediensteten des Finanzministeriums gemeinsam über die Fälle auf Grund der Berichte unterhalten haben, auch beratschlagt haben, welche weiteren Maßnahmen man setzt. Und da sind auch Vorschläge von Seiten der OeNB gekommen.

Dr. Anton Stanzel: Wir haben auch informell sehr viel gemacht, Herr Vorsitzender, auch während des Prüfungsvorganges. Es wurde auch relativ viel telefoniert und alles. Meiner Meinung nach hat es zu meiner Zeit funktioniert. Welche Schlussfolgerungen Sie für später ziehen – die ziehe ich nicht, das verstehen Sie.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann muss die Chemie zusammengebrochen sein. Eklatant.

Dr. Anton Stanzel: Das ist immer Ihre Schlussfolgerung, nicht meine.

Obmann Dr. Martin Graf: Zumindest haben alle Auskunftspersonen das hier gesagt, ich meine, von der OeNB bislang, sie haben gesagt: Es war immer so, dass wir einen Bericht abgeben und dort steht alles drinnen, und welche Konsequenzen dann die Aufsichtsbehörde daraus zieht, das geht uns überhaupt nichts an, denn wir haben ohnehin auf alles hingewiesen! – Diese Arbeitsweise war, so lange Sie dort waren, nicht der Fall. Ist das richtig?

Dr. Anton Stanzel: Herr Vorsitzender, die OeNB hat das auch zu meiner Zeit gerne behauptet oder manche in der OeNB haben das auch zu meiner Zeit gerne behauptet, sie hätten damit nichts zu tun, aber in der Praxis hat das gut funktioniert. Wir haben trotzdem laufend miteinander geredet und so weiter.

Sie müssen das auch ein bisschen so sehen: Bei der ganzen Frage, wie die Neuorganisation der Bankenaufsicht gestaltet werden soll, hatte die OeNB großes Interesse daran, diese Bankenaufsicht in ihre Kompetenz zu bekommen. Daher hat die OeNB in der Zeit, als immer diese Diskussionen waren, auch gerne diese Sachen so behauptet: Wir haben zwar die ganze Arbeit, aber wir können nichts entscheiden! – Das muss man auch unter diesem Gesichtspunkt sehen.

Ich kann nur noch einmal erwähnen: In der Praxis hat das auf Grund der beteiligten Personen funktioniert. Ich will gar nicht ausschließen, dass ein OeNB-Mensch das damals auch gesagt hat in der Öffentlichkeit.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist aber jetzt schon hoch interessant, da müssen wir noch einmal nachstoßen, und zwar: Wenn der eine oder andere das auch in Ihrer Zeit gesagt hat, aber in der Praxis war das Gegenteil der Fall, wie kommt dann Frau Dr. Tumpel-Gugerell darauf – jetzt zitiere ich aus dem Gedächtnis; wenn ich es jetzt schnell suchen würde, würde nichts anders sein –, dass sie hier im Ausschuss behauptet, mit der Abgabe des Berichtes ist die Schuldigkeit getan gewesen und das hat die Finanzmarktaufsicht – damals Finanzministerium, später in der Finanz... – auch so zur Kenntnis zu nehmen, und die haben nichts mehr zu veranlassen? Das hat sie hier im Wesentlichen gesagt. (*Abg. Mag. Trunk: Nein, so hat sie es nicht gesagt, Herr Vorsitzender!*) Im Wesentlichen. Dann werden wir uns das anschauen.

Aber Sie sagen, das war nicht der Fall, in Ihrer Zeit war das nicht der Fall. Auch nicht unter Frau Dr. Tumpel-Gugerell?

Dr. Anton Stanzel: Wir hatten auch in der Zeit mit Frau Dr. Tumpel-Gugerell eine ausgezeichnete Zusammenarbeit. Ich habe ja gesagt, dass ich gut mit ihr konnte, weil

ich sie geschätzt habe und weil ich sie als sehr korrekte und tadellose Frau kenne. Ich habe überhaupt keinen Anlass, an ihr in irgendeiner Weise zu zweifeln.

Wir hatten eine sehr gute Zusammenarbeit. Die offizielle Linie der OeNB war sicher immer ein bisschen in diese Richtung: Wir liefern nur Berichte ab, wir sind nur Gutachter! Das war auch zu meiner Zeit so. Das hat aber nicht verhindert, dass wir trotz alledem, weil halt die Beteiligten miteinander konnten, gut zusammengearbeitet haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist man, wenn die OeNB Vorschläge gemacht hat und gesagt hat: Wir schlagen vor, dass man so und so vorgeht!, dem dann auch gefolgt?

Dr. Anton Stanzel: Herr Vorsitzender, das wurde immer wieder in der Expertenkommission besprochen, und ich glaube, dass wir immer zu einer gemeinschaftlichen Lösung gekommen sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also, die Lösungen waren immer einvernehmlich.

Dr. Anton Stanzel: Das war auch gut so, denn ich habe mich sehr um die Kooperation bemüht. Es hat doch keinen Sinn, wenn sich zwei ...

Ich habe Ihnen meine damalige Meinung gesagt, dass ich lieber alles in einer ... gehabt hätte, aber nun hat man das einmal so organisiert. Auf Wunsch der Politik und letztendlich auch des Nationalrates, der ja die Gesetze macht, hat man das so organisiert gehabt, und damit, ich sage es bewusst, der Nationalrat auch, der die Vor-Ort-Prüfung durch die Notenbank auch beschlossen hat.

Ich musste mit diesen Gegebenheiten leben. Und wenn ich zwei Institutionen habe, dann schaue ich natürlich, dass die miteinander kooperieren, nicht?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Einige Zeit später ist die Finanzmarktaufsicht als eigene Behörde geschaffen worden, die OeNB hat aber nach wie vor die Prüfkompetenz, hat sich also offensichtlich mit ihren Wünschen nicht durchgesetzt. Halten Sie es für denkbar, dass die OeNB dann die Finanzmarktaufsichtsbehörde-neu in der ersten Zeit auflaufen lässt?

Dr. Anton Stanzel: Das wage ich beim besten Willen von außen nicht zu beurteilen, Herr Vorsitzender! Ich muss mich da wirklich weigern, etwas dazu zu sagen, denn ich habe nur die Informationen aus der Öffentlichkeit. Ich möchte keine Schnellschussurteile abgeben. Das ist etwas, was Sie als Ergebnis Ihrer Arbeiten haben müssten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke, dass Sie es nicht so stehen haben lassen, dass wir die Schnellschussarbeit machen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe jetzt nur mehr bezüglich der Expertenkommission vorläufig zwei Fragen.

Erstens: Es ist bei diesen Auflagen auf Grund des Berichtes 1994 mit dabei gewesen, dass der Vorstand an den Aufsichtsrat zu berichten hätte – gerade für den Fall, dass, und wenn wieder derartige sogenannte Karibik-Geschäfte aufgenommen würden. Uns ist auch aus der Aktenlage und aus der Befragung des Dr. Gancz bekannt, dass er, Gancz, sogar damals noch den Generaldirektor zu Gast gehabt hat, also ihn ins Ministerium gebeten hat, was ja in den späteren Jahren wahrscheinlich schwer denkbar gewesen wäre, wo zentraler Inhalt auch war, dass man zumindest die Vereinbarung getroffen hat, er möge dann doch – zwischen Klammern: das aber bitte als Auflage auch zu begreifen – den Aufsichtsrat informieren.

Es hat, glaube ich, damals sogar ein offizielles Managementgespräch gegeben, wo das auch Inhalt einer – da kann man ja noch von Vereinbarung reden, denn das ist halt auch nichts Offizielles.

Jetzt ist für mich die Frage, weil das nicht ganz klar ist aus den Protokollen der Expertenkommission: War es überhaupt Aufgabe der Expertenkommission, dann dem auch nachzugehen, ob Generaldirektor Elsner dann diese Berichtspflichten an den Aufsichtsrat einhält?

Dr. Anton Stanzel: Nein, das war keine Aufgabe, außer die Expertenkommission wäre selbst der Meinung gewesen, dass sie das tun sollte. Aber die Expertenkommission, Herr Abgeordneter, war im Grunde genommen ja ein Beratungsorgan für den Herrn Bundesminister, und die Expertenkommission war ja kein Verwaltungsorgan. Meiner bescheidenen Meinung nach ist es Aufgabe eines Verwaltungsorgans, in so einem Fall dem nachzugehen.

Die Expertenkommission hat also eher so gearbeitet, dass von beiden Seiten, sprich vom Bundesministerium für Finanzen und von der Oesterreichischen Nationalbank, die Problemfälle in die Expertenkommission gebracht wurden, nicht?

Sie wissen ja, dass da ein Filtersystem in der Notenbank war, durch das manche Banken herausgefallen sind, und dann hat man das in der Expertenkommission besprochen.

Die Expertenkommission als solche ist kein Verwaltungsorgan gewesen, das jetzt unbedingt ... Ich weiß gar nicht, ob die Expertenkommission wusste, dass Kollege Gancz mit der BAWAG das ausgemacht hätte, dass der Aufsichtsrat zu informieren sei. Das ist allein eine Aufgabe der zuständigen Abteilung des Bundesministeriums für Finanzen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau. Und haben Sie dann Wahrnehmungen darüber, ob sich Abteilungsleiter, glaube ich, Gancz dann auch darum gekümmert hätte, dass das stattfindet, was er immerhin mit vereinbart hat?

Dr. Anton Stanzel: Wir haben das interne Informationssystem so gehabt, dass Kollege Gancz mich natürlich über alles im Wesentlichen informiert hat, aber nicht über jedes Detail.

Sie müssen sich das ja auch so vorstellen, dass ein Sektionsleiter 13 Abteilungen hat. Bei 13 Abteilungen kann man nicht erwarten, dass über jede einzelne Vorgangsweise in einer Abteilung dem Sektionsleiter berichtet wird, vor allem dann nicht, wenn es angeblich ohnehin läuft. Ich bin immer davon ausgegangen, dass es ordnungsgemäß läuft. Kollege Gancz hat mir auch immer versichert, dass die neuen gesetzlichen Bestimmungen und neuen Empfehlungen an die BAWAG eingehalten werden. Das hat er mir immer gesagt.

Wir hatten auch – ich habe das heute schon einmal sagen dürfen – unter dem damaligen Wissensstand ja nicht unbedingt annehmen müssen, dass das, was heute in den Medien berichtet wird, geschehen ist – um mich vorsichtig auszudrücken.

Sie wissen ja auch, dass Generaldirektor Elsner sogar in eine Pressekonferenz gegangen ist und gesagt hat, dass er in dem geringfügigen Ausmaß die Geschäfte wieder aufnimmt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ein anderer Zusammenhang: Wir hatten heute den ehemaligen Staatsanwalt Dr. Müller auch als Auskunftsperson hier. Er hat davon berichtet letztlich, damit Sie den Zusammenhang auch kennen, dass seine Ermittlungsbemühungen – schon Bezug nehmend auf die Ereignisse 1994 nämlich, er hatte da eine anonyme Anzeige vorgefunden – behindert worden sind, mindestens

aber zeitlich so eingeschränkt, dass er mit bestimmtem, raschem Datum einzustellen hätte. Dies vor dem Hintergrund, weil der kritische Bericht 1994 dann ja trotzdem zu keinem anderen Ergebnis geführt hätte, als dass die Geschäfte, wie es im Jargon so schön heißt, zurückgeführt worden wären. – Soweit zum Zusammenhang.

Jetzt finden wir hier im Protokoll der Expertenkommission vom 18. Mai 1994 eben, dass das telefonische Ersuchen des Dr. Müller auf Übermittlung des zweiten Zwischenberichts da ist. Und es wird auch beschlossen, dass er diesen zweiten Zwischenbericht, so wie, wie wir ja wissen, den ersten auch, in einem bestimmten Procedere übermittelt bekommt. Warum hat sich die Expertenkommission eigentlich mit so etwas beschäftigt? Haben Sie da eine Erinnerung daran?

Dr. Anton Stanzel: Herr Abgeordneter, ich kann mich nicht mehr erinnern, aber es hat ohne Zweifel – das ist keine Frage – eine relativ enge Zusammenarbeit, ich glaube, vor allem der Personen Gancz und Müller, gegeben – soweit ich mich erinnern kann –, weil die Bankenaufsicht natürlich Interesse daran haben muss, dass allfällige Kriminelle oder sonstige Belange beachtet werden.

Ich könnte mir vorstellen, dass Kollege Gancz das in die Expertenkommission gebracht hat, aber da müsste man ihn selbst fragen. Kollege Gancz hat nicht zu Unrecht solche Dinge oder andere in die Expertenkommission gebracht, um sich auch, sagen wir, breitere Unterstützung zu sichern, wenn das notwendig ist. Aber konkret kann ich mich an diese Geschichte ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Richtig. Das geht ja aus den weiteren Ausführungen hervor, wo es darum geht, dass dann Gancz von der Notenbank den Bericht übernimmt und eben weiterleitet und allfällige Mitarbeiter des Prüfteams – das muss ja dann das Ministerium machen – vom Amtsgeheimnis entbindet. Ich habe es Ihnen aber nur deshalb vorenthalten, weil meine Frage nicht in diese Richtung zielte, aber Sie haben richtig vermutet.

Meine Frage oder Nachfrage zielt jetzt noch einmal darauf auf: Sie schließen eher aus, dass es seitens der Notenbank als vor Ort prüfender Stelle oder auch des Ministeriums, Abteilung Gancz, also ihre untergeordnete Abteilung, hier einen Beeinflussungsversuch gegeben hätte auch nur dahin gehend, dass man Berichte verzögert herausgibt oder sonst nicht kooperativ wäre? Können wir davon ausgehen?

Dr. Anton Stanzel: Herr Abgeordneter, Sie können bei mir klarerweise nur davon ausgehen, dass ich das für das Bundesministerium für Finanzen ausschließe, weil das damals die allgemeine Linie war. Ich habe das sehr unterstützt, dass Kollege Gancz mit Müller zusammenarbeitet.

Ich weiß beim besten Willen nicht, wie sich die Notenbank verhalten hat. Bekannt ist mir, zumindest nach heutigem Wissensstand, nichts in der Richtung, aber ich kann es nicht beurteilen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie erinnern sich, dass Dr. Müller auch in dieser Causa gegen Sommer hin unterwegs war, die Frühjahrsereignisse von 1994 stärker zu ermitteln?

Dr. Anton Stanzel: Ja, ich erinnere mich daran.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie sonst eine Wahrnehmung außerhalb des Ministeriums und der Expertenkommission, dass Müller Klage geführt hätte, dass seine Ermittlungen behindert werden oder er Weisung hat, das Verfahren mit einem bestimmten Inhalt letztlich einzustellen?

Dr. Anton Stanzel: Nein. Ich meine, es ist lange her, aber ich muss ganz offen sagen, ich habe nicht das Gefühl ... Meiner Erinnerung nach habe ich das noch nie gehört, ich höre das heute das erste Mal.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In dem Fall keine Fragen mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt zitiere ich Frau Dr. Tumpel-Gugerell aus dem Protokoll, 8. Sitzung dieses Ausschusses, vom 19. Dezember 2006. Da sagt sie:

„... Prüfergebnisse in ihrer Wertung durch die Aufsichtsbehörde“ wurden in der Expertenkommission „nicht behandelt.“

War das in Ihrer Zeit auch so, dass in der Expertenkommission Prüfergebnisse nicht behandelt wurden?

Dr. Anton Stanzel: Das Musterbeispiel habe ich mir ja gerade heute erlaubt Ihnen darzustellen mit dem ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja oder nein? (*Dr. Stanzel: Nein!*) – Es sind also welche behandelt worden.

Dann sagt sie weiter, drittletzter Absatz:

„Es gab zu diesem Prüfbericht“

– gemeint ist der aus 2001 –

„keine Diskussion und keine Empfehlung“ in der Expertenkommission, „weil die Behörde Maßnahmen setzen kann, die in ihrem eigenen Ermessensbereich liegen. Und wenn die Behörde“ – also immer gemeint später die Finanzmarktaufsicht, vorher Bundesministerium – „niemanden fragt, gibt es auch keine Beratung“ – gemeint von Seiten der OeNB.

Die OeNB sieht sich als Berater in der Expertenkommission. – Können Sie das teilen für Ihre Zeit? Bis 1999 war das auch so?

Dr. Anton Stanzel: Herr Vorsitzender, ich muss mich da wiederholen. Es ist keine Frage, dass die OeNB in diesem System eine beratende Funktion hatte, eine begutachtende, beratende Funktion auf Grund der gesetzlichen Situation. Es ist aber auch keine Frage, dass die beteiligten Personen in meiner Zeit über diese rein beratende Funktion hinaus oder, wenn Sie so wollen, dass sie diese beratende Funktion sehr ausreichend ausgenützt haben.

Wir haben uns also sehr stark bemüht, hier zu gemeinsamen Lösungen zu kommen, was ja auch der Gesetzeslage entspricht. Ich kann ja jemanden, der mich berät, jederzeit sehr massiv in den Entscheidungsprozess einschließen. Dagegen ist ja überhaupt nichts zu sagen, es entscheidet halt dann nur der Herr Bundesminister in letzter Konsequenz.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Frau Dr. Tumpel-Gugerell sagt, wir sitzen zwar in der Expertenkommission, solange diese – die Expertenkommission – gewesen ist. Und sie sagt auch, so wie Sie heute – und das ist ja auch der gesetzliche Auftrag gewesen – : Wir waren das Beratungsorgan der Regierung. Aber wenn die Aufsichtsbehörde nicht mit einem Problem in die Expertenkommission kommt, können wir dazu auch nicht beraten!

Sie sagt also: Der Treibende in der Expertenkommission, der etwas auf die Tagesordnung setzt – das interpretiere ich jetzt, indirekt sagt sie es auch immer so –, war das Finanzministerium und nicht wir. Und wenn man halt nichts hineinbringt, können wir den Herrn Bundesminister nicht beraten. – Sie klinkt sich also aus, indem

sie sagt: Wir haben zwar die Prüfung gemacht, sind die Sachverständigen, aber wenn uns dann die Behörde trotzdem nicht fragt, sagen wir halt einfach nichts!

War das bis 1999 auch so, unter Ihrer Zeit?

Dr. Anton Stanzel: Soweit ich mich erinnern kann, Herr Vorsitzender, haben wir gemeinsam die Tagesordnungen bestimmt und haben gemeinsam die Problemfälle in die Expertenkommission gebracht – nach meiner Erinnerung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke, ich habe keine Fragen mehr.

Da keine Fragen mehr vorliegen, bedanke ich mich bei der Auskunftsperson, für heute sind wir auf jeden Fall fertig.

(Die Auskunftsperson Dr. Stanzel verlässt den Sitzungssaal.)

17.39

Obmann Mag. Dr. Martin Graf ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Frau **Mag. Ingrid Pongratz-Legradl** in den Saal zu bitten.

(Die Auskunftsperson Mag. Ingrid Pongratz wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

17.40

Der Obmann dankt Frau **Mag. Ingrid Pongratz** für ihr Erscheinen als **Auskunftsperson**, weist diese auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzlich gemachte falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Mag. Ingrid Pongratz (BAWAG-PSK AG): Mein Name: Mag. Ingrid Pongratz; geboren am 31.8.1964; wohnhaft in 1190 Wien; Beruf: Bankangestellte.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bedienstete? *(Die Auskunftsperson verneint dies.)*

Der Obmann weist die Auskunftsperson darauf hin, dass das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter gewahrt zu bleiben haben. Dies gelte auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 BWG unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen seien.

Der Obmann erinnert Frau Mag. Pongratz an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung und fragt, ob einer dieser Gründe bei ihr vorliege, was diese **verneint**.

Der Obmann weist Frau Mag. Pongratz auf die Möglichkeit hin, vor Eingang in die Befragung eine zusammenhängende Erklärung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen abzugeben, fragt sie, ob sie davon Gebrauch machen wolle, was Mag. Pongratz **bejaht**.

Der Obmann macht Frau Mag. Pongratz darauf aufmerksam, dass die Einleitung nicht länger als 10 Minuten dauern solle und sie das möglichst in eigenen Worten sagen solle.

Mag. Ingrid Pongratz: Zur Erklärung: Ich bin seit September 1991 in der BAWAG beschäftigt, immer im Bereich Beteiligungen. Mit Jahresbeginn 1999 bin ich dann zur Bereichsleiter-Stellvertreterin ernannt worden.

Ich war im gesamten Zeitraum der Tätigkeit in der BAWAG immer für operative Tochtergesellschaften zuständig, also für die BAWAG-Versicherung, für die P.S.K.-Versicherung, für ein Hotel, für eine Airline, für eine Therme, für ein Kaffeehaus, für diverse österreichische Tochterbanken, wie die **easybank**, die **Sparda-Bank** zum Beispiel, aber auch für ausländische Tochterbanken, die **Magyar Külkereskedelmi Bank**, die **Interbanka** in Tschechien. Dann war ich jedes Jahr für Sonderprojekte zuständig, zum Beispiel Unternehmensverkäufe wie Ruefa-Reisen, Unternehmensankäufe wie unsere Beteiligung eben an der Interbanka in Tschechien, unsere Beteiligung an der **MKB** in Ungarn. Ich war im Jahr 2000 auch im fünfköpfigen Acquisitionsteam, das für den Erwerb der P.S.K. zuständig war.

In weiterer Folge habe ich in den nächsten Jahren an der Fusionierung von gewissen Tochtergesellschaften gearbeitet, also BAWAG Leasing mit P.S.K. Leasing, genauso an den Kapitalanlagegesellschaften, an dieser Fusionierung.

Im Jahre 2005 war ich auch intensiv mit der gesellschaftsrechtlichen Zusammenlegung der BAWAG P.S.K. beschäftigt, und im Jahr 2006 habe ich im Kernteam gearbeitet, im Verkauf der BAWAG P.S.K., und habe das elektronische Datenarchiv eingerichtet.

Natürlich habe ich mich auch oft gefragt, wie die Karibik-Geschäfte so lange unentdeckt bleiben konnten. Für mich stellt sich das so dar: Im Bereich Beteiligungen hat immer nur ein oder maximal zwei Mitarbeiter über eine Sache Bescheid gewusst. Das war bei wirklich allen Dingen so. Bei den sehr sensiblen hat immer nur ein Mitarbeiter Bescheid gewusst. Das waren aber nicht nur diese betroffenen Finanzgeschäfte, das war auch bei anderen Dingen so, wie zum Beispiel bei Krediten an die Eigentümersphäre, auch bei gewissen anderen Konstruktionen. Das ist all die Jahre so gehandhabt worden. Seit meinem Eintritt 1991 habe ich das schon feststellen können.

Ein wichtiger Grund liegt in meinen Augen also in dieser Intransparenz und auch in der damit verbundenen äußerst spärlichen schriftlichen Dokumentation.

Die großen Finanztransaktionen und die Stiftungen waren sehr wohl für die Mitarbeiter aus unserem Bereich ersichtlich in den Kontoumsatzlisten – wir haben also sehr wohl Namen von den Stiftungen und große Überweisungen gesehen, und wir haben das sehr wohl natürlich auch nachgefragt.

Bei Nachfrage ist uns immer erklärt worden, diese Stiftungen sind nicht der BAWAG zuzurechnen, sondern Kunden. Das war auch deswegen sehr plausibel, weil in unserem Bereich auch immer Kundengeschäft, also Fremdgeschäft abgewickelt worden ist und nicht nur, wie es der Name „Beteiligungen“ suggeriert, konzerneigenes Geschäft abgewickelt wurde.

Da waren also auch VIP-Kunden, andere Kunden, die der Eigentümersphäre zuzurechnen sind, und deswegen erschien diese Antwort auch nicht abwegig.

Ein weiterer Grund, weshalb es plausibel war, ist, dass die KPMG auch diese Finanzgeschäfte geprüft hat.

Natürlich habe ich als Stellvertreterin auch versucht, mir selbst einen Überblick über das gesamte Geschäftsfeld zu machen und habe natürlich die Beteiligungsberichte gelesen. Im Nachhinein weiß ich jetzt natürlich: Die waren teilweise beschönigend, unvollständig oder manchmal schlichtweg falsch.

Ein Grund ist meines Erachtens also diese spärliche schriftliche Dokumentation und dass auch nicht aussagekräftige Berichte eingefordert wurden.

Ein weiterer wichtiger Grund in meinen Augen ist, dass kein zweiter Bereich involviert war. Das heißt, es hat keine Trennung zwischen Markt und Risiko gegeben. Das ist in der Zwischenzeit natürlich geändert worden, seit 2006 gibt es das. Das heißt, wenn wir einen Antrag schreiben, gibt ein zweiter Bereich eine Beurteilung dazu ab, und zwar ein Bereich, der einem anderen Vorstand unterliegt.

Zu den OeNB-Prüfberichten kann ich nur sagen, dass ich die aus den Jahren 2001 und 2003 nie zu Gesicht bekommen habe. Ich bin allerdings auch nicht von den Prüfern damals dazu befragt worden. Der Prüfbericht aus dem Jahr 2006 ist mir schon ausgehändigt worden. Das ist erstmalig, dass ich dann einen Prüfbericht bekommen habe. – Danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke für die Einleitung. Wir kommen zur Befragung.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Frau Mag. Pongratz, Sie haben ja Ihre Aufgabe und Ihre Position dargelegt. Vielleicht können Sie noch ausführen, wie die Zusammenarbeit mit Ihrer unmittelbaren Chefin war und die Zusammenarbeit mit Zwettler und Elsner, ob hier mehr an Informationen gegeben wurde als diese spärlich schriftlichen und wie regelmäßig sozusagen diese Gespräche erfolgt sind.

Mag. Ingrid Pongratz: Mit meiner Chefin bin ich natürlich in laufendem Kontakt gestanden, keine Frage, da bin ich zehn Mal am Tag wegen Kleinigkeiten auch gerufen worden. Zwischen uns hat es, hätte ich gesagt, bis Oktober 2005 schon ein großes Spannungsverhältnis gegeben, weil ich sehr unzufrieden war damit, dass ich nicht – wie soll ich sagen? – in mehr Führungsgagenden eingebunden war.

Um ein Beispiel zu nennen: Da habe ich mich einfach geärgert, wenn ich dann von einem Mitarbeiter am Gang zufällig erfahren habe, dass wir wieder eine neue Tochtergesellschaft gegründet haben, denn von meiner Chefin habe ich es nicht erfahren.

Ich muss aber dazusagen, das sind nicht nur die Finanzgesellschaften gewesen, das waren alle Arten von Gesellschaften, wo ich relativ wenig erfahren habe und wo ich mir eigentlich immer aktiv Informationen holen habe müssen.

Ich bin eigentlich sehr oft zurechtgewiesen worden, dass das nicht Teil meiner Aufgabe ist.

Ich muss sagen, ich habe aber immer wieder sehr interessante Aufgaben von ihr zugewiesen bekommen, die ich auch mit Freude erledigt habe. Insofern waren da für mich ein Plus und ein Minus vorhanden: einerseits nicht den vollen Überblick zu bekommen, andererseits immer mit hoch wichtigen und spannenden Aufgaben betraut zu werden.

Herrn Elsner habe ich fast nie gesehen. Die Kommunikation mit ihm ist eigentlich fast immer über meine Vorgesetzte gelaufen. Er hat mich nur notfalls gerufen, wenn sie auf Urlaub war. Wobei ich sagen muss, die meisten Anordnungen haben wir von Herrn Dkfm. Zwettler bekommen. Von Herrn Dkfm. Zwettler bin ich auch immer wieder gerufen worden, wenn er sich briefen lassen wollte für die Aufsichtsratssitzung einer Tochtergesellschaft beziehungsweise wenn er kurzfristig Informationen wollte. Er hat sich sehr oft für Termine noch Analysen anfertigen lassen, und die mussten wir ihm dann kurz berichten.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Sie wollten also in Wirklichkeit eigentlich eine aktivere Rolle im Beteiligungsmanagement haben, und das hat auch

Ihre Vorgesetzte so ausgeführt. War es also eher eine administrative Tätigkeit und weniger eine Entscheidungsfunktion?

Mag. Ingrid Pongratz: Es ist eher in die Richtung gegangen, Sachen entscheidungsreif aufzubereiten, wobei man sagen muss, dass viele Sachen, die wir entscheidungsreif aufbereitet haben, ja dann an den Vorstand gegangen sind.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das ist klar, aber ist es so, dass zum Beispiel auch aktiv Beteiligungen angestrebt wurden von dieser Abteilung, oder ist Ihnen eher nur gesagt worden, was Sie zu beteiligen haben?

Mag. Ingrid Pongratz: Wir haben Beteiligungen nicht aktiv herangeschleppt, so wie Sie das nennen. Vor allem hat es ja geheißt, es ist Sinn und Zweck, dass wir uns mehr auf das Kerngeschäft konzentrieren. Und das, was es an Beteiligungsmöglichkeiten auf dem Markt gegeben hat, war vor allem zum Beispiel aus dem Touristikbereich, waren Bereiche, wo wir eigentlich nicht überzeugt waren, dass da eine Menge Geld zu verdienen wäre. Das war eher so, dass wir da abgewehrt haben, weil viele Projekte herangetragen worden sind, wo wir keine Rentabilität für unser Haus gesehen haben.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Und bei diesen Erkenntnissen oder Eindrücken, die Sie da gewonnen haben, haben Sie da bestimmte Personen öfter angesprochen, auch im Aufsichtsratsbereich? Haben Sie versucht, sozusagen für Ihre Argumente Unterstützung zu bekommen über den Aufsichtsrat, über bestimmte Vorstandskollegen? Ich sage auch dazu, vielleicht auch in Gesprächen mit Ihrem Mann, ob gewisse Möglichkeiten ... Haben Sie irgendwie versucht, eine aktivere Rolle zu bekommen?

Mag. Ingrid Pongratz: Also zum Aufsichtsrat: Ich weiß jetzt nicht, welchen Aufsichtsrat Sie meinen. Wenn Sie Aufsichtsrat BAWAG P.S.K. meinen: Nein, den habe ich nie angesprochen. In meiner Funktion hatte ich ja auch nicht Kontakt zum Aufsichtsrat, denn wir haben ja nicht an Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Meinem Mann habe ich natürlich gesagt, dass ich über die Rolle, die mir Frau Mag. Winter zugeordnet hat, nicht ganz glücklich bin, weil ich mir die etwas größer vorgestellt habe. Wobei ich aber auch in Gesprächen mit ihm immer wieder feststellen konnte, dass es – wie soll ich sagen? – dort der Normalfall war, dass im Beteiligungsbereich immer eine Person das Sagen hatte.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Entschuldigung, welche Person?

Mag. Ingrid Pongratz: Frau Mag. Winter-Reumann.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Bei diesem Umfeld, das nicht ganz befriedigend für Sie war: Ab wann haben Sie dann erfahren von zum Beispiel den Verlusten aus den Karibik-Geschäften?

Mag. Ingrid Pongratz: Mein Mann hat mich einmal angerufen, da war ich schon zu Hause, und hat mich gebeten, ich möge mit ihm einen Spaziergang machen. Das war, wie, glaube ich, schon einmal erzählt worden ist, am Weltspartag 2005. Und da hat er mir das gesagt, dass Verluste gemacht worden sind und dass die Gewerkschaft dafür haftet – ich habe es einfach nicht glauben können.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das war aber relativ spät, nicht? Das war 2005. (*Mag. Pongratz: Genau!*) Sie sind aber schon länger stellvertretende Bereichsleiterin gewesen.

Mag. Ingrid Pongratz: Ja, genau. Das habe ich aber erstmals 2005 erfahren.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Wie ist es Ihrer Einschätzung nach überhaupt möglich, über so lange Zeit solche Verschleierungen machen zu können? Was ist Ihr Eindruck? Warum kann man so lange ganz geschickte Vorgangsweisen wie eine Buchung und Gegenbuchung innerhalb des eigenen Unternehmens verschleiern? Wie passiert so etwas?

Mag. Ingrid Pongratz: Also ein wichtiger Grund ist in meinen Augen, dass es keine Trennung gegeben hat zwischen, also dass kein zweiter Bereich involviert war. Um jetzt ein Beispiel anzuführen: Wenn wir jetzt ein Projekt planen, eine Gesellschaft kaufen wollen, was auch immer, schreiben wir einen Antrag, und es muss ein zweiter Bereich, der unabhängig ist von uns, sich das genauso anschauen wie wir, muss unabhängig von uns zu einer Meinung kommen und muss eine Stellungnahme abgeben. Und dieser zweite Bereich unterliegt einem anderen Vorstand. Das war damals nicht so.

Allein dadurch, dass ein zweiter Bereich involviert ist, muss man die Sachen viel ausführlicher dokumentieren, und man muss die Sachen ja auch jemandem nahebringen, der das Ganze dann auch durchdenken und auch verstehen kann.

Das heißt, damit sind erstens die Sachen viel besser dokumentiert, und das Zweite ist, dass jemand, der einem anderen Vorstand berichtet, auch nicht von derselben Person unter Druck gesetzt werden kann. Das hat damals sicher gefehlt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das heißt, das wurde in der Geschäftsordnung nicht ausreichend geregelt, oder hat man es nur nicht angewandt?

Mag. Ingrid Pongratz: Das heißt, dass damals Sachen ausschließlich nur von einem Bereich, nämlich vom Beteiligungsbereich, bearbeitet worden sind und kein zweiter Bereich Einblick hatte.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das war auch bei den Stiftungen so?

Mag. Ingrid Pongratz: Das war auch bei den Stiftungen so, ja, und es war auch bei Krediten so.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Und wie haben Sie eigentlich die Stiftungen beurteilen können? Ich habe das auch Ihre Vorgesetzte gefragt. Ist das, nachdem Sie relativ wenig Informationen direkter Art bekommen haben, ausschließlich über die Zahlungsströme und Auswirkungen beurteilt worden, oder haben Sie zum Beispiel auch direkte Einsicht in die Stiftungen bekommen?

Mag. Ingrid Pongratz: Also in die Stiftungen, die in diese Sache involviert waren, hatte ich keinen Einblick bekommen. Einige dieser Namen habe ich auf Konto-Umsatzlisten gesehen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das ist aber eine passive Rolle.

Mag. Ingrid Pongratz: Genau. Die Sachbearbeiterin, die ich angesprochen habe: Wem sind die Stiftungen zuzuordnen, was haben wir damit zu tun?, hat mir gesagt, das sind Stiftungen eines Kunden. Mir ist auch ein konkreter Kundename genannt worden. Ich hatte keinen Grund, daran zu zweifeln, weil es ja diesen Kunden in der BAWAG gibt, gegeben hat.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Wie wurden die denn überhaupt abgeschlossen im Rahmen Ihres Unternehmens?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist aber interessant – Zwischenfrage –: Wer war der Kunde, der Ihnen genannt wurde von der Sachbearbeiterin?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich glaube, das unterliegt dem Bankgeheimnis.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Glaube ich nicht, wenn es ein falscher Name ist. Also wenn es eh nicht derjenige ist, dann ist das kein Bankgeheimnis.

Mag. Ingrid Pongratz: Gut. Mir ist gesagt worden, das ist das Geschäft vom Herrn Schlaff.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist vom Herrn Schlaff, hat man Ihnen gesagt. Und wer hat Ihnen das gesagt, Sachbearbeiter?

Mag. Ingrid Pongratz: Die Sachbearbeiterin, genau.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer ist das gewesen? – Ist auch kein Bankgeheimnis meines Erachtens.

Mag. Ingrid Pongratz: Frau Mag. Zartler-Schwob.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist eine Mitarbeiterin im Beteiligungsbereich. (*Mag. Pongratz: Ja!*) Sachbearbeiterin, also das ist, sage ich jetzt, unterste Ebene oder wo anzusiedeln?

Mag. Ingrid Pongratz: Wir haben da nicht viele Ebenen. Wir haben nur die Bereichsleiterin – Frau Mag. Winter-Reumann, ich als Stellvertreterin – und die Sachbearbeiter. Wie hatten eine sehr flache Hierarchie.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich frage noch einmal: Wie ist es ... (*Abg. Mag. Rossmann: Akustisch konnten manche Dinge nur sehr schwer ...!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Den Namen **Schlaff** haben Sie noch verstanden? (*Abg. Mag. Rossmann: Ja, habe ich!*) – Und wie hat die Kollegin geheißen? – Sprechen Sie, bitte, etwas lauter ins Mikrofon.

Mag. Ingrid Pongratz: Frau Mag. Zartler-Schwob.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die ist nach wie vor in der Bank tätig? (*Mag. Pongratz: Ja!*)

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Was mich interessiert, ist: Wie kann ein Beteiligungsmanagement Beurteilungen treffen, obwohl Ihnen dafür die Grundlage nicht gegeben wird?

Das ist ein Problem, das ich dabei die ganze Zeit habe. Wenn ich zum Beispiel von einer Stiftung weiß, dass sie existiert, aber nicht weiß, was dort an Vermögen und an Bewegung auf dem Konto festzustellen ist, oder nur zufällig einmal einen Auszug sehe, wenn gerade etwas überwiesen wird: Wie kann das dann im Beteiligungsmanagement berücksichtigt werden? – Ich kann nicht nur hinschreiben: Ich habe einen Namen, und ich weiß nicht, ob auf dem Konto 100 Millionen oder 200 Millionen liegen. Wie wird so etwas gehandhabt?

Ich möchte es nur einmal verstehen. Denn als einer, der als Kreditprüfer auch einmal kurz in einer Bank gearbeitet hat, könnte ich so etwas **nicht** verstehen! Das sage ich sehr deutlich. Wie kann man so etwas hereinnehmen? Oder ist das sozusagen außer Deckungsbetrachtung geblieben?

Mag. Ingrid Pongratz: Tut mir Leid, ich verstehe die Frage nicht ganz. Diese Stiftungen habe ich nicht beurteilt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Die Frage ist, wenn Sie zum Beispiel eine Reihe von Beteiligungen haben, wenn davon einige auch in Form der Stiftung sozusagen mit von Bedeutung sind, was die Vermögenssituation des Unternehmens betrifft, und wenn Sie keine Informationen darüber bekommen: Zu welchem Wert wurde das im Rahmen des Beteiligungs- und Risikomanagements letztlich angesetzt?

Mag. Ingrid Pongratz: Eine Stiftung ist keine Beteiligung! Das heißt ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das weiß ich schon. Es ist aber ein Teil Ihres Geschäftsfelds – danach habe ich Sie ausdrücklich gefragt –, und es war auch ausdrücklich die Antwort Ihrer Vorgängerin hier, Ihrer Vorgesetzten, dass diese Beteiligungen im Beteiligungsmanagement sozusagen *mit* behandelt wurden. Ich habe nicht gesagt, dass es Beteiligungen sind, aber sie wurden dort *behandelt*.

In welcher Form wurden sie behandelt? – Das ist meine Frage.

Mag. Ingrid Pongratz: Ich kann nur von einer Stiftung sprechen, für die ich selbst zuständig bin, zum Beispiel die **Alinea-Privatstiftung**. Das ist eine Stiftung, die in diese Fälle nicht involviert war, für die ich aber zuständig bin. Die haben wir im Anlagevermögen der Bank nicht als Beteiligungsbuchwert gebucht. Eine Stiftung kann niemandem gehören, das heißt, das ist in der Bank als Aufwand gebucht worden. Die Stiftung selbst hat aber nur ein Vermögen. (*Abg. Dr. Bauer: Das ist schon klar!*) Aus dem heraus gibt es kein Risiko.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt: Stifter ist BAWAG; Begünstigter ist auch BAWAG. Das heißt, man hat alles über den Aufwand gebucht und hat bestenfalls Erträge, nämlich als Begünstigter, oder?

Mag. Ingrid Pongratz: Das heißt: Was in das Vermögen der Stiftung gelangt ist, ist in der Bank als Aufwand gebucht – richtig! (*Abg. Dr. Bauer: Ja!*) Das heißt, es gibt im Anlagevermögen der Bank diesbezüglich keine Position. Da ist nichts zu beurteilen von dem her, was in der Bank verblieben ist. (*Abg. Dr. Bauer: Aber Ihre ...!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Moment, Herr Kollege. – Die Erträge: Ich meine, Sie verwalten ja die Stiftung trotz alledem im Beteiligungsmanagement (*Abg. Dr. Bauer: Genau das ist meine Frage!*), und jetzt kommen Erträge herein. Diese sind allerdings wiederum schon ... Denn wie will sonst ein Beteiligungsmanagement einen Erfolg oder Nicht-Erfolg ausweisen? – Die Erträge sind schon auch wiederum ihnen zugerechnet gewesen.

Mag. Ingrid Pongratz: Die Erträge dieser einen Stiftung – ich kann, wie gesagt, nur über das reden, wofür ich selbst zuständig bin – sind über einen Gewinnschein hereingekommen. Die Alinea-Stiftung hatte oder hat einige Tochtergesellschaften, diese Tochtergesellschaften habe ich natürlich bewertet; ich habe mir die Erträge angesehen, die in den nächsten Jahren zu erwarten sind, und von dem her habe ich diese Stiftung beurteilt. Eigentlich – um konkret zu sein – nicht die Stiftung, sondern den Gewinnschein, den wir in der Bank hatten und mit dem wir an den Erträgen der Stiftung partizipiert haben. Von dem her konnte ich das beurteilen.

Das sind natürlich auch Berechnungen, die man dem Wirtschaftsprüfer vorlegen muss, genauso wie jede andere Unternehmensbewertung einem Wirtschaftsprüfer vorgelegt worden ist.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Aber die wurden ja angeblich nicht von euch dem Wirtschaftsprüfer vorgelegt.

Mag. Ingrid Pongratz: Also von der Alinea-Privatstiftung – das ist die, die ich jetzt beschrieben habe –, habe ich das sehr wohl dem Wirtschaftsprüfer vorgelegt. Doch! Aber die Stiftungen ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Soweit ich mich erinnern kann, hat es einmal einen Vermerk gegeben, dass es nicht so war, dass die Beteiligungen und die Stiftungen vorgelegt wurden.

Mag. Ingrid Pongratz: Vielleicht reden wir von zwei verschiedenen Dingen.

Für die Alinea-Privatstiftung, die ich beschrieben habe, gibt es einen Gewinnschein, den hat die BAWAG unter „Wertpapier“ verbucht. Natürlich muss dieses Wertpapier auch jedes Jahr beurteilt werden. Dafür habe ich eben die Unternehmen, die hinter der Stiftung stehen, auch bewertet, um den Wert des Wertpapiers rechtfertigen zu können.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist das eine Stiftung in Österreich?

Mag. Ingrid Pongratz: Eine österreichische Stiftung, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf (in Richtung des Abg. Dr. Bauer): Das ist also der Unterschied. (Abg. Dr. Bauer: Ja, ja!)

Mag. Ingrid Pongratz: Die Stiftungen, die vielleicht sonst noch angesprochen worden sind ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich habe auch die Liechtensteinschen zum Beispiel mit angesprochen.

Mag. Ingrid Pongratz: Ja, da sind mir keine Bewertungen bekannt. Aber, wie gesagt, für die war ich nicht zuständig, und da hatte ich auch nicht den Einblick. (Abg. Dr. Bauer: Danke!)

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Vielleicht doch noch zum Funktionieren der Abteilung Teilnehmungsmanagement: Sie haben gesagt, es ist problematisch gewesen, dass Teilnehmungen nicht von zwei verschiedenen Bereichen mit unterschiedlichen Vorständen geprüft worden sind. War das das einzige Problem, das es in dieser Abteilung Teilnehmungsmanagement gegeben hat? Oder haben Sie da auch noch andere Probleme feststellen und orten können?

Mag. Ingrid Pongratz: Das sehe ich als das Hauptproblem an.

Wogegen ich immer angekämpft habe, war, dass wir zugleich auch Kreditabteilung sind – das wurde mittlerweile auch geändert, im Jahr 2006 geändert –, weil ich immer der Meinung war, dass wir als kleiner Bereich nicht die notwendige Ablauforganisation haben und dass das besser Kreditabteilungen machen sollten, also mehr die Spezialisten. Weil wir ja eher die Generalisten waren, die für sehr viele verschiedene Teilnehmungen zuständig waren.

Ich hätte gemeint, dass das besser direkt an eine Kreditabteilung ausgelagert werden sollte, um die Dinge auch möglichst fremdüblich zu erledigen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Da ging es um Großkredite? Oder um welche Kredite? Oder waren das ...?

Mag. Ingrid Pongratz: Das war jede Art von Krediten, völlig abhängig davon, wie groß die Beteiligung ist. Es hat zum Beispiel eine kleine Holding genauso eine kleine interne Überziehung gebraucht wie vielleicht eine größere operative Beteiligung, die einen Milliardenumsatz hatte.

Diese Teilnehmungen waren auch alle quasi Kreditkunde in unserem Bereich. Ich war immer der Meinung, wir hatten nicht die notwendige Spezialisierung dafür. Daher habe ich immer für eine Auslagerung plädiert, wie das auch in anderen Teilnehmungsgebieten, in anderen, vergleichbaren Banken meines Erachtens der Fall ist.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Bei wem haben Sie dafür plädiert?

Mag. Ingrid Pongratz: Bei Herrn Elsner, bei Herrn Zwettler und bei Frau Mag. Winter-Reumann.

Und zwar war das so, dass wir im Jahr 2001 bei der Zusammenführung von BAWAG und P.S.K. Teams gehabt haben, die aus der Zusammenlegung entstanden sind, sodass zum Beispiel bei der Zusammenlegung des Beteiligungsbereichs P.S.K. mit dem Beteiligungsbereich BAWAG diese Aufgaben neu definiert worden sind. Im Zuge dessen mussten wir eine Präsentation machen, und da habe ich eben vorgeschlagen, man möge das an eine Kreditabteilung auslagern. Das sollten wir künftig nicht mehr machen. In der P.S.K. wurde im Beteiligungsbereich keine Kreditabwicklung gemacht, bei uns schon.

Dem hat Herr Elsner zuerst auch zugestimmt, und er hat gemeint: ja, könnte man machen. Herr Zwettler hat dann dafür plädiert, dass man doch einige Dinge an Krediten im Beteiligungsbereich lassen sollte. Aber im Prinzip hat sich dann nichts verändert, sondern wir waren weiterhin Kreditabteilung.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wie hat sich Frau Winter-Reumann dazu geäußert?

Mag. Ingrid Pongratz: Frau Winter-Reumann – da kann ich mich jetzt nicht erinnern, dass sie sich dagegen gestellt hätte oder dass sie sehr dafür plädiert hätte, es auszulagern. Mein Eindruck war, sie hat mir weder sehr dabei geholfen, dass das ausgelagert wird, noch hat sie sich vehement dagegen gewehrt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): War es nicht ein Grundproblem der Abteilung, der Sie heute vorstehen, dass Entscheidungen über Beteiligungen einfach sehr einseitig durch den Vorstand getroffen worden sind, durch einzelne Vorstandsmitglieder, etwa am Beispiel Stiefelkönig?

Mag. Ingrid Pongratz: „Stiefelkönig“ – Entschuldigung, etwas möchte ich vorher noch korrigieren: Der Abteilung stehe ich nicht vor. Es gibt einen anderen Bereichsleiter; ich bin immer noch die Stellvertreterin, nach wie vor.

Was „Stiefelkönig“ betrifft, verstehe ich es völlig, weil es einfach ein notleidender Kredit war. So eine Beteiligung oder so eine Gesellschaft zu übernehmen, wieder konkurrenzfähig zu machen und dann zu verkaufen, haben wir immer als Aufgabe des Beteiligungsbereiches gesehen.

Bei gewissen anderen Beteiligungen haben wir uns eher gewundert, dass die zugekauft worden sind. Die Idee kam sicher das eine oder andere Mal **nicht** von uns.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Also kann man das durchaus so sagen, dass Sie eigentlich mehr oder weniger Befehle oder Weisungen empfangen haben und dann die Weisungen, die Sie erhalten haben, rechtlich umsetzen mussten?

Mag. Ingrid Pongratz: Wir hatten tatsächlich in der Vergangenheit das eine oder andere Mal eine Weisung bekommen, einen Antrag zu schreiben, dass eine Beteiligung, dass eine gewisse Gesellschaft zu kaufen ist. Ja.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Was können Sie uns über das Risikomanagement dieser Abteilung, in der Sie sind und in der Sie auch lange gearbeitet haben, erzählen? Hat es da irgendwelche Probleme gegeben, die Sie wahrgenommen haben? Schwächen, die Sie gesehen haben?

Mag. Ingrid Pongratz: Als Schwäche habe ich natürlich immer gesehen, dass stets nur eine oder maximal zwei Personen über eine Sache Bescheid gewusst haben. Insbesondere war das in der Urlaubszeit problematisch, oder wenn es darum ging, etwas sehr schnell zu erledigen, und die betreffende Person, die sich am besten ausgekant hat, eben gerade nicht erreichbar war.

Mir selbst abgegangen sind auch Berichte, die mehr ins Detail gehen, oder reguläre Berichte, Monatsberichte oder Quartalsberichte, dass Sachen einfach besser dokumentiert sind, um auch wieder einmal nachlesen zu können, um auch besseren Überblick zu bekommen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Eine andere Frage: Haben Sie irgendwelche Veränderungen bei Frau Winter-Reumann festgestellt, etwa im Jahr 2001? Ist Ihnen da irgendetwas aufgefallen an ihrer Person, an ihrem Verhältnis Ihnen gegenüber, an ihrer Arbeitsweise überhaupt?

Mag. Ingrid Pongratz: Im Jahr 2001?

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ab dem Frühjahr 2001.

Mag. Ingrid Pongratz: Im Frühjahr 2001? – Ich kann nicht speziell vom Frühjahr 2001 sprechen, mir fällt nicht speziell zum Frühjahr 2001 etwas ein. Aber ab dem Jahr 2000 ist sie zunehmend unausgeglichen gewesen, sagen wir so.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Also schon ab 2000, nicht erst ab dem Frühjahr 2001 und in den Jahren danach?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich hätte gesagt: ab dem Jahr 2000.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie haben gesagt, Sie sind zuständig für Banken-gesellschaftsrechtliche Zusammenführungen. Hatten Sie in diesem Zusammenhang mit der Verschmelzung BAWAG P.S.K. und der Spaltungsbilanz zu tun? (*Mag. Pongratz: Ja!*) – Kennen Sie diese Spaltungsbilanz, sozusagen die der AVB, also der BAWAG-alt, mit den wenigen Wertpositionen, die es in dieser Spaltungsbilanz gibt? (*Mag. Pongratz: Die ...!*) Wenn ja, wie beurteilen Sie diese Positionen, insbesondere eben die Verrechnungsverbindlichkeiten auf der Passivseite in der Höhe von rund 1,4 Milliarden €?

Mag. Ingrid Pongratz: Die Spaltungsbilanz damals habe ich gesehen. Erstmals habe ich, glaube ich, im Juli davon gehört, dass so ein großer Betrag verbleiben soll in der – jetzt kann man sagen – AVB, also in der BAWAG-alt. Das habe ich hinterfragt. Mir ist gesagt worden ...

Ich muss dazu ausführen, dass ich mich um die gesellschaftsrechtlichen Dinge gekümmert habe und es daneben auch Personen gab – in Extra-Besprechungsrunden –, die sich um Bilanzoptimierung, so ist es mir gesagt worden, gekümmert haben. Ich habe das hinterfragt, wieso eine so große Position an Verrechnungsverbindlichkeiten verbleibt. Da ist mir gesagt worden: Im Zuge der Optimierung hat man sich entschlossen, das so darzustellen; es ist ja quasi eine konzerninterne Optimierung.

Ich habe natürlich gefragt: Wie kann die AVB das dann zurückbezahlen? – Mir ist gesagt worden, dass man eben vorhat, in einigen Jahren an die Börse zu gehen, und dass sich herausgestellt hat, es ist jetzt besser, die BAWAG P.S.K. kapitalmäßig so auszustatten, dass das eben eine Optimierung ist.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ihren Ausführungen kann ich entnehmen, dass Sie Zweifel an dieser Bilanz hatten. Sie haben gesagt, Sie haben das hinterfragt. Bei wem haben Sie das hinterfragt? Mit wem haben Sie da gesprochen?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich hatte nicht Zweifel an der Bilanz. An der Richtigkeit der Bilanz, muss ich dazu sagen, hatte ich keine Zweifel.

Ich habe mich einfach gewundert, weil dieser Betrag so groß war, und ich habe darüber sowohl mit der Kollegin gesprochen, die bei uns für Kredite betreffend die

Eigentümersphäre zuständig war – weil das ja quasi „on top“ noch dazukam –, als auch mit meiner Vorgesetzten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte, wir möchten auch immer Namen hören. Denn wir kennen natürlich die Kollegin nicht und können das auch nicht zuordnen. Vorgesetzte können wir zuordnen!

Mag. Ingrid Pongratz: Ich nenne deswegen ungern Namen, weil ich mir denke, die Kollegen und Kolleginnen werden sich vielleicht alle bedanken, wenn sie ihren Namen womöglich in einer Zeitung lesen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, schauen Sie, das ist nicht aufhaltbar, sage ich, weil es eine öffentliche Einvernahme ist. Aber es geht schneller, wenn Sie es gleich dazusagen. Sonst werden Sie es ohnehin immer noch gefragt.

Mag. Ingrid Pongratz: Frau Mag. Sorf-Mastny. Wobei ich dazusagen muss: Die Dame ist nicht involviert in irgendwelchen Sachen, die „Karibik 2“ betreffen. Sie war für mich deswegen Ansprechpartnerin, weil sie den Antrag betreffend diese Position hat schreiben müssen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Vielleicht können Sie mir noch erläutern, wie ich die Antwort „konzerninterne Optimierung“ interpretieren soll. Was heißt das? Was soll ich mir darunter vorstellen? – Da tue ich mir ein bisschen schwer.

Mag. Ingrid Pongratz: Konzerninterne Optimierung habe ich so gemeint, dass ja AVB und BAWAG ein Konzern sind – ich kann immer noch „sind“ sagen, weil das Closing von BAWAG P.S.K. noch nicht stattgefunden hat – und das weder eine wunderbare Geldvermehrung noch ein Geldschwund war. Man hätte genauso die AVB mit mehr Eigenkapital ausstatten können, dann wäre weniger in der BAWAG vorhanden gewesen; also als kommunizierende Gefäße, kann ich nur sagen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie äußerten Zweifel daran, wie die AVB das zurückzahlen könnte. Sie waren schon in Sorge darum, und diese Sorge teilen Sie mit mir, mich hat das auch gewundert. Insbesondere dann, als bekannt geworden ist, dass es eben mit der BAWAG P.S.K. Probleme gegeben hat und in der Folge Wertberichtigungen notwendig geworden sind.

Mag. Ingrid Pongratz: Zu dem Zeitpunkt, als wir das abteilungsintern diskutiert haben, hat es eben geheißen, dass ein laufender Zinsdienst jedenfalls mit der Dividende erfolgt und mit Börsegang oder Teilverkauf BAWAG P.S.K. ... – Genau kann ich mich jetzt nicht daran erinnern, was man mir da alles gesagt hat. Ich glaube: Börsegang, dass das eben dann abgedeckt werden würde.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Und der Vorschlag, das so zu tun, ist von wem gekommen?

Mag. Ingrid Pongratz: Das kann ich nicht sagen. Ich habe zwar an den Verträgen mitgearbeitet, aber dort, wo dieser Betrag stand hat, man mir gesagt ... Oder da haben wir schon lange an diesem Spaltungsvertrag und einem Verschmelzungsvertrag gearbeitet, und es hat immer geheißen: Der Betrag wird erst zum Schluss eingesetzt, der wird erst berechnet. Das ist dann erst relativ kurzfristig gewesen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Hat da die KPMG am Ende eine Rolle gespielt?

Mag. Ingrid Pongratz: Die KPMG hat grundsätzlich bei dieser ganzen Zusammenführung BAWAG P.S.K. eine Rolle gespielt. Sie hat ja auch Berichte machen müssen, Berichte über die Verschmelzung und die Spaltung.

Inwiefern sie da im Speziellen mit eingebunden war, kann ich nicht sagen, weil ich an diesen entsprechenden Sitzungen nicht teilgenommen habe. Aber grundsätzlich war im ganzen Ablauf die KPMG schon eingebunden.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aber wer hat letztlich die Entscheidung darüber getroffen, das so und nicht anders zu machen? Oder wer hat den Vorschlag ausgearbeitet?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich kann nur sagen, der Betrag selbst ist uns von unserer Vorgesetzten mitgeteilt worden. Und in Schriftform gegossen, das alles haben wir dann schon gemacht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Gab es Besonderheiten bei der gesellschaftsrechtlichen Seite, für die Sie zuständig waren?

Mag. Ingrid Pongratz: Nein. Ich meine, es war eine sehr aufwendige Transaktion, und es ist sehr kurzfristig gewesen – das war vielleicht die Besonderheit –, dass ich das erst Anfang Juni erfahren habe und eben sogleich den Auftrag bekommen habe, an dieser Ausarbeitung mitzuwirken.

Das Ganze sollte ja bis Ende September umgesetzt sein, was meines Erachtens für so eine komplexe Transaktion eine sehr kurze Zeit ist, insbesondere, da es ja nicht nur darum geht, ein paar juristische Verträge zu machen, sondern das Ganze auch Öffentlichwirksamkeit hat. Es musste überlegt werden, dass jedes Formular umgestellt wird, auch die EDV ist beschäftigt gewesen; so eine Fusion ist ja ein Gesamt-Bankprojekt.

Da ist es mir sehr kurzfristig erschienen, dass wir das Anfang Juni erfahren haben, und einen Monat später hatten wir schon Aufsichtsratssitzung, da musste das Ganze vorgelegt werden. Die Kurzfristigkeit war also vielleicht das Besondere.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Kam in diesem ganzen Vorgang die FMA jemals irgendwo vor? Ist Ihnen da die Finanzmarktaufsicht in irgendeiner Form begegnet?

Mag. Ingrid Pongratz: Also den Antrag für die Finanzmarktaufsicht habe ich zusammengestellt. Die Finanzmarktaufsicht ist sicher schon im Vorfeld des Öfteren informiert worden, aber den schriftlichen Antrag – der Antrag war sehr, sehr umfangreich, das war sicher ein voller Ordner mit 18 oder 20 Beilagen – habe ich dann zusammengestellt. Und zwar haben wir auch im Vorfeld, bilde ich mir ein, doch auch mit der Finanzmarktaufsicht abgesprochen, was sie da gerne an Unterlagen hätte und was wir zur Verfügung stellen sollen, damit sie das möglichst optimal beurteilen kann.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wie hat sie das beurteilt?

Mag. Ingrid Pongratz: Die Finanzmarktaufsicht hat das positiv beurteilt. Sonst hätten wir ja die Verschmelzung nicht eintragen lassen können. Ohne das macht das ja ein Firmenbuchrichter nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat Ihnen gegenüber Frau Winter-Reumann im Jahr 2005, als dann die Geschichte aufgefliegen ist, je erwähnt, dass sie das schon länger weiß, dass da ein großer Verlust eingetreten ist und der ÖGB eine Haftungserklärung abgegeben hat?

Mag. Ingrid Pongratz: Gleich, nachdem ich das erfahren habe, habe ich mit ihr gar nicht sprechen können, weil sie da auf Urlaub war. Als sie zurückgekommen ist, hat sie offenbar schon gewusst oder vermutet, dass ich davon erfahren habe. Denn sie hat dann zu mir gesagt: Na, Sie können sich vorstellen, was ich für eine Last zu tragen gehabt habe, wie schlecht es mir gegangen ist!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was glauben Sie, warum sie vermutet hat, dass Sie es schon wissen?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich nehme an, dadurch, dass es Herr Weninger dann gewusst hat – er hat ja offenbar mit Dr. Koren, mit meinem Mann, mit den anderen Vorständen darüber gesprochen –, dass es auch Herr Zwettler gewusst hat, dass er sie vielleicht informiert hat. Ich weiß es nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, nein, ich meine ... (*Mag. Pongratz: Sie hat jedenfalls ...!*) Ich bin ja wirklich dankbar, sage ich an dieser Stelle. Sie machen auf mich den Eindruck, eine der wenigen Leute hier im Ausschuss zu sein, die das tatsächlich so sagen, wie es ist. Denn Sie haben gesagt: Mein Mann hat mich angerufen, mich zu einem Spaziergang eingeladen und mir das gesagt. – Das ist normal!

Hier in dem Ausschuss erleben wir sonst nur, dass Eheleute untereinander nichts reden und dass niemand etwas sagt. Im Gegenteil, man sagt: Wir haben uns vorgenommen, dass wir untereinander übers Berufliche **überhaupt** nie reden! – Was glauben Sie, wie oft wir das hier schon gehört haben! Da ist es jetzt wirklich erfrischend, weil das ehrlich klingt. Das sage ich auch dazu.

Jetzt geht es eigentlich nur noch um ein paar andere Fragen. Frau Winter-Reumann hat gesagt, dass sie Probleme mit Zahlen hat, dass sie immer Hilfsmittel und Ähnliches mehr gebraucht hat. Sie sind ihre Stellvertreterin gewesen. Ist Ihnen eigentlich in den Zeiten der zehnjährigen oder längeren Zusammenarbeit je aufgefallen, dass sie sich schlecht Zahlen merkt, dass sie Probleme hat und Ähnliches mehr?

Ich habe nicht hinterfragt, ob sie Legasthenikerin oder sonst irgendetwas ist. Aber sie hat das selbst von sich aus in diesem Sinn gesagt. Ist Ihnen das je aufgefallen?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich muss vielleicht ausführen, dass wir im Beteiligungsbereich 220 Unternehmen haben. Man kann da nicht erwarten, dass jemand von jeder Gesellschaft weiß, wie viele Mitarbeiter sie hat, wie viel Umsatz sie macht und was für eine Bilanzsumme sie hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, aber wie viel Geld man zum Beispiel selbst verdient, weiß man das? – Sie sagt eben, sie merkt sich Zahlen so schlecht, daher weiß sie das nicht, und Ähnliches.

Mag. Ingrid Pongratz: Also was speziell das Gehalt anbetrifft, glaube ich das der Frau Mag. Winter-Reumann. Denn mein Eindruck war, dass ihr das nie so wichtig war, was sie verdient hat oder nicht.

Aber was sonst Zahlen anbetrifft: Wenn ich bei ihr war, hat sie mich sehr oft gefragt, wenn sie jemanden anrufen wollte, ob ich vielleicht die Durchwahl weiß. In einem großen Unternehmen weiß man eben von den Leuten, mit denen man oft telefoniert, die Durchwahl. Da hat sie schon öfters gefragt.

Aber ich muss dazu sagen, wir sind umgeben ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also es ist schon um Griffigeres gegangen! Sie hat gesagt, dass sie generell Zahlen schlecht gewusst hat, aber wenn sie beim Telefon gesessen ist, hat sie gewusst, wo sie blitzartig nachschauen kann und dann Auskünfte geben kann. Dass sie sich schlecht etwas gemerkt hat: Da geht es jetzt nicht um eine Durchwahl – die merke ich mir auch nicht, und ich glaube, 80 Prozent der Leute, die hier sitzen, merken sich keine Telefonnummern –, sondern da geht es wirklich um Hard Facts im Beruf, so ist mir das vorgekommen, hat sie gesagt. – Die Kollegen mögen mich berichtigen, wenn ich jetzt einen falschen Eindruck wiedergebe.

Daher lautet meine Frage an Sie nicht, ob sie sich Durchwahlen gemerkt hat und ob ihr ihr eigenes Gehalt wichtig war. Ich nehme ja zur Kenntnis, dass man, wenn man viel hat, sich das leider oft nicht merkt. Nur der, der wenig hat, weiß, wie viel er hat. – Das ist jetzt nur ein Seitenschwenk von mir.

Ist Ihnen je aufgefallen, dass sie Probleme, wirklich substanzielle Probleme hinsichtlich Zahlen, Erinnerungsvermögen und Ähnliches mehr hat?

Mag. Ingrid Pongratz: Mir ist nicht aufgefallen, dass sie mehr Probleme hatte als jeder andere auch. (*Obmann Dr. Graf: Gut!*) Wie gesagt, bei 220 Unternehmen tue ich mir selbst auch schwer, die Sachen nicht zu verwechseln, und ich schaue lieber nach, bevor ich da eine Zahl nenne.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das machen wir alle, genau.

Zur Innenrevision: Ist Ihnen diese in der Zeit untergekommen, als Sie im Teilnehmungsmanagement waren? – Ich sage jetzt, von 1994 bis 2004/2005, da ist es ja dann massiv gekommen, nachdem alles aufgefliegen ist, nehme ich einmal an, oder sind überhaupt Revisionen vorgekommen; danach sind auch Teams zusammengestellt worden. Aber in diesem Zeitraum: Ist Ihnen da im Teilnehmungsmanagement je die Innenrevision untergekommen?

Mag. Ingrid Pongratz: Der Teilnehmungsbereich an sich als gesamter Bereich ist, seit ich dort war, nie von der Innenrevision systematisch geprüft worden – sagen wir so: bis Oktober 2005. Im Jahr 2006 haben wir dann natürlich sehr oft die Innenrevision gesehen (*Obmann Dr. Graf: Ja, da! Ist klar!*), genauso wie eine Menge anderer. Aber in der Zeit davor ist, soviel ich weiß, einmal die Kreditvergabe geprüft worden, oder einzelne Tochtergesellschaften, aber wir als Bereich an sich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wem war die Innenrevision in diesen Jahren zugeordnet?

Mag. Ingrid Pongratz: Das traue ich mich nicht zu sagen, ob sie dem Gesamtvorstand oder dem Generaldirektor untergeordnet war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat es einen Revisionsplan im Unternehmen gegeben? Sodass man sagt: da haben wir einen Revisionsplan, in den nächsten drei, fünf Jahren kommt in dem Radeldienst diese und jene Abteilung dran, und dann gibt es eben Risikomanagement, Malversationsmanagement und Anlassmanagement, also Beauftragung der Revision – hat es so etwas gegeben?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich arbeite nicht in der Innenrevision. Ich kann das leider nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Als Führungskraft weiß man in der Regel über Revision Bescheid, ob es so etwas gibt oder nicht. Ich bezeichne Sie jetzt auch als Führungskraft.

Mag. Ingrid Pongratz: Es ist so: Ich weiß von Tochterbanken, dass sie einen Revisionsplan haben. Ich weiß, dass diese Tochterbanken den Revisionsplan mit der Innenrevision der BAWAG P.S.K. abstimmen müssen. Aus dem heraus gehe ich davon aus, dass es in der BAWAG wohl auch so ist. Ich kann es aber nicht beschwören.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da es nie eine substanzielle Prüfung des Teilnehmungsmanagements in den zehn, zwölf, dreizehn Jahren, in denen Sie dort gewesen sind, gegeben hat: Ist Ihnen das je irgendwie suspekt vorgekommen? Oder haben Sie sich einmal gefragt, warum man eigentlich auf die Prüfung des Teilnehmungsmanagements verzichtet?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich habe mir natürlich diese Frage gestellt, und ich habe sie für mich auch beantwortet. Mein Eindruck war, dass Herr Zwettler seine Macht ungern geteilt hat. Je mehr Information nur er hatte, eine desto bessere Position hat er sich verschafft.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und er hat so viel Einfluss gehabt, dass die Revision einfach nicht kommt?

Mag. Ingrid Pongratz: Als Generaldirektor jedenfalls.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Davor war er auch nicht ohne Einfluss, oder?

Mag. Ingrid Pongratz: Vorher hatte er auch einen hohen Einfluss. Mein Eindruck war nicht, dass da etwas verborgen werden sollte, weil etwas nicht in Ordnung ist, sondern es ging darum, Informationen nicht mit anderen zu teilen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist schon richtig. Ich habe selbst einmal in einer Bank gearbeitet, da gab es Revisionspläne und Ähnliches, und da war es eigentlich immer ein geflügeltes Wort: Alle Abteilungen/Bereiche sind ständig nach einem gewissen systematischen Prüfplan geprüft worden; das Einzige, was nie geprüft worden ist, war die Rechtsabteilung. In der habe ich gearbeitet. Auf meine Frage einmal: warum wird die nicht geprüft?, hat man mir gesagt: Die Rechtsabteilung wird deswegen nicht geprüft, weil das ja die sind, die uns in Wirklichkeit sagen, wie man dann, wenn die Revision ein Problem hat, weiter vorgehen soll.

Es ist dann schon auch zu Prüfungen gekommen, weil das auf Dauer nicht gegangen ist. Aber so war es auch.

Es ist auch ein Unterschied, sage ich jetzt an dieser Stelle, wenn eine Abteilung – oder das Beteiligungsmanagement ist ja ein Bereich – permanent in den OeNB-Berichten damit aufscheint, 1994, 2001, dass die Revision dort nicht funktioniert, dass man keine Einsicht erhält und Ähnliches mehr. Wenn dann die Generaldirektoren hergehen und dort keine Revision anordnen, obwohl das schon in der Prüfung der Nationalbank festgehalten ist, dann unterstelle ich absoluten **Vorsatz!** – Aber das ist jetzt keine Frage an Sie, sondern das ist generell die Begründung.

Eine andere Frage an Sie: Refco – sagt Ihnen das etwas? (*Heiterkeit von Mag. Pongratz.*) – Ich meine jetzt nicht aus dem Blickwinkel von heute, sondern aus dem Beteiligungsmanagement heraus.

Mag. Ingrid Pongratz: Ja, natürlich! Das war eine Beteiligung. Ich meine, eine Beteiligung, für die ich nicht zuständig war, aber eine Beteiligung, die wir im Portefeuille hatten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer war im Beteiligungsmanagement dafür zuständig?

Mag. Ingrid Pongratz: Sie meinen den zuständigen Sachbearbeiter, oder?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Genau darum geht es ja.

Mag. Ingrid Pongratz: Der zuständige Sachbearbeiter war Herr Mag. Sari.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Den gibt es auch noch dort?

Mag. Ingrid Pongratz: Nein, den gibt es nicht mehr dort, aber er ist noch in der Bank tätig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da Sie nicht unmittelbar zuständig waren, frage ich schon gar nicht mehr die zweite Frage, weil jeder nur ein singuläres Wissen hat. Das haben Sie uns ja schon beantwortet. Oder war es bei Refco anders? (*Mag. Pongratz:*

Nein!) – Atomic? (Mag. **Pongratz**: Ja!) – Wer ist da zuständig gewesen? Das ist ja auch eine Beteiligung, nicht?

Mag. Ingrid Pongratz: Das ist auch eine Beteiligung. Dafür war ich 1995 zuständig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer hat den Vertrag hinsichtlich Anteilskauf gemacht?

Mag. Ingrid Pongratz: Den Vertrag selbst bezüglich Anteilskauf ... (Obmann Dr. **Graf**: Na, die 10 Prozent!) Ein Anwalt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War es Dr. Gehmacher?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich nehme es an, aber ich weiß es nicht. Ich weiß es ehrlich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wissen Sie nicht. – Ist Dr. Gehmacher im Beteiligungsbereich jemals als Anwalt eingeschritten? Wird er von diesem Bereich beauftragt? (Mag. **Pongratz**: Ja!) – Wissen Sie da etwas? – Bis zum heutigen Tag?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich habe das letzte Mal, glaube ich, mit Dr. Gehmacher zu tun gehabt, als er für die Zusammenführung BAWAG P.S.K. zuständig war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wurde Dr. Gehmacher auch schon vor der Atomic-Geschichte beauftragt? Haben Sie darüber eigene Wahrnehmungen, ob er vorher schon Anwalt der BAWAG war?

Mag. Ingrid Pongratz: Das mit der Atomic-Geschichte war ja 1994/1995. (Obmann Dr. **Graf**: Ich frage nur, ob Sie da ...!) Ich weiß es nicht. Ich habe, glaube ich, damals nichts mit ihm zu tun gehabt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da hat sich die BAWAG mit 10 Prozent an Atomic beteiligt. (Mag. **Pongratz**: Ja!) – Darüber hinaus hat man auch noch einen Kredit gewährt. In der Größenordnung von 250 Millionen Schilling – seinerzeit – hat man Amer einen Kredit gegeben. – Wissen Sie darüber etwas?

Mag. Ingrid Pongratz: Über die 10-Prozent-Beteiligung weiß ich, dass wir die um, jetzt umgerechnet, 7,3 Millionen € eingebucht haben. (Obmann Dr. **Graf**: 100 Millionen Schilling!) Ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie ist man auf den Wert 100 Millionen gekommen? Wissen Sie das noch?

Mag. Ingrid Pongratz: Dazu habe ich mir meine alten Unterlagen angesehen. (Obmann Dr. **Graf**: Sie können sich ruhig Unterlagen herausnehmen!) Ich habe diesbezüglich, über die Wertfeststellung, nichts gefunden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist das auch von oben, sage ich, oder von Vorgesetzten vorgegeben worden? – Damals waren Sie ja noch nicht stellvertretende Bereichsleiterin.

Mag. Ingrid Pongratz: Nein, das war ich nicht. Da haben Sie Recht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt: Hat man Ihnen da den Wert gegeben, den Sie einsetzen?

Mag. Ingrid Pongratz: Der Wert ist jedenfalls nicht von mir gekommen. Ich kann aus den Unterlagen von damals nicht erkennen, woher der Wert gekommen ist. Es liegen aber keine Berechnungen bei. Das ist also kein Wert, der in unserem Bereich errechnet worden ist, und das ist auch nicht von uns beantragt worden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und sind die 250 Millionen an Kredit über den Beteiligungsbereich behandelt worden? – Das war ja quasi fast **ein** Akt.

Mag. Ingrid Pongratz: Sie meinen jetzt das Gesellschafterdarlehen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Richtig, es war ein Gesellschafterdarlehen, ja.

Mag. Ingrid Pongratz: Grundsätzlich sind Kredite an Atomic nicht in unserem Bereich geführt worden; die Beteiligung und dieses Gesellschafterdarlehen schon.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dieses Gesellschafterdarlehen – das wissen wir mittlerweile – ist mit 4 Prozent gewährt worden, im Jahr 1995, so wie es auch aus der Vertragsurkunde hervorgeht. – Ist das richtig? (*Mag. Pongratz: Ja!*) – Damals war Hochzinsphase; das heißt, mit 7 oder 8 Prozent war es 1995 schon ein top-günstiger Kredit. Da waren ungefähr 8, 9, 10 Prozent die Bandbreite. Können Sie bestätigen, dass damals eine Hochzinsphase war? Und dass das ein günstiges Darlehen war?

Mag. Ingrid Pongratz: Die Verzinsung in Relation zu einer möglichen fremdüblichen Verzinsung ist von uns nicht geprüft worden. Ich habe damals diesbezüglich auch keinen Antrag geschrieben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer hat denn den Zinssatz vorgegeben?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich habe in den Unterlagen nachgesehen; wer den Zinssatz wirklich vorgegeben hat, kann ich daraus nicht ersehen. Ich konnte nur erkennen, dass das in einem Bericht, der nicht von uns stammt, beschrieben worden ist. Dieser Bericht ist leider nicht datiert, er müsste aber vom Jahresende 1994 oder Jahresbeginn 1995 sein. Darauf, wie der Zinssatz entstanden ist, wird nicht eingegangen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was heißt, der Bericht ist nicht von Ihnen? Von wo könnte der sein? Ist der überhaupt aus der BAWAG selbst?

Mag. Ingrid Pongratz: Der Bericht ist aus der BAWAG selbst und ist vom Bereich Betriebsberatung und Kreditrevision. Das ist der Bereich, der immer wieder eingeschaltet wird, um eben ... Wie soll ich sagen? – Bei größeren Krediten, die ausfallsgefährdet sind, um sich das näher anzusehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die haben das beantragt?

Mag. Ingrid Pongratz: In diesem Bericht steht die Kapitalbeteiligung der BAWAG beschrieben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Würden Sie uns vorlesen, was zur Kapitalbeteiligung drinsteht?

Mag. Ingrid Pongratz (*liest aus Unterlagen vor*):

Kapitalbeteiligung der BAWAG. Die BAWAG soll in die neue Atomic Austria GmbH eine Kapitaleinlage in Höhe von insgesamt 100 Millionen Schilling einbringen und erhält hierfür einen Anteil am Vermögen in Höhe von 10 Prozent. Amer wird eine Kapitaleinzahlung in Höhe von 400 Millionen Schilling leisten und erhält dafür einen Anteil am Vermögen in Höhe von 90 Prozent. Darüber hinaus gewährt die BAWAG ein partiarisches Darlehen in Höhe von 250 Millionen Schilling mit einer Laufzeit von 10 Jahren, für welches die BAWAG eine Verzinsung von 4 Prozent p. a. – in Klammer: (10 Millionen Schilling p. a.) –, garantiert für alle Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 1995 beginnen, erhält. Bei der Ermittlung des Gewinnanteils der BAWAG wird die garantierte 4-prozentige Verzinsung des partiarischen Darlehens eingerechnet. – Das ist alles.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das auch noch dazu! Das heißt also, bei der Gewinnermittlung werden die 4 Prozent Zinsen des Gesellschafterdarlehens auch noch angerechnet. (*Mag. Pongratz: Ja!*) Das heißt, das zieht man dann vom Gewinn ab?

Mag. Ingrid Pongratz: So steht es da, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kommt Ihnen das nicht komisch vor, dass für 10 Prozent 100 Millionen eingebracht werden und für 90 Prozent 400 Millionen?

Mag. Ingrid Pongratz: Das ist ein Bericht, den ich nicht geschrieben habe. Den habe ich jetzt ausgegraben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, schon, aber Sie sind Expertin. Wundern Sie sich da nicht? – Denn das Verhältnis von eins zu vier würde ja dafür sprechen, dass das 20 Prozent sind.

Mag. Ingrid Pongratz: Ich habe bei meiner Arbeit gelernt, dass man Sachen nicht vorschnell beurteilen darf. Deswegen würde ich mich nicht trauen, nach so einer Passage einen so komplexen Fall zu beurteilen. Ich bin der Meinung, dass man da sehr viel mehr ins Detail gehen muss und sehr viel mehr wissen muss, um das beurteilen zu können. Deswegen maße ich mir da kein Urteil an.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist richtig. – Wissen Sie, welchen Zinssatz Rohmoser noch drei Monate vorher gezahlt hat, also bis zum 15. 9., bei seinen Obligierungen?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich habe hier keine Konditionen, tut mir Leid. Ich habe in dem Bericht, der mir vorliegt, nur Außenstände, aber ohne Konditionen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bei 1,411 Milliarden Schilling Außenstand bei der BAWAG hat er 164 Millionen pro Jahr an Zinsen gezahlt, das sind also mehr als 10 Prozent! 12 oder vielleicht 14 Prozent, je nachdem, unterschiedlich. – Na ja.

Da Sie in der Beteiligungsabteilung waren, weiß ich nicht, ob Sie das wissen: Ist je im Vorstand über eine Wertberichtigung der Atomic-Aushaftung gesprochen oder im Aufsichtsrat etwas darüber berichtet worden?

Mag. Ingrid Pongratz: Tut mir Leid, diesbezüglich weiß ich nichts.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Noch einmal zu den Beteiligungen: Wann ist der Fall Stiefelkönig an Sie herangetragen worden?

Wir wissen schon aus der Befragung der Frau Dr. Winter, dass hier sozusagen ein Auftrag vorgelegen ist, das zu machen. Können Sie uns näher schildern, was für Wahrnehmungen Sie dazu haben?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich war für Stiefelkönig nicht zuständig. Aber bei Stiefelkönig waren wir natürlich auch erst sehr spät involviert. Das war schon lange ein problematischer Kreditfall. (*Abg. Mag. Kogler: Genau!*) Wir sind ja dann sehr spät erst involviert worden, nämlich als es darum gegangen ist, die Gesellschaft zu übernehmen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie waren in Ihrer Arbeit nicht damit befasst?

Mag. Ingrid Pongratz: Nein, ich war ad personam nicht befasst.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie Wahrnehmungen darüber, außer dass Sie offensichtlich mitbekommen haben, dass dort die Dinge nicht zum Besten stehen und dann eine späte Involvierung seitens der Bank vorgelegen ist?

Mag. Ingrid Pongratz: Auf welche Wahrnehmungen wollen Sie hinaus?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Vielleicht ist ja im Beteiligungsmanagement auch darüber geredet worden, dass jetzt ein Auftrag gekommen ist, Stiefelkönig zu übernehmen, zu welchen Konditionen, und wie das eingeschätzt wird?

Mag. Ingrid Pongratz: Grundsätzlich haben wir das so eingeschätzt, dass ... Wir sind jedenfalls davon ausgegangen, dass Stiefelkönig gesunden kann. Dass es eine Gesellschaft ist, in der es natürlich mit den Eigentümern sehr problematisch war, aber dass die mit einem neuen Management sehr wohl Chancen am Markt hat. Wir haben das auch als unsere Aufgabe gesehen, dass wir so eine Gesellschaft übernehmen, also dass so eine Gesellschaft Beteiligung der BAWAG P.S.K. wird. Das hat unsere Zustimmung gefunden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist jemals gesprochen worden über das Verhältnis des Generaldirektors Elsner zu den Eigentümern von Stiefelkönig, einer Grazer Familie? (*Mag. Pongratz: Ja!*) – Was wurde da gesprochen?

Mag. Ingrid Pongratz: Wie soll ich sagen? – Natürlich wird immer darüber verhandelt, was für Zugeständnisse man macht. Es ist sicher auch nicht immer leicht, wenn Gründer- oder Eigentümerfamilien so ein Unternehmen abgeben, das sie ja sichtlich nicht gerne abgegeben haben. Das hat sich fürs Haus nicht einfach gestaltet, denn – wie soll ich sagen? – wir hatten schon immer wieder den Eindruck, dass es da Zugeständnisse und Interventionen gab und dass es nicht so leicht war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wer hat da Ihrer Wahrnehmung nach interveniert?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich kann nur vermuten, dass die Familie Herzl schon das eine oder andere Mal angerufen hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Selbst? – Ja. Und in der Bank?

Mag. Ingrid Pongratz: Nicht bei uns.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, aber in der Bank selbst – also die Beteiligungsabteilung bekommt einen Auftrag, und der war von vornherein so klipp und klar, dass alles feststand. Wenn das so gewesen wäre: dann braucht ja niemand zu intervenieren, dann wird es einfach so abgeführt.

Mag. Ingrid Pongratz: Na ja, so einfach ist das auch nicht. (*Abg. Mag. Kogler: Das denke ich mir!*) Da sind ja laufend immer wieder kleinere Fragen zu klären.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist in der Hierarchie der Bank Ihrer Erinnerung nach auch zwischendurch wieder eingegriffen worden? (*Mag. Pongratz: Nein!*) – War Ihnen bekannt, dass speziell der Generaldirektor nicht nur offensichtlich ein Naheverhältnis zu dieser Familie hatte, sondern dass bei seinem Karriereverlauf innerhalb der BAWAG – er hatte ja selbst in Graz begonnen – die Eigentümerfamilie der Firma Stiefelkönig für die Karriere des Herrn Generaldirektors Elsner durchaus förderlich war?

Mag. Ingrid Pongratz: So habe ich es nicht gehört. Uns war natürlich bewusst, dass Herr Elsner in der Steiermark begonnen hatte, dass Stiefelkönig das Hauptquartier in Graz hatte und dass die beiden schon eine langjährige Geschäftsverbindung hatten. Das war uns sehr wohl bewusst, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War Ihnen bekannt, dass die auch regelmäßig miteinander Golfen gegangen sind?

Mag. Ingrid Pongratz: Dass sie Golfen gegangen sind, dass sie einander gekannt haben und dass es vielleicht freundschaftliche Beziehungen gegeben hat, ja. Ja, davon sind wir ausgegangen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist einmal über die Konditionen anlässlich der Firmenübernahme und des Versuchs der Sanierung gesprochen worden?

Sie haben das vorhin offensichtlich als einen Fall beschrieben, in dem die Bank sozusagen einen notleidenden Kunden ins Eigentum nimmt, um zu sanieren und zu verkaufen, weil das in der Sache immer noch das Beste sei, auch betriebswirtschaftlich. Aber sind über das dafür notwendige Maß hinaus Sonderkonditionen für die Eigentümerfamilie gemacht worden? Ist Ihnen darüber oder über diese Diskussionen etwas bekannt?

Mag. Ingrid Pongratz: Sonderkonditionen für die Eigentümerfamilie? Meinen Sie Kredite oder sonst etwas?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nebenabsprachen irgendeiner Art zum Beispiel. Oder dass – wie ein Medium berichtet hat – ein Mitglied dieser Eigentümerfamilie zu einem Posten bei einer Tochtergesellschaft der BAWAG gekommen wäre. Ist Ihnen da irgendetwas bekannt?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich versuche gerade, darüber nachzudenken. Ich kann mich nur daran erinnern, dass ich immer wieder gehört habe: Es ist nicht leicht mit der Familie Herzl!

An etwas derart Konkretes kann ich mich jetzt nicht erinnern. Aber so etwas, dass Leute gestöhnt haben: der Umgang ist nicht einfach!, das habe ich schon gehört.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Stand Ihre Abteilung unter dem Eindruck, dass die Familie Herzl – wenn Sie den Namen jetzt selbst erwähnen – dann **doch** einen gewissen Schutz des Generaldirektors genießt und man ein entsprechendes Entgegenkommen walten zu lassen hätte?

Mag. Ingrid Pongratz: Sagen wir so: Das eine oder andere Mal haben wir natürlich gerätselt, ob das ein Entgegenkommen gegenüber der Familie Herzl ist, ja oder nein. Aber schlussendlich sind wir der Meinung gewesen, dass im Großen und Ganzen das Vorgehen bei Stiefelkönig korrekt war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie einzelne Anlassfälle dafür nennen, dass Sie ins Rätseln gekommen sind?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich habe einmal etwas über ein Grundstück gehört, über ein Seegrundstück am Wörthersee, das recht günstig bewertet war oder gekauft werden konnte. Aber ich habe zu wenige Informationen darüber, um beurteilen zu können, ob das Tratsch ist oder ob da etwas dran ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Na gut, dann bleiben wir bei diesem einzigen Beispiel, das Sie genannt haben, und ich frage nach keinem weiteren mehr. Nur, damit ich es verstehe: Grundstück am Wörthersee, recht günstig. Dieses Grundstück war im Eigentum der Familie Herzl? Oder wie ist da der Zusammenhang?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich weiß nicht, ob Herzl oder Stiefelkönig oder so.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay, aber ging es dann darum, dass das unmittelbar gekauft wird? Oder bloß besonders günstig bewertet wird? – Was ja am Schluss unter Umständen aufs Gleiche herauskommt.

Mag. Ingrid Pongratz: Soviel ich weiß, dass die Familie Herzl das noch übernehmen konnte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dass die Familie Herzl dieses Grundstück übernehmen konnte? (*Mag. Pongratz: Ja!*) – Wenn es ein Konkurs gewesen wäre, hätte man gesagt: Haftungsmasse? Also aus dem Eigentum zurückbleibend? (*Mag. Pongratz: Ja!*) Und dass es unter besonders günstigen Konditionen sozusagen überlassen bleibt?

Mag. Ingrid Pongratz: Ja. – Es tut mir Leid, dass ich mich da so undeutlich ausdrücke. Es sind nur Gerüchte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, nein, es ist völlig ausreichend, glaube ich.

Haben Sie im Zusammenhang mit dem Vorgang um die Familie Herzl einmal die interne Revision erlebt?

Mag. Ingrid Pongratz: Wenn die interne Revision Stiefelkönig prüft, müsste sie ja nicht zu uns kommen. Da habe ich also nichts erlebt, wobei ich aber ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, nicht in die interne Revision hinein, sondern wie die Beteiligungsabteilung vorgegangen ist.

Mag. Ingrid Pongratz: Ach so, wie die Beteiligungsabteilung bei Stiefelkönig vorgegangen ist?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ob das einmal intern einer Überprüfung unterzogen wurde.

Mag. Ingrid Pongratz: Ist mir nicht bekannt. Nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich weiß nicht, wie weit meine Zeit fortgeschritten ist. Aber wir haben es ohnehin locker; mein Mitarbeiter hat Sie vorhin überführt, dass Sie 10 Minuten gefragt hätten. Ich rege mich da eh nicht auf ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da nur noch wir beide fragen, ist die Zeit in Wirklichkeit wurscht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Einen Fragenkreis hätte ich noch, aber wenn inzwischen Sie wieder weiterfragen, ist mir das durchaus Recht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte, mit Verlaub: Obwohl wir eine Person zusätzlich eingeschoben haben (*Abg. Mag. Kogler: Sind wir gut im Plan!*), sind wir toll in der Zeit. Ganz, ganz toll! (*Abg. Dr. Stummvoll: „Nur“ eine Stunde Verspätung! – Abg. Mag. Rossmann: Eine Stunde!*) Derzeit 55 Minuten – mit einer zusätzlichen Person, bitte nicht vergessen! Also wenn wir jedes Mal so vorgehen: toll! (*Abg. Dr. Stummvoll: Und bei einem früheren Beginn! – Abg. Mag. Kogler: Um eine Stunde!*)

Wir haben eine Stunde früher begonnen, aber auch schon eine Geschäftsordnungssitzung und Beschlüsse hinter uns. Also ich finde, wir sind heute gut unterwegs. Daher ist gerade für den heutigen Tag jede Kritik hier ins Leere gehend.

Ich habe auch nur eine Frage. Es gefällt mir zumindest, dass Sie das wiedergeben – aber ich habe das ohnehin schon einmal gesagt –, was man in den Banken auch so redet. Aber jetzt noch eine Frage.

Nachdem vorgeschützt wurde – ob bewusst oder unbewusst, wie auch immer –, dass Schlaff Eigentümer von Stiftungen ist, oder wie man das auch immer nennen mag, jetzt eine andere Frage: Gab es eine Finanzierung MobilTel? – Jetzt möchte ich gar keine Bankgeheimnisfrage stellen, sondern meine obligate Frage, die ich allen stelle: Taus hat in der Öffentlichkeit gesagt, er hält lediglich treuhändig für jemanden anderen diese Beteiligung, die er seinerzeit hatte. Wissen Sie, für wen er sie gehalten hat? Beziehungsweise wissen Sie, ob er sie für Elsner gehalten hat?

Mag. Ingrid Pongratz: Tut mir Leid, das weiß ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es darüber Gerüchte in der Bank?

Mag. Ingrid Pongratz: Nein, darüber habe ich nicht einmal ein Gerücht gehört.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut, dann bin ich schon wieder fertig. – Damit sind Sie schon wieder dran, Herr Kollege Kogler.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich darf fortsetzen: War die Konstruktion der MobilTel Holding GesmbH auch im Beteiligungsmanagement angesiedelt, soweit es die BAWAG selbst betroffen hat?

Denn wir wissen das ja, und wir können es ganz entspannt besprechen, weil Staatsanwalt Krakow hier ausführliche Aussagen zu Protokoll gegeben hat, aus denen – und auch aus anderem Wissen, das wir uns selbst besorgt haben, das ist nicht so schwierig – hervorgeht, dass 30 Prozent BAWAG-Anteile drinnen sind. Haben Sie oder Ihre Abteilung damit zu tun gehabt?

Mag. Ingrid Pongratz: Ich habe damit nichts zu tun gehabt. Aber wir hatten im Zeitraum 2002 bis 2005 eine Beteiligung in Höhe von 30 Prozent, das ist richtig. Das haben wir natürlich auch in unseren Unterlagen immer so vermerkt gehabt beziehungsweise so eingebucht gehabt, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das waren tatsächlich die Anteile der BAWAG? Und keine treuhändische Konstruktion?

Mag. Ingrid Pongratz: An der MobilTel Holding GmbH – das haben wir als unsere eigene Beteiligung geführt, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Welche Erklärung haben Sie dafür, dass Herr Staatsanwalt Mag. Krakow zu dem Schluss kommt, dass letztlich bei dieser Konstruktion im Wesentlichen kein Eigentum vorliege, sondern „wirtschaftlich gesehen“ – ich zitiere wörtlich – „war die **MS-Privatstiftung**“ – also Martin-Schlaff-Privatstiftung – „alleiniger Eigentümer, und insofern ist es eine Treuhandlösung“? *(Mag. Pongratz bespricht sich kurz mit Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer. – Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Wissen Sie, wenn Sie gar nichts wissen, dann ist es eh wurscht! Brauchen wir gar nicht nachzudenken! – Obmann Dr. Graf: Steht alles im Stenographischen Protokoll, was Sie miteinander besprechen! Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass Sie da das Mikro ausschalten müssen!)*

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Meine Antwort ist immer als erste: Wenn eine Person nichts weiß, braucht man gleich gar nicht nachzudenken. Wenn eine Person nichts darüber weiß, braucht man gar nicht weiter darüber zu diskutieren, ob hier ein ... *(Abg. Mag. Kogler: Ich habe nicht registriert, ob Sie gar nichts darüber gewusst haben!)*

Mag. Ingrid Pongratz: Also die Beteiligung an MobilTel in Höhe von 30 Prozent haben wir, meinen Unterlagen zufolge, jedenfalls nicht für jemanden anderen gehalten, sondern für die BAWAG P.S.K.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, das ist eine klare Aussage. – Jetzt haben Sie gesagt, dass auch *(Obmann Dr. Graf: Bitte Mikro einschalten!)* noch das Kreditwesen zum Teil von der gleichen Abteilung bewerkstelligt wurde. Ist Ihnen bekannt, dass – und wenn ja: in welcher Höhe? – auch noch Kredite der BAWAG im Rahmen eines Konsortialkredites an diese Holding gegeben wurden?

Mag. Ingrid Pongratz: Meinen Sie die MobilTel Holding? *(Abg. Mag. Kogler: Ja!)* – Das ist nicht über unseren Bereich gelaufen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war nicht in Ihrer Abteilung. *(Mag. Pongratz: Nein!)* Aber es ist Ihnen bekannt, dass es so etwas gibt? – Sonst könnten Sie ja nicht sagen, dass es nicht über Ihren Bereich gelaufen ist. *(Mag. Pongratz bespricht sich wiederum kurz mit Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer.)*

Mag. Ingrid Pongratz: Wenn es etwas gäbe, wäre der Kredit jedenfalls nicht in unserem Bereich gewesen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja. – Jetzt frage ich Sie aber, ob Sie in der Bank Wahrnehmungen darüber gehabt haben, dass eine derartige Konstruktion gewählt wurde, außer der bloßen Beteiligung.

Mag. Ingrid Pongratz: Ich war nicht involviert. Dazu kann ich also nichts sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war nicht die Frage. Es hilft auch nichts; entweder wir klären, ob das dem Bankgeheimnis unterliegt oder nicht – wenn das das Problem sein sollte –, oder Sie sagen: Sie wissen es nicht, Sie haben darüber nichts gehört. Aber nur, dass Sie „nicht involviert waren“ – es geht hier nicht nur um die Zuständigkeiten, sondern man kann ja als Auskunftsperson über etwas Auskunft geben, wenn man es weiß, auch wenn man nicht kompetenzmäßig zuständig war. (*Mag. Pongratz bespricht sich neuerlich kurz mit Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer.*)

Mag. Ingrid Pongratz: Tut mir Leid, ich kann die Frage nicht beantworten. Ich weiß nichts dazu.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie wissen nichts dazu!

Ich frage nämlich vor dem Hintergrund laut Staatsanwalt Krakow, dass die Beteiligung und die Transaktionen betreffend die MobilTel von der BAWAG dazu genutzt worden wären – ich bleibe also im Konjunktiv –, Verschleierungshandlungen in Bezug auf zuvor schon eingetretene Verluste aus den „Sondergeschäften“ durchzuführen. Verschleierungshandlungen sind nämlich ein Kerngegenstand unserer Untersuchung, auch die diesbezüglichen Wahrnehmungen in und außerhalb der Bank hinsichtlich des Aufsichtsversagens, deshalb interessieren wir uns hier so dafür.

Es steht nämlich dieser MobilTel-Fall – damit es wieder einmal für die anderen in Erinnerung gerufen wird – nicht völlig ohne den BAWAG-Skandal sonstiger Art da, weil nämlich bestimmte Geldflüsse dann auch damit zu tun gehabt haben – Klammer auf: (zumindest scheint es so) –, dass Verschleierungshandlungen gesetzt wurden.

Ist Ihnen dazu etwas bekannt? (*Mag. Pongratz: Nein!*) – Ist Ihnen nichts bekannt? (*Mag. Pongratz: Nein!*) – Sie haben sicher registriert, dass das kein schlechtes Geschäft für die Beteiligten war; ich lasse sie in der Mehrzahl. Ist in der BAWAG darüber diskutiert worden, dass die BAWAG bei einer anderen Konstruktion in dieser ganzen Abfolge selbst ausnahmsweise wieder einmal etwas Besseres hätte verdienen können als die Brosamen, die hier übrig geblieben sind? Ist über so etwas diskutiert worden?

Mag. Ingrid Pongratz: Also beim Kauf und Verkauf der MobilTel Holding haben wir im Beteiligungsbereich jedenfalls nichts verdient.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nichts verdient? (*Mag. Pongratz: Ja!*) – Das ist ja unser Problem. Andere haben sehr viel verdient!

Ist Ihnen von dieser Konstruktion bekannt, dass hier beträchtliche Risiken bei der BAWAG gelegen wären für den Fall, dass das Ding schief gegangen wäre?

Mag. Ingrid Pongratz: Nein, tut mir Leid. (*Abg. Mag. Kogler: Ist Ihnen nichts bekannt, danke!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke. – Somit liegen mir keine weiteren Fragen an die Auskunftsperson mehr vor.

Ich bedanke mich für Ihr Erscheinen. (*Mag. Pongratz: Danke!*) Die Befragung ist zu Ende.

(Die Auskunftsperson Mag. **Pongratz** verlässt den Sitzungssaal.)

19.04

Der Obmann **unterbricht** die Sitzung.

(Die – medienöffentliche – Sitzung wird um 19.05 Uhr **unterbrochen** und um 19.19 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

19.19

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 19.19 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Frau **Monika Grifkovsky** in den Sitzungssaal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson** **Monika Grifkovsky** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann dankt Frau Grifkovsky für ihr Erscheinen als Auskunftsperson, erinnert diese an Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Monika Grifkovsky: Monika Grifkovsky; Geburtsdatum: 17. 5. 1942; Anschrift: 1180 Wien; Pensionistin.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Waren Sie im Untersuchungszeitraum – das ist von 1994 bis dato – allenfalls zeitweise öffentlich Bedienstete? (Die Auskunftsperson **verneint** dies.) – Verraten Sie uns bitte auch noch, wann Sie in Pension gegangen sind?

Monika Grifkovsky: Am 1. Juni 2004.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. – Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor?

Monika Grifkovsky: Bankgeheimnis; könnte sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist sohin nicht der Fall. Wir können daher mit der Befragung beginnen.

Sie haben vor Eingang in die Befragung grundsätzlich die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. – Wollen Sie davon Gebrauch machen? (Die Auskunftsperson **verneint** dies.)

Der Obmann erteilt daher als erstem Fragesteller Abg. Bauer das Wort.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Frau Magistra, Sie haben gesagt, 2004 sind Sie in Pension gegangen. – Seit wann waren Sie bei der BAWAG tätig?

Monika Grifkovsky: 38 Jahre, seit 1. 6. 1966.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Seit wann haben Sie diese Funktion in der Innenrevision innegehabt?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Leiterin der Revision: Seit wann waren Sie Leiterin der Revision? (*Monika Grifkovsky: Lange!*) – Sind Sie das schon vor dem Jahre 1994 geworden? (*Monika Grifkovsky: Ja!*)

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das heißt, Sie waren eigentlich in jenem Zeitraum, der vorwiegend zur Diskussion steht, immer Leiterin der Innenrevision?

Monika Grifkovsky: Der **Bank**revision!

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Der Bankrevision, ja. – Sie haben, glaube ich, auch immer wieder die Berichte gehört, dass im Hinblick auf die Wichtigkeit und die Größe dieser Bank diese Revision insgesamt doch etwas zu wenig ausgeprägt war?

Monika Grifkovsky: Das habe ich aus der Zeitung erfahren, ja.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Haben Sie nicht selbst auch den Eindruck gewonnen, dass Sie in bestimmte Dinge nicht ganz so Einsicht nehmen konnten?

Monika Grifkovsky: Nein. (*Abg. Dr. Bauer: Sie haben in alle ...?*) Ich meine, wissen Sie, wofür die Bankrevision in der BAWAG zuständig war? (*Abg. Dr. Bauer: Ja?*) Wissen Sie das?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Sagen Sie es einfach!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich sagen, dass es umgekehrt ist: Sie sind die Auskunftsperson! Sagen Sie es uns.

Monika Grifkovsky: Ach so, okay.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich sage Ihnen etwas: Wenn Sie wollen, kann ich Sie auch **anders** fragen! (*Monika Grifkovsky: Nein, nein!*) Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen vor allem auch einen Vortrag darüber halten, was die BAWAG hätte machen **sollen!** (*Monika Grifkovsky: Nein, weil Sie ...!*) Aber ich habe Sie gefragt.

Monika Grifkovsky: Weil Sie zuerst „Innenrevision“ gesagt haben (*Abg. Dr. Bauer: Ja?*): In der BAWAG hat es zwei Revisionsabteilungen gegeben, die Innenrevision und die Bankrevision.

Die Bankrevision war zuständig für die Meldungen an die Nationalbank. Das heißt, ich war eben für diese Meldungen – die aber von den einzelnen Sachbearbeitern gekommen sind, die diese überprüft haben, ob das jetzt Großkreditevidenz und so weiter war – zuständig: dass eine zeitgerechte und ordnungsgemäße Meldung an die Nationalbank gemacht wurde. Das war meine Aufgabe.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das heißt, Sie haben die Unterlagen nicht selbst erarbeitet. (*Monika Grifkovsky: Nein!*) Sondern nur jene, die Ihnen zugemittelt wurden (*Monika Grifkovsky: Überprüft!*), haben Sie überprüft und dann weitergegeben, ohne selbst in der Erarbeitung von Unterlagen tätig zu werden?

Monika Grifkovsky: Ja, dafür hat es einzelne Sachbearbeiter ... Nehmen wir die Großkreditevidenz. (*Abg. Dr. Bauer: Ja!*) Dafür hat es so genannte Rohlinge gegeben, wo eben jeder Kunde ab 350 000 € mit all seinen Konten aufgenommen worden ist, die

hat der Sachbearbeiter bekommen, und ich eine Kopie. Der Sachbearbeiter hatte da eben die Gelegenheit, sollte etwas falsch gebucht sein oder sonst etwas falsch gewesen sein, es auszubessern. Dann hat er es mir, meiner Abteilung, geschickt, und wir haben eventuelle Korrekturen vorgenommen, für die Meldung an die Nationalbank.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Aber kritische Rückfragen, wie man zu diesen Ergebnissen kommt ...

Monika Grifkovsky: Wenn mir etwas komisch vorgekommen ist (*Abg. Dr. Bauer: Konnte man stellen?*), dann habe ich sehr wohl nachgefragt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Da ja zum Beispiel das „Karibik-Geschäft 1“ zu dieser Zeit schon in Diskussion gekommen war: Wann ist Ihnen das bekannt geworden? Und haben Sie dann kritisch zurückgefragt?

Monika Grifkovsky: „Karibik-Geschäfte“, das ist so ein Ausdruck, der herumgegeistert ist. Für mich sind das Kredite an Kunden gewesen, die eben in der Karibik domiziliert waren. Das war ein Kunde ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das ist aber nur *eine* Betrachtungsart! Man kann es auch anders betrachten: dass man mit diesen enormen Beträgen, mit denen hier gearbeitet wurde, doch auch eine ...

Monika Grifkovsky: Dafür war die Kreditrevision zuständig, ob das jetzt richtig ist. Das war nicht meine Aufgabe.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Haben Sie den Eindruck gehabt, dass diese Art der Erarbeitung dieser Unterlagen außer Zweifel der Richtigkeit gestanden ist? Oder haben Sie sich manches Mal doch ...?

Monika Grifkovsky: Nein. Außer Zweifel der Richtigkeit! Denn es ist von einer dritten Stelle, das heißt von der EDV, nach gewissen Vorgaben erstellt worden. Das ist ein Programm, da drückt einer auf den Knopf, und das Papierl kommt dann raus.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das heißt, wenn Verschleierungen stattgefunden haben ... (*Monika Grifkovsky: Hätten!*) – Nein, „hätten“ kann man fast nicht mehr sagen!

Wäre Ihnen das absolut nicht aufgefallen, weil Sie eigentlich nur die Sammlung der Berichte gemacht haben und sie dann weitertransportiert haben? Ist das so, oder ist es doch ein bisschen anders?

Monika Grifkovsky: Was verstehen Sie unter „Verschleierung“? Meinen Sie, dass irgendein neuer Kredit nicht gemeldet worden wäre? Meinen Sie das damit?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das nicht allein. Wenn mir zum Beispiel Beträge nicht ganz plausibel erscheinen: Bekomme ich dann einen Bericht? Oder sind sie mir hinreichend plausibel, weil sie eine andere Stelle geprüft hat? Oder frage ich nach? – Das ist ja das Entscheidende.

Monika Grifkovsky: Noch einmal: Wenn ich einen Kredit an die Firma XY in XY gemeldet bekomme, und der Kreditsachbearbeiter sagt okay, dann ist es für mich auch okay. Ob dort 350 000 € oder 350 Millionen € steht, ist für mich irrelevant. Ich habe eine Meldung, die ich mit einer Nationalbank-, mit einer Ident-Nummer weitermelde, und das ist es für mich.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Wer war Ihr unmittelbar zuständiges Vorstandsmitglied?

Monika Grifkovsky: Alle Vorstände.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Alle Vorstände? (*Monika Grifkovsky: Alle!*) Das war in der Geschäftsordnung so festgelegt, dass sie für ...

Monika Grifkovsky: Ja. Alle.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Es ist ja nicht ganz unbekannt geblieben, es ist vieles auch in den Medien gestanden, schon beim ersten Mal, und bis 2004 auch einige Male. Das hat Sie sozusagen nicht etwas stutzig gemacht?

Monika Grifkovsky: Gedanken sind frei.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ja, aber wenn man in einer Position sitzt und weiß, eigentlich bin ich mir nicht ganz sicher, aber ich melde es vorsichtshalber so, wie ich es bekommen habe, der Nationalbank?

Monika Grifkovsky: Ich melde das, was in unseren Büchern gestanden ist. Ob das jetzt korrekt, wie soll ich sagen ... Ob der Hintergrund dieses Geschäftes okay ist, das ist nicht meine Sache. Dafür ist der Vorstand, der entsprechende Kreditdirektor oder -vorstand zuständig, aber nicht ich. Ich bin nur dafür zuständig gewesen ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Dass es die Nationalbank bekommt.

Monika Grifkovsky: ... dass die Nationalbank es bekommt, und zwar prompt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ist es aber so, dass die Nationalbank das auch so verstanden hat und die Zahlen dann ...

Monika Grifkovsky: Das weiß ich nicht. Das kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das ist aber interessant. Wie ist eigentlich die Vorstellung der Nationalbank über eine Meldung?

Monika Grifkovsky: Entschuldigung, wie meinen Sie?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Die Nationalbank bekommt eine Meldung. (*Monika Grifkovsky: Ja!*) In welchem Vertrauen steht diese Meldung? Geht die Nationalbank davon aus, dass das sehr wohl kritisch erarbeitet wurde, oder davon, dass das einfach eine Zusammenfassung darstellt?

Monika Grifkovsky: Da müssen Sie die Nationalbank fragen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich habe Sie gefragt, was Sie glauben. Dass sie das ...

Monika Grifkovsky: Glauben!?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): In Ihrer Verantwortung.

Monika Grifkovsky: Glauben – ich meine, wenn die Nationalbank aus irgendeinem Grund etwas wissen wollte, mein Gott, dann ist angerufen worden! Oder eben ein Schreiben geschickt worden. Aber ... Ich meine, die hat das genauso zur Kenntnis genommen, dass eben ein Kredit in die Karibik gekommen ist.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Da gab es keine Rückfragen von der Nationalbank, wieso schon wieder so eine Größenordnung und so?

Monika Grifkovsky: Bei *mir* nicht!

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Bei Ihnen nicht. (*Monika Grifkovsky: Nein!*) – Sie haben einfach gesammelt und weitergegeben, und das, was dahintergestanden ist, ist eine Sache, die Sie nicht beschäftigt und nicht bewegt hat.

Monika Grifkovsky: Kein Kommentar zu Ihrer Aussage. (*Abg. Ing. Schultes: Jetzt bist du aber zufrieden!* – *Abg. Dr. Bauer: Bitte?* – *Abg. Ing. Schultes: Jetzt bist du*

aber zufrieden! – Abg. Dr. **Bauer**: Äußerst, ja! Typisches Sittenbild dieser Bank! Keiner hat hinterfragt! Keiner hat etwas gefragt!

Das ist nicht mein Geschäft gewesen, bitte.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich vielleicht etwas sagen, damit wir uns hier nicht darüber ergehen, was Ihr Geschäft ist oder nicht.

Es gibt eine Bestellung von Ihnen, die am 30. 12. 1987 auch als Dienstanweisung verlautbart wurde; da wurden Sie mit der Leitung der Bankrevision betraut: Frau Prokuristin Monika Grifkovsky. Dort steht sehr wohl der Aufgabenbereich, und der ist etwas weiter gefasst als der, den Sie uns jetzt weiszumachen versuchen:

Prüfgegenstand der Bankrevision – das wird hier festgestellt – ist die Bestimmung des KWG – damals noch KWG, vor dem BWG –, insbesondere § 8, KWG-Bewilligungen; § 10, KWG-Anzeigepflichten; § 12, KWG-Haftungskapital; § 12a, konsolidiertes Haftungskapital; Großveranlagungen, Liquidität und so weiter und so fort (**Monika Grifkovsky**: *Richtig!*), Kurzmeldungen; hier ist eine ganze Reihe aufgezählt. (**Monika Grifkovsky**: *Ja!*)

Darüber hinaus waren Sie zur Überprüfung der Ordnungsnormen eingesetzt/verpflichtet und auch gegenüber der Nationalbank gemeldet, der Ordnungsnormen gemäß Bankwesengesetz! (**Monika Grifkovsky**: *Richtig!*) – Das heißt, sämtliche Verstöße, die dem Bankwesengesetz zuwiderlaufen, wären an sich Ihre Zuständigkeit, wenn sie aufkommen; oder wenn solche vorliegen, dass diese behoben werden.

Jetzt gibt es 19 Verstöße, die im OeNB-Bericht des Jahres 2001 festgestellt wurden. Im Jahr 1994 gibt es einen OeNB-Bericht, der ebenfalls 15, 20 Verstöße nach den einschlägigen Normen auflistet.

Die Fragen, die sich jetzt darauf beziehen, sind: Was für Aufgaben haben Sie dort wahrzunehmen gehabt? Sind Ihnen die Berichte vorgelegt worden? Wenn ja, was haben Sie damit gemacht? – Und Ähnliches mehr.

Monika Grifkovsky: Nein! Ich habe sie nie gesehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darum geht es. Daher wollen wir von Ihnen nur das wissen: Inwieweit waren Sie als die gegenüber der Nationalbank und der Finanzmarktaufsicht bekannt gegebene zuständige Stelle, die die Ordnungsnormen des Bankwesengesetzes – vorher Kreditwesengesetzes – zu überprüfen beziehungsweise diese abzustellen hatte, da mit eingebunden?

Wenn Sie uns heute sagen, Sie waren da überhaupt nicht mit eingebunden, Sie haben nur die Knöpfe gedrückt, da ist das herausgekommen, was andere gemacht haben, und das haben Sie einfach weitergeleitet, ist das auch ein Sittenbild der Bank.

Daher bitte ich, das nicht falsch zu verstehen, wenn wir Sie hier fragen. Es geht immerhin um einen der größten Kriminalfälle und unter Umständen auch politischen Fälle, in denen ein krasses Versagen sämtlicher Kontrollinstanzen kollektiv erfolgt ist. Und Sie waren Teil einer Kontrollinstanz! (**Monika Grifkovsky**: *Ja!*) Daher bitte ich, nicht böse zu sein, wenn dieser Ausschuss Sie um Auskunft fragt.

Wenn Sie sagen, Sie haben nichts gemacht, dann ist das auch eine Antwort. Dann sind wir relativ schnell fertig, aber wir können uns unser Bild machen. Würden wir Sie zu diesem Thema nicht befragen, könnten wir uns nie ein Bild davon machen, wie die internen Kontrollinstanzen tatsächlich mit Gewicht ausgestattet waren. Wir haben schon auch den Eindruck, dass sämtliche interne Kontrollinstanzen bewusst ausgeschaltet wurden, und man hat offensichtlich auch solche Leute in die Funktionen

gesetzt – denn Sie waren Prokuristin und daher ziemlich hoch angesiedelt –, die **nichts hinterfragen!**

Monika Grifkovsky: Sagen Sie, was soll ich hinterfragen, wenn ich einen Kredit in der Höhe von X bekomme? Wen soll ich da fragen? – Ich muss das **zur Kenntnis nehmen.**

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na, wenn eine Bankprüfung von der Oesterreichischen Nationalbank im Hause vorgenommen wird – 1994 und 2001 evident –, dann bleibt das nicht im Geheimen und Verborgenen! Da geben Sie mir ja Recht?

Monika Grifkovsky: Ich habe nie einen Bericht gesehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, eh! (*Monika Grifkovsky: Ich bin auch nicht ...!*) Aber haben Sie je einen erfragt? Haben Sie je gefragt: Wo ist denn der Bericht von der letzten Prüfung? Lasst mich den anschauen, ich bin ja die gemeldete Zuständige gegenüber diesen Behörden!?

Monika Grifkovsky: Ich bin auch nie von der Nationalbank direkt geprüft worden!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat die Nationalbank je mit Ihnen Kontakt gehabt?

Monika Grifkovsky: Es war **ein Mal** ein Herr bei mir, das war, ich weiß nicht, 2003? Der hat „Grüß Gott!“ gesagt, hat die Aussicht aus meinem Fenster betrachtet, hat „Auf Wiedersehen!“ gesagt und ging dann wieder.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie hat der Herr geheißen?

Monika Grifkovsky: Das weiß ich nicht mehr, bitte.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt also, mit der gegenüber der Nationalbank gemeldeten, zuständigen Bereichsleiterin, Abteilungsleiterin, wie auch immer Ihre Funktion war, auf jeden Fall Prokuristin, die für die Bankrevision zuständig war, hat sich nie ein Prüfer inhaltlich zusammengesetzt, um Dinge zu erfragen? (*Monika Grifkovsky: Richtig!*) – Da sind wir beim Thema! Denn wir haben ja auch zu untersuchen, wie die Bankaufsicht generell funktioniert hat. Es werden hier von der Nationalbank seitenweise Berichte über die Bankrevision festgehalten!

Monika Grifkovsky: Ja! Und das habe ich, wie gesagt, aus der **Zeitung** erfahren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Genau! Und da wissen wir, dass das alles nicht originär von Ihnen kommt als derjenigen, die zuständig war, nehme ich an? (*Monika Grifkovsky: Was kommt nicht ...?*)

Na, wenn er mit Ihnen nie gesprochen hat (*Monika Grifkovsky: Richtig, ja!*): Warum trifft dann ein OeNB-Beamter oder -Mitarbeiter in seinem Bericht weit über eine Seite lang Feststellungen über die Bankrevision?

Monika Grifkovsky: Das weiß ich nicht!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat er es sich aus den Fingern gesaugt?

Monika Grifkovsky: Das weiß ich nicht!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, das müssen wir dann beurteilen.

Monika Grifkovsky: Also bei mir war er ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Daher brauchen wir Ihre Aussage, dringend!

Monika Grifkovsky: Ja. Kein Problem, ja! Kein Problem.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn Sie sagen ... (Abg. **Bucher:** ... Sachen vorhalten!)

Ja, da wird zum Beispiel Folgendes zum Thema Bankrevision festgestellt:

In der Dienstanweisung vom Dezember 1987 wird die Bankrevision mit der Überprüfung der Ordnungsnormen des heutigen Bankwesengesetzes sowie der Überprüfung von Meldungen an das BMF und an die Oesterreichische Nationalbank betraut. Mit der Leitung der Bankrevision wurde Frau Grifkovsky, bis dahin laut Dienstanweisung Mitarbeiterin im Rahmen der Bilanzabteilung, betraut. Die bestehende Dienstanweisung muss als vollkommen unaktuell bezeichnet werden. Zur Überprüfung der Ordnungsnormen ... – und so weiter, und so fort.

Und dann wird festgestellt:

Es entsteht der Eindruck, dass die Bankrevision der BAWAG zwar offiziell mit den Aufgaben einer internen Revision betraut ist, jedoch lediglich als quasi Teil der Bilanzabteilung mit den laufenden Arbeiten im Zusammenhang mit der Erstellung von Meldungen an die Aufsichtsbehörde befasst ist. Eine Prüfungsfunktion im Sinne des § 42 BWG Abs. 4 Z 1 erscheint daher nicht gegeben.

Daher klarer Vorhalt: Haben Sie die Prüffunktion im Sinne des § 42 Bankwesengesetz Abs. 4 Z 1 innerhalb der Bank wahrgenommen, ja oder nein?

Monika Grifkovsky: Ja. Nach meiner Meinung: ja!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gefragt wurden Sie von dem zuständigen Prüfer der Nationalbank diesbezüglich niemals, oder? (**Monika Grifkovsky:** Richtig!) – So ist es.

Ich meine, damit sind wir ja in Wirklichkeit gegen Ende gehend. Ich weiß nicht, woher der Revisor von der Notenbank, der diesen Prüfbericht erstellt hat, ohne dass er mit Ihnen je persönlich Kontakt gehabt hat und ohne dass er sich davon überzeugt hat, was Sie tun, diese Feststellungen treffen kann.

Monika Grifkovsky: Es war jemand einmal 5 Minuten bei mir. (**Obmann Dr. Graf:** In 5 Minuten kann man so etwas nicht ...!) Sollen es 10 Minuten gewesen sein! Da hat er „Grüß Gott!“ gesagt ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In 5 Minuten kann man so etwas über Seiten Gehendes nicht feststellen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Das war zum Beispiel der Bericht von 2001. 2003 war der Prüfer bei Ihnen; also 2001 war nie jemand bei Ihnen und hat mit Ihnen Kontakt gehabt. Das heißt, Ende 2000 war die Prüfung; der Bericht ist ein paar Wochen später erschienen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich glaube, dann sind wir mit der Einvernahme von Frau Grifkovsky zu Ende; es sei denn, es meldet sich noch jemand zu Wort. Denn dann ist das alles letztlich nicht originär festgestellt worden, sondern wir müssen den Prüfer fragen, wie er dazu kommt, und ihm vorhalten, dass mit Ihnen nie Kontakt gehalten worden ist, er aber Feststellungen über die Arbeitsweise der Bankrevision trifft.

Monika Grifkovsky: Wie gesagt, ich habe das aus der Zeitung erfahren!

Abgeordneter Ing. Hermann Schultes (ÖVP): Frau Grifkovsky, was haben Sie, als Sie in Pension gegangen sind, für diese verantwortungsvolle Aufgabe verdient? (**Monika Grifkovsky:** Entschuldigung, ich habe Sie nicht verstanden!) Wie hoch war Ihr Gehalt, als Sie in Pension gegangen sind?

Monika Grifkovsky: 6 000 €. (**Abg. Ing. Schultes:** Brutto oder netto?) Na, brutto!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War es das? (Abg. Ing. **Schultes:** Das war's schon!) – Danke. (Monika **Grifkovsky:** Auf die Pension?)

Nein, das letzte Gehalt (Monika **Grifkovsky:** Nach meinem Gehalt hat er gefragt!), bevor Sie in Pension gegangen sind, wurde erfragt. Das haben Sie beantwortet (Monika **Grifkovsky:** 5 800 oder ..., also 6 000!), das passt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt ist ja die interne Revision, die Bankenrevision nach bestimmten Bestimmungen des BWG zu konstruieren. Vor allem gibt es auch Tätigkeiten, die dort beschrieben sind. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie nicht mehr Tätigkeiten entfaltet haben, als bestimmte Dinge quasi postalisch einzusammeln und dann komprimiert weiterzuleiten. Ist damit irgendein eigenständiger Bewertungsakt verbunden gewesen?

Vielleicht ist auch alles nur ein Missverständnis hier herinnen; ich kann das ja nicht glauben. Sie sagen, Sie bekommen etwas herein, da steht eine Kreditsumme – und dann ist Ihre Aufgabe, noch einmal, genau was gewesen? Einfach nur auf einen Knopf zu drücken, oder das neu zu kopieren, zu formatieren und weiterzuleiten? – Sie müssen ja irgendeine Aufgabe in dem Zusammenhang anvertraut bekommen haben.

Monika Grifkovsky: Die Großkreditevidenz war ja nur ein Teil davon. Wir haben die Monatsausweise geprüft, die Quartalsberichte. (Abg. Mag. **Kogler:** Ja, ja!) Wir haben unsere eigenen Auswertungen aus dem Data-Warehouse gehabt; dazu hatten wir ja Zugang.

Wir haben uns sozusagen selbst, auf Grund unserer eigenen, internen Programme, die Ergebnisse parallel dazu ausgerechnet und haben dann verglichen, ob das auch dem entspricht, was uns eben die einzelnen Fachabteilungen gemeldet haben. Ich habe ja nicht nur die BAWAG gehabt, ich habe auch die diversesten Tochterbanken gehabt, auch fremde Banken, zum Beispiel die General Motors Bank und so weiter.

Wir haben uns parallel eigene Programme „geschnitzt“, haben eben auch auf das Data-Warehouse, in dem alle Daten drinnen sind, zugegriffen und haben auf Grund unserer eigenen Programme Ergebnisse **errechnet**. Die haben wir zum Beispiel beim Quartalsbericht, beim Monatsausweis verglichen, ob das in etwa hinhalten kann.

Das war zum Beispiel auch meine Aufgabe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also so, wie man sich sonst ein Controlling vorstellt?

Monika Grifkovsky: Zum Beispiel. Wir haben das von uns aus gemacht, getrennt, und haben dann die Meldungen von der Fachabteilung – für den Quartalsbericht war zum Beispiel die Bilanzabteilung zuständig – damit verglichen.

Natürlich haben wir nicht alle Abgrenzungen oder Buchungen genau gekannt. Aber wir hatten genauso auch Durchschnittskapitalien; das Zinsergebnis kann man sich auf Grund der Durchschnittskapitalien und des kapitalgewogenen Zinssatzes errechnen. Ich meine, das ist relativ einfach.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Einigen von uns ist das durchaus vertraut. Sie haben also Risikokennzahlensysteme gehabt, über die das Programm einfach drübergegangen ist?

Monika Grifkovsky: So ist es. Und dann ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt ist nur das die interessante Frage: Es kann doch nicht so sein, dass dort ewig nichts auffällig war! Das muss ja gar nicht bei der BAWAG gewesen sein. Wenn es irgendwo einmal eine Auffälligkeit/Abweichung gab, was ist dann passiert?

Monika Grifkovsky: Dann ist in der entsprechenden Abteilung zurückgefragt worden, also in der Bilanzabteilung oder in der Buchhaltung oder beim Sachbearbeiter, der dafür zuständig war: Hallo, Herr Kollege, Frau Kollegin, ich habe das – wieso habt ihr das?

Dann ist darüber gesprochen worden: Weil eben eine Abgrenzung oder eine zusätzliche Buchung, von der ich ja nichts wissen konnte, dazugekommen ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Klar, Einzelbuchungen waren ja nicht Ihre primäre Aufgabe.

Monika Grifkovsky: Nehmen wir die Wertberichtigung her. Ich kann auf Grund des ersten Quartals weiterrechnen: Wie schaut die Wertberichtigung für die zukünftigen Quartale aus?

Dann ist aus irgendeinem Grund ein anderer Betrag dort gestanden. Warum? – Weil eben für diesen oder jenen Kunden eine zusätzliche Wertberichtigung gemacht worden ist; zum Beispiel.

Ich habe es ja nicht nur genommen und gesagt: haha, ich freue mich!, habe den ominösen Knopf gedrückt und es weggeschickt, sondern ich habe es mir sehr wohl angeschaut. Auch auf Grund meiner/unserer Rückfragen ist es vorgekommen, dass gesagt wurde: Ach ja, tut uns Leid, das kann passieren!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wohin waren Sie gegebenenfalls berichtspflichtig, falls einmal eine Abweichung nicht aufgeklärt ...

Monika Grifkovsky: An den Vorstand!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Direkt an den Vorstand?

Monika Grifkovsky: An den Vorstand des Instituts!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): An den Vorstand als Kollektivorgan oder den einzelnen Vertreter?

Monika Grifkovsky: Jeder einzelne Vorstand hat von mir einen Bericht bekommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jeder einzelne Vorstand. Einen schriftlichen Bericht?

Monika Grifkovsky: Schriftlich, und er wurde auch gegengezeichnet, dass er angenommen worden ist. Wenn eben ein Vorstand Fragen hatte, mit dem Bericht nicht einverstanden war oder eine Frage hatte: warum steht das bei Ihnen so?, der Sachbearbeiter hat mir dieses gesagt. Das war speziell in der Postsparkasse, da war ich oft genug.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt haben Sie das Berichtswesen aus dem Routinevorgang heraus beschrieben. Da werden die Wahrnehmungen aufgezeichnet und übermittelt?

Monika Grifkovsky: Ja, es ist mir aufgefallen, dass dieses oder jenes nicht übereingestimmt hat. Oder ich war der Ansicht, dass das so hätte sein sollen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber was wäre der Weg gewesen – vielleicht ist der Fall ja auch einmal vorgekommen –, wenn größere Abweichungen auftauchen, sodass man eigentlich der Meinung sein konnte, jetzt muss aber rasch, unter Anführungszeichen, „Alarm“ geschlagen werden? Was war für diesen Fall vorgesehen? Vielleicht ein mündlicher Bericht an einen der Vorstände? Wie muss man sich das vorstellen?

Monika Grifkovsky: Wenn wir keine Einigung gefunden hätten, dann wäre ich eben zu dem zuständigen Vorstand – ich sage jetzt: der für die Bilanzabteilung, für die Kreditabteilung zuständig war – gewandert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber so einen Fall hat es gar nie gegeben? (*Monika Grifkovsky: Nein!*) – Haben Sie Revisionspläne, wie sie eigentlich im Bankwesengesetz nach § 42 angedacht sind, aufgelegt?

Monika Grifkovsky: Das war eigentlich ganz klar. Ich habe einen Monatsausweis gehabt, ich habe eine Großkreditevidenz gehabt. Ich habe einen Mon-Stat gehabt, ich habe eine Großkreditevidenz gehabt. Das war eben immer zu gewissen Zeitpunkten, Termin an Nationalbank ... – Also da hat es nichts Außertourliches gegeben. Das war immer wieder ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben vorhin unterschieden zwischen Bankenrevision und eigentlicher interner Revision.

Monika Grifkovsky: Und Innenrevision, wie es bei uns heißen hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Innenrevision, genau. – Lassen wir vielleicht das mit dem genauen Unterschied weg. Aber hat es da Überschneidungspunkte und Berührungspunkte gegeben? (*Monika Grifkovsky: Nein!*) – Auf Grund der jeweiligen Aufgabenstellung? (*Monika Grifkovsky: Nein!*)

Können Sie das noch einmal zusammenfassen, was die Differenz ...

Monika Grifkovsky: Was meine Aufgabe war?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, was Ihrer Meinung nach zunächst die Aufgabe der Innenrevision ist.

Monika Grifkovsky: Die Innenrevision war zuständig dafür – ich nenne jetzt wirklich ein triviales Beispiel –, ob der Kassenbeamte nicht in die Kasse gegriffen hat oder ob mit den Mahnungen alles in Ordnung war. Die Innenrevision hat **nichts** mit den Meldungen an die Nationalbank zu tun gehabt. Das war **meine** Sache.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist ja richtig, die Innenrevision hat als einen der Teile immer das Malversationsmanagement vorzunehmen. Die größte Malversation hat sie aber nie geprüft! Der kleine Griff in die Kasse ist vollkommen egal dafür, ob die Bank hin ist oder nicht. (*Monika Grifkovsky: Das war jetzt ein Beispiel!*)

Aber es gab ja Malversationen – da hat die Innenrevision offensichtlich weggeschaut, das werden wir auch noch eruieren müssen –, die die Bank fast in den Ruin geführt haben.

Monika Grifkovsky: Für die Kredite war die **Kreditrevision** zuständig!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe noch eine Frage. Die BAWAG schreibt Folgendes, und das zitiere ich Ihnen jetzt aus dem Schreiben vom 21. 6. 2001 an die Nationalbank auf Grund dieses Berichtes, der auch kritisch gegenüber der Bankrevision ist, auf seiner Seite 2, unten. Als Beantwortung auf Grund der Beanstandung der Bankrevision, aber auch der Innenrevision und Ähnliches, schreibt die BAWAG:

„Die Organisation der Bankrevision im Hinblick auf Funktionstrennung im Sinne der Innenrevision wird hinterfragt und gegebenenfalls neu geregelt.“ – Das war im Juni 2001.

Ist irgendetwas in der nächsten Zeit in Ihrem Arbeitsumfeld neu geregelt worden, im Jahr 2001, 2002 oder 2003? (*Monika Grifkovsky: Nie!*) – Das heißt, das, was hier die

BAWAG an die Oesterreichische Nationalbank, an den Prüfer schreibt – wir werden das und das neu regeln –, ist aus Ihrer Sicht nicht erfolgt?

Monika Grifkovsky: Es hat mit mir niemand gesprochen! (*Obmann Dr. Graf: Okay!*) Oder irgendwie gesagt, ab sofort dieses oder ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, das müssten Sie ja merken, wenn eine organisatorische Änderung im Jahr 2001 oder 2002 vorgenommen wird. Es ist nichts passiert? (*Die Auskunftsperson nickt.*)

Ein Kopfnicken kann nicht im Protokoll stehen.

Monika Grifkovsky: Nein. Nein! (*Abg. Mag. Kogler: Hervorragende Frage!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage war gut, und die Antwort war auch erhellend.

Aber ich habe jetzt noch eine Frage. Wertberechtigungen waren schon Ihr ...? (*Monika Grifkovsky: Nein!*) – Nein? (*Monika Grifkovsky: Nein!*)

Ist Ihnen in Ihrer Tätigkeit irgendwann einmal vorgekommen, dass in der Kredit-Causa Atomic eine Wertberichtigung vorgenommen wurde, im Jahr 1992, 1993, 1994 oder 1995?

Monika Grifkovsky: Ich habe keine Einzelbeträge gesehen. Dass es das Gerücht gab, ja, wir müssen wertberichtigen, oder wir ... Nein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Atomic war ja eine große Causa.

Monika Grifkovsky: Ich weiß, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das würde ja, wenn man dort eine Wertberichtigung vorzunehmen hat, um 100, 150, 200, 300, 400 Millionen, wahrscheinlich den Wertberichtigungsbedarf plötzlich ein bisschen in die Höhe treiben, oder? Hat es irgendeinen solchen Ausreißer in diesen zwei, drei Jahren gegeben?

Monika Grifkovsky: Daran kann ich mich, bitte, nicht erinnern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Können Sie sich nicht erinnern. – Ich habe keine Frage mehr.

Kollege Bauer hat gesagt, er hat noch eine Frage.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Da so großer Wert darauf gelegt wird, zwischen Bankenrevision und interner Revision zu unterscheiden: Können Sie vielleicht aus diesem Naheverhältnis Bankenrevision und interne Revision beschreiben, wie die Innenrevision tatsächlich organisiert war und welches Verhältnis Sie zur Innenrevision hatten?

Es ist ja nicht so, dass man das einfach ignorieren kann, weil es genaue Vorschriften dafür gibt. Es kann ja nicht so sein, dass man sagt: Was die Innenrevision macht, weiß ich gar nicht. Wenn man im Rahmen der Revision tätig ist, auch wenn sie in Wirklichkeit nur eine Bankendokumentationsstelle war – so haben Sie es ja dargestellt –, muss man doch wissen, sozusagen als Benachbarter in der Bankenrevision, was die Innenrevision eigentlich so treibt, wie sie ihre Berichte abfasst (*Monika Grifkovsky: Ich habe ...*) – lassen Sie mich ausreden – und in welchem Verhältnis darauf überhaupt in der Berichterstattung nach außen reagiert wird. Das ist ja das Entscheidende!

Für die Innenrevision, sagen Sie, waren Sie nicht zuständig. Wer war da zuständig?

Monika Grifkovsky: Krondorfer, Trukeschitz. (*Abg. Dr. Bauer: Bitte?*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Trukeschitz und Krondorfer.

Monika Grifkovsky: Trukeschitz, Krondorfer, ja. Vorher war Krondorfer, dann war Herr Dkfm. Trukeschitz.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Und über deren Arbeitsweise haben Sie überhaupt nichts mitbekommen?

Monika Grifkovsky: Wir waren, bitte, auch *räumlich* getrennt. Die sind im 6. Bezirk gesessen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Aber es muss doch das Ergebnis der Innenrevision auch irgendwann berichtspflichtig werden!

Monika Grifkovsky: Die haben auch an den Vorstand berichtet. Aber es geht mich doch nichts an, bitte, was die in ihren Berichten schreiben! Wir waren ja zwei verschiedene Abteilungen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich bedauere, dass Sie eingeladen worden sind, im Hinblick darauf, dass Sie nur eine Archivadokumentation zu erstellen hatten und nicht irgendwo eingebunden waren. Sie sind eine Dokumentationsstelle der BAWAG gewesen, aber *keine Revisionsstelle!* Ich nehme das einmal zur Kenntnis und bedauere, dass Sie ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, wir nehmen das Kenntnis. Das ist auch durchaus so. Aber die Bankrevision an sich ist ja (*Abg. Dr. Bauer: Die nehmen wir nicht zur Kenntnis!*) im OeNB-Bericht generell massiv kritisiert worden. Es ist sogar im Antwortschreiben – das habe ich ja zitiert – eine organisatorische Änderung ... (*Abg. Dr. Bauer: Vorgeschlagen worden!*) Nicht nur vorgeschlagen, sondern: „wir werden das tun“; und es ist nichts passiert!

Daher: Die Innenrevision – das ist ganz klar – ist etwas anderes als die Bankrevision. (*Abg. Dr. Bauer: Klar!*) Darüber müssen wir uns noch unterhalten, ob wir da jemanden laden oder nicht. Aber das werden wir morgen in der Fraktionsführerbesprechung erörtern.

Für die Bankrevision ist nur erhellend, das zwar im OeNB-Bericht sehr viel steht und auch Mängel in der Bankrevision festgestellt werden. Dass aber die zuständige Leiterin dieser Abteilung nicht einmal befragt wurde und dass auch nie nachgeschaut wurde, ist ein Zweites. Ich frage mich auch schön langsam: Woher haben die Notenbankprüfer ihre Erkenntnisse in dem Bereich?

Aber das ist eine Frage, die wir unserer Bewertung unterziehen müssen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich nehme es einmal so zur Kenntnis, weil hier offensichtlich keine andere Auskunft kommen kann. Ich glaube nur, dass es zwischen Bankenrevision und Innenrevision, zumindest von außen vermutet, eine innere Beziehung gibt.

Das Zweite ist: Dass von einer Revisionsabteilung, die bestimmte Vorgänge geprüft hat und zu Erkenntnissen gekommen ist, diese überhaupt vorbeigeleitet werden oder woanders hingeleitet werden, finde ich als äußerst befremdend, muss ich einmal sagen, noch dazu, obwohl es von der Nationalbank klare Aufträge gegeben, genau in Bezug auf diese Schwachstelle, was Risikomanagement und so weiter betrifft. Das wurde ja überhaupt ignoriert, die Bankenrevision hat die Berichte wie gehabt weitergegeben, und es wurde nie die Frage aufgeworfen, ob man sich nicht doch einer anderen Berichterstattung gegenüber der Nationalbank befleißigen sollte.

Das ist nämlich das Entscheidende: Es ist ja nicht so, dass die nichts gesagt haben. Die haben ganz genau gesagt: Da muss eine Regelung her, auch was die

Innenrevision **und** was die Bankenrevision betrifft. Das Ergebnis war: Es wurde völlig ignoriert, aber es wurde gegenüber dem Aufsichtsrat berichtet – und das ist sehr entscheidend –, dass hier Maßnahmen eingeleitet wurden. Sie haben aber bis 2004 gar nichts davon erfahren (**Monika Grifkovsky: Richtig!**), obwohl dies dem Aufsichtsrat gegenüber als eingeleitete Maßnahmen dargestellt wurde und daher das Ganze sozusagen wieder abgeebbt ist. Das halte ich für einen sehr, sehr eigenwilligen Vorgang.

Monika Grifkovsky: Zu mir hat kein Mensch etwas gesagt!

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich habe keinen Grund, dass ich daran zweifle. Aber es ist trotzdem ein Vorgang, der bemerkenswert ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. – Ich sehe, es gibt jetzt keine weiteren Fragen mehr.

Damit ist die Befragung für heute zu Ende. Ich danke für Ihr Erscheinen!

(Die Auskunftsperson **Monika Grifkovsky** verlässt den Sitzungssaal.)

20.00

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann schließe ich die heutige Sitzung, und wir sehen uns morgen zur Fraktionsführerbesprechung um 10 Uhr im Lokal III dieses Hauses.

Die Sitzung ist **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 20.01 Uhr